Dienstag, 6. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 56 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Mischnick bei Honecker: Der FDP-Fraktionsvorsitzende hat in einem zweistündigen Gespräch mit SED-Chef Honecker in Ost-Berlin das Interesse Bonns an einem Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland bekundet. Vor Journalisten wollte Mischnick dazu keine Einzelheiten mitteilen. Es sei um „menschliche Probleme" gegangen. (S. 10)

Sowjetunion rüstet: Im Westen liegen untrügliche Anzeichen dafür vor, daß die Sowjetunion hemmungslos weiterrüstet und neue Cruise Missiles mit Präzisionslenkung erprobt. (S. 5)

Grüne: Auf der Kandidatenliste für die Europa-Wahl nimmt die in den 70er Jahren zum anarcho-terroristischen Umfeld gerechnete Brigitte Heinrich Platz zwei ein. Auf Platz drei und sechs kamen die soeben in Berlin wegen Billigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilten Benedikt Härlin und Michael Klöckner. (S. 4)

Kritik an Thatcher: Neun Monate nach ihrem großen Wahlsieg ist die britische Premierministerin in das Schußfeld ihrer eigenen Unterhausfraktion geraten. Dutzende von Abgeordneten widersprachen bei Unterhausabstimmungen der eigenen Regierungspolitik oder enthielten sich der Stimme. (S. 5)

Zöllnerstreik: Die italienischen Zöllner wollen von heute an bis Freitag nur am Vormittag arbeiten und am Samstag den Dienst ganz niederlegen. Die Zusagen des Finanzministeriums für bessere Arbeitsbedingungen seien wieder verwässert worden. Ein Zöllnerstreik hatte Ende Februar eine Blockade der Grenzen durch Lastwagenfahrer provoziert.

Schulreform: Nach dem Erfolg der letzten von fünf Massenkundgebungen der Anhänger der freien Schule in Frankreich am Sonntag – 650 000 Personen demonstrierten in Versailles – gibt die sozialistische Regierung beschwichtigende Erklärungen zum heißumstrittenen Thema der Schulreform ab. (S. 5)

Portugal: Mit der Ernennung eines neuen Befehlshabers der Streitkräfte will der portugiesische Staatspräsident Eanes das gefährlich gespannte Verhältnis zwischen Regierung und Staatsführung lockern. (S. 6)

Brasilien: Mit einem Marsch auf Brasilia will die Opposition gegen das Militär-regime ihre Forderung nach der Direktwahl des nächsten Präsidenten Brasiliens bekräftigen. (S. 6)

Heute: Bundeskanzler Kohl setzt seinen USA-Besuch fort. – Bundesaußenminister Genscher reist in die Türkei.

ZITAT DES TAGES



„Heute würde ich 49 oder 50 Prozent bekommen, ich wollte, ich hätte heute nochmal Wahlen"

Bundeskanzler Helmut Kohl im Gespräch mit amerikanischen Journalisten in Washington FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Leipziger Messe: Jedes fünfte Unternehmen erwartet höhere Lieferungen in die „DDR", geht aus einer jetzt vom DIHT veröffentlichten Umfrage hervor. Die Positiv-Erwartung ist allerdings vor dem Hintergrund sinkender Lieferungen und Auftragsbestände unter Vorjahresniveau zu sehen. (S. 11)

EG-Inflation: Die Bundesrepublik Deutschland lag im Januar mit einer Inflationsrate von 2,9 Prozent weit unter dem Durchschnittswert in der EG. Es folgten die Niederlande mit 3,2 und Großbritannien mit 5,2 Prozent.

US-Stahl: In einem Schreiben an Präsident Reagan hat der Vorstandsvorsitzende der United States Steel Corp. und Präsident des Amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts, David Roderick, noch einmal befristete mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen gefordert. (S. 11)

Börse: Am Rosenmontag setzte sich an den Aktienmärkten keine einheitliche Tendenz durch. Der Rentenmarkt blieb gut behauptet. WELT-Aktienindex 151,5 (151,8). Dollarmittelkurs 2,5709 (2,5855) Mark. Goldpreis je Feinunze 405,85 (399,00) Dollar.

KULTUR

Kunstfonds: Rund 767 000 Mark hat der Bonner Kunstfonds jetzt an 48 Künstler und für Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der zeitgenössischen Kunst vergeben. Das Bundesinnenministerium hat dem Fonds 1980 fünf Millionen Mark für fünf Jahre zur Verfügung gestellt.

Meistersinger in Hamburg: Die „Meistersinger", wenn auch nicht von Nürnberg, spielte nicht in ihrer von Wagner genau gezeichneten Umwelt, sondern in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts. Stärke der Aufführung war das glänzende Orchesterspiel unter von Dohnanyi. (S.17)

SPORT

Tennis: Martina Navratilova gewann in New York das Finale des Masters-Turniers gegen Chris Lloyd-Evert in nur 113 Minuten mit 6:3, 7:5, 6:1.

Ski alpin: Martina Kiehl kam in Kanada zu ihrem ersten Weltcup-Erfolg. Sie wurde Erste beim Super-Riesenslalom in Mount St. Anne. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Küchen-Computer: In deutschen Küchen soll das Computer-Zeitalter noch in diesem Jahr beginnen, wenn es nach der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) geht, die jetzt ein Programm für die „Kontrolle der Ausgewogenheit der Nährwerte im Küchenzettel durch EDV (Elektronische Datenverarbeitung)" vorgelegt hat.

Ariane: Die europäische Trägerrakete hat erfolgreich den Fernmeldesatelliten Intelsat-V ins All befördert und auf eine Umlaufbahn gebracht. Der nächste Start im Mai soll kommerziell genutzt werden. (S. 18)

Wetter: Zwischenhocheinfluß; zunächst bedeckt, meist trocken. Temperaturen bis sechs Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl mit Reagan einig: Zeit für Ost-West-Dialog günstig

Gespräch mit dem US-Präsidenten / Washington würdigt „starke Haltung" Bonns

TH. KIELINGER, Washington

Die Vereinigten Staaten und die Bundesregierung sind sich darüber einig, daß zur Zeit eine besonders günstige Gelegenheit besteht, das Ost-West-Klima zu verbessern. Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl sagten nach ihrem gemeinsamen Arbeitsessen in Washington vor der Presse, sie würden sich – wie schon in früheren Äußerungen – auch weiterhin zur Notwendigkeit von Abrüstung und zu einem neuen Dialog mit der Sowjetunion bekennen.

Der amerikanische Präsident hob besonders die „starke Haltung und den Mut des Bundeskanzlers und der Bundesregierung" hervor, die im letzten Jahr den NATO-Doppelbeschluß zur Dislozierung neuer Nuklearwaffen mitgetragen und durchgezogen haben.

Die neue Gelegenheit für einen Ost-West-Dialog sehen beide in dem Faktum einer neuen Führung in Moskau und auch darin, daß der Westen seine – wie ein amerikanischer Teilnehmer sagte – „ausgestreckte Hand" zeige, in die die Sowjets nur einzuschlagen brauchten. Der Bundeskanzler und der amerikanische Präsident hoben hervor, daß auf verschiedenen Gebieten dieser Abrüstungsdialog auch bereits wieder in Gang gekommen sei. Dabei bezogen sich Kohl und Reagan vor allem auf die demnächst neu beginnenden MBFR-Verhandlungen in Wien, auf das weitergehende KVAE-Treffen in Stockholm und auf die Abrüstungsverhandlungen in Genf, wo in naher Zukunft ein Vertragsentwurf der Amerikaner über den weltweiten Bann chemischer Waffen erwartet wird.

Der Bundeskanzler betonte in seinen Schlußbemerkungen besonders, daß er nach wie vor zu dem bewährten und ausgewogenen Konzept des Bündnisses stehe, wie es bisher bestanden habe. Damit bezog sich der deutsche Gast indirekt auf Kritik an der Konstruktion des Bündnisses wie sie in der vergangenen Woche in einem Aufsatz Henry Kissingers laut geworden war. Kohl nahm bei seinen Gesprächen im Weißen Haus direkt auf diese Äußerung Kissingers Bezug und sagte mit Nachdruck, daß in Europa kein Zweifel aufkommen dürfe an der amerikanischen militärischen Präsenz auf diesem Kontinent.

SEITE 3:
Kohl in Amerika

Der amerikanische Präsident stimmte mit dieser Analyse völlig überein. Weiterhin erläuterte Kohl dem amerikanischen Präsidenten ausgiebig die Überlegungen, wie man in Westeuropa den Prozeß der Einigung und Stärkung beschleunigen und festigen könne. Er bezog sich hierbei auf bilaterale Beratungen zwischen deutschen und französischen Politikern, die in dieser Thematik einen Vordenkprozeß eingeleitet haben. Kohl machte deutlich, daß die Versuche zur Verstärkung des europäischen Beins innerhalb des Atlantischen Bündnisses nicht bedeuten könne, daß die amerikanische Präsenz in Europa geschwächt werde, sondern daß vielmehr Europa ein stärkeres Gewicht innerhalb einer Gesamtverflechtung des Bündnisses bekommen müsse.

Breiten Raum nahmen auch die Fragen der deutsch-deutschen Beziehungen ein. Zu diesem Thema habe bereits ein höheres Regierungsmitglied am Freitag gesagt, die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander sollten von den USA unterstützt werden.

Von den sicherheitspolitischen Fragen abgesehen spielten, handelspolitische Probleme eine besondere Rolle in den Gesprächen im Weißen Haus. Der Bundeskanzler wiederholte seine Warnungen vor Protektionismus und sagte beim Abschied von Präsident Reagan, daß man als Deutsche und überhaupt als Europäer nicht umhin könne, die hohen Defizite und US-Zinsen zu erwähnen. Wir würden es als eine Belastung der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen ansehen. Kohl war so offen, anzudeuten, daß die handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und

■ Fortsetzung Seite 10

Neue Kräfteverteilung in Libanon

Besorgnis nach Aufkündigung des Abkommens mit Israel: Jerusalem protestiert

DW./RS. Beirut/Bonn

Die Aufkündigung des libanesisch-israelischen Abkommens durch die Regierung in Beirut zeigt nach Ansicht von Beobachtern die fast vollständige Unterwerfung von Staatspräsident Gemayel gegenüber der syrischen Führung. Unterstrichen wird dieser Eindruck durch die Bekanntgabe einer zweiten Phase des „Nationalen Versöhnungskongresses" aller politischen Kräfte Libanons in der Schweiz.

Unter dem Eindruck einer drohenden militärischen Niederlage hatte Gemayel der syrischen Forderung nach einer Aufkündigung des Abkommens mit Jerusalem zugestimmt. Gemayel mußte sich auch verpflichten, den oppositionellen Kräften in Zukunft größere Rechte einzuräumen. Darüber hinaus lehnte Damaskus die Forderung Gemayels nach einem Abzug der syrischen Truppen zu einem festgelegten Zeitpunkt ab. Im Gegenzug verpflichtete sich Damaskus, die Position Gemayels als libanesisches Staatsoberhaupt zu garantieren. Dies, obgleich führende Vertreter der moslemischen Milizen die Ablösung des Präsidenten forderten.

Durch die Reise des stellvertretenden Ministerpräsidenten Alijew nach Damaskus möchte Moskau, das die Annullierung des Abkommens umgehend begrüßt hat, offenbar erfahren, welche Ziele Syrien in Zukunft verfolgen will.

Die libanesische Regierung hat nach einer offiziellen Mitteilung be-

SEITE 2:
Die Kündigung

schlossen, das libanesisch-israelische Abkommen, das unter anderem den Abzug aller fremden Truppen aus Libanon vorsah, „als null und nichtig" zu betrachten. Nach einer Meldung von Radio Beirut ersuchte Staatspräsident Gemayel Ministerpräsident Wazzan, den Rücktritt seiner Regierung vom vergangenen Monat zurückzunehmen. Wazzan will jetzt vorläufig im Amt bleiben.

Die israelische Regierung hat die Annullierung des Abkommens scharf verurteilt und als „Kapitulation" bezeichnet. Jerusalem werde fortan in eigener Verantwortung seine Nordgrenze sichern, ließ Ministerpräsident Shamir erklären. Durch Bombenangriffe auf „terroristische Ziele" in Libanon hat Jerusalem diese Haltung gestern unterstrichen.

Die Führung der Sunniten in Libanon befürchtet, daß sie bei der von Damaskus diskutierten neuen Kräfteverteilung an Einfluß verlieren wird. Nach Informationen aus Beirut haben Vertreter der Sunniten wie Saeb Salam und Taquil Din Sulh sich in dieser Angelegenheit an den syrischen Präsidenten Assad und das saudische Königshaus gewandt. Die Sunniten, deren Bevölkerungsanteil sich seit der Volkszählung im Jahre 1932 von 22,3 Prozent auf etwa 18 Prozent reduziert hat, befürchten, von den militanten schiitischen Kräften dominiert zu werden.

Wie aus Beirut zu erfahren war, hat der saudiarabische Kronprinz Abdallah bei seinem jüngsten Besuch in Damaskus diese Besorgnisse vorgetragen und auf eine angemessene Vertretung der Sunniten gedrängt.

Khomeini lehnt Friedensforderung ab

Vereinbarung mit Irak „widerspräche der Würde des Islam" / 30 000 Gegner hingerichtet?

DW. New York

Die wiederholten Appelle des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini zu einer Fortsetzung des Krieges gegen Irak bis zum Sturz von Staatspräsident Saddam Hussein sind offenbar auch gegen eine Strömung in Iran gerichtet, die eine politische Lösung des Konflikts befürwortet. Jetzt Frieden zu schließen würde „der Würde des Islam widersprechen", sagte Khomeini gestern. Er wandte sich damit ausdrücklich gegen „die wenigen Leute", die sich für einen Friedensschluß aussprächen, da die Iraker im Laufe der jüngsten Offensiven von iranischem Boden vertrieben worden seien.

Es ist durchaus denkbar, daß Khomeini mit seinem jüngsten Appell einer Rede des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandschani widersprechen wollte, der am Vortag erklärt hatte, durch die Besetzung irakischer Erdölfelder nördlich von Basra könne Iran auf Reparationsforderungen gegenüber Bagdad verzichten.

Die Stellung Khomeinis an der Spitze seines Landes ist nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Time" ebenso stabil wie die Gesundheit des 84jährigen. „Time": „Obwohl Khomeini seit drei Jahren nicht mehr außerhalb seines streng abgeschirmten Wohnsitzes in der Dorfgemeinde Jamara gesehen worden ist, kontrolliert er noch immer jeden Aspekt der Tagespolitik."

Auch die Wirtschaftspolitik Teherans weise trotz des jahrelangen Krieges positive Aspekte auf. So sei es Iran seit 1978 gelungen, seine Auslandsverschuldung von 7,4 Milliarden Dollar auf derzeit 500 Millionen zu reduzieren. Gleichzeitig sind die Währungsreserven nach Angaben der Teheraner Zentralbank auf 13 Milliarden Dollar angewachsen.

Düster gestaltet sich dagegen die Situation der Menschenrechte in Iran. Nach Angaben aus Oppositionskreisen hat das Khomeini-Regime bislang etwa 30 000 wirkliche oder vermeintliche Gegner hinrichten lassen. Mindestens 100 000 Menschen befänden sich als politische Gefangene in Haft. Wie „Time" weiter berichtet, geben iranische Stellen „lediglich" 2000 bis 3000 Hinrichtungen zu. Etwa 20 Geheimdienste sorgen nach Angaben des US-Journals für die Sicherheit des Regimes.

Der interne Widerstand gegen das Khomeini-Regime wird, so „Time", von islamisch-sozialistischen Kräften angeführt. Sie geben an, etwa 500 führende Anhänger Khomeinis umgebracht zu haben.

Hart besiegt Mondale auch in Maine

Das Weiße Haus erkennt in dem Senator aus Colorado einen ernst zu nehmenden Gegner

TH. KIELINGER, Washington

Die Kandidatur Walter Mondales, der lange die Führung unter den Herausforderern Präsident Reagans innehatte, kommt aus dem Straucheln nicht mehr heraus. Nach New Hampshire siegte jetzt Senator Gary Hart (Demokratische Partei) auch in der Delegierten-Vorauswahl („caucus") in Maine fast mühelos über Jimmy Carters ehemaligen Vizepräsidenten. Das Ergebnis lautete 51 Prozent zu 44 Prozent für Hart, der damit eine eigene Aura der Unbezwinglichkeit aufzubauen beginnt.

Die übrigen noch im Rennen verbliebenen drei Kandidaten – John Glenn, Jesse Jackson und George McGovern – waren in Maine nicht offiziell angetreten. Sie konzentrieren sich auf das entscheidende Ereignis der Vorwahlsaison 1984, auf den „Super-Dienstag" 13. März, an dem insgesamt neun Vorwahlen und Caucuses stattfinden.

Ob dabei noch einmal ein Dritter an die beiden vorne liegenden Hart und Mondale herankommt, muß freilich sehr bezweifelt werden. Zuviel Loyalität, vor allem aus dem Lager der drei schon ausgeschiedenen Kandidaten Cranston, Askew und Hollidgs hat bereits bei den beiden führenden Politikern festgemacht, so daß das Stimmenreservoir etwa für John Glenn immer weiter schrumpft. Außerdem steht Gary Hart inzwischen als der neue Massenmagnet da, der auch mit nur geringen Geldmitteln Wähler anzieht.

Harts Zulauf rekrutiert sich aber bisher stark aus der weißen, gebildeten Schicht Neuenglands, muß also noch an den stark von der farbigen Minderheit geprägten Südstaaten getestet werden. Das wird am 13. März der Fall sein, wenn unter anderem in Georgia, Alabama, Florida und Oklahoma gewählt wird. Wenn der Senator aus Colorado auch hier siegreich hervorgeht, dürfte er einige der wichtigsten Hürden zum Nominierungsparteitag im Juli hinter sich haben.

Jüngste Umfragen lassen Hart gegenüber Mondale als den stärkeren Gegenkandidat zu Ronald Reagan erscheinen. Das registriert auch das Weiße Haus, wo man in Hart einen ernst zu nehmenden Gegner zu erkennen beginnt. Die gleichen Umfragen geben freilich dem Präsidenten nach wie vor einen entscheidenden Vorsprung für die November-Wahl.

Seite 2: Hart im Spurten

DER KOMMENTAR

Man versteht sich

HEINZ BARTH

Eine aktivere, keinesfalls aber offensive Behandlung der West-Ost-Probleme – das ist die Richtung, die das ausgedehnte Gespräch des Bundeskanzlers mit Ronald Reagan anzeigt. Natürlich weiß Helmut Kohl, daß die von ihm gewünschte Begegnung des US-Präsidenten mit Konstantin Tschernenko schon wegen der minuziösen Vorbereitung, die sie erfordert, geringe Chancen hat, vor dem amerikanischen Wahltermin im November zustande zu kommen.

Besser dürfte es aus verschiedenen Gründen um die Aussichten bestellt sein, noch dieses Jahr den Dialog über die Rüstungskontrolle in Wien und Genf wiederaufzunehmen. Die ersten Äußerungen der neuen Kremlführung lassen vermuten, daß ihr in der Übergangsphase, in der sie sich befindet, eine Unterbrechung der Konfrontationspolitik nicht unwillkommen wäre. Dem Präsidenten würde für die Wahlkampagne nichts gelegener kommen als der seine Kritiker beschämende Nachweis, daß die Politik der Stärke kein Spiel mit dem Feuer war, sondern die starre Front des Gromyko-Maximalismus auflockern und die Sowjets zurück an den Verhandlungstisch bringen könnte.

In dieser Situation ist es keine Entspannungsillusion, auf mehr Bewegung in der Ostpolitik der Allianz zu bestehen. Das Drängen des Kanzlers ist verständlich. Eine Konstellation wie die jetzige, in der eine fast einmalige Harmonie zwischen den konservativen Regierungen Amerikas, Englands und der Bundesrepublik existiert, angereichert durch den geostrategischen Realismus François Mitterrands, kehrt vielleicht so bald nicht wieder.

Was sich schon bei der ersten Kohl-Visite in Washington andeutete, wurde diesmal bekräftigt. Der Kanzler, kein Welt-Diplomat, scheint gerade deshalb wie dafür gemacht, den Amerikanern Vertrauen einzuflößen. Sie spüren instinktiv, daß er aus der ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Überlieferung deutscher Bürgerlichkeit schöpft, einer der wenigen deutschen Traditionen, die in den Augen des Auslandes noch Bestand haben.

Das erklärt – mindestens teilweise – die offene Sprache, die er sich erlauben darf, ohne daß kratzende Geräusche wie bei seinem Vorgänger entstehen. Die Aggression, die der linksliberale Park-Avenue-Set in der Frage der Waffenexporte nach Saudi-Arabien mit einer Anzeige der „New York Times" gegen ihn unternahm, schlug er mit dem Hinweis auf die Rüstungsverkäufe der Verbündeten ab. Er verschwieg auch nicht die deutsche Ablehnung der amerikanischen Hochzinspolitik. Überzeugt, daß sich daran bis November nichts ändern kann, vermied er überflüssige Mahnungen zur Austerity. Man weiß, was man voneinander hat. Man hat sich verstanden.

Kohl empfängt SED-Funktionär Mittag in Bonn

ms. Washington/Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird demnächst das SED-Politbüro-Mitglied Günter Mittag in Bonn empfangen, wenn es sich anläßlich der Hannover-Messe in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Ein früher geplantes Treffen hatte Kohl abgesagt, nachdem 1983 der Interzonenreisende Burkert bei Vernehmungen durch „DDR"-Behörden gestorben war.

Bei dem Gespräch zwischen Kohl und Mittag wird es auch um die Ausreisepolitik der SED-Führung gehen. Die „DDR" hat den Ständigen Vertreter Bonns, Hans Otto Bräutigam, wissen lassen, daß sie dämpfende Einwirkung Bonns auf alle Ausreisewillige in Mitteldeutschland erwartet. Die „DDR", so hieß es, sei über die Entwicklung, vor allem aber über spektakuläre Fluchtversuche über Vertretungen Bonns irritiert. Die Bundesregierung befürchtet offensichtlich, daß Ost-Berlin zu restriktiven Praktiken zurückkehren könnte.

Spekulationen über ein beabsichtigtes Treffen zwischen Bonn und Ost-Berlin auf „höchster Ebene", bei der diese Problematik besprochen werden soll, wurden in der Umgebung des Kanzlers als unzutreffend bezeichnet. Sehr wahrscheinlich, so hieß es, werde es zu einem Gespräch zwischen Staatsminister Jenninger und dem Ständigen Vertreter der „DDR", Ewald Moldt, kommen.

Im Deutschlandfunk sagte Staatssekretär Hennig vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, jeder der sich zur Flucht in eine Botschaft begebe, müsse sehen, daß er etwas „Problematisches tut".

IG Metall: Von Mittwoch an Warnstreiks

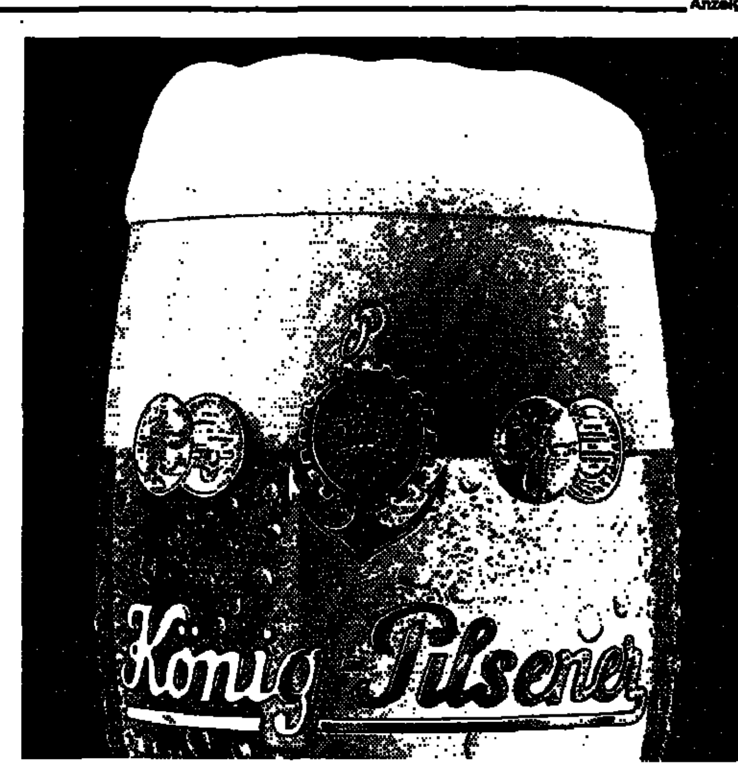
dpa/DW. Frankfurt

„Vom Aschermittwoch an muß mit Warnstreiks gerechnet werden", kündigte gestern ein IG-Metall-Sprecher in Frankfurt an. Jeder Betrieb der Metallbranche müsse in den nächsten Wochen damit rechnen, in die Aktionen zur Zielsetzung der 35-Stunden-Woche einbezogen zu werden. Nachdem die Gewerkschaft in vier regionalen Verhandlungen mit den Arbeitgebern „keinen Millimeter weiter" gekommen sei, sei man nun „gehalten, vom Mittel des Warnstreiks Gebrauch zum machen".

Zuversichtlich sieht die IG Metall nach Angaben ihres Justitiars, Michael Kittner, der noch ausstehenden Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts über die Zulässigkeit von „Warnstreiks" entgegen. In einer von den Metall-Arbeitgebern angestrengten Prozeßserie durch sämtliche Instanzen sei die grundsätzliche Zulässigkeit dieser Streiks von zwölf Landesarbeitsgerichten bejaht worden. In acht dieser Verfahren habe die IG Metall vollständig recht erhalten, lediglich das Landesarbeitsgericht Niedersachsen habe die IG Metall zur Unterlassung von „Warnstreiks" verpflichtet. „Der Schrotschuß der Arbeitgeberklage hat sich als Bumerang erwiesen", meinte Kittner.

Die Ankündigung der Arbeitgeber, auf einen Streik der IG Metall mit Aussperrung zu antworten, kritisierte er – da ohne Kenntnis des Streikausmaßes und „ohne Not" gemacht – als „Provokation" und rechtlich nicht gedeckt.

Anzeige



Das macht seinem Namen Ehre.

KÖNIG-PILSENER ...wie der Name schon sagt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Kündigung

Von Klaus Altmann

Es gilt, eine Vollzugsmeldung zu registrieren: Der libanesische Präsident Amin Gemayel hat sich dem syrischen Diktat gebeugt und mit seinem saudisch dominierten Ministerrat das libanesisch-israelische Abkommen aufgekündigt. In Jerusalem und Washington, den beiden anderen mitverantwortlichen Partnern des mühsam ausgehandelten Vertragswerks vom 17. Mai 1983, muß man die Konsequenzen ziehen. Israel hat sich schon seit einiger Zeit Alternativen überlegt. Sie lassen sich auf den Nenner „Allianzen mit den Autochthonen in Libanon" bringen. In Washington jedoch liegen Ratlosigkeit und Verdrängen der libanesischen Krise in scharfem Wettstreit miteinander.

Der Friedensprozeß in der Region hat einen Rückschlag erlitten. Das zweite Abkommen eines Mitgliedsstaats der Arabischen Liga mit Israel ist einseitig annulliert worden. Besteht nun Gefahr für das erste? Kairo hat bis zuletzt für die Beibehaltung des israelisch-libanesischen Abkommens plädiert. Syrien hat deswegen eine Verbalattacke gegen Ägypten geritten.

Auch Saudi-Arabien war für die Aufkündigung. Von Südjemen und der Rest-PLO Arafats war sowieso keine Änderung der friedensfeindlichen Haltung zu erwarten. Somit sind unter dem Druck des sowjetisch-syrischen Diktats die alten Bruchlinien in der arabischen Welt zwischen Friedenswilligen und Friedensverweigerern wieder sichtbar geworden. Interessant wird sein, wie Irak und Algerien, zwei ehemalige Mitgliedsländer der Verweigerungsfront, nun reagieren.

Moskau ist seinem Ziel einer internationalen Nahost-Konferenz einen Schritt nähergekommen. Der Kreml strebt wieder den Stand vom Oktober 1977 an, als die Amerikaner in einer gemeinsamen Erklärung mit den Sowjets ein politisches Kondominium in der Region zulassen wollten. Die israelisch-ägyptische Friedensinitiative, die zum Vertrag von Camp David führte, hatte diesen Plan vereitelt. Seit dem Sommer 1982 und spätestens seit gestern weiß Israel nun (wieder), daß es sich nicht auf andere verlassen darf, sondern versuchen muß, mit Hilfe der Amerikaner eigene Wege zum Frieden zu finden.

Hart für Mondale

Von Thomas Kielinger

Senator Gary Hart (geboren Hartpence, im Alter von 24 Jahren auf das kürzere „Hart" umgesattelt) hat bewiesen, daß er der Aufgbe des Mondale-Bezwingers mehr als gewachsen ist. Obwohl dem Mann aus Colorado nur ein Zehntel der Wahlkampfgelder zur Verfügung steht, mit denen die Mondale-Maschinerie um sich wirft, hat er nun schon seinen zweiten Schönheitswettbewerb gewonnen, erst die Vorwahl von New Hampshire, am Sonntag die von Maine. Heute holt er wahrscheinlich Vermont, am 10. März Wyoming – das liegt im Rocky-Mountain-Westen, seiner Heimat –, und dann wird man sehen, wie das Füllhorn der neun Vorwahlen des 13. März seine Gaben verteilt.

Viel Verheißungsvolles für Walter Mondale scheint es nicht mehr zu bergen. Das kann nicht verwundern. Diese Zeitung hat bereits am 4. Oktober darauf hingewiesen, daß die frühe Umarmung Mondales durch den amerikanischen Gewerkschaftsdachverband so etwas wie ein Todeskuß für den Kandidaten werden könne, und eine große Blamage für die Gewerkschaftsorganisation dazu. Auch ist vermerkt worden, daß ein Kandidat, der lange und so früh als der angeblich Gesalbte vorneweg liegt, im Vorwahlkampf sich selber zum größten Feind werden muß. Da könne nur Langeweile und Gefahr für seine Kandidatur entstehen, zumal bei einem Mann wie Mondale, von dem nicht gerade Blitze ausgehen.

Es ist alles so eingetroffen. Mondale ist der Vertreter eines liberalen Partei-Establishments, das in den USA keine Repräsentanz mehr für sich beanspruchen darf. Wer sich dermaßen von den vereinten Interessengruppen, die man allgemein den Demokraten zuordnet (angefangen mit den Gewerkschaften), einnehmen läßt wie „Fritz" Mondale, der stößt den heutigen amerikanischen Wähler geradezu ab. Hart gibt zwar auch manch Dubioses von sich, aber wenigstens denkt er für sich und auf eigene Rechnung. Dazu ist er jung, und die Amerikaner lieben ein „neues Gesicht".

Freilich, noch ist nichts entschieden. Und vor den endgültigen Erfolg des Demokraten-Kandidaten haben die Götter Ronald Reagan gesetzt. Aber das ist eine andere Geschichte.

Der Kavalier rät

Von Fritz Wirth

Was bisher nur als ein dumpfes Rumoren zu erkennen war, ist am Wochenende zum ersten Mal präziser artikuliert worden: In der konservativen Partei wächst Unbehagen über Frau Thatchers Regierungsstil und die politischen Pannen, die ihrem Kabinett widerfahren.

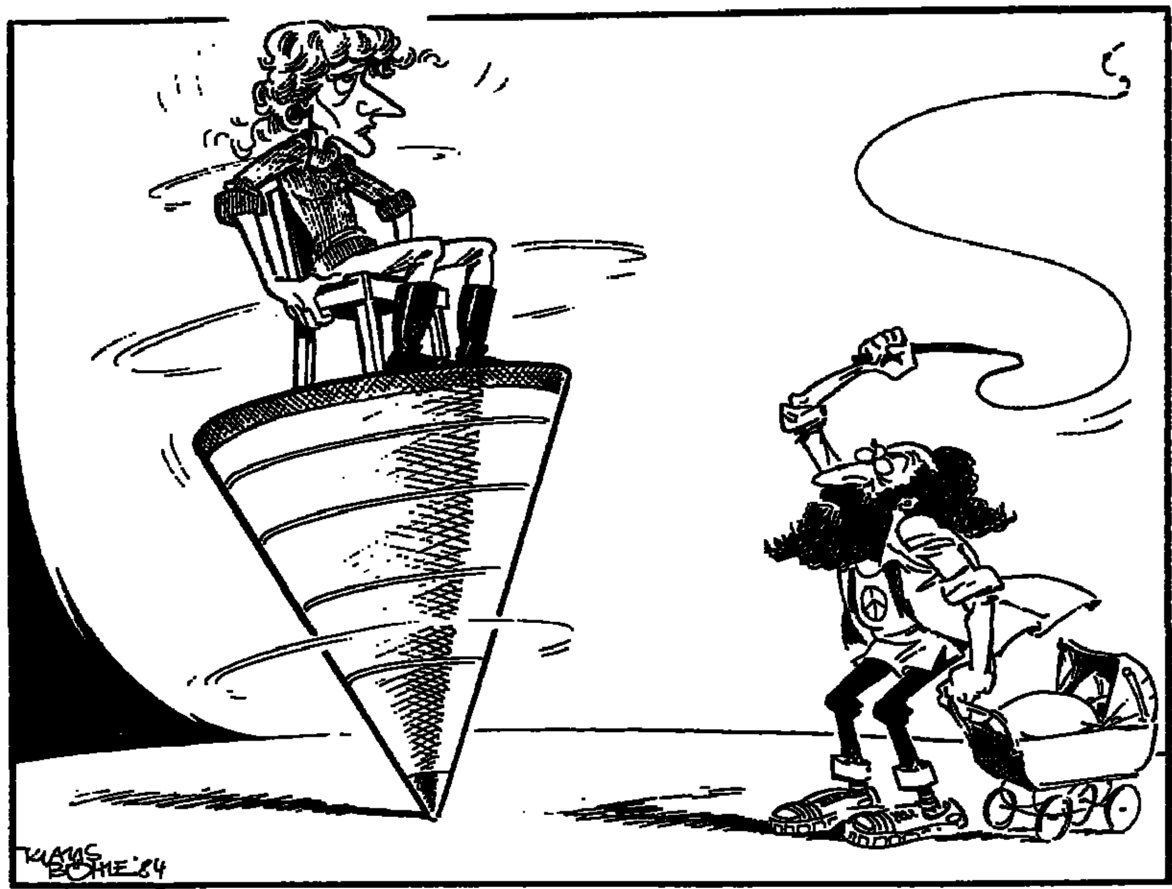
Edward du Cann, der Sprecher der konservativen Unterhausfraktion, formulierte dieses Unbehagen auf denkbar kavalierhafte Weise, indem er Frau Thatcher den Rat gab, weniger zu arbeiten und sich einen Stellvertreter zuzulegen. Sie solle die dadurch gewonnene Zeit nützen, eine neue politische Strategie zu formulieren.

Dieses Mißvergnügen unter den eigenen Hinterbänklern ist inzwischen bis zu den Wählern durchgedrungen, denn zum ersten Mal seit zwei Jahren sind die Konservativen in den Meinungsumfragen von der Labour Party, die immerhin nach den Unterhauswahlen des letzten Sommers vor dem Ruin zu stehen schien, überflügelt worden.

Nun hat jede Regierung unpopuläre Dinge zu tun. Es liegt nahe, daß sie sie unmittelbar nach einer gewonnenen Wahl erledigt. Frau Thatcher, die noch bis 1988 im Amt ist, kann 1984 leicht mit einem Knick in der Popularitätskurve leben.

Die zunehmende Zahl der Fehlleistungen allerdings ist ein Problem. Sie haben eine Ursache, die zu einem großen Problem werden kann. Die Tories haben mit einer Unterhausmehrheit von 144 Sitzen im letzten Jahr einen der größten Wahlsiege ihrer Geschichte errungen. Die damit errungene Vorgerrschaft im Unterhaus entspricht jedoch keineswegs der Qualität des gegenwärtigen Kabinetts.

Diesem Kabinett mangelt es nach den Abgängen von Lord Carrington, Francis Pym und Cecil Parkinson und der „Exilierung" von James Prior nach Nordirland an politischer Substanz. Frei von allen kavalierhaften Dämpfungen, mit denen du Cann seine Kritik versah, läuft sie auf die Forderung hinaus, diesem Kabinett des Mittelmaßes neue Stützpfeiler zu geben. Frau Thatcher wäre schlecht beraten, schlüge sie diesen Rat in den Wind.



Das Rotationsprinzip ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wirbel in Grün

Von Enno v. Loewenstern

Was haben Johann Hus und die Jungfrau von Orléans miteinander zu tun? Eigentlich nur, daß die eine den anderen verabscheute und daß sie an die Engländer appellierte, doch endlich den Krieg mit Frankreich zu beenden und zu einem gemeinsamen Kreuzzug gegen die Hussiten unter dem Banner der Jungfrau anzutreten. Insofern ist es passend, daß Antje Vollmer beide dem grünen Parteitag von Karlsruhe als Symbolfiguren für ein „Europa der Mutterländer" empfahl. In der grünen Bewegung teilt man gegenseitig aus, wünscht den jeweils anderen dorthin, wo der saure Regen das Wachstum des Pfeffers noch nicht beeinträchtigt hat, und versichert einander, daß man im eigenen Bereich keine Glaubenskriege führe. Die grüne Bewegung bleibt in Bewegung, kreisend mit viel schönen Reden.

Denn im Prinzip geht es um das Rotationsprinzip; dahinter tritt alles andere zurück. Und niemand will die armen Grünen verstehen. Dabei ist es doch so: Entweder man ist ein Basisdemokrat oder man ist für Sachverstand. Ein Schelm, wer das komisch findet. Schon im alten Athen folgten sie dem Verfassungsgrundsatz, daß alle Menschen gleich kompetent seien, und vergaben selbst die höchsten Staatsämter nach dem Los. Das war übrigens zu der Zeit, als einer der witzigsten athenischen Basisdemokraten in einem Theaterstück das Bild vom Wolkenkuckucksheim schuf. Aber selbst im alten Athen hatten sie Ausnahmen: Die militärische Spitze und die Finanzverwaltung wurden nicht durch Los besetzt. Das Gemeinwesen wollte ja regiert werden und nicht immerwährende Fundamentalopposition spielen. Deshalb nahm man auch eine contradictio in principio in Kauf.

Da die Grünen nun aber prinzipiell an Prinzipien glauben, eben weil sie von einer Beteiligung an der Verantwortung mit ihrem lästigen Kompromißzwang nichts halten, mag es manche verwundern, daß sie überhaupt Kandidaten aufstellen – zu einer Wahl für ein Parlament, das sie als Scheinparlament ansehen, in einem Europa, das sie in dieser Form ablehnen, und mit einem Programm, das sie ihnen nicht mit auf den Weg gaben, weil sie es noch gar nicht entworfen haben. Na und? Sie sind kein ausgeklügelt Buch, sie lesen in der Regel nicht einmal ein solches. Spontaneität ist das Wesen der Basisdemokratie.

Wer nicht so sehr an die Gleichberechtigung glaubt als vielmehr an die Gleichheit; wer davon überzeugt ist, daß jeder so viel kann wie der nächste – der muß beim Wort Sachverstand seine Blutspritzpistole ziehen. Nicht nur beim Wort; er muß sie gegen den Sachverstand schlechthin ziehen. Kein Wunder, daß der Wiesbadener Blutspritzer Frank Schwalba-Hoth zur Europawahl aufgestellt wurde. Ein Wunder, allenfalls, daß der Antrag abgelehnt wurde, alle Kandidaten müßten sich auf der Bühne nackt ausziehen. Eine Bewegung, die schonungslos alles offenlegen will, müßte eigentlich bei sich selber anfangen. Außerdem steht die Revanche für die Heckereien immer noch aus.

Aber, ganz im Gegenteil, ein Delegierter betrat die Karlsruher Bühne maskiert. Er hatte eine Pappnase aufgesetzt und schmähte seine Mitgrünen in melodischem Mittelrheinisch, weil sie ihn und seinesgleichen durch ihre Parteitags-Datierung „aus unserem wichtigsten Fest herausgerissen" hätten. War das ungerecht, hat man ihm nicht in Karlsruhe genug Unterhaltung geboten? Natürlich nicht; er nahm die Veranstaltung ja ernst.

Das ist das Charmante an den Grünen: daß ihre Unternehmungen nie in die Fröhlichkeit ausarten, von der sie so viel reden. Alles hat seinen tiefen Tiefsinn. Wenn Rainer Trampert und Thomas Ebermann, die beiden Genossen von der Gruppe „Z" in Hamburg, im Vorraum einen Fußball herumkicken, so sieht das zwar lustig aus. Aber der Kenner spontaner Bewegungen weiß: Hier zeigen zwei, daß sie sich auch sonst die Bälle zuspielen. Trampert übrigens, der disziplinierte Klassenkämpfer, lehrte die anderen, wie man wenigstens seinen eigenen internen Widerspruch löst. Er ließ sich bislang vom schlimmsten aller Arbeitgeber ausbeuten: einem Multi. Noch dazu einem Benzinmulti. Nun hat er Texaco verlassen und auch noch erdulden müssen, daß die ihm eine Abfindung zahlten. Als aber die Grünen ihm den Reichtum sozusagen anrechnen und ihm daraufhin kein Geld für seine Parteiarbeit geben wollten, da empörte er sich. Die Grünen zeigten denn auch devote Einsicht. Beim Geld hört die Umweltfreundschaft bekanntlich auf. Und schon im alten Athen haben sie darauf geachtet, daß jeder staatliche Funktionär mindestens seine drei Oboloi täglich bekam, ohne Ansehen des sonstigen Einkommens.



Pappnase, sei wachsam: Delegierter auf dem Karlsruher Parteitag FOTO: AP

Nur war es so, daß im besagten Athen praktisch jeder erwachsene Bürger der Stadt (genauer: des eigentlichen Stadtgebiets) zu seinem Amt kam. Hier sind nur ein paar Plätze im Parlament und im Scheinwerferlicht zu vergeben. Und man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht. Die Rotation ist lieblich für den, der von ihr nach oben getragen wird; nicht für den anderen. Sie erinnert an die mittelalterlichen Bilder vom Rad des Schicksals. Und an die Gnadenlosigkeit der Zeit, da es noch keinen Kündigungsschutz gab. In der Bundestagsfraktion mehrt sich der Basiswille, die Rotation abzuschaffen. An der Basis aber hat man die Rotation für die Europa-Abgeordneten jetzt ausdrücklich bestätigt, pour décourager les autres. Kann aber Rotation auf die Dauer etwas anderes auslösen als zentrifugale Kräfte? Vielleicht doch. Man muß nur den richtigen Dreh finden.

IM GESPRÄCH Jaime Michelsen

Sturz eines Magnaten

Von Günter Friedländer

Viele Länder der Dritten Welt sind in der Privatwirtschaft durchaus nicht unterentwickelt. Jaime Michelsen Uribe (53), der das selbst gewählte Exil in seinem Apartment auf Miamis exklusivem Key Biscayne zubringt, beherrschte ein auf vier Milliarden Dollar geschätztes Imperium, „Grupo grancolombiano", mit mehr als hundert Unternehmen, die dreizehntausend Arbeitnehmer beschäftigen. Zu ihnen gehören zwei Gesellschaften, die Inlandszertifikate ausgeben. Mehr als fünfzehntausend Anleger vertrauten ihnen ihre Ersparnisse an. Viele der Unternehmen gehören Jaime Michelsen und seiner Familie, andere sind autonom und schlossen sich an die Gruppe an, weil sie „deren Philosophie teilen".

Dies läßt die Regierung Betancur nicht gelten. Michelsen sei der wirkliche Herr der ganzen Gruppe, in der viele fiktive Firmen nur Finanzmanövern dienen, heißt es von amtlicher Seite. Jedenfalls aber ist Michelsens Unternehmen mit der mächtigen Banco de Colombia im Gegensatz zu anderen Finanzgruppen keine Seifenblase. Die Geschäfte der Bank laufen nach dem Sturz ihres Herren im In- und im Ausland normal weiter.

Die Regierung wirft Michelsen vor, daß die Banco de Colombia anderen seiner Firmen 55 Millionen Dollar in vom Gesetz verbotenen Darleben gab. Sie waren nicht illegal, sagt Michelsen. Und: „Alles wurde zurückgezahlt."

Michelsen ist ein Vetter des Ex-Präsidenten Lopez Michelsen und wie er ein prominentes Mitglied der Liberalen Partei. Er gehört zu Kolumbiens führenden Familien. Er sagt: „Viele wurden aus Neid auf unseren Erfolg unsere Feinde." Sie gehören nach seinen Worten heute zur Regierung „und benutzen deren Autorität, um ihren persönlichen Neid zu befriedigen". Dabei habe ihnen der „Populismus" des Präsidenten geholfen. Aber die Gruppe wurde bereits unter der vorigen Regierung des Liberalen Turbay untersucht, weil angeblich die Manöver ihrer verschiedenen Firmen die Aktien einer Schokoladenfabrik künstlich in die Höhe und dann wieder in die Tiefe trieben. Die jetzige Regierung nahm die festgefahrene Untersuchung wieder auf. Michelsen entzog sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Miami. Der Haftbefehl wurde inzwischen aufgehoben, aber seine Aktien in der Finanzgruppe wurden nach seinem von der Regierung erzwungenen Rücktritt sichergestellt.



Ab nach Miami: Milliarden-Unternehmer Michelsen FOTO: DIE WELT

Michelsen will der Entwicklung des Prozesses gegen ihn von Miami aus zusehen, obwohl Kolumbiens Regierung meint, er könne ohne persönliche Gefahr heimkehren. Michelsen hat mit der Aufhebung des Haftbefehls einen ersten Sieg errungen. Er galt lange als Kolumbiens erfolgreichster Unternehmer. Die Gerichte müssen nun feststellen, ob dabei alles mit rechten Dingen zuging.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Allgemeine Zeitung

Zur Fastnachtskampagne 1984 merkt das Mainzer Blatt an:

Zwar spricht aus dem, was in den Bütten gereimt und ungereimt verkündet wurde, zunächst der aktuelle Spott, das unbewältigte Vorurteil und auch die Schadenfreude, da man sich mit denen „da oben" mal auf du und du anlegen kann, doch unterschwellig offenbart sich auch die Stimmungslage (nicht nur der Narren). Insgesamt ist sie optimistisch, wenngleich nicht frei von Egoismen. Nicht mehr das trutzig-neureiche „Jetzt erst recht" des Vorjahres wird da sichtbar, sondern ein überlegter und durchaus eigennütziger Übermut. Man leistet sich das närrische Vergnügen in der Überzeugung, es stehe einem nun mal zu.

The Daily Telegraph

Die britische Tageszeitung schreibt zur Haltung der neuen Sowjetführung:

Gerade jetzt gibt es ein wachsendes Crescendo von Ratschlägen für Präsident Reagan, wie gut es wäre, sich mit der neuen Sowjetführung gut zu stellen und einen neuen Anfang bei den Ost-West-Beziehungen zu machen. Einverstanden, aber man sollte einmal die sowjetischen Wahlreden hören. Darin findet man nicht eine einzige neue Idee ... Statt dessen gibt es die gleiche alte Rhetorik, die darauf besteht, daß es an den Vereinigten Staaten und nicht an Rußland liege, Worte in Taten umzusetzen.

LE MATIN

Die den regierenden Sozialisten nahestehende französische Zeitung zollt den Demonstranten von Versailles Respekt:

Mit der größten Massendemonstration seit den heißen Tagen von Mai '68 ist es der katholischen Kirche ... gelungen, einen Beweis ihrer Kraft zu erbringen. Es müssen Grundwerte in Frage stehen, um derartige Massen in Bewegung zu bringen. Jeder muß zugeben, daß die Bildungsfreiheit zu diesen Werten gehört, da ein bedeutender Teil der französischen Gesellschaft sich darauf beruft. Ein Kraftbeweis, der aber von der Kirche souverän gelenkt wurde. Es ist bemerkenswert, daß sie ihn genutzt hat, um eine von Mäßigung geprägte Sprache anzunehmen ... Diese Anstrengung der Kirche Frankreichs, in Krisenzeiten ihre Führungsrolle wiederzufinden, ist eine der bedeutenden Lehren dieses Sonntags. Vielleicht steht das Modell der polnischen Kirche dabei im Hintergrund.

HAARETZ

Zu den Gesprächen Bundeskanzler Kohls in Washington nimmt die israelische Zeitung Stellung:

Angeblich ist es Routine, wenn ein Bundeskanzler Beratungen in Washington führt. Aber es gibt derzeit einige Entwicklungen, die den Gesprächen Kohls in den USA besonderes Gewicht beimessen: der Machtwechsel in Moskau und die Unklarheit über den Wert der Erklärungen des neuen sowjetischen Führers – angesichts seiner physischen Schwäche. Dazu kommen die Zweifel, die durch Washingtons Haltung im Beirut-Konflikt ausgelöst worden sind. Kohl hat besondere deutsche Gründe, die sein Interesse zur Förderung der Gespräche in diesen Sachen bewegen. Die Stationierung von Raketen auf deutschem Boden wird fortgesetzt. Kohl muß seiner Opposition beweisen können, daß die NATO diesen Prozeß noch aufzuhalten bereit sei, wenn auch Moskau bereit sein wird, die Zahl seiner SS-20-Raketen zu verringern.

Marchais im Zorn über Moskaus „richtige Franzosen"

Wenn die Mitgliederzahl schrumpft, wird die KPF über Nacht patriotisch / Von Jürgen Liminski

Frankreichs Kommunisten suchen Händel mit der großen Bruderpartei in Moskau. In einem Protestbrief an das Zentralkomitee der KPdSU ereifert sich KP-Chef Marchais über das Werk eines sowjetischen Autors „Die Bevölkerungen der Welt". Unter dem Stichwort „Frankreich" unterscheidet der Moskauer Genosse „richtige Franzosen" (etwa 44 Millionen; 82,5 Prozent) und andere Gruppen wie „Bretonen, Basken, Katalanen, Korsen, Juden, Armenier und Zigeuner".

Frankreich sei „kein multinationaler Staat", empört sich Marchais dawider in seinem Brief, den er auch im Parteiblatt „L'Humanité" abdrucken ließ. „Jeder Bürger unseres Landes ist Franzose." Als besonders verwerflich und unverschämt erscheint dem Wortführer des internationalen Proletariats die sowjetische Behauptung, die Bewohner von Elsaß-Lothringen seien mit den Deutschen „verwandt".

Moskau hat auf die Vorwürfe bisher noch nicht reagiert. Der einseitige Disput ist, mit kühlerem Kopf betrachtet, auch nur eine akademische Fußnote wert. Denn die Sowjets gehen offenbar von einem Nationenbegriff aus, der dem deutschen trotz aller republikanischen Verrenkungen der letzten Jahrzehnte nicht widerspricht. Man zieht Abkunft, Sprache, Kultur als Identitätsmerkmale einer Nation heran. Dieser Auffassung steht der französische „voluntaristische" Nationenbegriff gegenüber. Franzose ist, wer sich zu Frankreich, und das heißt zu den Prinzipien von 1789, bekennt: Die Nation ist demnach das „Produkt einer moralischen Entscheidung, nicht eine Sache der Identität des Idioms" (Carlo Schmid). In diesem Sinn sind die Elsässer freilich Franzosen, im anderen Sinn natürlich Deutsche.

Marchais' Sorge aber gilt weniger den Elsässern oder Bretonen in toto als den Wählern, die in diesen Landstrichen scharenweise seiner Partei den Rücken kehren. Analysen haben ergeben, daß ein Großteil der Wähler Le Pens, des Rechtsaußen im politischen Spektrum Frankreichs, erstaunlicherweise (oder auch nicht) von der Kommunistischen Partei herübergewandert ist. In Le Pens „Nationaler Front" haben sie eine neue politische Heimat gefunden. Diesem Trend entspricht, daß in der jüngsten Monatsumfrage zur Popularität der französischen Spitzenpolitiker der Bretone Le Pen den Kommunisten Marchais erstmals überholt hat.

Obendrein gehen die erheblichen Verluste bei den Regional- und Gemeinderatswahlen der letzten zwölf Monate mit einem dramatischen Einbruch bei den Finanzeinnahmen für die Partei einher; sie haben zudem zu einer Art Massenarbeitslosigkeit kommunistischer Kader geführt. Marchais muß reihenweise verdiente Lokal-Funktionäre entlassen. Er kann sie nicht mehr bezahlen. Er verfügt nicht mehr über die Gemeindekassen, die vorher ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst zum Teil jahrzehntelang ermöglichten. Im besonders einträglichen Großraum Paris kontrolliert die Partei beispielsweise nur noch 35 von 242 Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern. Zur Zeit des Machtwechsels in Frankreich war es fast das Doppelte. Oder: Der Haushalt von drei Städten wie Saint Etienne, Reims und Nîmes beläuft sich auf 3,7 Milliarden Franc. Die Verfügungsgewalt über diese Milliarden ging verloren, mit ihr Hunderte von Posten und Aufträge für Wirtschaftsunternehmen, die mit der Partei irgendwie verflochten sind. Für die kommunistische Gewerkschaft CGT ist das Bild ähnlich. Die Arbeiter laufen ihr ebenso weg wie der Partei die „proletarischen" Wähler.

Der doppelte Schwund des Wählerpotentials einerseits und des Finanzsäckels andererseits hat für die Kommunisten bedrohliche Ausmaße erreicht. Die Partei droht auf das Niveau einer mittleren Polit-Sekte zusammenzuschrumpfen. Wo ist der Ausweg? Wirtschaftskrise und Mißerfolge der kommunistischen Minister machen die Partei nicht attraktiver. Der breitstapfige, launige Landedelmanns-Mißmut des Parteichefs ist nicht mehr gefragt. Kritik an der Regierung bekommt den Genossen schlecht. Auch die Auflage der Parteizeitung sinkt.

In solcher Lage hissen die Kommunisten für gewöhnlich die blau-weiß-rote Fahne. Wenn es ganz schlimm ist, hantieren sie auch noch an der Notbremse des Anti-Sowjetismus. Das scheint nun der Fall zu sein. Tschernenko bekam keinen Glückwunsch von Marchais. Und demnächst wird vielleicht gar etwas Unsowjetisches über sowjetische Raketen in „L'Humanité" zu lesen sein.

Die Freunde Marchais' seien beruhigt: Ein Kurswechsel liegt nicht vor, es handelt sich nur um heftiges Gegenrudern. Freilich, sollte es wider Erwarten kein taktisches Rudern sein, so könnte das den Freunden Frankreichs nur recht sein.

Gegen die „deutsche Krankheit" hilft Sport

Von LOTTE LUDWIG

Bluthochdruck gilt als Risikofaktor erster Ordnung für die koronare Herzkrankheit und den Schlaganfall. Wenig hört man jedoch über den niedrigen Blutdruck, die Hypotonie. Dabei ist er fast so häufig wie die Hypertonie. In der Bundesrepublik Deutschland ist mit etwa 6 bis 9 Millionen Bluthochdruck-Kranken zu rechnen, das sind 10 bis 16 Prozent, sowie mit 3 bis 6 Millionen Hypotonikern, etwa 10 Prozent der Bevölkerung. Einer Bestandsaufnahme der neuesten Erkenntnisse von Diagnostik und Therapie diente nun ein Hypotonie-Symposion in Hamburg.

Der niedrige Blutdruck stellt ein erhebliches sozialmedizinisches Problem dar. Nach einer Anfang 1984 veröffentlichten Statistik muß für die Behandlung der Hypotonie und ihrer Folgekrankheiten ein jährlicher Betrag von 3,5 Milliarden Mark aufgewendet werden. Obwohl die mit dem niedrigen Blutdruck verbundenen Beschwerden weltweit verbreitet sind, wird die Hypotonie als eine typisch deutsche Krankheit bezeichnet. In den USA nennt man sie den „Morbus germanicus" oder schlichtweg auch „German disease".

Von Hypotonie spricht man dann, wenn der nach Riva-Rocci gemessene Blutdruck systolisch unter 100–105 mmHg und diastolisch unter 60 mmHg ist. Je niedriger der Druck, um so leichter kann das venöse Blut sich in den Beinen ansammeln, und es bedarf eines stärkeren Pumpvorgangs zum Rücktransport. Läuft dieser Vorgang verzögert ab und sind Herz und Hirn mangelhaft durchblutet, kommt es zu den Regulationsstörungen. Dem Patienten wird „schwarz vor Augen", wenn er aufsteht, ihm ist schwindlig, er hat Sehstörungen, fühlt sich am Morgen müde und matt, hat Kopfschmerzen und ist häufig auch psychisch beeinträchtigt.

Bei alten Menschen ist der Blutdruck häufig sehr niedrig, weil infolge normaler und atherosklerotischer Alterungsvorgänge die Durchblutung von Herz und Hirn eingeschränkt ist. In allen Altersgruppen dagegen können Hypotonien sekundär nach anderen Krankheiten, aber auch nach bestimmten Medikamenten wie etwa Anti-Depressiva, Psychopharmaka, Schmerzmittel und Laxantien (Abführmittel) auftreten. Oftmals, so betonte Professor Dieter Michel, München, normalisiere sich der Blutdruck nach Absetzen dieser Medikamente ohne jegliche Therapie.

Etwa 15 bis 20 Prozent aller Patienten einer Allgemeinpraxis suchen ihren Arzt wegen eines zu niedrigen Blutdrucks auf. In vielen Fällen wird es nicht erforderlich sein – darin waren sich die Experten einig –, sofort eine medikamentöse Behandlung einzuleiten. Viel wichtiger sei bei Kindern und Erwachsenen die physikalische und die Klima-Therapie. Sehr bewährt hätten sich Kneippsche Güsse, Kaltduschen und Wassertreten. Freizeitsport, Ballspiele, Schwimmen stärken die Kraftreserven, fördern Schnelligkeit, Koordination und Ausdauer und beseitigen psychische Störungen, unter denen Hypotoniker zuweilen leiden. Medikamente können zur Einleitung oder Unterstützung dieser Maßnahmen verordnet werden, sollen aber niemals Sport und physikalische Maßnahmen ersetzen.

Südtirol - wie eine Mehrheit als Minderheit lebt

Wie steht es im Andreas Hofer-Gedenkjahr mit dem Selbstverständnis der deutschen Südtiroler? Wo stehen sie – politisch und kulturell – zwischen Italienern, Deutschen und Österreichern?

Von CARL G. STRÖHM

An der Eingangstür eines Gasthofes im Südtiroler Pustertal gehen zwei deutsche Urlauber an einer Gruppe italienischer Soldaten vorbei, die hier wohl ihren Sonntagsurlaub verbringen. Sie sprechen deutsch in der Tiroler Mundart. „Na", sagt der eine deutsche Urlaubsgast zum anderen, „hier haben wir doch schon das vereinigte Europa, wenn schon die italienischen Soldaten deutsch miteinander reden." Da wendet sich einer der Uniformierten um und bemerkt: „Wir sind keine italienischen Soldaten. Wir sind Tiroler."

Sind die Südtiroler lediglich „deutschsprechende Italiener", wie manchmal in Rom und anderswo behauptet wird? Gibt es noch ein „gesamttirolerisches" Bewußtsein – ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen dem österreichischen Nordtirol und dem 1918 von den Italienern besetzten und später annektierten deutschsprachigen Gebiet vom Brenner bis zur Salurner Klause (der faktischen deutsch-italienischen Sprachgrenze)?

Im Landhaus von Bozen sagt uns der Landeshauptmann (Regierungschef) von Südtirol und Vorsitzende der Südtiroler Volkspartei (SVP), Silvius Magnago, die Gefahr der Italianisierung der Südtiroler bestehe nach wie vor. Deshalb müsse er darauf dringen, daß die volle Gleichberechtigung der deutschen Sprache gegenüber dem Italienischen endlich verwirklicht werde. Magnago, der mit seinen 70 Jahren immer noch Energie und Vitalität ausstrahlt (als deutscher Soldat wurde er im Zweiten Weltkrieg schwer verwundet und verlor in Rußland ein Bein), meint dann: „Ich kann ein guter Deutscher in Südtirol sein, ohne die Italiener zu hassen. Aber ich bin anders als sie."

Die österreichisch-italienische Grenze am Brenner bezeichnet der Landeshauptmann – der heute nicht nur als Vaterfigur gilt, sondern unter den meisten Südtirolern bereits wie eine Art lebendes Denkmal betrachtet wird – als „Unrechtsgrenze". Auf die Frage, wie er es mit dem Selbstbestimmungsrecht halte, das von manchen politischen Gruppen Südtirols neuerdings laut gefordert wird – und zwar nicht nur vom „Südtiroler Heimatbund", sondern auch von manchen Kreisen der SVP, der Partei Magnagos –, antwortet der Landeshauptmann mit dem fast leidenschaftlichen Ausruf, er wäre der erste, der diese Grenze ändern würde, sobald es dazu eine realistische Möglichkeit gebe.

Auf das Selbstbestimmungsrecht könnten die Südtiroler niemals verzichten. Man müsse diese „Unrechtsgrenze" mehr und mehr durchbrechen. Übrigens ist das einer der Gründe, warum sich der Südtiroler Landeshauptmann sehr für die „Arge Alp", die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer, interessiert, in der Südtirol regional mit Nordtirol, Bayern, Salzburg, aber auch dem Schweizer Kanton Graubünden zusammenarbeitet. Man müsse, so sagt Magnago, jetzt verhindern, daß dem „ersten Unrecht" – der Tatsache, daß Italien seit 1918 über ein rein deutsches Gebiet herrscht (dessen Bevölkerungsmehrheit im Grunde lieber heute als morgen dem italienischen Staat den Rükken kehren würde) – nun ein zweites Unrecht hinzugefügt werde: die schleichende Verwandlung der politischen Grenze in eine Sprachgrenze.

Wer am Brenner oder bei Sillian nach Südtirol einreist, merkt, was Magnago im Sinn hat. Da versehen italienische Polizisten und Zöllner Dienst, die sicher keine Südtiroler und oft kaum der deutschen Sprache mächtig sind. Immer noch findet die Südtiroler Autonomie, die durch ein Statut festgelegt ist, bei der Polizei und vor Gericht ihr Ende. Doch die Regierung in Rom beschloß nun dieser Tage, die Einrichtung eines eigenständigen Verwaltungsgerichts für Südtirol.

Die Tiroler, die heute noch stolz darauf sind, bereits im 14. Jahrhundert die älteste Demokratie auf dem europäischen Festland gegründet zu haben, sehen sich im Land südlich des Brenners bislang einem italienischen, das heißt fremden Exekutivapparat gegenüber. Die jüngste Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten Craxi, die italienischen Beamten könnten die deutsche Sprache nicht „per Dekret" lernen, hat in Südtirol heftigen Widerspruch hervorgerufen. Daß die italienischen Beamten in Südtirol Deutsch lernen müßten, sei seit über zwanzig Jahren bekannt, meint Magnago.

Die Sprachenfrage mag einem Außenstehenden kleinlich und sogar kleinkariert erscheinen – etwa wenn die Südtiroler darauf dringen, daß die Zweisprachigkeit bis zur Bahnhofstoilette und bis zum letzten Wegweiser verwirklicht wird. Aber das Sprachproblem ist das Kernproblem für den Fortbestand dieser nationalen Minderheit, die in Wirklichkeit in ganz Südtirol die überwältigende Mehrheit stellt. Zwar ist die Landeshauptstadt Bozen, in der vor dem Ersten Weltkrieg kaum ein Italiener lebte, heute zu 77 Prozent von italienischen Zuwanderern bewohnt, (ein Resultat der faschistischen Entnationalisierungs-Politik Mussolinis), aber in den Tälern, auf den Bergen, in den Winzerdörfern des Überetschgebietes sind die Südtiroler noch weitgehend unter sich.

Heute ist es nicht mehr „gefährlich", in den Straßen Südtiroler Städte Deutsch zu sprechen. Man kann sich zu Tirol bekennen – und manche Südtiroler Autofahrer deklarieren sich auf verschmitzte Weise. Das vorgeschriebene italienische Nationalitätenzeichen „I" wird abgewandelt durch einen kleingedruckten Zusatz, so daß herauskommt: „I bin a Südtiroler."

Das Problem ist heute nicht eine frontale Italianisierung, sondern eine schleichende Aushöhlung. Man darf nicht vergessen: Südtirol war bis vor wenigen Jahrzehnten eine „heile" patriarchalische Bauernwelt. Die Industrialisierung etwa des Gebietes um Bozen wurde dem Land von Mussolini aufgezwungen. Die Tiroler Bevölkerung sah während der faschistischen Zeit ihre Rettung in Abkapselung gegenüber der Außenwelt, im Rückzug auf die innere Linie. So fanden gewisse Prozesse der Modernisierung nicht statt, die jetzt – da es keine offene Unterdrückung mehr gibt – das Land und Teile der jungen Generation wie ein Sturmwind erfassen. Manchen, wenn auch nicht allen jungen Südtirolern, ist das Leben unter italienischer Fahne irgendwie selbstverständlich geworden. Hinzu kommt der Glanz und die scheinbare Leichtigkeit, die von der italienischen Kultur und Mentalität ausgehen. Das hat nicht nur die Deutschen des Nordens fasziniert – auch in Tirol kann man das spüren.



Der Volksheld der Tiroler: Andreas Hofer-Denkmal in Meran
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Hinzu kommt die überwältigende politische Vormachtstellung der Südtiroler Volkspartei (SVP) in der Volksgruppe, die im Landtag allein 22 von insgesamt 35 Abgeordneten stellt. Diese Partei ist im Wesen konservativ, christlich, katholisch. Wer gegen sie und die Vaterfigur Magnago rebellieren will, hat nur zwei Möglichkeiten: Entweder nach links zu gehen, zur „neuen Linken" und zu den „Alternativen". Diese Gruppen, die unter jungen Protestwählern einen gewissen Zulauf haben (immerhin zwei Mandate bei der letzten Landtagswahl), propagieren zu bewußte Vermischung von Deutsch-Tirolern und Italienern, was faktisch eine Aufforderung zum nationalen Selbstmord Tirols gleichkommt.

Die zweite Möglichkeit ist, die Volkspartei in der Entschlossenheit der nationalen Selbstbehauptung noch zu übertrumpfen und dem alten Landeshauptmann Kompromißlertum vorzuwerfen. Diesen Weg geht der „Südtiroler Heimatbund" mit der jungen, 32jährigen Abgeordneten Eva Klotz. Diese Gruppe fordert die sofortige Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, somit die Abtrennung von Italien und interessanterweise nicht etwa die sofortige Wiedervereinigung Südtirols mit dem österreichischen Tirol, sondern die Errichtung eines „Freistaates Südtirol" als ersten Schritt zur Schaffung eines „Europas der Regionen".

In der Abenddämmerung der „Ära Magnago", die seit den sechziger Jahren das Gesicht der Südtiroler Politik bestimmt hat, sind solche Bestrebungen gewiß nicht mit einer Handbewegung abzutun, zumal auch in der Südtiroler Volkspartei der Begriff „Selbstbestimmungsrecht" einen magischen Klang hat. Schon vor Jahren erklärte der Südtiroler Senator Brugger, falls in Rom eine kommunistische Regierung an die Macht kommen sollte, werde das Südtiroler Volk sofort von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen und sich als „zehntes Bundesland" an Österreich anschließen.

Fast jeder Südtiroler, den man nach seiner nationalen Zugehörigkeit fragt, sagt einem: „Ich bin deutsch." Landeshauptmann Magnago sieht hier bei manchen österreichischen Kreisen „psychologische Empfindlichkeiten", vor allem angesichts der Tatsache, daß der Einfluß der Bundesrepublik und besonders Bayerns im Südtiroler wirtschaftlichen und politischen Leben recht erheblich ist. Deshalb, so sagt Magnago, benutze er die Formel, daß Österreich das Vaterland der Südtiroler sei. „In erster Linie steht für uns Tirol, dann Österreich – aber dann auch die Verbindung mit dem deutschen Kultur- und Sprachraum." Wien, so formuliert Magnago, habe eine völkerrechtliche, gesetzliche Legitimation durch das Pariser Abkommen von 1946, sich für Südtirol einzusetzen. Bonn aber habe eine europäische Legitimation: Auch die Bundesrepublik habe ein Recht, sich Sorgen um Südtirol zu machen.

Was aber Andreas Hofer und die Freiheitskämpfer von 1809 angehe, so brauche sich Tirol seiner Geschichte nicht zu schämen. „Wir Tiroler haben uns gegen Napoleon gewehrt, als andere gekuscht haben", formuliert Magnago. Auch heute bedürfe es der gleichen Eigenschaften wie sie seinerzeit Hofer gehabt habe: Liebe zur Heimat, Vertrauen auf Gott und Glaube an das Recht.

Kohl in Amerika: „Ich wollt', ich hätte heute Wahl"

Helmut Kohl in Washington: Seine Auftritte sind selbstbewußt. Er kann es sich leisten, auch Unangenehmes zu sagen. Denn er muß keine Zweifel an deutscher Bündnistreue zerstreuen.

Von MANFRED SCHELL

Die amerikanischen Medien, die in dieser Zeit vor allem Libanon und den Krieg zwischen Iran und Irak im Blickfeld haben, widmen Kohl bislang viel Aufmerksamkeit und schreiben ihm sogar eine „Führungsrolle" in Europa zu. Der Bundeskanzler macht sich ein solches Rollenverständnis nicht zu eigen, aber er tritt in Washington voller Selbstbewußtsein auf.

Für Ronald Reagan ist er ein höflicher, aber in der Sache ebenso hartnäckiger Gast. Freimütig hat Helmut Kohl einen Tag vor der Begegnung mit dem Präsidenten in der traditionellen Fernsehsendung „Meet the press" bei NBC gegenüber fünf US-Journalisten seine Positionen und Erwartungen dargelegt. Das Prestige, in dieser Sendung befragt zu werden, wiegt mehr als die auf fünf Millionen geschätzte Zuschauerzahl um die Mittagsstunde.

Vor einem Jahr war ein „guter Tag" für ihn. Am 6. März 1983, fast auf den Tag genau, war er zum Bundeskanzler gewählt worden. Ehe die Sendung beginnt, gibt der Kanzler so manches von seinem Innenleben preis. „Ich wollt', ich hätte heute Wahl." Die Meinungsumfragen signalisieren ihm 49 oder 50 Prozent. Ob er über 50 Prozent kommen will? Kohl: „Ich bin froh mit allem, was ich kriege." Einer der Korrespondenten will demnächst nach Bonn kommen. Der Kanzler bittet, bei ihm vorbeizuschauen, aber über Ostern sei er weg: „in Österreich, um abzunehmen, bei 300 Kalorien pro Tag und einem Laufpensum von 30 Kilometern". Ob er sich gesund fühle? Helmut Kohl denkt auch in solchen Sekunden an Freund und Feind. „Der liebe Gott hat es bisher gut mit mir gemeint. Wenn es so bleibt, haben meine politischen Freunde und Gegner noch eine Weile mit mir zu tun." Ob er, Kohl, Präsident Reagan ähnlich wie beim Armdrücken besiegen wolle? Kohl: „In Bayern macht man das." Er sehe aber keinen Grund dafür, denn schließlich sei er ein Freund des Präsidenten.

Ein Gipfeltreffen ja, aber nicht zur Propaganda

Ohne Übergang verläßt Kohl dann den politischen small talk. Er wird von Moderator Marvin Kalb als einer „der wichtigsten" Verbündeten, als „Konservativer" und als „Verfechter enger Beziehungen" zu den USA vorgestellt. Die erste Frage dreht sich um die stagnierenden Verhandlungen über die Atomraketen. Kohl antwortet, es dürfe nicht gewartet werden, bis die Wahl in den USA „vorbei ist". Wie er zu einem Gipfeltreffen zwischen dem sowjetischen Parteichef Tschernenko und Präsident Reagan stehe? Kohl sieht Chancen dafür bis August oder September, aber es dürfe „nicht der Propaganda dienen". Kohl: „Es muß mehr sein als das Treffen von zwei Männern."

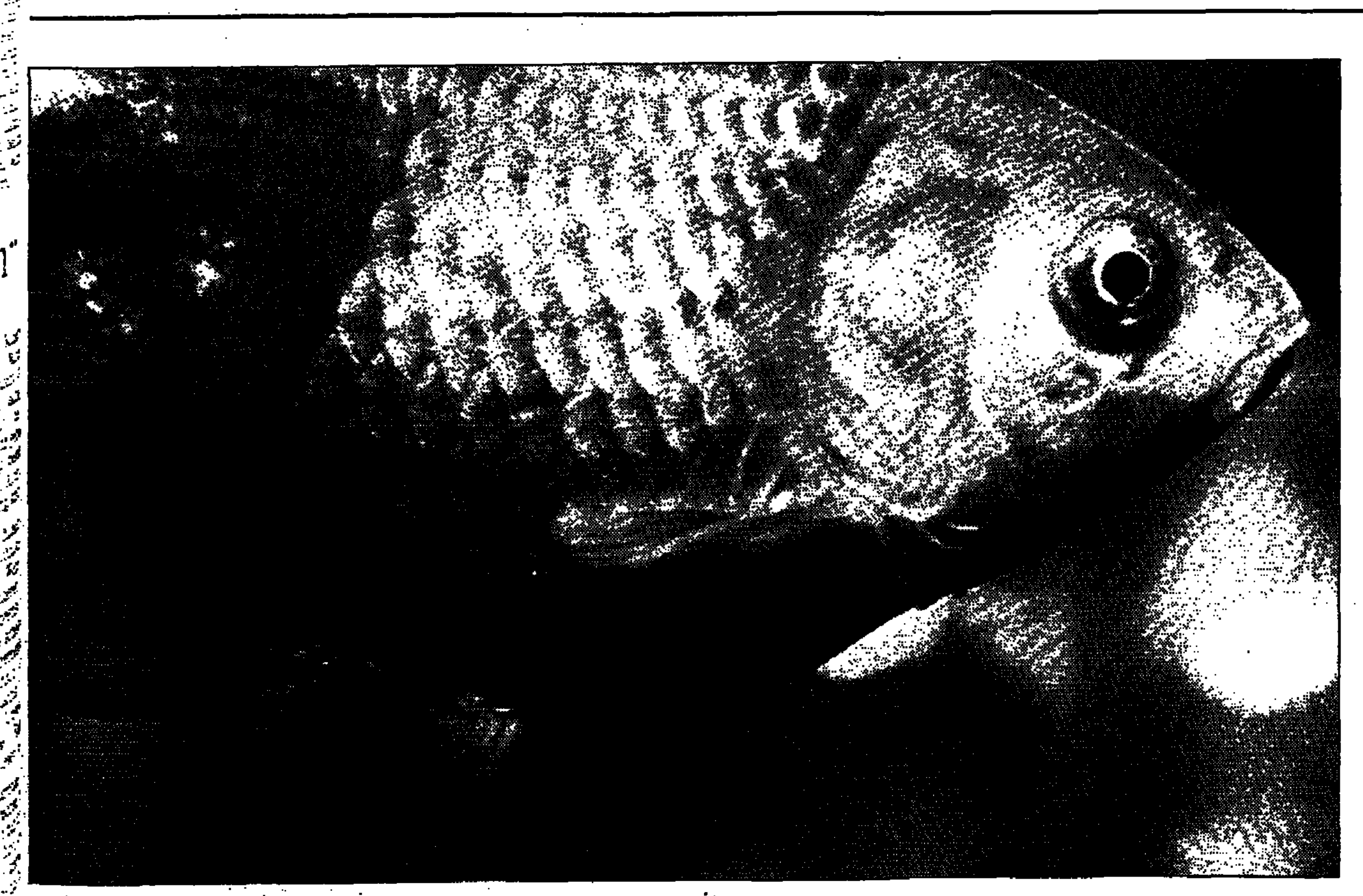
Der Kolumnist Joseph Kraft wollte von Kohl den Unterschied zwischen dem verstorbenen Andropow und dem neuen Chef Tschernenko wissen. Kohl sagte, Tschernenko habe ein „Leben im Apparat" gelebt, sei also stark ideologisch geprägt. Er sei ein Mann, „von dem ich sicher bin, daß er kein Abenteuer eingeht. Er ist in einem Lebensabschnitt, in dem keine Abenteuer mehr eingegangen werden." Die Stalin-Zeit sei schließlich vorbei. Moskau müsse Rücksichten auf die Verbündeten nehmen. Dagegen stehe ein in Grundsatzfragen einiger Westen, der aber das Gespräch mit dem Osten „offensiver" führen müsse.

Bruce Nolan vom „time-magazin" fragt ihn dann nach den Kissinger-Überlegungen. Der Kanzler ist geteilter Meinung. Der Artikel Kissingers, den er als Freund der Europäer nennt, „steckt voller vernünftiger Analysen". Aber er, Kohl, halte es für falsch, die amerikanischen Truppen in Europa zu reduzieren und den Oberbefehl den Europäern, vielleicht einem Deutschen, zu übertragen. Um jeden kritischen Ansatz an den Bündnisleistungen Bonns zu ersticken, weist Kohl sehr direkt darauf hin, daß „wir noch die Wehrpflicht haben".

Und dann kam die Frage, die den Kanzler aufregt

Michael Getler von der „Washington Post" stellt dann die Frage, die Kohl aufregt und auf die er harsch reagiert. Es geht um die deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Stunden zuvor war in der „New York Times" eine Anzeige mit 44 Unterschriften erschienen, in der die Bonner Absichten angeprangert werden. An Holocaust, an die besondere Verantwortung der Deutschen für Israel wird erinnert. So prominente Namen wie Saul Bellow, Arthur Miller, Lionel Hampton, Norman Mailer, Jane Fonda, Beverly Sills und Barbara Tuchmann gehören zu den Unterzeichnern.

Der Bundeskanzler wird heftig. Viel Falsches, ja bewußt Falsches werde darüber verbreitet. Er selbst habe die Verantwortung für Israel jederzeit gesehen. „Wir wollen, daß Israel in gesicherten Grenzen in Frieden lebt." Aber Kohl fügt auch an: „Ich habe keine persönliche Geschichte zu bewältigen." Eine Befriedung im Nahen Osten kann es nach seiner Einschätzung nur geben, wenn Israel und die „gemäßigten" arabischen Staaten eine Übereinkunft erzielen. Syrien rechnet Kohl nicht dazu. In gewissem Gegensatz zu Franz Josef Strauß spricht er von „Sehnsüchten" in Damaskus nach einem – auf Libanon bezogen – „großsyrischen Reich". Was die Saudis, denen er durchaus eine mäßigende Rolle zumißt, angeht, stellt Kohl die Frage, wie die Alternative zum saudischen Königshaus wohl aussehen würde. Es bleibe beim Bonner Nein zu einer Lieferung des Kampfpanzers Leopard 2. Aber Bonn werde mit den Saudis reden, „wenn es um ihre Verteidigung geht". Die Saudis werden Israel „nicht angreifen". Einen Seitenhieb fügt er hinzu. Er nennt Paris, London und die USA als Hauptwaffenlieferanten im westlichen Lager.



Sprachlos?

Bankkaufleute, die sprachlos werden, wenn sie langfristige Investitionspläne mitberaten sollen, haben bei uns keinen Platz.
Wir erwarten von unseren Kundenberatern, daß sie entscheiden und handeln, als würden sie zugleich vor und hinter dem Schreibtisch sitzen.
Sie wissen, der Dialog über Finanzierungsfragen des Unternehmers kann nur in einer Sprache geführt werden: der des Unternehmers.

Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

Grüne setzen umstrittene Kandidaten auf die Europaliste

Brigitte Heinrich auf Platz zwei / Sie beschaffte Sprengstoff für die Terrorszene

XING-HU KUO, **Karlsruhe**

Die von der Bundesversammlung der Grünen am Wochenende verabschiedete Kandidatenliste für die Wahl zum Europa-Parlament am 17. Juni dieses Jahres ist von höchster Brisanz. Auf Platz zwei wurde die 42jährige Diplom-Volkswirtin Brigitte Heinrich nominiert. Die in den 70er Jahren zum Umfeld der anarcho-terroristischen Szene gerechnete Frankfurterin war 1980 wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz rechtskräftig zu 21 *Monaten Haft ohne Bewährung* verurteilt worden.

Auf Platz drei und sechs kamen die Berliner Journalisten der linken Zeitschrift „Radikal", Benedikt („Benni") Härlin und Michael Klöckner. Beide sind kürzlich in Berlin wegen Billigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches, zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Verurteilten versuchen, eine Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe zu erwirken.

Bei der Kandidatenaufstellung und Vorstellung fiel die eher scheu und bescheiden wirkende Brigitte Heinrich unter rund 40 anderen teilweise weitaus lautstärkeren Bewerbern für das Straßburger Parlament zunächst kaum auf. Sie stellte sich vor: „Ich bin 42 Jahre alt. Diplom-Volkswirtin, derzeit Redakteurin in der Auslandsredaktion der 'taz' (linke Tageszeitung, Anm. d. Red.)." Aufhorchen ließ die Bemerkung: „Ich war bis zum 27. Februar 1984 im offenen Strafvollzug nach Verurteilung in einem politischen Prozeß."

Hinter diesem Satz verbirgt sich der sehr bewegte Lebenslauf einer Frau, die offenkundig schon lange zu den entschiedensten Gegnern dieses Staates und der bestehenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört. Bereits 1963 wurde Brigitte Heinrich nach dem Abitur und Studium der Volkswirtschaft an der Universität Frankfurt Pressereferentin im „Verband der Kriegsdienstverweigerer". Sie reihte sich ein in die Vietnam-Demonstrationen, wurde Pressereferentin beim Bundesvorstand des SDS, nahm aktiv an den Studentenrevolten Ende der 60er Jahre teil. Mehrere Verhaftungen und Ermittlungsverfahren in den nächsten Jahren, die eingestellt wurden, folgten.

Erst in einem Prozeß in Karlsruhe (Ende 1979 bis Mitte 1980) wurde Frau Heinrich überführt, „Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz" begangen zu haben. Sie habe auch „explosive Waffen" für eine RAF-Nachfolgeorganisation „Bewegung 4. 2." illegal eingeführt. Die Haftstrafe von einem Jahr und neun Monaten hat sie, wie sie selber schilderte, unter den erleichterten Bedingungen des offenen Strafvollzuges bis zum 27. Februar dieses Jahres absitzen müssen.

Vom Europa-Parlament hält Frau Heinrich, wie die Grünen insgesamt, nicht viel. Ihre künftige Tätigkeit dort (die Plätze eins bis vier gelten bei den Grünen als sicher) sieht sie so: „Dieses Scheinparlament ohne legislative und exekutive Funktionen sollten wir hauptsächlich als Tribüne für Öffentlichkeitsarbeit nutzen." Diese Öffentlichkeit „müssen wir uns selbst schaffen". Die jetzigen Ziele der EG, wie etwa „Stärkung der multinationalen Konzerne durch europäische Kooperation in Wirtschaft, Atomenergie, Rüstungsproduktion" seien „abzulehnen". Frau Heinrich plädierte für „Bündnisse mit progressiven Gruppierungen" in Europa, um dieses Ziel zu erreichen. Auch im Falle Härlins und Klöckners ging es nicht ohne Reibungsverluste ab: „Benni" Härlin wurde zwar mit heftigem Beifall in Karlsruhe von den rund 1000 Delegierten „solidarisch" begrüßt. Und der Vorschlag der Alternativen Liste Berlin, ihn und Klöckner für Straßburg zu nominieren, wurde ebenfalls mit Applaus bedacht.

Dennoch schaffte Härlin weder den ersten noch zweiten Platz, sondern kam nur auf den, allerdings immer noch sicheren, Platz drei. Härlin selber sprach die Sorge aus, seine und Klöckners Nominierung könnten möglicherweise den Grünen in Baden-Württemberg bei der Landtagswahl am 25. März schaden: nämlich dann, wenn Schlagzeilen wie „Grüne stellen zwei Terroristen auf", die Runde machten.

Aber nicht nur dies ließ nicht wenige Delegierte an der Richtigkeit der Wahl zweifeln: Von Europa haben die zwei „Radikal"-Journalisten nur wenig Ahnung. Unbehagen löste zumindest bei einigen Grünen auch die offen erklärte Absicht aus, die Nominierung der umstrittenen Kandidaten für das Europa-Parlament sei als „Schutzfunktion" gegen eine mögliche Strafverbüßung gedacht. Zwar sei das Parlament in Straßburg ein langweiliger Ort, aber immer noch besser als die Berliner Strafanstalt Tegel, betonte sinngemäß Härlin vor dem Parteitag.

Seite 2: Wirbel in Grün

Gespräche Prag–Vatikan ohne Ergebnis

dpa/DW. **Prag**

Offenbar ohne greifbaren Erfolg endeten in Prag die dreitägigen Gespräche zwischen dem vatikanischen Sondernuntius Luigi Poggi und dem staatlichen Kirchenamt der CSSR. In einer gestern in der tschechoslowakischen Presse veröffentlichten kurzen Erklärung zu den Gesprächen heißt es lediglich, beide Seiten hätten ihre Standpunkte dargelegt.

Der italienische Titularerzbischof Poggi, dessen Gesprächspartner der Leiter des CSSR-Kirchenamtes, Vladimir Janku, war, wurde auch von dem für Kirchenfragen zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Matej Lucan, empfangen. Gesprächsthema sollen, nach unbestätigten Informationen, die vakanten Bischofssitze und die allgemeine Lage der Kirche in der CSSR, die als die schwierigste im gesamten Ostblock bezeichnet wird, gewesen sein. Prag möchte die vakanten Bistümer von Mitgliedern der regierungstreuen Priestervereinigung „Pacem in terris", die vom Vatikan nicht anerkannt wird, besetzt sehen. Insgesamt sind zwei Erzdiözesen und acht Bistümer ohne Oberhirten.

Soelles Kritik zurückgewiesen

idea, **Flensburg**

Die Kritik der Hamburger Theologin Dorothee Soelle an der Bundesrepublik Deutschland hält der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelischen-lutherischen Kirche Deutschlands, *D. Karlheinz Stoll* (Schleswig), für unberechtigt. Frau Soelle hatte vor der „Weltkirchenkonferenz" in Vancouver im vergangenen Sommer die Bundesrepublik Deutschland als „militaristisch" bezeichnet. Bischof Stoll bemerkte dazu gegenüber dem „Flensburger Tageblatt": „Man wird alles mögliche über die Bundesrepublik sagen können, aber daß sie militaristisch sei, ganz gewiß nicht."

Frau Soelle war die einzige Deutsche, die vor dem Gremium referierte. Bischof Stoll nannte es in diesem Zusammenhang bedenklich, daß der Weltkirchenrat die EKD und ihre Gliederungen vor ihrer Einladung nicht gefragt habe. Die umstrittene Theologin hat einen Lehrauftrag an der Hamburger Universität.

„Die Welt hat ihre Lektion von 1945 nicht gelernt"

Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle im Ruhestand / Gespräch mit Adalbert Rückerl

WERNER KAHL, **Stuttgart**

Der langjährige Leiter der Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, Adalbert Rückerl, wird jetzt nach seiner Pensionierung einer Erscheinungsform politischen Mordes nachspüren, die der Öffentlichkeit nicht bekannt ist. „Das stille Töten, im Ausland häufig als 'silent kill' etikettiert", sagte der am 1. März in den Ruhestand getretene Leitende Oberstaatsanwalt der WELT, „war im nationalsozialistischen Deutschland raffiniert geplant". Der eigentliche Auftraggeber und Exekutor blieb im Verborgenen, ein Ersatztäter wurde der Umwelt suggeriert.

In totalitär regierten Staaten wie das Deutschland des Dritten Reiches wurden so als Vergeltung für den Tod von Deutschen nicht nur eine bestimmte Anzahl von Geiseln erschossen, sondern zusätzlich Personen liquidiert, wobei der Anschein erweckt wurde, als wären diese Opfer eigener Landsleute geworden. Ein typischer Fall der Sowjetdiktatur der Nachkriegszeit, dessen Rechnung jedoch nicht aufging, war der Mord an dem ukrainischen Emigrantenführer Stefan Bandera. Der Asylant wurde 1959 in München durch eine Giftpistole getötet. Ein herbeigerufener Arzt attestierte arglos Kreislauf-Tod. Die Liquidation schien planmäßig verlaufen. Als sich jedoch 1960 der Mörder Bogdan Staschinsky in der Bundesrepublik stellte, versuchte der sowjetische Geheimdienst KGB – Auftraggeber des Mordes – mittels seiner *Desinformationskontakte zu westlichen* Medien das Ganze als Aktion des Bundesnachrichtendienstes (BND) hinzustellen.

Der promovierte Jurist Adalbert Rückerl gehörte seit 1961 der Zentralstelle an. Sie wurde vor 25 Jahren gegründet und setzte seither fast 13 000 Ermittlungsverfahren in Gang. Angesichts von Todesstreifen, Todesautomaten und andauerndem Schießbefehl auf der Ostseite der innerdeutschen Grenze zieht der NS-Strafverfolger das Fazit: „Die Welt hat 1945 ihre Lektion nicht gelernt." Aus dem Schnellgerichtstribunal der Siegermächte von Nürnberg hergeleitete Erwartungen seien trügerisch gewesen. „Das ist eine Tatsache, die mich heute sehr bedrückt", räumt Rückerl ein. Zu Beginn der Ermittlungen mußten sich die Ludwigsburger Staatsanwälte zunächst gegen Vorwürfe verteidigen, sie wollten nach der Entnazifizierung nur eine neue „Gesinnungsprüfung" einleiten. Äußerste Reserviertheit vor allem bei Vertriebenen aus den Ostgebieten, die der Justiz Gegenrechnungen aufmachten: unsere Verbrechen gegen die der anderen Seite.

Im Verlauf der großen Prozesse um die Verbrechen in den Konzentrationslagern bekam die Ludwigsburger Zentralstelle von Überlebenden wiederum die bittere Anklage zu hören, KZ-Aufseher würden sogar freigesprochen. „Die strafbaren Handlungen waren unbestritten", sagte Rückerl, „wir mußten aber klar machen, wie schwer es nach Jahrzehnten ist, eine Schuldzuweisung für einzelne Personen zweifelsfrei festzustellen."

Im Rückblick überrascht es zu erfahren, *daß die Zentralstelle mit Ost*-Berlin bis 1964 einen nahezu fast normalen Amtsverkehr hatte. „Wir konnten über Einwohnermeldeämter und Standesbeamte Erkundigungen einziehen sowie Zeugen durch die östliche Polizei vernehmen lassen." Dann stellte die SED-Führung die von ihr forcierte Anerkennungspolitik – auch bei der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen – höher als die gebotene gemeinsame lückenlose Aufklärung.

Adalbert Rückerl stellte in letzter Zeit jedoch einen Bewußtseinswandel in der Schuldfrage unter Deutschen fest. Früher erhielten die Juristen Drohungen wie „Die Laternen stehen schon für euch bereit" oder „*Was zahlen euch die Juden?*" Die Ausstrahlung des „Holocaust"-Films markierte zugleich zeitlich den Wandel. Es ist nach den Feststellungen Rückerls vor allem die junge Generation, die das lückenlose Aufarbeiten der Vergangenheit begrüßt. Vielleicht bedurfte es angesichts der unvorstellbaren Verbrechen einer Zeitspanne von fast vier Jahrzehnten, bis die Vergangenheit beim Namen genannt werden kann, meint Rückerl. In diesem Wandel sieht er die Basis für eine deutsche Identität, die sich der humanistischen Tradition unseres Landes wieder bewußt ist.

Nach seiner Pensionierung bemühen sich Historiker um den ehemaligen Cheffahnder von Ludwigsburg. Der erste Telefonanruf am Tag der Pensionierung kam aus Wien. Simon Wiesenthal überbrachte nach der Rückkehr von einem Gespräch mit US-Präsident Ronald Reagan eine Einladung zur Historiker-Tagung im kommenden Monat in New York. *Erst die Geschichte wird entscheiden* können, sagt Rückerl, ob und wie wir mit der Vergangenheit fertiggeworden sind.

In der Umweltpolitik spielen die Deutschen die Rolle des Vorreiters

Internationale Abfallrechtskonferenz / „Gifttransporte schärfer kontrollieren"

D. GURATZSCH, **München**

Gifttransporte sollen künftig in allen Ländern scharfen Kontrollen unterworfen werden. Das ist das Ergebnis der ersten internationalen Abfallrechtstagung, die gestern in München zu Ende ging. Die Konferenz, an der 70 Experten aus 40 Staaten teilnahmen, war auf Initiative der UN-Umweltschutzorganisation UNEP (United Nations Environment Programm) zustandegekommen. Sie hat mit der Billigung des Schlußberichtes „weitgehenden Konsens" über 30 Empfehlungen zur besseren Kontrolle von Gifttransporten erzielt, die im Rahmen der UNO weiterbearbeitet und gegen Ende des Jahres einer zweiten Konferenz in der Schweiz zur Verabschiedung vorgelegt werden sollen.

Auf der Münchner Konferenz hat sich die Vorreiterrolle der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Umweltpolitik bestätigt. „Die Bundesrepublik konnte sich mit ihrer Grundphilosophie einer scharfen Kontrolle und der vorrangigen Beseitigung gefährlicher Abfälle im eigenen Land sehr gut durchsetzen", unterstrich der Tagungsleiter, Regierungsdirektor Bernd Wolbeck aus dem Bundesinnenministerium, gegenüber der WELT. Die deutsche Delegation habe dabei „massive Unterstützung" nicht nur von den skandinavischen, sondern auch von den Entwicklungsländern erhalten.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die speziell die europäischen Länder mit der wochenlangen Suche nach dem Seveso-Müll gemacht hatten, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) in München: Gefährlicher Sondermüll stelle „ein außerordentliches Umweltrisiko" dar. Er habe „kein Verständnis dafür, diese Abfallbeseitigung möglichst ungehindert über Ländergrenzen hinweg ohne wirksame Kontrolle zu betreiben".

Mit diesen Sätzen machte Zimmermann offensichtlich auch seiner Enttäuschung über die Umweltminister der Europäischen Gemeinschaft Luft, die sich soeben in Brüssel erneut nicht über gemeinsame Regeln zum grenzüberschreitenden Giftmülltransport einigen konnten. Die Bundesrepublik und Dänemark sahen sich dort einer Mehrheit von Staaten unter Führung Großbritanniens und der Niederlande gegenüber, die den bedenklichen Handel mit gefährlichen Überresten künftig nach den Grundsätzen des „freien Warenverkehrs" behandelt wissen wollen.

Wie der hessische Umweltminister Karl Schneider (SPD) in einem Telegramm an Zimmermann darlegte, würde aber gerade ein derartiges Verfahren die illegale Praxis erleichtern, Sondermüll als gewöhnliches Wirtschaftsgut zu deklarieren und damit die Umwelt zu gefährden. Schneider drohte in seinem Telegramm Konsequenzen an: Sollte der freie Warenverkehr auf den Müll ausgedehnt werden, sei Hessen nicht mehr bereit, ausländische Sonderabfälle in seiner Untertage-Giftdeponie Herfa-Neurode (Kreis Hersfeld-Rotenburg) einzulagern.

Von den 30 Millionen Tonnen Giftmüll, die heute jährlich durch Europa rollen, gelangen gegenwärtig rund 250 000 Tonnen im Jahr in die Bundesrepublik. Gemeinsam mit den Dänen verlangten die Deutschen deshalb in Brüssel möglichst harte Bestimmungen, um die Einfuhr von Giftstoffen gegebenenfalls verhindern zu können. Weil die EG-Minister sich darüber nicht einigen konnten, wurde das Thema schließlich auf die nächste Ratssitzung im Juni vertagt.

Das Ergebnis der Münchner Konferenz stimmt die Fachleute in der Bundesrepublik jetzt optimistisch, daß bis dahin die Einsicht bei den Partnerstaaten noch wachsen könnte. Immerhin wurde in Brüssel bereits ein Durchbruch auf einem anderen Gebiet erzielt, auf dem die Bundesrepublik nach Verabschiedung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung ebenfalls europaweit führend ist: Der EG-Ministerrat ist bereit, der Luftverschmutzung nach deutschem Vorbild mit der Festsetzung von Höchstwerten für die Schadstoffemissionen von Industriebetrieben entgegenzutreten. Freilich: Die Werte selbst sollen erst „später" festgesetzt werden.

Lambsdorff zur Steuerreform

DW. **Bonn**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat sich gegen Vorstellungen aus der Union gewandt, 1986 nur die Steuern für Familien mit Kindern zu senken und erst 1988 alle Steuerzahler zu entlasten. In einem Interview der „Bild"-Zeitung meinte Lambsdorff, das mache die FDP nicht mit: „Wir haben im Koalitionsgespräch darauf bestanden, daß auf jeden Fall schon 1986 die Reform der Lohn- und Einkommenssteuer angepackt wird. Dabei bleibt es. Nur wenn bis dahin im Haushalt nicht genug gespart sein sollte, sind wir bereit, die Steuern in zwei Stufen – 1986 und 1988 – zu senken. Das heißt: In jeder Stufe gleichzeitig Entlastung für Familien und für alle Lohn- und Einkommenssteuerzahler." Lambsdorff fügte hinzu, bis 1988 würden im übrigen die heimlichen Steuererhöhungen so weit vorangeschritten sein, daß man mit dem vorgesehenen Entlastungsbetrag von 25 Milliarden *nicht mehr auskommen* könne.

Immer mehr Abiturienten drängen in die betriebliche Ausbildung

Seit 1977 hat sich die Zahl vervierfacht / Lehrstellen-Engpaß so groß wie noch nie

GISELA REINERS, **Bonn**

Ein Verzicht auf die tarifliche Anhebung der Ausbildungsvergütung könnte nach Ansicht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Betriebe für die Lehrlingsausbildung gewinnen, die sich vorher zurückgehalten haben. Das den Arbeitgebern nahestehende Institut hält ein Einfrieren der Vergütung für zumutbar, weil sie in jedem Lehrjahr durchschnittlich um 15 Prozent (rund 90 Mark) auf 732 *Mark steige. Die Forderung nach* Anhebung werde von vielen Unternehmen für unverständlich gehalten, heißt es, denn die jährlichen Kosten eines Ausbildungsplatzes seien inzwischen auf rund 17 000 Mark gestiegen.

Dieses ist nur ein Vorschlag zu Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze, die das Institut für dieses Jahr für dringend notwendig hält. Noch einmal werden 1984 mehr junge Leute auf den Arbeitsmarkt drängen als zuvor. Nach einer Berechnung des Bundesbildungsministeriums werden 715 000 bis 735 000 Plätze benötigt. (1983 hatten 720 000 Bewerbern rund 700 000 Stellen gegenübergestanden.) In diesem Jahr fällt auf, daß nicht mehr so sehr die Schulabgänger sich um Lehrstellen bewerben – das sind nur 413 000 bis 417 000; voriges Jahr waren es 435 000. Vielmehr macht sich jetzt die Alt-Last bemerkbar und der Drang von immer mehr Abiturienten in die betriebliche Ausbildung.

Zur Alt-Last werden diejenigen gerechnet, die jetzt einen Ausbildungsplatz suchen, da sie zuvor ein Berufsvorbereitungsjahr, ein Berufsgrundbildungsjahr oder eine Berufsfachschule absolviert haben; die Jugendlichen, die 1983 keinen Platz gefunden haben, und Wehrdienstabsolventen, die nun mit ihrer Ausbildung beginnen wollen. Insgesamt rechnet das Bildungsministerium mit 233 000 bis 241 000 derartiger Bewerber (1983: 228 000). – Hinzu kommen die Abiturienten. Von 1977 bis 1984 hat sich die Zahl derjenigen, die eine Lehrstelle suchen, auf rund 70 000 vervierfacht.

Zwar hat sich die Arbeitgeberseite bereit erklärt, ihr Angebot auch für 1984/85 noch einmal beträchtlich zu erhöhen, denn die Voraussetzungen hätten sich verbessert, meint das Institut. Doch bleibe die grundsätzliche Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ein entscheidender Angebotsfaktor. Neue Konzepte könnten helfen, die Kapazitäten kurzfristig besser zu nutzen. Aus der IW-Konjunkturumfrage 1984 vom Dezember gehe hervor, daß in 20 großen Industriezweigen sowie bei Handel, Banken, Handwerk und Versicherungen das Lehrstellenangebot mindestens gehalten, wenn nicht erweitert werden solle; das hätten sogar Branchen versichert, die insgesamt Arbeitsplätze abbauen wollten.

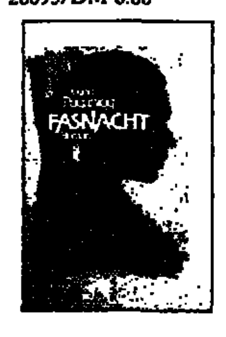
Um rasch noch die Kapazitäten erweitern zu können, nennt das Institut fünf Organisationskonzepte, die kostenneutral seien: *zusätzliche Einstellungstermine* über den 1. August oder 1. September hinaus; die Ausschöpfung der Möglichkeiten zu vorgezogenen Prüfungen z. B. für Abiturienten; die Nutzung von Blockphasen beim Berufsschulunterricht für die betriebliche Ausbildung weiterer Lehrlinge; bessere Auslastung von Lehrwerkstätten durch hausfremde Auszubildende; Gewinnung von Betrieben zur Teil-Ausbildung, wobei im Verbundsystem der Rest von weiteren Betrieben übernommen wird.

Nach Ansicht des IW bedarf es „psychologischer Anstöße", um den Lehrstellenengpaß für 1984 zu überwinden. Das zeige ein Umfrage des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem vergangenen Herbst. Nur zwei Drittel der befragten Firmen hätten die Frage bejaht, ob ihr Ausbildungsplatzangebot eine feste Größe sei. Dabei habe sich gezeigt, daß in manchen Branchen bei bestimmten Betriebsgrößen noch Erweiterungs-Chancen bestünden, etwa in kleinen Unternehmen des Bauhauptgewerbes, bei großen Handwerksbetrieben, bei kleinen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Zwischen 32 und 54 Prozent dieser Betriebe hatten ihre Entscheidung über den Umfang ihres Ausbildungsangebots noch nicht getroffen. Das hier noch Spielräume auszuschöpfen seien, zeige, so das IW, die Bauindustrie. Hier sei die Zahl der ausbildendenden Betriebe um 40 Prozent gestiegen.

Ullstein Bücher des Monats März 1984

Literatur heute

Ingrid Puganigg
Fasnacht
Roman
26095/DM 6.80



ein Ullstein Buch Belletristik

Willy Breinholst
Ein Kuß macht alles wieder gut
Liebesgeschichten für Eilige
20397/DM 4.80

Pierre la Mure
Moulin Rouge
Der Lebensroman des Malers Toulouse-Lautrec
20398/DM 9.80

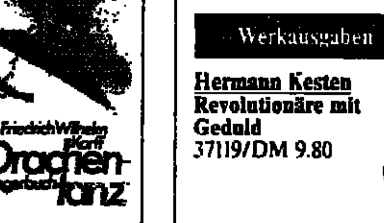
Wolf D. von Heimburg
Zwei in einem Boot
Logbuch einer verliebten Urlaubsreise durch Hollands Binnengewässer
Originalausgabe
20400/DM 6.80

Fragen Sie Miß Piggy
Ein schweinischer Ratgeber
20399/DM 9.80



Fritz Habeck
Der Tanz der sieben Teufel
Roman
20401/DM 12.80

Friedrich Wilhelm Korff
Drachentanz
Ein Fliegerbuch
20402/DM 6.80



Die Frau in der Literatur

Jean Rhys
Nach der Trennung von Mr. Mackenzie
Roman
Mit einem Nachwort von Heinz Ohff
30156/DM 7.80

Klett-Cotta im Ullstein Taschenbuch

Robert S. Weiss
Trennung vom Ehepartner
39079/DM 14.80

Werkausgaben

Hermann Kesten
Revolutionäre mit Geduld
37119/DM 9.80

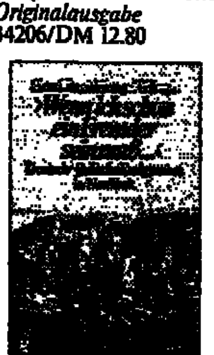


Sachbuch

Lothar Gall
Bismarck
Die großen Reden
34202/DM 12.80



Henri Jacob Hempel (Hrsg.)
„Wenn ich schon ein Fremder sein muß ..."
Deutsch-jüdische Emigranten in New York
Originalausgabe
34206/DM 12.80



Matthew Barry Sullivan
Auf der Schwelle zum Frieden
Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien 1944-1948
34205/DM 12.80

Daniel Lukas Bäschlin
Der aufhaltsame Zwang
Sinn und Wege des Widerstands gegen Kernenergie
34203/DM 12.80



Armin Hermann
Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor
Macht und Mißbrauch der Forscher
34204/DM 9.80

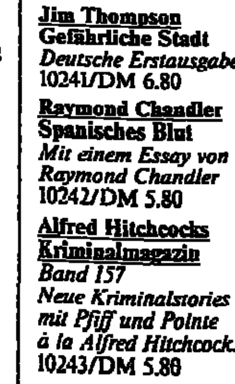
Krimis

James Hadley Chase
Jagt den Killer
Deutsche Erstausgabe
10240/DM 6.80

Jim Thompson
Gefährliche Stadt
Deutsche Erstausgabe
10241/DM 6.80

Raymond Chandler
Spanisches Blut
Mit einem Essay von Raymond Chandler
10242/DM 5.80

Alfred Hitchcocks Kriminalmagazin
Band 157
Neue Kriminalstories mit Pfiff und Pointe à la Alfred Hitchcock.
10243/DM 5.80



Science Fiction

Daniel F. Galouye
Dunkles Universum
31072/DM 6.80

Barrington J. Bayley
Das Zwei-Welten-Imperium
31075/DM 5.80



Das neue farbige Gesamtverzeichnis gibt's bei Ihrem Buchhändler. Oder direkt beim Ullstein Taschenbuchverlag Lindenstraße 76, 1000 Berlin 61. Sollte Ihr Buchhändler den einen oder anderen Titel nicht haben – der Verlag nennt Ihnen gern Bezugsquellen.

Kommunalwahlen als Test für die politischen Kräfte der Türkei

Früher Termin ein Erfolg Özals / Demokratie festigt sich / Heikle Frage Menschenrechte

E. ANTONAROS, Athen

Wenn Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher heute zu zweitägigen Gesprächen in Ankara eintrifft, werden nur noch knapp drei Wochen bis zur Abhaltung der Kommunalwahlen am 25. März übrigbleiben. Mit diesem Wahlgang, der aller Voraussicht nach ein wirklichkeitsnäheres Bild über die aktuelle Stärke der politischen Kräfte in der Türkei als die Parlamentswahlen im November 1983 verschaffen wird, geht ein demokratischer Entwicklungsprozeß zu Ende, der im November 1982 mit der Verabschiedung der neuen Verfassung begonnen hat und mit der Wahl des ersten Parlaments ein Jahr später fortgesetzt worden ist.

Noch bis vor einigen Tagen war unsicher, ob die Gemeindewahlen – wie von Regierungschef Turgut Özal gewünscht – im März stattfinden würden. Die sozialdemokratisch ausgerichtete Populistische Partei, die über die zweitstärkste Fraktion in der Nationalversammlung verfügt, hatte eine Verfassungsklage eingereicht und für einen späteren Wahltermin plädiert. Aber Ankaras Verfassungsrichter segneten Özals Pläne ab.

Schonfrist ausnutzen

Mit dieser Gerichtsentscheidung hat der vor allem in Wirtschaftsfragen versierte Ministerpräsident einen taktisch wichtigen Sieg davongetragen. Obwohl ihm die Verfassung die Möglichkeit einräumt, die Kommunalwahlen innerhalb von zwölf Monaten nach den Parlamentswahlen abhalten zu lassen, hatte er sich für einen möglichst frühen Termin entschieden. Was offen noch nicht ausgesprochen wurde, ist jedem politischen Beobachter in Ankara beim ersten Blick deutlich: Özal und seine konservative Mutterlandspartei, unerwarteter Sieger der Parlamentswahl, wollen die ihnen vom Volk offenbar zugestandene Schonfrist voll ausnutzen und diesen Wahlgang zu einer Bestätigung ihrer Popularität werden lassen.

Zu Recht müßte Özal befürchten, daß ein späterer Wahltermin die Siegesaussichten seiner wichtigsten Gegner vergrößern würde: Ihm geht es nicht so sehr um die bei der Parlamentswahl geschlagenen Nationalistische Demokratie-Partei und Volkspartei, sondern um die neugegründete Partei des Rechten Weges (liberalkonservativ) und Sozialdemokratische Partei (SODEP). Diese beiden Gruppen durften auf Geheiß der damals noch diktatorisch regierenden Generäle am Urnengang im vergangenen November nicht teilnehmen. Inzwischen sind sie allerdings vollwertig zugelassen worden. Weil diese beiden Parteien als Nachfolge-Organisationen der vom Militärregime verbotenen Gerechtigkeitspartei des früheren Regierungschefs Sueleyman Demirel und Volkspartei unter Bülent Ecevit gelten, konnten sie schnell das Volk begeistern.

Besteht Özal – wie erwartet – den wichtigen Popularitätstest, so wird er Zeit haben, sein Reformprogramm im Wirtschaftsbereich und sein Konzept von einer schrittweisen Rückkehr zur Demokratie fortzuführen. Ein parlamentarisches System westlichen Zuschnitts hat die Türkei zwar immer noch nicht. Aber Özal hat sich bemüht, das verkrustete türkische Wirtschaftssystem systematisch neu zu strukturieren; der Außenwelt hat er auf überzeugende Art gezeigt, daß er kein devoter Befehlsempfänger der Generalität ist. Er kennt freilich seine Grenzen und ist sich der Tatsache bewußt, daß er General Evren und seinen Präsidentschaftsbeirat nur mit vernünftigen Argumenten zu zusätzlichen Konzessionen bewegen kann.

Überfüllte Gefängnisse

Zu wünschen läßt vor allem die Menschenrechtsfrage übrig: Alle Bürgerrechte sind zwar in der Verfassung verankert. Tatsächlich gibt es jedoch eine Menge Einschränkungen: Mehr als 20 000 Regimegegner überfüllen die Gefängnisse der Türkei, viele warten seit Jahren auf einen Prozeß. Aussichten auf eine Generalamnestie gibt es noch nicht, obwohl 22 Parlamentarier einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Mehr als 100 Häftlinge befinden sich in der Haftanstalt von Diyarbakir seit Wochen im Hungerstreik, einige von ihnen sollen bereits gestorben sein. Der Ausnahmezustand wurde für vier Monate in 57 von 64 Provinzen verlängert. Die Presse soll frei sein, aber immer wieder ziehen die Kriegsrechtsbehörden Journalisten zur Rechenschaft. Özal zögert, diese heiklen Fragen anzupacken. Er weiß, daß seine Ansichten dazu ihn möglicherweise auf Konfrontationskurs zu den Generälen bringen könnte. (SAD)

Genscher: In der Türkei positive Entwicklung

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will mit seinem heute beginnenden Türkei-Besuch Vertrauen in die Rückkehr des südöstlichen NATO-Partners zur Demokratie bekunden und gleichzeitig eine „Signalwirkung" in Westeuropa erzielen. Nach seiner Ansicht führe die Politik der neuen Zivilregierung in die richtige Richtung. Als Ermutigung betrachtet Genscher vor allem die Aufhebung des Kriegsrechts in 13 der 67 türkischen Provinzen.

Demgegenüber hat die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Katharina Focke, den Außenminister aufgefordert, die Finger in die Wunden zu legen, die die Demokraten in der Türkei schmerzten. Die Gewährung der Bonner Wirtschaftshilfe im vergangenen Jahr habe sich als Fehler erwiesen, weil alle Wahlen in der Türkei solange eine Farce blieben, wie die politischen Prozesse fortgesetzt, die Gewerkschafter und Journalisten rechtlos gehalten und die Politiker der siebziger Jahre nicht rehabilitiert würden.

Dieser Kritik halten Bonner Diplomaten entgegen, daß zwar in der Tat vor allem auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien noch viel getan werden müsse, daß aber andererseits die Demokratie in der Türkei sichtbare Forschritte gemacht habe. Eine Förderung dieser Entwicklung sei nur durch einen kontinuierlichen Dialog möglich. Dem gleichen Ziel diene die Fortsetzung der Wirtschafts- und Verteidigungshilfe in der Größenordnung des vergangenen Jahres (je 130 Millionen DM).

In Frankreichs Schulstreit geben sich die Gegner nun versöhnlich

Nach der Massendemonstration beschwichtigen die Sozialisten ihre Anhänger

A. GRAF KAGENECK, Paris

Nach dem überwältigenden Erfolg der Massenkundgebung für die freie Schule am Sonntag in Versailles – selbst die meist unter der Wirklichkeit bleibenden Schätzungen der Polizei sprachen von 650 000 Personen – ist die sozialistische Regierung deutlich auf dem Rückzug und vermehrt ihre beschwichtigenden Erklärungen. Gleichzeitig wird ihr Bemühen sichtbar, sich nicht die starke Anhängerschaft der Lehrer und der laizistischen Elternschaft zum Feind zu machen, die das wesentliche Wählercorps im Jahre 1981 ausmachten.

Premierminister Mauroy, selbst aus dem Lehrerstand hervorgegangen, hatte noch während des Massenaufmarsches in Versailles in seiner alten Schule in Cambrai (Nordfrankreich) erklärt, daß „jede der beiden Seiten einen Schritt aufeinander zu tun müsse". Man werde sicher nicht in die Vergangenheit zurückkehren, aber „gemeinsam die Zukunft vorbereiten". Gleichzeitig verteidigte der Regierungschef die öffentliche Schule und ihre Lehrer, die in letzter Zeit Opfer einer „infamen Beleidigungskampagne" geworden seien.

Kein Angriff auf die Kirche

Ähnliches hatte vorher schon der erste Sekretär der Sozialistischen Partei, Lionel Jospin, getan. Seit Einführung der Laienschule zu Beginn des Jahrhunderts habe sich das Schulproblem in Frankreich nicht mehr gestellt. Wenn es jetzt von einer bestimmten „Interessengruppe" wieder erhoben werde, so lägen dem durchsichtige politische Absichten zugrunde. Jospin vermied allerdings jeden direkten Angriff auf die katholische Kirche. Die „Demonstrationen" der Gegner des Schulreformgesetzes müßten „in Kauf genommen" werden, wenn auch die Befürworter der Laienschule schon „sehr weit" in ihren Konzessionen gegangen seien. Jospin fügte, gewiß in Übereinstimmung mit der Mehrheit der von ihm geführten Partei, hinzu, daß es im Augenblick wichtiger sei, sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Umstrukturierung der Industrie zu konzentrieren.

Der Wille, es nicht zu einem Schulkampf oder gar Glaubenskrieg in Frankreich kommen und sich nicht vor den Wagen der Opposition spannen zu lassen, war auch klar auf der Massenversammlung in Versailles artikuliert worden. Zwar waren mit Jacques Chirac und Michel Debré zwei führende Vertreter der Neu- und Alt-Gaullisten bei der Demonstration erschienen. Sie wurden mit starkem Applaus begrüßt, aber höflich aufgefordert, nicht das Wort zu ergreifen. Nur im Nachhinein erklärte der giscardistische Politiker François Leotad im Rundfunk, hier habe sich keine wirtschaftliche, sondern eine „moralische Opposition nach polnischem Muster" aufgerafft, um für ihre Würde zu kämpfen. Langsam aber sicher trete das „kleine Volk in diesem Lande" der Opposition bei.

Der Hauptsprecher der Versammlung, Jean Marie Lustiger, Kardinal und Erzbischof von Paris, hatte auf Universalität und Pluralität der Kundgebung bestanden. Er begrüßte ausdrücklich die Vertreter der öffentlichen Schulen und der anderen Konfessionen und betonte, daß „weder eine Kirche noch eine politische Partei die Menschen hier für sich in Anspruch nehmen könne".

Ein Recht für alle

Wer hierher gekommen sei, erhöbe keine „kategorielle Forderung", sondern verteidige ganz einfach ein Recht, das in der Menschenrechtserklärung und der Präambel der Verfassung verbrieft ist. Nämlich das Recht der Eltern auf die Wahl des Erziehungssystems für ihre Kinder. Dieses Recht gelte für alle. Der Staat habe lediglich die Pflicht, die Mittel für seine Anwendung zur Verfügung zu stellen. Ein Schulkrieg aber nähre sich aus Ideologien, deren Intoleranz, so hoffe er, der Vergangenheit angehöre. Heute, sagte Lustiger, müßte es gerade dank der Pluralität der Gesellschaft möglich sein, einen Konsensus im Sinne des Gemeinwohls zu finden.

Hierin pflichtete auch der Erziehungsminister Alain Savary dem Kardinal bei. Im Fernsehen erklärte der „Erfinder" des Reformgesetzes am Montag mittag, daß der Unterschied zwischen den extremen Punkten immer geringer werde und er gute Hoffnung habe, daß die Verhandlungen bis Ende des Monats abgeschlossen wären. Dann soll das Gesetz zur endgültigen Abstimmung der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Moskau probt neue Raketen-Typen

Vier unbekannte Cruise Missile / Vorrüsten für künftige Abrüstungs-Verhandlungen?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Im Westen liegen untrügliche Anzeichen dafür vor, daß die Sowjetunion hemmungslos weiterrüstet und sich auf den Tag vorbereitet, an dem der SALT-II-Vertrag, den beide Seiten beachten wollen, obwohl er vom amerikanischen Senat nicht ratifiziert worden ist, ausläuft. Das ist der 1. Januar 1986.

Wie von informierter Seite verlautet, erprobt die Sowjetunion eine Generation neuer Cruise Missiles mit Präzisionslenkung. Diese Waffen dürften nicht verwechselt werden mit den etwa 15 verschiedenen Cruise-Missile-Typen, die schon seit langem in den sowjetischen Streitkräften, vornehmlich der Marine, eingeführt seien.

Nach Angaben einer hochstehenden amerikanischen Quelle überrascht die neue Cruise-Missile-Generation durch ihre Vielfalt, Reichweite und Genauigkeit. Zwei Typen Cruise Missiles würden für den Abschuß durch Flugzeuge vorbereitet. Ein weiteres Cruise Missile werde für die Installierung in sowjetische Atom-U-Boote erprobt. Schließlich arbeite Moskau an einem bodengestützten Cruise Missile, ähnlich dem amerikanischen „Tomahawk", das jetzt in Europa stationiert wird.

Beobachter sind perplex, weil sie keine echte strategische Notwendigkeit für das sowjetische Vorhaben erkennen können. Als Erklärung bleibt nach Ansicht Brüsseler Beobachter nur, daß die Sowjetunion bis heute an der Herstellung wirklicher Stabilität nicht interessiert sei, vielmehr mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln an der Destabilisierung der Lage in der Welt arbeite. Ihre Anstrengungen deuteten darauf hin, daß sie die Bestimmung des Artikels V des SALT-II-Vertrages, der eine Untergrenze von 1320 Waffenträgern für Mehrfachsprengköpfe vorsieht, wozu auch Bomber gehören, nicht mehr beachten wolle.

Nach den Bestimmungen der SALT-Verträge und des ABM-Vertrages, der die Begrenzung von Raketenabwehr-Systemen behandelt, treffen sich die Amerikaner und die Sowjets in gewissen Abständen in der sogenannten ständigen Konsultativ-Kommission. Die Vereinigten Staaten haben bei der letzten Begegnung dieser Art eine ganze Liste von Fragen und Vorwürfen an die sowjetische Seite gerichtet. Aber schon um die Atmosphäre nicht zu vergiften, habe Washington seine Beschwerden in die Form von Klagen gebracht, allerdings jeweils die Begründung mitgeliefert.

Die Vertreter der Sowjetunion hätten das amerikanische Begehren in „verächtlicher Form" zurückgewiesen und erklärt, sie hätten nicht die Absicht, sich dazu überhaupt zu äußern. Praktisch, so hieß es, hätten die Sowjets durch ihr Verhalten das Thema der Überwachung getroffener Vereinbarungen stark belastet und damit die Frage nach ihrer Vertragswürdigkeit überhaupt aufgeworfen. Ein hochstehender amerikanischer Fachmann sagte dazu: „Wir hatten die Sowjets als Betrüger entlarvt, sie reagierten darauf mit Unverschämtheiten. Nur weil die Reagan-Administration um die schon eingeschüchterten Europäer besorgt ist, hat sie das Thema nicht an die große Glocke gehängt."

Mit den neuen Cruise Missiles haben die Sowjets ein für sie technisches Neuland betreten. Sie sollen Reichweiten von 3500 Kilometern und eine Zielgenauigkeit von 45 Metern erreicht haben. Ein ganz neuartiges Cruise Missile, im Westen unter der Bezeichnung „BL-10" bekannt, ist für große Höhen vorgesehen und erzielt Überschallgeschwindigkeit. Es soll von dem neuen Sowjet-Fernbomber „Blackjack", der Mitte der achtziger Jahre eingeführt wird, aus gestartet werden können und mehrere tausend Kilometer weit fliegen. Westliche Fachleute sind der Überzeugung, daß die Computer-Steuerung dieser neuen sowjetischen Geschosse ihre Grundlage in der Industrie-Spionage und leichtfertigen westlichen Verkäufen an die Sowjetunion hat. (SAD)

Immer mehr Türken wünschen Integration

F. D. Berlin

Die rund 117 000 Türken in Berlin streben stärker als bisher ein gutes Verhältnis zur deutschen Bevölkerung an. Auch ihr Wunsch nach gesellschaftlicher Integration wächst. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Institutes. Es befragte im Auftrag der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats, Barbara John, 1000 Türken an der Spree.

„Die nachwachsende Generation der Türken orientiert sich zunehmend auf die deutsche Gesellschaft hin", kommentierte Frau John gestern das Ergebnis der Befragung, nach der rund 20 Prozent der Türken unter 40 Jahren bereit wären, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Von den Befragten, die älter als 40 Jahre sind, hatten hingegen nur zehn Prozent den Wunsch geäußert, Deutsche zu werden.

Wichtigste Motive für das Bestreben nach Einbürgerung sind nach den Erkenntnissen der Meinungsforscher die Möglichkeit, das Wahlrecht auszuüben (42 Prozent), bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt (26 Prozent), regionale Freizügigkeit (19 Prozent) und der Ausweisungsschutz, der von 18 Prozent der Befragten als wichtigster Vorteil angeführt wurde.

Tories beklagen Mangel an Strategie

Massive Kritik an der Regierungspolitik / Stellvertreter für Frau Thatcher gefordert

FRITZ WIRTH, London

Neun Monate nach ihrem großen Wahlsieg, den alle Konservativen in erster Linie als den Sieg Frau Thatchers feierten, ist die britische Premierministerin in das Schußfeld ihrer eigenen Unterhausfraktion geraten. Diese Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung hat sich seit einigen Monaten aufgestaut. Sie wurde deutlich, als Dutzende von Abgeordneten bei Unterhausabstimmungen der eigenen Regierungspolitik widersprachen oder sich der Stimme enthielten.

Die schwere Wahlniederlage der Konservativen in Chesterfield und die Tatsache, daß die Tories in den letzten Wochen zum ersten Mal seit dem Falkland-Krieg in den Meinungsumfragen von der Labour Party überflügelt wurden, haben Edward du Cann, den Sprecher der konservativen Fraktion, veranlaßt, das Ungehagen der Hinterbänkler an der Regierung öffentlich zu formulieren.

Er legte Frau Thatcher nahe, mehr Arbeit zu delegieren, sich einen Stellvertreter zuzulegen und sich intensiver der langfristigen Strategie ihrer Regierungspolitik zu widmen. In der Kritik du Canns schimmerte außerdem Unzufriedenheit darüber durch, daß sie sich mit den falschen Beratern in Downing Street umgeben habe. An dieser Kritik ist zunächst bemerkenswert, daß es offiziell nicht die Position eines stellvertretenden Premierministers in Großbritannien gibt. Inoffiziell nimmt diese Aufgabe der ehemalige Innenminister William Whitelaw wahr, der jedoch seit neun Monaten dem Oberhaus angehört. Die Fraktion der Tories hält es aus begreiflichen Gründen für unzumutbar, hier mit einem Mann zu tun zu haben, der keinen Zutritt zum Unterhaus hat.

Whitelaw ist seit einigen Monaten von Frau Thatcher damit beauftragt worden, zu verhindern, daß die Regierung in selbstgeschaufelte Fallgruben gerät, wie es wiederholt nach der letzten Wahl geschehen ist. Seit er für das Krisen-Management derartiger Ausrutscher zuständig ist, trägt er im Westminster den Beinamen des „Ministers für Bananenschalen".

Zahlreiche konservative Abgeordnete sind der Meinung, daß die Regierung damit lediglich bewiesen habe, daß sie die wahren Ursachen für die politischen Fehlleistungen der letzten Monate nicht erkannt habe. Diese Pannen seien nicht das Problem einer fehlerhaften Präsentation politischer Initiativen, sondern ministerialer Inkompetenz, wie sie besonders kraß bei der Affäre um das Gewerkschaftsverbot im Geheimdienst Cheltenham deutlich geworden sei.

Wesentlich schwerwiegender ist jedoch die Kritik der eigenen Fraktion am Mangel einer langfristigen politischen Strategie. Dieser Mangel war bereits beim letzten Wahlkampf deutlich geworden, als sich die Regierung darauf konzentrierte, den Wählern zu versichern, daß alles beim alten bleibe und die bisherige Politik fortgesetzt werde. Die Fraktion ist der Meinung, daß das allein nicht mehr gut genug ist. Sie erwartet von der Regierung neue Signale und Initiativen bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Außerdem engagiere sich Frau Thatcher in zunehmendem Maße in der Außenpolitik und vernachlässige dringende innenpolitische Probleme.

Tatsächlich hat sich Frau Thatcher in den letzten Monaten mit dem Falkland-Problem, der Hongkong-Frage, dem neuen „Drive" in ihrer Ostpolitik und dem Dauerthema der EG-Reform außergewöhnlich stark außenpolitisch engagiert. Die Lükken, die sie damit im innenpolitischen Bereich offen ließ, wurden besonders deshalb kraß deutlich, da die zuständigen innenpolitischen Ressortleiter ihres Kabinetts bisher kaum überzeugende Vorstellungen gegeben haben.

Die Kritik der konservativen Hinterbänkler ist also weitreichend. Sie betrifft die personelle Struktur und Kompetenz des Kabinetts, die Fehleinschätzung politischer Prioritäten durch Frau Thatcher und den Mangel einer langfristigen Strategie.

Seite 2: Der Kavalier rät

SELBST IN PIESPORT KRIEGEN SIE MIT EINER EUROCARD NOCH DIE KURVE.

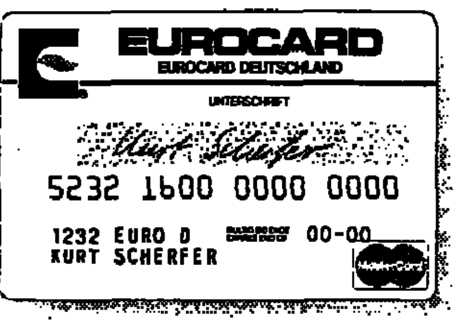
An der Alster, der Spree oder der Isar mit einer Kreditkarte zu zahlen ist einfach. Damit es auch einfach bleibt, wenn Sie das Großstadtpflaster mal verlassen, sollte auf Ihrer Kreditkarte EUROCARD stehen.

Mit nahezu 30 000 Vertragspartnern in Deutschland haben wir sichergestellt, daß Sie sogar in idyllischen Moselstädtchen zu einem guten Essen, einem guten Tropfen und einem „Gute Nacht" im Hotel kommen.

Genauso wie in allen anderen landschaftlich reizvollen Ecken Deutschlands: ob Sie im Schwarzwald ein Auto mieten, in der Lüneburger Heide eine heidschnuckelige Wolljacke kaufen oder an der Ostsee fangfrische Scholle schlemmen.

Und dieses dichte Netz bietet Ihnen EUROCARD nicht nur zu Hause: Durch die Zusammenarbeit mit Access, einer der englischen Top-Cards, und Amerika's MasterCard stehen Ihnen 3,3 Millionen Vertragspartner offen – rund um die Welt.

Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postscheckamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT – MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.

Anklage gegen Mitglieder der ‚Pflugschargruppe‘

xhk, Stuttgart

Gegen drei Mitglieder der christlichen Organisation „Pflugschargruppe“ ist Anklage wegen des Verdachts eines „Vergehens der versuchten Sabotagehandlung an Verteidigungsmitteln“, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch erhoben worden. Wie der Pressesprecher der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Rainer Christ, der WELT weiter mitteilte, haben die Beschuldigten – Friedensforscher *Wolfgang Sternstein, Karin Vix* sowie Herwig Jantschik – am 4. Dezember 1983 die Maschendrahtumzäunung der US-Kaserne „Hardt“ in Schwäbisch Gmünd durchschnitten. Sie drangen daraufhin ins Gelände (Hausfriedensbruch) und demolierten einen Sattelzug, der für den Transport der Raketen bestimmt war. Der Sachschaden wird mit rund 18 000 DM angegeben.

Wann der Prozeß vor dem Stuttgarter Landgericht stattfindet, ist noch nicht bekannt. Die Aktionsbeteiligten ließen sich „planmäßig“ festnehmen. Die „Pflugschargruppe“ betrachtet sich als „Erbe“ der Ideen und Aktionen Mahatma Gandhis und Martin Luther Kings.

CSSR schiebt Ausländer ab

AP, Den Haag

Wegen Treffen mit Vertretern der tschechoslowakischen Bürgerrechtsorganisation „Charta 77“ sind Angehörige westlicher „Friedensgruppen“ aus der CSSR abgeschoben worden. Einer der Abgeschobenen ist der Generalsekretär des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates (IKV), Mient Jan Faber, der ebenso wie eine Vertreterin des französischen Komitees für nukleare Abrüstung in Europa (CODENE), Sylvia Mantrant, von der Polizei am Sonntag gezwungen wurde, den Heimflug anzutreten. Faber berichtete, nach einem Treffen mit Ladislav Hegdanek, einem der Mitunterzeichner von „Charta 77“, seien er und Frau Mantrant festgenommen worden. Zwei weitere Codene-Mitglieder mußten am Sonntagabend ausreisen.

Ursprünglich zählten zu der Gruppe noch vier weitere IKV-Mitglieder. Diese waren aber bereits am Freitag bei der Einreise zurückgewiesen worden.

Genscher unterstützt Bemühungen der USA und Pretorias um Namibia

Mahnung an Swapo-Chef Nujoma / „Prawda“: „Imperialistisches Modell der Aussöhnung“

BERNT CONRAD, Bonn

Der unter maßgeblicher Mithilfe Washingtons zustande gekommene Waffenstillstand zwischen Südafrika und Angola hat nach Ansicht Bonns zum erstenmal seit Jahren eine reale Chance für die Verwirklichung der Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage der UNO-Resolution 435 geschaffen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher setzt sich daher in Übereinstimmung mit den anderen EG-Partnern nachdrücklich für eine Unterstützung der Bemühungen Amerikas, Südafrikas und Angolas ein.

Wie zuverlässig verlautet, hat Genscher dies auch in einem Gespräch mit dem Chef der „Südwestafrikanischen *Befreiungsorganisation*“ (Swapo), Sam Nujoma, am 25. Februar in Paris getan. Nujoma war offenbar über die Nichtbeteiligung der Swapo zunächst so verärgert, daß er die Aktion als ein „diplomatisches Manöver“ kritisierte, das die Menschen in Namibia und in Afrika insgesamt irreführen solle. Später meinte er, seine Organisation sei von dem Abkommen schon deswegen nicht betroffen, „weil die Swapo nicht in Südangola operiert. Die Swapo kämpft innerhalb Namibias.“

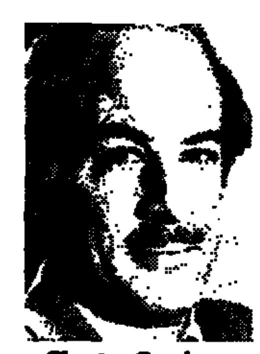
Genscher hingegen wies Nujoma – dessen Organisation in der Tat auf Basen in Angola angewiesen ist – darauf hin, daß die nach dem Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Südangola vereinbarte Waffenruhe von allen afrikanischen „Frontstaaten“, einschließlich Sambias und Tansanias, unterstützt werde. Der Swapo-Chef solle diese Chance nicht ausschlagen. „Jetzt ist die Zeit für Zurückhaltung“, zitierte in der vergangenen Woche der Bonner Afrika-Beauftragte Haas bei einer Diskussion in Windhuk den Bundesaußenminister.

Nach dem Treffen mit Genscher sagte Nujoma, die Swapo werde das Entflechtungsabkommen „beachten“ und habe „nichts gegen Friedensbemühungen in der Region“. Allerdings werde der Kampf in Namibia weitergehen, bis Südafrika zu einem Waffenstillstandsabkommen mit der Swapo bereit sei. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Rumpf bemerkte jüngst nach einer Unterredung mit Nujoma, er habe den Eindruck gewonnen, daß sich der Swapo-Chef an dem Waffenstillstand beteiligen wolle, wenn die Entflechtung zu einer echten Lösung in Namibia weiterführe.

Eine solche Weiterführung sieht auch der vom amerikanischen Afrika-Beauftragten Chester Crocker initiierte Plan vor, auf dessen Grundlage sich der südafrikanische Außenminister Roelof Botha mit der angolanischen Regierung arrangiert hat. Nach vorliegenden Informationen sollen die weiteren Schritte aus der Sicht Washingtons folgendermaßen ablaufen: Nach dem Disengagement und dem Waffenstillstand zwischen Südafrika und Angola soll zunächst eine Waffenruhe zwischen Südafrika und der Swapo herbeigeführt werden. Falls sich diese Regelung bewährt, ist weiter vorgesehen, den Prozeß für die Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage der UNO-Resolution 435 mit dem Beginn des Abzugs der südafrikanischen Streitkräfte aus Südwestafrika einzuleiten.



Roelof Botha FOTO: BILD+NEWS



Chester Crocker FOTO: AP

Gleichzeitig sollen UNO-Friedenstruppen zur Überwachung der Wahl vor allem in den nördlichen Teil Namibias einrücken. Wenn der größte Teil der südafrikanischen Truppen abgezogen sein wird, soll der schon vorher fest zu vereinbarende Rückzug der kubanischen Streitkräfte aus Angola beginnen. Entscheidend für einen Erfolg dieser Bemühungen ist nach Bonner Auffassung die Schaffung von Vertrauen.

Der von US-Außenminister George Shultz konstatierte „wachsende Realismus auf allen Seiten“ hat anscheinend die Sowjets irritiert, deren Parteiorgan „Prawda“ gestern den USA und Südafrika vorwarf, das Namibia-Problem auf einer „neokolonialistischen Grundlage“ entscheiden zu wollen. Washington und Pretoria wollten den afrikanischen Völkern ein „imperialistisches Modell der Aussöhnung“ aufzwingen.

Diese Attacke gegen Bemühungen, die von den prokommunistischen Regimen in Angola und Moçambique bejaht werden, zeigt nach Ansicht von Fachleuten, daß eine endgültige Lösung *noch* keineswegs gesichert ist. Unklar ist auch noch die künftige Haltung der angolanischen Freiheitsbewegung Unita, die nach eigenen Angaben vor kurzem erst 16 Kubaner und 18 angolanische Soldaten durch Bombenanschläge sowie 173 Angolaner und Kubaner bei Kämpfen mit den Regierungstruppen getötet haben will. Experten glauben allerdings, daß sich Unita-Chef Jonas Savimbi am Ende einem politischen Arrangement mit der angolanischen Regierung – der faktischen Voraussetzung für einen Rückzug der Kubaner – nicht widersetzen wird.

Einer Empfehlung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, wie Frankreich die westliche Namibia-Kontaktgruppe zu verlassen, will die Bundesregierung nicht folgen. Frankreich bleibe der Kontaktgruppe seit dem letzten Sommer fern, weil es damit gegen das von Washington verfochtene Junktim zwischen Abzug der Kubaner und Unabhängigkeit Namibias protestieren wolle. Bonn hingegen fördere die amerikanischen Friedensbemühungen und wolle dies auch künftig im Rahmen der Kontaktgruppe tun, heißt es in der Bundeshauptstadt.

Vor Straße von Hormuz stauen sich die Tanker

Unsicherheit wegen umkämpfter Öl-Insel Kharg wächst

dpa, Manama

Mindestens zwanzig Supertanker passierten noch vor nicht allzu langer Zeit täglich in jeder Richtung die nur 38 Kilometer breite Meerenge von Hormuz. Jetzt sind es fast nur noch kleinere Tanker, die durch die im Norden von Iran und im Süden vom arabischen Ölsultanat Oman begrenzte Wasserstraße fahren, die derzeit politische Schlagzeilen macht.

Nach Angaben aus Golf-Schiffahrtskreisen sind es an manchen Tagen nur noch sechs bis acht kleinere Tanker – darunter dann meist nur zwei oder drei, die Öl vom iranischen Terminal der Insel Kharg geladen haben. Der Stillstand des Ölabsatzes auf den Weltmärkten und der Ausfall der irakischen Ölterminals am Golf als Kriegsfolge zeigen ihre Auswirkungen.

Außerhalb des Persischen Golfs, jenseits der Straße von Hormuz, ist zur Zeit ein stark bevölkerter Tanker-Warteraum. Dort, südlich der Meerenge, vor dem zu den Vereinigten Arabischen Emiraten gehörenden Scheichtum Fudscheira, liegen zahlreiche Tanker, die Öl nach Westeuropa und Japan und in die USA bringen sollen. Sie laufen immer dann in den Golf ein, wenn ihre schnelle Beladung am jeweiligen Terminal terminlich klar ist, und verlassen dann möglichst schnell wieder den Golf.

Flaute meldet auch die Handelsschiffahrt – und besonders der Verkehr der traditionellen Dhaus, der arabischen hölzernen Motorsegler. Einen schweren Schlag erlitten die Dhau-Kapitäne seit Ausbruch des irakisch-iranischen Kriegs. Seitdem ging nämlich der Transitverkehr von Waren und Passagieren zwischen den iranischen und arabischen Golfhäfen erheblich zurück.

Die Frachtschiffahrt leidet darunter, daß ein großer Teil auch des Transittransports für Irak über die Häfen Kuwaits und Saudi-Arabiens ausfällt. Die irakischen Importe gehen seit mehreren Jahren hauptsächlich auf dem Landweg vom jordanischen Hafen Akaba am Roten Meer nach Irak, weil die Zufahrten zu den Irak-Häfen Seekriegsgebiet sind. Wenn nun Ende nächsten Jahres die 25 km lange Landverbindung über einen durch mehrere Brücken unterbrochenen Damm quer durchs Meer zwischen dem saudiarabischen Festland und dem Inselstaat Bahrain eingeweiht wird, geht auch die Zeit des Verkehrs der alten Motorsegler zwischen beiden Ländern zu Ende. Der Damm – eines der größten Bauprojekte der Gegenwart – wird die Dhaus überflüssig machen, die jetzt zwischen Insel und Festland verkehren.

Solidarität mit Litauen

In Krakau ehren 10 000 Gläubige den heiligen Kasimir

DW./AFP, Warschau

Zum 500. Jahrestag des Todes von Sankt Kasimir, Schutzpatron Polens und Litauens, hat sich die katholische Kirche Polens mit den Glaubensbrüdern in Litauen solidarisch erklärt und „über die Ideologien hinaus den Respekt der Menschenrechte“ befürwortet. Mehr als 10 000 Gläubige nahmen an einer Messe teil, die zu diesem Jubiläum vom gesamten polnischen Episkopat in der Kathedrale des königlichen Schlosses von Krakau zelebriert wurde. In Abwesenheit des polnischen Primas, Jozef Kardinal Glemp, leitete der Erzbischof von Krakau, Macharski, die Zeremonie, Glemp hält sich zur Zeit in Lateinamerika auf.

Am vergangenen Sonntag hatte sich auch Papst Johannes Paul II. mit den hart bedrängten Gläubigen in Litauen solidarisiert. Der Papst bemerkte: „Man kann sagen, daß die universale Kirche gemeinsam mit dem Bischof von Rom, dem Nachfolger Petri, sich auf geistliche Pilgerfahrt zum Heiligen von Wilna, dem Patron Litauens, begibt.“

Bereits vor Monaten war von den litauischen Katholiken an den Papst die Bitte herangetragen worden, ihre Heimat zu besuchen. Zu einer solchen Reise dürfte es allerdings kaum kommen. Wahrscheinlicher ist, daß der polnische Primas in absehbarer Zeit in die Sowjetunion reist. Von seiten der russisch-orthodoxen Kirche ist Kardinal Glemp zu einer solchen Visite ermuntert worden. Eine definitive Einladung steht allerdings aus.

Neuer Chef der Streitkräfte für Portugal

Gö. Madrid

Mit der Ernennung eines neuen Befehlshabers der Streitkräfte wird der portugiesische Staatspräsident General Ramalho Eanes noch in diesen Tagen das gefährlich gespannte Verhältnis zwischen Regierung und Staatsführung im Sinne der Regierung lockern. Der stellvertretende Ministerpräsident und Chef der sozialdemokratischen Koalitionspartei, Mota Pinto, hatte als Verteidigungs*minister vor Monaten die Entlassung* des Chefs der Streitkräfte gefordert, weil dieser einer linksgerichteten Offiziersbewegung nicht energisch genug entgegentrat.

Die Offiziere wollten die „Errungenschaften“ der Revolution von 1974, vor allem die Verstaatlichung der Banken und der Industrie, gegen die *Normalisierungspolitik* der Regierung verteidigen. Staatspräsident Eanes, der nach der geänderten Verfassung dieser Aufforderung hätte Folge leisten müssen, dachte aber nicht daran, den von ihm eingesetzten General vorzeitig abzulösen. So entstand eine Zerreißprobe, die das Prestige der Regierung ernsthaft gefährdete.

Peking weist Korrespondenten aus

rtr, Hamburg

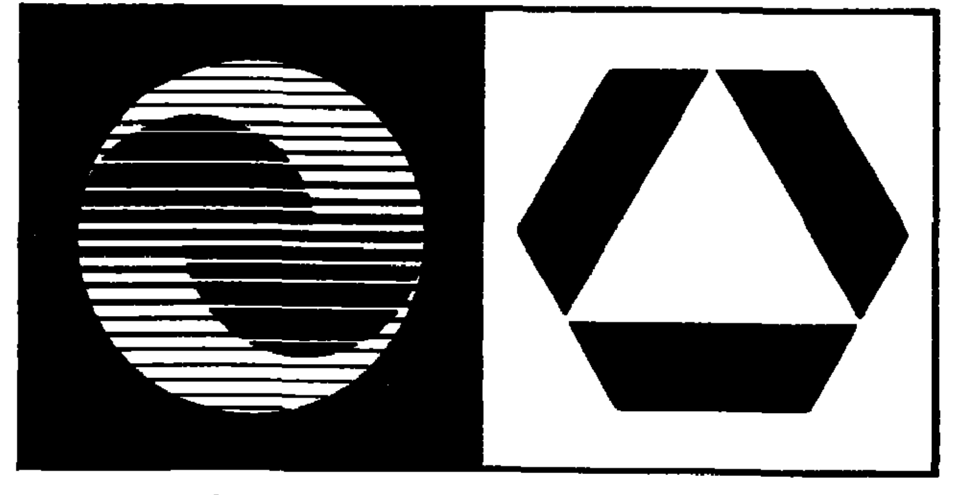
Der als Korrespondent des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ in Peking tätige Italiener Tiziano Terzani ist aus der Volksrepublik China ausgewiesen worden. Ein Sprecher des „Spiegel“ bestätigte gestern in Hamburg diese bisher nur aus nichtoffiziellen Quellen in Peking bekanntgewordene Information. Terzani wäre damit der erste für deutsche Zeitungen schreibende Korrespondent, der von Peking ausgewiesen wurde.

Terzani war seit vier Jahren für den „Spiegel“ in Peking tätig. Er befinde sich zur Zeit in Hongkong, teilte der Sprecher weiter mit. Gleichzeitig wies er die von chinesischer Seite gegen den Korrespondenten erhobenen Vorwürfe als „falsch und erfunden“ zurück. Danach soll Terzani versucht haben, Antiquitäten über die Grenze zu schmuggeln, und ein Mao-Portrait in seinem Büro mit einem Kruzifix „verunstaltet“ zu haben.

Zu zweit sind wir noch stärker.

Im Leasing, in der Finanzierung, im Factoring. Beide verstehen wir viel von Leasing. Der eine mehr von Immobilien. Der andere mehr von Mobilien, aber auch mehr von Finanzierung und Factoring. Da wir uns ideal ergänzen, arbeiten wir jetzt zusammen. So kommt Know-how zu Know-how. Erfahrung zu Erfahrung. Und Nutzen zu Ihrem Nutzen.
So wird aus zwei Spezialisten ein starkes Team. Für Immobilien-Leasing, Mobilien-Leasing, Investitions-Finanzierung und Factoring.
Für Verwaltungsgebäude, Fabriken und Kaufhäuser, aber auch für Kraftwerke und Pipelines. Für Nutzfahrzeuge, Produktionsmaschinen und Flugzeuge. Für den Kauf von Warenforderungen im In- und Ausland.
Wir, die KG Allgemeine Leasing GmbH & Co in München und die Diskont und Kredit AG in Düsseldorf nehmen alles in eine Hand. Führende deutsche Banken sind unsere Gesellschafter.

KG ALLGEMEINE LEASING



DISKONT UND KREDIT AG

KG Allgemeine Leasing GmbH & Co
Tölzer Str. 30, 8022 München-Grünwald
Telefon: (089) 64143-0, Telex: 522554

Diskont und Kredit AG
Couvenstr. 6, 4000 Düsseldorf 1
Telefon: (0211) 3676-1, Telex: 8587857

Vertreten in: Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt, Freiburg i. Br., Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart, Wiesbaden.



ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup, Super-Riesenslalom der Damen in Mont St. Anne (Kanada): 1. Kiehl (Deutschland) 1:24,44, 2. Kirchler (Österreich) 1:25,36, 3. Cooper (USA) 1:25,61, 4. Ehrat (Schweiz) 1:25,80, 5. Walliser (Schweiz) 1:25,85, 6. McKinney (USA) 1:25,87. – **Abfahrt**, Herrn in Aspen (USA): 1. Johnson (USA) 1:49,60, 2. Höflehner und Steiner (beide Österreich) 1:49,85, 4. Zurbriggen (Schweiz) 1:49,89, 5. Resch (Österreich) 1:49,93, 6. Kernen (Schweiz) 1:50,06.

EISHOCKEY

Bundesliga, Meister-Runde, Gruppe A: Schwenningen – Mannheim 3:3, Düsseldorf – Landshut 4:7.

1. Landshut	2 2 0 0	10:4	4:0
2. Mannheim	2 1 1 0	14:8	3:1
3. Schwenningen	2 0 1 1	3:6	1:3
4. Düsseldorf	2 0 0 2	7:18	0:4

Gruppe B: Kaufbeuren – Köln 5:7, Freiburg – Rosenheim 2:2.

1. Köln	2 2 0 0	12:8	4:0
2. Kaufbeuren	2 1 0 1	9:10	2:2
3. Rosenheim	2 0 1 1	5:6	1:3
4. Freiburg	2 0 1 1	5:7	1:3

EISSCHNELLAUF

Sprint-Weltmeisterschaft in Trondheim, Herren: 1. Boucher (Kanada) 151,700 Punkte, 2. Chlebnikow (UdSSR) 151,710, 3. Engelstadt (Norwegen) 153,345, 4. Thometz (USA) 153,675, 5. Fokitschew (UdSSR) 154,545, 6. Danilin (UdSSR) 154,790. – **Goldener Schlittschuh** in Inzell, Großer Vierkampf, Herren: 1. van der Duim (Holland) 166,504, 2. van Helden (Frankreich) 166,837, 3. Hadschieff (Österreich) 167,084. – **Deutsche Meisterschaft**, Großer Vierkampf, Herren: 1. Lemcke (Berlin) 170,740, 2. Scharf (München) 171,019, 3. Nietsch (Berlin) 172,638, 4. Tröger (Nürnberg) 176,356, 5. Hartong (Inzell) 176,954.

BADMINTON

Internationale Meisterschaften von Deutschland in Duisburg, Endspiele: Herren: Kjeldsen – Andersen (beide Dänemark) 15:8, 15:3. – Damen: Beckman – Troke (beide England) 10:12, 12:0, 11:6. – Herren-Doppel: Dew/Tredgett – Baddeley/Goode (alle England) 15:9, 18:14. – Damen-Doppel: Beckman/Gilks – Clark/Chapman (alle England) 17:14, 18:14. – Mixed: Dew/Gilks – Tredgett/Chapman 15:6, 12:15, 15:11.

FECHTEN

Grand Prix der Säbelfechter in Hannover: 1. Koriaschkin (UdSSR), 2. Gerevich (Ungarn), 3. Buydoso (Bulgarien), . . .25. Stratmann (Deutschland).

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 2, 0, 2, 0, 0, 1, 1, 1, 1, 0. – 6 aus 45: 14, 21, 25, 27, 33, 42, Zusatzspiel: 11. – **Rennquintett**, Rennen A: 14, 11, 6. – Rennen B: 28, 22, 32. (ohne Gewähr).

STANDPUNKT / *Hallen-Meisterschaften als Motivationsschub*

Es war nach dem 3000-Meter-Lauf, als der Rest der Schweizer Mannschaft dem Zweiten, Markus Ryffel, ausgelassen um den Hals fiel. Der Rest der Mannschaft, das waren die Mittelstreckler Renate Gasser und Peter Wirz, der Hochspringer Roland Dalhäuser und der Kugelstoßer Werner Günthör. Mit fünf Leuten waren die Schweizer zu den 15. Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten nach Göteborg gekommen, und alle fünf hatten eine Medaille gewonnen. Damit waren sie erfolgreicher als die „DDR", die es bei drei Teilnehmern auf zwei Medaillen gebracht hatte.

„Nach Los Angeles fahren wir dann mit zwei Leuten mehr", verkündete Markus Ryffel übermütig. Und: „Wir könnten ja auch mit einem zehnköpfigen Team starten. Aber wir wollen die Amerikaner nicht gleich schokken."

Hallen-Europameisterschaften als Motivationsschub für die Freiluft-Saison, auch wenn es momentan noch Überschwengliches freisetzt. Wie zum Beispiel auch beim CSSR-Team, das es in Göteborg auf sechs Goldmedaillen (!) gebracht hat. Da witzelte Kugelstoß-Weltmeisterin Helena Fibingerova, die Mannschaftsführerin: „Ganz schön, was? Aber wer traut sich nun gegen uns noch Länderkämpfe auszutragen?"

Um die Sache ins Lot zu bringen: Die „DDR" war nur mit drei Teilnehmern gekommen, die UdSSR mit einer Rumpfmannschaft, die Engländer hatten ihre Weltrekordler und Weltmeister auf der Mittelstrecke zu Hause gelassen. Auch im Team des Deutschen Leichtathleten-Verbandes (DLV) fehlte so mancher Star, und dennoch gab es vier goldene, zwei silberne und zwei bronzene Medaillen.

Wie schwer es aber war, die eigentlich selbstverständlichen Siege einzufahren, zeigt das Beispiel Ulrike Meyfarth. Schon für die übersprungene Höhe von 1,95 Meter gab es für sie die Goldmedaille, doch so hoch kamen in Göteborg auch die Polin Danuta Bulgowska und die Französin Maryse Epee-Ewanje. Niemals habe sie geglaubt, daß die farbige Französin so mithalten könne, sagte Ulrike Meyfarth hinterher. Das ist die Ahnung, daß sich der Kreis der Konkurrentinnen bis zu den Olympischen Spielen noch erweitern wird.

Thomas Wessinghage hatte über 1500 Meter nicht gewonnen, er war Dritter geworden. So etwas kann im vorolympischen Gedränge durchaus auch ihm passieren. Gravierender ist da der sechste Platz von Hindernis-Weltmeister Patriz Ilg über 3000 Meter, das war ein klassischer Einbruch.

Es festigten sich auch nach Göteborg die gar nicht neuen Erkenntnisse, daß einige Stars im deutschen Team die eigentliche Misere in ihren Disziplinen überdecken. Es gibt nun mal außer Margrit Klinger keine deutsche 800-Meter-Läuferin von internationalem Format. Und bei den Männern klafft auf den Mittel- und Langstrecken hinter dem Dreigestirn Wessinghage, Wülbeck und Ferner eine riesengroße Lücke.

Sicher, Göteborg brachte für die deutsche Mannschaft auch positive Erkenntnisse. Claudia Losch gewann überraschend die Silbermedaille im Kugelstoßen, was auch für die Qualität ihres Trainers Christian Gehrmann spricht. Karl Fleschen wurde Dritter über 3000 Meter – endlich mal wieder eine internationale Medaille nach langer Durststrecke.

Die Individualisten werden sich also wohl weiterhin durchsetzen, erst recht im olympischen Jahr 1984. Göteborg war dafür die erste Etappe.

KLAUS BLUME

SPORT-NACHRICHTEN

Müheloser Sieg

Madrid (sid) – Der amerikanische Wimbledonsieger John McEnroe kam im Finale des Madrider Tennisturniers zu einem leichten Sieg. Er gewann gegen Tomas Smid (CSSR) 6:0, 6:4.

Dementi von Thiele

Saarbrücken (dpa) – Präsident Bernhard Thiele wird auf dem Bundestag des Deutschen Handball-Bundes (DHB) vom 11. bis 13. Mai in Mainz nicht auf eine erneute Kandidatur verzichten. Meldungen, er werde sich nicht mehr zu Wiederwahl stellen, seien, so Thiele, offensichtlich von interessierter Seite erfunden worden.

Uerdingen abgeblitzt

Duisburg (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Bayer Uerdingen ist bei seinen Bemühungen gescheitert, den Duisburger Torjäger Roland Wohlfahrt (21) zu verpflichten. Die Duisburger verlangen eine Ablösesumme in Höhe von einer Million Mark, Uerdingen wollte 600 000 Mark bezahlen. Wohlfahrt wird von Köln, Düsseldorf, Dortmund und angeblich auch von Barcelona umworben.

Finale in Frankfurt

Frankfurt (sid) – Der TV Großwallstadt, der mit einem 22:20-Erfolg über Ungarns Vertreter Tatabanya das Finale im IHF-Pokal des Internationalen Handball-Verbandes erreicht hat, wird eines der beiden Endspiele in Frankfurt austragen. Gegner ist Gladsaxe Sjöborg aus Dänemark. Welcher Klub zuerst Heimrecht genießt, wird am Donnerstag entschieden.

Gertel brach Kiefer

München (sid) – Bantamgewichtler Stefan Gertel (23) erlitt beim Länderkampf der Amateurboxer in Polen (6:16) einen Kieferbruch. Der Olympiakandidat aus Worms hatte seinen Kampf gegen den ehemaligen Weltmeister Henryk Srednicki nur knapp mit 1:2 Richterstimmen verloren.

Diegel schwamm Rekord

Berlin (dpa) – Ralf Diegel aus Bonn schwamm in Ost-Berlin einen Rekord für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland. Über 400 Meter drückte er seine eigene Bestmarke von 4:27,53 auf 4:26,63 Minuten.

Langer auf Platz 19

Coral Springs (dpa) – Bernhard Langer aus Augsburg belegte beim Golf-Turnier von Coral Springs in Florida, bei dem die gesamte Weltelite am Start war, den 19. Platz und kassierte dafür noch 15 000 Mark. Es siegte der Amerikaner Bruce Lietzke.

SKI ALPIN

Weltcup-Sieg für Martina

sid/dpa, **München**

Drei Minuten dauerte es, dann hatte Martina Kiehl ihre Familie in München telefonisch informiert. Die Nachricht war kurz und löste auch kaum große Überraschung aus: „Ich habe gewonnen." Ihre Mutter sagte: „Nach dem, was sie in dieser Saison geleistet hat, hat Martina das verdient."

Die 18 Jahre alte Martina hat ihren ersten großen Sieg im Ski-Weltcup errungen. Sie gewann im kanadischen Mount St. Anne einen Super-Riesenslalom. Schon bei den Olympischen Spielen in Sarajevo hatte Kuno Meßmann, der Sportdirektor des Deutschen Ski-Verbandes, gesagt: „Aus dem Holz der Martina Kiehl sind die Sieger in unserem Sport geschnitzt." Martina Kiehl hatte im Ziel einen beachtlichen Vorsprung von 1,02 Sekunden vor Elisabeth Kirchler aus Österreich. Auch die hohe Startnummer 35 hatte die Siegesfahrt nicht verhindern können.

Maria und Irene Epple lagen als 17. und 18. weit zurück, Michaela Gerg kam auf Platz 31. Das Abfahrtsrennen der Männer in Aspen (USA) gewann der amerikanische Olympiasieger Bill Johnson vor den Österreichern Höflehner und Steiner.

EISKUNSTLAUF

Leistner: Ende der Karriere?

DW. **Mannheim**

Ist die Karriere der Eiskunstläuferin Claudia Leistner beendet? Die 18 Jahre alte Mannheimerin muß auf eine Teilnahme an den Weltmeisterschaften, die in drei Wochen in Ottawa beginnen, verzichten. Dafür hat eine niederschmetternde Diagnose des Freiburger Sportmediziners Armin Klümper gesorgt, bei dem sich die Zweite der Europameisterschaft von 1983 nach all ihren Beschwerden gründlich untersuchen ließ.

Das ist die Diagnose: Schädigung des Bandscheibenapparates durch einen verschobenen Wirbel und einen gereizten Ischiasnerv. Die einzige ihr erlaubte körperliche Betätigung wird bis zum Beginn des Sommers eine Krankengymnastik sein, die ihre Rückenmuskulatur stärken soll. Klümper zeigte sich überrascht von der schwachen Bauch- und Rückenmuskulatur der Läuferin, die allgemein als athletisch gilt.

Noch bei den Olympischen Spielen in Sarajevo führten Funktionäre und Mannschaftsärzte die Schmerzen Claudia Leistners auf die „besondere psychische Belastung" zurück. Claudia Leistner hatte schon auf die Teilnahme an der Europameisterschaft dieses Jahres verzichten müssen.

STABHOCHSPRUNG / Bald über sechs Meter?

„Thierry Vigneron ein Pionier wie John Glenn"

KLAUS BLUME, **Göteborg**

„Nein, Monsieur, es gibt keinen perfekten Sprung", sagte Thierry Vigneron. Rekord-Analyse in einem Satz, eine Stunde nachdem er sich über 5,85 Meter geschwungen hatte. So hoch hinaus ging es bisher im Stabhochsprung noch nie. Weder in der Halle noch im Freien. Thierry Vigneron, der 23 Jahre alte Franzose, hatte am 1. September 1983 in Rom mit 5,83 Meter einen neuen Freiluft-Weltrekord aufgestellt. Dem sowjetischen Weltmeister Sergej Bubka war vor vier Wochen ebenfalls ein solcher Sprung geglückt. Allerdings in der Halle, und das wird wegen der unterschiedlichen Wettkampfbedingungen nicht als offizieller Rekord anerkannt. Bei den Hallen-Europameisterschaften in Göteborg hatte nun Vigneron die Latte wiederum zwei Zentimeter höher legen lassen. – Der endgültige Aufbruch in ein neues Stabhochsprung-Zeitalter?

„Ich habe das springerische Potential für 5,85 bis 5,90 Meter, da gibt es keine psychologischen Barrieren mehr", hatte Vigneron bereits nach seinem Weltrekord-Sprung im letzten Jahr gesagt. Aber es gibt sicher noch einige technische Barrieren. Denn Sprünge über Höhen ab 5,90 Meter erfordern eine andere Griffhöhe als bisher, offensichtlich auch entschieden härtere Kunststoffstäbe, die sich aber dennoch wie ein Katapult biegen lassen und obendrein länger als die jetzigen sind. In Göteborg benutzten Vigneron und sein Pariser Klubkamerad Pierre Quinon, der ehemalige Weltrekordler (5,82 Meter), fünf Meter lange Stäbe. Bis zu den Olympischen Spielen in Los Angeles wollen sie nun mit Geräten experimentieren, die zwanzig Zentimeter länger sind und eine Griffhöhe von 4,95 Metern erlauben.

Das sind die technischen Voraussetzungen, um im Stabhochsprung endgültig in die Grenzbereiche des menschlichen Fassungsvermögens vorzustoßen, für die es freilich eine Marke gibt: sechs Meter. Jene Höhe hatte Pierre Quinon als erster auflegen lassen, am 28. August 1983 in Köln. Allerdings vergebens. „Trotzdem hat mich das stimuliert", hat Vigneron in Göteborg gesagt.

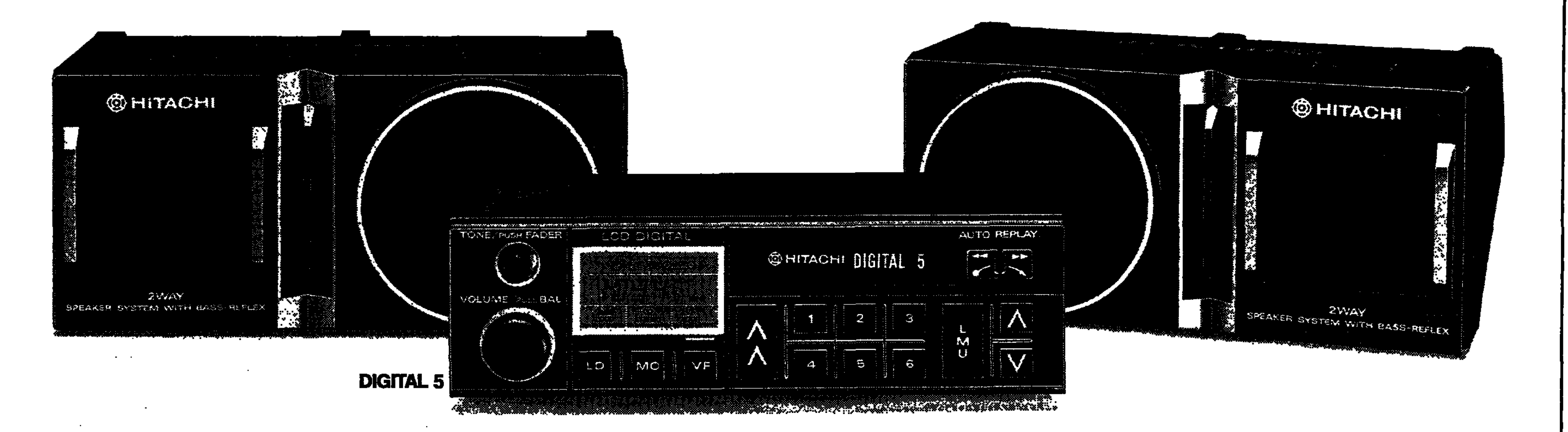
„Das ist kein normaler Typ, das ist ein Außerirdischer, der eines Tages den Himmel streifen wird", hatte sein Trainer Jean-Claude Perrin schon 1979 geschwärmt, als Vigneron mit 5,61 Metern einen noch immer gültigen Junioren-Weltrekord aufgestellt hatte. Die französische Presse flocht ihm im letzten Jahr Kränze. Thierry Vigneron, so schrieb zum Beispiel das Sportblatt „L'Equipe", gehöre schon heute in die Reihe der Pioniere unseres Zeitalters, so wie der Tiefseeforscher Jacques-Yves Cousteau und der Astronaut John Glenn.

Ein solcher Pionier muß in neue Dimensionen vordringen. So war es auch nur folgerichtig, daß Vigneron in Göteborg die Höhe von sechs Metern auflegen ließ. Zwar ging auch im Göteborger „Scandinavium" ein Raunen durch die Zuschauer, das sich schließlich in begeistertes rhythmisches Klatschen entlud, doch Vignerons Göteborger Versuche erschienen im Gegensatz zu Quinons Kölner Abenteuer kalkuliert und durchaus logisch. 5,85 Meter hatte er übersprungen, Quinon hatte sich danach – vergeblich – an 5,90 Metern versucht. Nun ging es an die sechs Meter. Das war zwar eine perfekte Stabhochsprung-Show, es war aber auch französisches Teamwork. „Wir wollen", sagte denn auch Vigneron, „gemeinsam die Entwicklung vorantreiben".

Vigneron und Quinon, die beiden französischen Stabhochspringer der Extraklasse, haben nach ihren Rekordsprüngen und Rekordversuchen viel vom Gefühl gesprochen, vom Spiel zwischen Körper und Geist, von der Nähe zur Artistik und vom Bekämpfen der Ratlosigkeit, wenn man so etwas wie sie unternimmt. Sie haben entgegen ihrer taktischen Marschroute von Göteborg aber nicht davon gesprochen, daß Höhen von sechs Metern und künftig gar mehr keine Illusion, sondern etwas Folgerichtiges, Logisches wären. Vielleicht auch deshalb nicht, um sich selber diese Grenzbereiche zwischen Illusion und neuer Dimension als absolutes Neuland zu erhalten.

Klaus Lehnertz, zwischen 1958 und 1968 einer der besten Stabhochspringer der Welt und heute Professor für Bewegungslehre in Kassel, hatte vor zehn Jahren Sprünge über sechs Meter erst für das Jahr 1994 prognostiziert. In Göteborg sagte Thierry Vigneron: „Es wird wahrscheinlich schon in diesem Jahr klappen."

Mit Sicherheit auf gleicher Welle.



DIGITAL 7

DIGITAL 8

Durch die Hitachi Tour-Electronic. Damit sind Sie auch bei langen Reisen immer auf Verkehrsfunkwelle.

Auch das neue Hitachi Vollstereo-Cassetten-Autoradio DIGITAL 5 ist damit ausgestattet, so daß Sie immer die regionalen Verkehrsfunk-Durchsagen hören. Ganz automatisch. Selbst wenn Sie gerade eine Cassette abspielen.

Das DIGITAL 5 bietet außerdem elektronischen Sendersuchlauf, Vorwahlspeicher für 18 Sender, max. 28 Watt Ausgangsleistung (4×5 W Sinus DIN 45324). Und ein Super-LCD-Display, das leicht abzulesen ist. Nicht nur nachts, sondern auch bei hellem Sonnenschein.

Unser DIGITAL 7 ist mit Auto-Reverse und 40 Watt (2×14 W Sinus DIN 45324) ausgestattet. Und für höchste Ansprüche halten wir das DIGITAL 8 bereit. Mit Lautstärke-Automatik, Dolby*-Rauschunterdrückung und Metallband-Kompatibilität. Ausgangsleistung 50 Watt (2×16 W Sinus DIN 45324).

Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß die Stereo-Cassetten-Autoradios der Reihe DIGITAL weitaus preisgünstiger sind als Sie vielleicht erwarten. Was könnte besser klingen?

*Dolby ist ein eingetragenes Warenzeichen der Dolby Laboratories Licensing Corporation.



Lassen Sie sich bitte bei Ihrem Autoradio-Spezialisten oder Fachhandel beraten. Oder fordern Sie bei uns Informationsmaterial an.

Anfrage an: **Hitachi Sales Europa GmbH**, Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80

Der Sänger und Komponist Drafi Deutscher

Noten kennt er keine

Eigentlich war alles nur ein Promotion-Gag für den Film „Marmor, Stein und Eisen bricht", den Regisseur Hans-Christof Stenzel und seine Crew sich erdacht hatten: den Sänger Drafi Deutscher samt seiner alten Truppe The Magics einfach wieder mal auf die Bühne zu schikken...

Der Titel des Films – natürlich erinnern wir uns an Drafis Song: „...abäär unsre Li-hi-bää nicht". Und in Stenzels Film spielt er selber ja auch eine Nebenrolle, die des Löwenschluck. Und eigentlich, so hatte es off-stage geheißen, sollte der Film tatsächlich eine Art aufbereiteter Vita des Sängers werden. Aber dann, sagt Drafis Manager Jochen von Bredow gegenüber der WELT, habe „Drafi sich den Film insgesamt angesehen und gesagt: 'Ach was, das bin doch ich nicht!'" Herausgekommen sei, so von Bredow, „reine Fiktion", und auch die Phantasie, Drafi Deutscher hätte generell Einfluß auf die Gestaltung des ZDF-Streifens haben können, dürfen, müssen, wird vom Manager abschlägig beschieden: „Nein, überhaupt nichts dergleichen."

Marmor, Stein und Eisen bricht – ZDF, 22.0 Uhr

Soviel also zu dem Film über Hotte, den Kreuzberger Kneipenpendler, seine Käthe-Kruse-Puppe Susi, über Erwin und den ersten Riesenhit. Aber mit dem PR-Gag für den Film begann „das Wunder" („MusikSzene"): „Riesen-Jubel! Drafi Deutscher ist wieder da!" („Bild")

Das stimmt im übrigen, und es stimmt nicht. Denn der 38jährige Komponist und Sänger war im Grunde „nie weg" (von Bredow), was das Musikbusiness betraf. Denn hinter den Kulissen, abseits vom Grell-Licht der Medien, komponierte, textete und produzierte er munter für Vokalisten vom Schlage Katja Ebstein und Bernd Clüver oder Boney M und Bino wie auch Peggy March.

Das Grell-Licht der Medien? Von dem hatte er eine ganze Weile mehr als genug. Berliner und sonstige Nostalgiker erinnern sich vielleicht noch an die seligen Zeiten, da der junge Mann, der einst seinen „Marmor"-Song 700 000mal verkaufte, immer auch gern als enfant terrible die Berliner Bürgerwelt schreckte, auf dem Ku-Damm vor aller Augen sein Bier nach unten gegen seinen Wagen abschlägt, der skandal-hibbeligen Boulevardpresse selbdort lange Nasen dreht und dann tatsächlich einen handfesten Skandal erregt: In seiner niedrig gelegenen Wohnung jongliert er im Adamskostüm nach einer Party nahe dem offenen Fenster herum und hat die aufgebrachten Mütter neugieriger winziger Töchter in geschlossener Phalanx hinter sich.

„Negatives", meditiert er später, „läßt sich eben viel besser verkaufen als Positives." Zum Beispiel auch, daß der seinerzeit erst Zwanzigjährige sich mit 180 000 Mark Steuerschulden herumzuschlagen hatte.

Bis er danach wieder Fuß faßte und sich unter Kollegen der Branche als „Stehauf-Männchen" („Musik-Szene") Respekt verschaffen konnte, kamen karge, arge Zeiten, in denen der frisch Geschiedene sich als Gelegenheitsjobber und Discjockey durchschlug...

Heute läßt sich das „Positive" nun endlich wieder mindestens ebensogut verkaufen, die Öffentlichkeit hat die hämisch ausgestreckten Finger eingezogen: Nach einem Zwischenspiel in den USA, wo er eine kaum beachtete LP („Drafi Deutscher – Lost in New York City") machte, tat er sich mit Chris Evans zusammen, und aus der frischen Kooperative erstand das Projekt „Masquerade", für das „DD" singt, textet und komponiert, obwohl er keine Note kennt.

Und die deutsche Version seines Nino-de-Angelo-Hits „Guardian Angel" (500 000mal verkauft), „Jenseits von Eden", hat bereits 700 000 Käufer gefunden, die Longplay dazu eine Viertelmillion. Und jenseits von „Masquerade" treibt es das Stehauf-Männchen längst auch wieder zu Solo-Taten: In diesen Tagen erscheint seine Single „Tief unter meiner Haut".

Und die scheint dünn zu sein, trotz alledem. Denn zur Zeit weilt der bärtige Mann mit der hohen Stirnglatze zur Kur, hat „Raubbau mit seinem Körper getrieben", wie sein Manager die Arbeit an der „Masquerade"-Longplay beschrieb. „Denn Sie können sich ja vielleicht vorstellen, daß so ein Arbeitstag noch längst nicht zu Ende ist, wenn so einer nachts aus dem Studio kommt."

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Alpträume eines Hochstaplers

Für Wolfgang Staudte, der bald nach Kriegsende Heinrich Manns „Untertan" bei der Defa inszenierte, muß **„Der Snob"** (ZDF) von Carl Sternheim eine ungeheuere Anziehungskraft gehabt haben. Er hat auch wieder von der ersten Einstellung an, musikalisch unterlegt mit „Heil dir im Siegerkranz", das Faszinosum der wilhelminischen Welt eingefangen. Grafen sind eine höhere Gattung von Menschen, und der Emporkömmling Christian Maske, dem seine Geliebte, die Schauspielerin Sybill, die feinen Gesten einstudiert hat, glaubt seine Eltern für tot erklären zu müssen, ehe er in eine so erhabene Familie einheiraten darf.

Doch durch welche Alpträume muß er bei seinen hochstaplerischen Kraftakten hindurch! Im Unterschied zur Bühne, für die Sternheim in seiner unnachahmlich steilen Prosa schrieb, erlaubt der Fernsehschirm dem Regisseur Staudte, solche Ängste zu zeigen. So sehen wir den köstlich agierenden Publikumsliebling Klaus Maria Brandauer nicht nur in Frack und Claque, sondern auch aus zerwühlten Kissen aufschrecken. Vater und Tochter Bennent gaben den Grafen Palen nebst Comtesse ab, er zwischen Zweifeln und Bewunderung schwankend in einer wohlgelungenen Fränzchen-Papen-Maske. Sigfrit Steiner als der verleugnete Vater und Nicole Heesters als die abgehalfterte Mätresse vervollständigen die glanzvolle Besetzung.

HELLMUT JAESRICH

Umgekehrtes Teenager-Drama

Über Ronald Reagan als Schauspieler sich ein Urteil zu bilden, ist hierzulande nicht ganz einfach. So seine Filme seinerzeit überhaupt in unsere Kinos gelangt sind, kann man sich nicht mehr so recht an ihn erinnern. Denn zu den Großen Hollywoods hat Reagan nie gehört, entweder war er Nebendarsteller in A-Filmen oder Hauptdarsteller in B-Filmen. Jetzt kann man das Versäumte wenigstens teilweise nachholen, denn nach **„Alter schützt vor Liebe nicht"** wird es am nächsten Sonntag wieder einen Reagan-Film in der ARD geben: „Die Hand am Colt". Die Familienkomödie von diesem Sonntag mag der Präsident immer noch, aber nachdem man sie besichtigt hat, kann man amerikanischen Kritikern zustimmen: Reagans Schauspielkünste sind es nicht, die ihn ins Weiße Haus gebracht haben.

Der Film geht von der eigentlich gar nicht so fröhlichen Voraussetzung aus, daß es lustig ist, wenn Leute über 60 noch Liebesgefühle haben. Aber immerhin, Regisseur Alexander Hall hat das vergnüglich inszeniert, als umgekehrtes Teenager-Drama sozusagen: Je jünger einer ist, desto altmodischer führt er sich auf. Und beim Kaffeetrinken hat der Film auch nicht sonderlich gestört. Reagan hat hier allerdings bestätigt, was in Filmhandbüchern zu lesen steht: daß er reichlich statuarisch spiele – selbst wenn er hier in einen Stapel Konservendosen fallen mußte.

SVEN HANSEN

STUDIO

Von Januar 1985 an wollen die Rundfunkanstalten der ARD und das ZDF bei ihren Programmen nicht mehr nur die Einschaltquoten sondern die **gesamte „Fernsehnutzung" messen** lassen. Möglich wird dies durch ein neues System, das die Teleskopie ersetzt. Unter Aufstockung der bisherigen Zahl der mit Meßgeräten versehenen Fernsehhaushalte werden die Einschaltquoten künftig auf einer garantierten täglichen Berichtsbasis von 2000 Haushalten erhoben. In diesen repräsentativ ausgewählten Fernsehhaushalten wird die Nutzung aller empfangenen Programme aufgezeichnet. Zusätzlich wird außerdem die Nutzung von Videotext, Bildschirmtext, Telespielen, an das Fernsehgerät angeschlossenen Heim-Computern sowie die Aufzeichnung und Wiedergabe von Sendungen durch Videorecorder festgehalten.

ARD, ZDF und die Arbeitsgemeinschaft Rundfunkwerbung (ARW) beauftragten die Nürnberger „Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK)" mit diesen Messungen; mit der Gesellschaft wurde ein Vertrag für zunächst fünf Jahre abgeschlossen. (agi)





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Auch ein Sheriff braucht mal Hilfe
11.55 Umschau
12.10 Der Unbezwingbare
US-Spielfilm, 1968
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
3. Womit kann ich dienen?
Aus dem Leben von Verkäuferinnen
Der Beruf der Verkäuferin gehört zu den ältesten Betätigungsfeldern für Frauen.
16.55 Funkes Werkstatt
Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin, letzte Folge
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Report
Die Jagd nach Patienten – Wie Krankenhäuser leere Betten füllen / Die neuen Dienstwege der Macht – Innenansichten aus dem Kanzleramt / Abgeschoben – DDR-Bürger berichten / Leben unter dem Ehrenbanner – Der Fahnenkult in der DDR
21.45 Dallas
Jede Minute zählt
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
international
U. a. sind folgende Berichte geplant: Kulturszene Mailand – die „Kulturhauptstadt" Italiens / Treffpunkt Lusaka – einmal im Monat treffen sich im Kulturzentrum der sambesischen Hauptstadt die *Künstler des Landes / Schwarzenberg – ein Dorf zwischen Deutschland / „The cave" – Londons heisseste Disco*
Moderation: Handjürgen Rosenbauer
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Belgische Fastnacht / Fastnacht in Ungarn
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
13teilige TV-Serie von Franz-Josef Gottlieb
2. Ein Zauberwort
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Klaus und Klaus
17.50 Waldheimat
10. Als ich im Wald beim Käthele war
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 Rambo Zambo
Fernsehkomödie
Mit Werner Stocker, Horst Kummeth, Bettina Redlich u. a.
21.03 Wieso Mike Krüger?
Weil er gleich in WISO zu Gast ist
21.15 WISO
Mit Friedhelm Ost
Zu Gast: Mike Krüger
Mit den Themen: Hintergrund: Konfetti schafft Arbeitsplätze / Ein Standpunkt: Die Platt' hat sich gewendet. Narrenprofi Rolli Müller als Discjockey in der WISO-Bütt / Sozialreport: Schwarzarbeit auch im Mainzer Karneval? / Tips: Mike Krüger informiert Würdenträger darüber, wie man sich einen Orden verdient
21.45 heute-journal
22.05 Marmor, Stein und Eisen bricht
Film von Hans-Christof Stenzel
Drafi Deutschers Leben als Film-Märchen
Anschließend: Ratschlag für Kinogänger: „La Balance – Der Verrat" von Bob Swaim
23.35 heute



Drafi Deutscher als Löwenschluck in dem Film „Marmor, Stein und Eisen bricht", den das ZDF um 22.05 Uhr bringt FOTO: BREDOW-CASTELL

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Formel Eins
21.00 Karneval in Köln
Anschließend:
Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 45 Fieber
Ein Jugendmagazin
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Mittelamerika – Bilanz eines Korrespondenten
21.15 Strumpet City – Stadt der Verlorenen (2)
22.05 Juristen-Stammtisch
Der parlamentarische Untersuchungsausschuß – Tribunal ohne Urteilsspruch
22.50 Der Sternenhimmel im März
23.05 Unterm Funkturm
Antworten auf Zuschauerfragen
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Formel Eins
19.45 Zum Blauen Bock
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Ida Ehre
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (36)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.25 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.45 Blick zurück
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Monokel
Nur für das Saarland
20.15 Kulturspiegel
21.00 Praktische Tips
Reisen in die „DDR"
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Gloria
Amerik. Spielfilm, 1980

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Buck Rogers
Körper ohne Geist
19.20 Erbschaft um Mitternacht
Amerik. Spielfilm, 1939
20.35 Von einem der auszog, sein Fell zu riskieren
21.15 Rundschau
21.30 Z. E. N.
21.35 Kilby und Caroline
22.20 Teufelskerle
23.20 Rundschau

Das Thema der WELT am 7. März '84
in einem farbigen Tiefdruck-Magazin



REISEN '84

Deutschland: Berlin – ein Sommernachtstraum ☐ Originelle Stadtrundfahrten ☐ Trumpfkarte Sport im Urlaub ☐ Aktivferien: Floßfahrt auf der Isar – Wanderritt durch den Naturpark Hunsrück – Radeltour durch Dithmarschen ☐ **Europa:** Wo in Europa der Frühling beginnt ☐ Feine Ferienhotels in Europa ☐ Mit dem TEE von Amsterdam nach Basel ☐ Mit dem Ballon von der Schweiz nach Schwaben ☐ Mit dem Kreuzfahrtschiff in Skandinavien ☐ Hobbyurlaub in Kärnten ☐ Auf den Spuren der Etrusker in Italien ☐ Reise durch Galicien ☐ Feste feiern im Baskenland ☐ Korfu-Epirus – Reisekombination ☐ Geruhsame Fahrt durch Englands Süden ☐ **Fernreisen:** Trauminseln der Welt ☐ Cluburlaub auf Ceylon ☐ Naturpark Fuji-Hakone in Japan ☐ Tour durch die Kap-Provinz ☐ Farmurlaub in Kanada ☐ Tour an der Ostküste der USA ☐ Spartips für Familienferien ☐ Autos zum Wegwerfen ☐ Tips für Langzeit-Sprachferien ☐ Reiseversicherungen ☐

Kaufen Sie sich diese Ausgabe der WELT. Oder beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung.

Probelieferung kostenlos.
Anruf genügt: (040) 347 47 17



01-876

Wer Was Wo
Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN
6380 Bad Homburg, RMA Directmarketing, PF 21 44, Tel. 0 61 72 / 2 50 25

AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE – CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11 / 4 21 66 06 oder 0 40 / 5 00 02 33

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSBRIEF, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, und 136 Plantain Road, Shellar Park Qld. 4128, Australien

AUTOLEASING
2000 Hamburg 50, Hansa-Automobil-Leasing GmbH, Ruhrstr. 63, Tel. 0 40 / 8 53 06 02

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65 / 1 79 42

BRIEFMARKEN – ANKAUF – VERKAUF
ANKAUFS-ZENTRALE FABER, 53 Bonn 3, Johannesstr. 35, Tel. 02 28 / 46 77 06

ELEKTRON. LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tilly Alarm- und Sicherheitstechnik, 2 HH 50, Bernstorffstr. 151–153, Tel. 0 40 / 43 70 97, Tx. 2 173 440

EISKREM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werne, Gördelerstr. 3, Tel. 0 23 89 / 80 23

FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 2 26, STAATL. ANERK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 86 71 / 7 00 10

GESUNDHEIT
GISELA SCHÜTZ, NATURHEILMITTEL, PF 60, 6601 Klarenthal, Tel 0 68 98 / 3 27 24. Katalog und Informationen gratis.

HAARAUSFALL
4600 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74

INTERNATSBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 83/84 (Schutzgebühr DM 20,–) über die besten deutschen und Schweizer Internate erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89 / 4 48 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Internats-Gymnasium Pädagogium, staatl. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 23 / 10 01
Institut Schloß Herdringen, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5760 Arnsberg 1-Herdringen, Tel. 0 29 32 / 41 18–9
Internat Fredeburg, Hochsauerl., Jungen x Mädchen, Gymnasium-Realsch.-Hauptsch., 5948 Schmallenberg 2, Tel. 0 29 74–3 48
4925 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24–25

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN/ROLLTORE
5064 Hoffnungsthal, TG + W, Grießmann GmbH, Notruf 0 22 05 / 52 25, Tel. 0 22 05 / 8 40 37–38, Telex 8 87 957
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und ArbeitsStättenV., Erstabnahme von Toranlagen. „Ihr neutraler Partner"!

LEASING
806 Dachau, Münchner 55, AMSR Leasing-Factoring- u. Kredvermittlg.
4150 Krefeld, GGA Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 40

LEBENSMITTEL-NOTVORRAT BIS 15 J. HALTBAR
GRÄF-Handelsvertretung, Könzgenstr., 2870 Delmenhorst, Tel. 0 42 21 / 26 27

MOTORCARAVANS
7102 Weinsberg, Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Postf. 11 69, Tel. 0 71 34 - 80 31

NATURGEMÄSSES LEBEN
Naturheilmittel – Ernährung – Biolog. Gartenpflege – Naturkosmetik.
NATÜRLICH LEBEN, Postf., 2112 Jesteburg, Tel. 0 40 / 34 30 02. Katalog gratis.

ORIENTTEPPICHE
STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Huyssenallee 58–64, Tel. 02 01 / 22 34 44–45

SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REEDEREI, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 90, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40 / 77 27 45-46

erscheint wöchentlich

Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe"

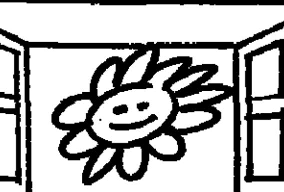


„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Mitmenschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen."

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

Deutsche Welthungerhilfe
Bonn, Adenauerallee 134

111 Spendenkonto
Postscheckamt Köln · Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn · Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.

Familien-Urlaub  in Ferienwohnungen und Ferienhäusern

Anzeige

Urlaub in den „eigenen vier Wänden" wird immer beliebter. Weit weg von zu Hause – und doch leben Sie „ganz privat" und familiär, frei und ungezwungen: Ferienhäuser und Ferienwohnungen gibt es für große und kleine Familien. Auch mehrere befreundete Familien können so gemeinsam Urlaub machen. Was auf den Tisch kommt – Sie bestimmen es selbst. Oder Sie entschließen sich spontan, essen zu gehen, wenn Sie einmal keine Lust haben zu kochen. Auch für die Kinder ist es herrlich, wenn die Familie nach ihrer eigenen „Hausordnung" Urlaub machen kann.

Sie möchten auf diese moderne Art Ferien machen? Die Auswahl erleichtert es Ihnen, unter den Angeboten das zu finden, das Ihren Urlaubswünschen am nächsten kommt. Sind Sie mehr für gemütliche, ruhige Ferien in einem beschaulichen Ort? Oder ist Ihnen ein lebhafter Ort lieber mit vielen Sport- und Unterhaltungsmöglichkeiten? Ferienhäuser und Ferienwohnungen gibt es überall, wo es schön ist.

Und Sie können auch wählen, ob Sie sich im Urlaub manchen Komfort gönnen wollen, indem Sie etwa ein Chalet für höhere Ansprüche mieten. Vielleicht aber freut es Sie mit Blick auf Ihr Reisebudget besonders, den Preisvorteil dieser Urlaubsart zu nutzen. Mit wem Sie auch reisen – alle Personen können sich den Wochenmietpreis teilen. Und geteilte Miete ist „halbe Miete". Quer durch Europas schönste Feriengebiete empfehlen sich hier attraktive Ferienhäuser und Ferienwohnungen der verschiedensten Art. Wählen Sie die Vorteile des unabhängigen Wohnens im Urlaub, des Ferienmachens nach Lust und Laune!

INLAND

BAYERN

Ferienpark Bischofsmais – Sport-Apparthotel

Spar-Kurzurlaub '84

Umfangreiches Ferienprogramm

Im größten Waldgebiet Mitteleuropas „zum Kennen- und Liebenlernen" eine interessante Aktiv-Ferienwoche zum 5-Tage-Preis in der Vor- und Nachsaison (zwei Wochen zum 10-Tage-Preis).

Happy-Weekend '84

Schneereicher Wintersportort

Ostern als Erlebnis

Ferienpark Bischofsmais

Bitte Prospekt anfordern!

40 schöne Ferienwohnungen in Mittenwald, Grainau und Garmisch-Partenkirchen. Firma ALLWO – GmbH Mittenwald, Am Ländbach 17 Tel.: 0 88 23 / 50 21

Berghütte für 4 Pers., Nähe St. Englmar/Bayer. W., zu vermieten. Preis DM 80,– pro Tag (sämtl. Komfort, Liegeterr. m. Grillplatz, Forellenweiher, herrl. Panoramablick, ruhige Lage). Hubert Hörtensteiner, Prällerweg 24, 8449 Straubing

Bayreuth Fichtelgebirge Fränkische Schweiz Ferienwhg., ruh. gel. u. gemütl. einger. f. 2–4 Pers. Tel. 0 92 75 / 66 90

Oberallgäu Nähe Immenstadt neue, gem. Ferienwhg., 2–4 Pers., 2 Zi., Kü., Balk., Geschirrsp., TV, Gar., besonders idyll. Südlage, ideal für Ski-, Wander- und Wassersport. Tel. 0 79 31 / 86 90

Bayerischer Wald Rustik. Ferienwhg. in Ski- u. Wandergeb. Einführungspr. ab DM 50,– für 4–5 Pers. Farbprospekt kostenlos. Tel.: 0 99 06 / 5 55 / 5 05 od. 0 89 / 68 32 35

1 Komf.-Appartem. Fichtelgebirge 3 Zi., Du., Kü., Farb-TV, eigen. Tel., Gar., ruhig, a. Hochwald, ideal f. Ski, Ehepaare, a. m. Hund! Ski, Bäder, Tennis, Wald-Wandern. DM 350 p. Wo., priv. Dr. Chr., 8591 Nagel, 0 92 36 / 2 17

Vorfrühling am Bodensee Neuerb. Appartemenths. in Lindau, Seen, Hallenb. 28°, Sauna, Sol., Aufenthaltsr., Billard, Tischte., 1- u. 2-Zi.-Wohnungen bis 5 Pers., komf. u. rustikal einger., Sonderpr. b. 7. 4. 84, z. B. 2 Pers. ab DM 39,–, Hausprosp., Appartementhaus am Rehberg, R. Bast, 8990 Lindau, Tel. 0 83 82/33 29

HESSEN

Urlaub · Freizeit · Erholung Im Naturpark Hoher Vogelsberg, in Herbstein, mit Thermalbad. Komf. große Ferienwohnungen voll eingerichtet, für 2–6 Pers. Einzelzimmer mit Dusche u. WC;
z. B. Haupturlaub inkl. aller NK, Familie m. 1 Kind b. 5 J. ab pro Person/Tag 15 DM;
od. Einzelzi. m. Frühst. Tag/19,– DM.
Bitte Hausprospekt anfordern:
Ferienhaus „Zur Allee" Lanzenhainer Str. 54–56 6422 Herbstein, Familie Ehmig Telefon 0 66 43 / 7 00

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Plöner See Sepel, Ferienwohnung in Architekten-Neubau am See, 40 m², exklusive Ausstattung, Südterrasse, Angelboot. Tel. 0 45 26 / 13 40 u. 0 40 / 48 21 81

HARZ

HAHNENKLEE Ferienwhg. für 4 Pers. mit Balkon, TV, Stellpl. ab DM 35,–/Tag zu vermieten, Tel. 0 51 72 / 80 78

TEUTOBURGER WALD

Bad Rothenfelde FeWo 96 m² i. ruh. 2-Fam.-Haus, 1300 m bis z. Zentrum, gr. Wo-Eß-Zi., Kü, 2 Doppel-Schlafz., 2 Duschbäder/WC Farb-TV, Garten/Terr., ab 45,– DM/Tg., Tel. 0 54 24 / 56 58

OSTSEE

Ostsee/Grömitz Urlaub in kompl. eingerichtetem Wohnwagen. Prospekt kostenlos. Rethmeier GmbH Wohnw.-Vermietung Marienstr. 123 · 4950 Minden Tel. (0571) 4 43 12

Ostseebad Scharbeutz exkl. Ferienwohnung, 70 m², 150 m zum Strand, Juni bis Sept. frei, bis 4 Personen. Tel. 0 40 / 49 85 95 (ab 18 Uhr)

Ostsee Ferienwohnung direkt am Wasser, 3 Zimmer, Küchenpantry, Dusche/WC, Balkon, noch einige Termine frei. Aquamarina, 2447 Heiligenhafen Steinwarder 11, Tel. 0 43 62/67 82

Ostsee / Damp Ferienhaus für 4–6 Personen zu verm., frei Ostern / Pfingsten / August Tel. 04 31 / 68 06 88

Glücksburg 1-Zi.-Kü.-Whg. frei, 34 m², Kurstrand, herrl. Seeblick, Sauna u. Schwimmbad im Hause, Telefon, TV, Küche, Garage, bis 3 Personen Tel. 04 61 / 9 19 50

Ferienagentur Michel Vermietung / Verkauf Telefon: 0 41 01 / 20 77 90

ERHOLUNGSZENTRUM MARINA WENDTORF Südküste – Kieler Außenförde/Ostsee bietet Appartements zum Selbstbew. für 3/5 Pers. Haupts. ab 60/75.- DM, Vor-, Nachs. ab 40/55.- DM (keine Kurtaxe) 2304 Wendtorf/Ostsee · Tel.: 0 43 43/87 97-8

NORDSEE

Nieblum/Föhr Ferienhäuser- und Wohnungen unter Reet. Excl. Ausstattung wie FTV, Tel., Geschirrspüler und/oder Waschmaschine, für 4-6 Personen, DM 85,— bis DM 190.— Tagesmietpreis. SENATOR GmbH Postfach 2553, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040 / 44 05 58 von 9-13 Uhr

JUIST Neue, kft. Fewo. f. 4 Pers., folg. Termine frei: b. 10. 4., 1. 5.–27. 6. u. ab 19. 8. 84 Näheres Tel. 0 42 62/7 86 00

St. Peter-Ording Ferienwohnung für 4 Personen im April und Mai noch frei. Telefon 0 48 63 / 4 40

SYLT – Appartements – Ferienhäuser – Gästezimmer 04651-7577 BÜRO KUECHLER, 2280 Westerland Friedrichstraße 9

Sylt/Westerland 1 Zi.-Whg. f. 2 Pers., ruh., zentr. Lage, schöne Ausst., Farb-TV + Tel., gr. Südlogg. Tel. 0 40 / 26 68 24

Norddorf/Amrum App., 4 Pers., Farb-TV, Fahrräder, frei bis 3. 6. u. ab 31. 8. DM 40,- bis 70,– Tel. 0 66 54 / 3 34

Sylt – Wenningstedt Ferienwhg., 4 Pers., komf. App., 3 Zi., K, B, TV, Tel. etc., ab Juli + Aug., Tel. 0 56 05 / 10 94

Nordsee, St. Peter-Ording 4-Zi.-Whg., 80 m², in Reetdachkate, bis 14. 4., 28. 4.–12. 5., 2. 6.–30. 6. und ab 11. 8. noch frei. Ortsteil Süd Telefon 04 61 / 9 19 50

Ihr Zuhause auf der Insel Föhr „Haus Möwennest" Gemütl. Wohnen unt. reetgedecktem Dach. Ferienwohng. m. Komf. (TV etc.) i. Dunsum auf Föhr. Nutzen Sie jetzt uns. günst. Winterpreise. Ansk. u. Reservg. Frau Ch. Marquigny 0 21 22 / 31 64 22 od. Tel. 02 11 / 37 90 07.

Sylt/Hörnum dir. a. Weststrand, Fewo. f. 2–4 Pers., nicht mehr Mitte Juli/Aug.. Tel. 0 46 53 / 16 38 oder Büro 0 46 51 / 2 16 00

RANTUM/SYLT Gemütl. Strohdachhaus, 4 Schlafz., gr. Wohnz., Terrasse m. Strandkorb, Sauna, Geschirrsp., Waschmasch. Anfr. u. X 4297 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IHR ZUHAUSE AUF SYLT APPARTEMENTHAUS Nici's Hüs 2280 Westerland, Tütt 25, Tel. 0 46 51 / 75 86

Das neuerbaute Appartement-Haus im Landhausstil liegt 400 m zum Strand wie zur Stadt, Wellenbad und zum Kurzentrum. Im Haus befinden sich 2- bis 4-Zimmer-Appartements der Luxus-Klasse sowie Schwimmbad 28°, Sauna, Solarium und Massagen auf Wunsch. Die Appartements sind mit Farb-TV, Video, Radio, Telefon, Geschirrspüler und Wäsche ausgestattet sowie teilweise mit Kaminen. Alle Appartements nach Süden, Größe 40 bis 100². Reiten und Tennis in der Nähe, 2 Pers. ab 90,–, 4 Pers. ab 120,– DM. Hausprospekt anfordern.

Vor- und Nachsaison 30–40% Ermäßigung.

AMRUM/WITTDUEN Ferienkomfortwohnung, 4–6 Personen, noch frei bis 22. 6. u. ab 18. 8. 84 noch frei, NS 60,–/80,- pro Tag. Tel. 0 42 23 / 38 38 + 44 33

St. Peter-Ording/Nordsee Ferienwohnung im Mai, Juni und ab 11. August frei Tel. 0 48 63 / 16 68

Kampen/Sylt Ganzjährig, große App's, 60–100 m², Komf.-Ausst., f. 4–6 Pers., ab DM 200,– p. Tg., Hausprospekt Tel. 0 40 / 8 99 35 45 v. 18–20 Uhr

Ferien an der Nordsee/Carolinensiel Komf.-Ferienhs., 5 Min. z. Strand., 4–5 Pers., DM 65,–/75,– pro Tag, einschl. aller Kosten, ab sof. frei. Telefon 0 23 02 / 88 60

Norddeich/Nordsee Exkl. urgem. Ferienhäuser u. Wohnungen (Ostern-Pfingsten usw.) je 2 Schlafz., 90 m² inkl. allem Zubeh. Tel. 0 49 31 / 42 79 Unterl./Verw. Königb. Str. 14, 2980 Norden 1

Dagebüll – Nordsee Gesundheit ist Trumpf! Tun Sie etwas f. Ihre Atemwege durch lange Spaziergänge an unseren Deichen m. d. frischen Brise in unserem gesunden Meeresreizklima. Gemütl. Ferienwohnungen ab DM 30,–. Prospekt: F.-V.-G. Dagebüll u. Umgebung, Ilse Hansen, 2260 Galmsbüll, Tel. 0 46 61 / 88 36.

Nordseeheilbad Wyk auf Föhr Komfort-Appartementwohnungen direkt am Meer, teilweise mit Schwimmbad, Sauna, Garage, Telefon, TV usw., zu vermieten. Tel. 0 43 21 / 29 15. Vor- und Nachsaisonpreise für die Monate März bis Juni und ab September.

VERSCHIEDENES INLAND

Ferienwohnung im wald- und wildreichen Nordtaunus Tel. 0 64 83 / 71 63

Waldhessen · Sauerland Schwarzwald · Odenwald

Ein Erlebnis für die ganze Familie: Urlaub im Ferienhaus

Nah, gut, preiswert. Neue, rustikale und komfortable Ferienhäuser, 2-6 Pers., incl. TV. Viele Spiel- und Sportmöglichkeiten. Zum Teil günstige Sonderangebote. Z.B. 2 Wochen bleiben – 1 Woche zahlen ab DM 310.–. Interessiert? Coupon absenden oder anrufen.

Ich interessiere mich für Ferienhausurlaub.

Name

Straße

PLZ/Ort

WELT

Mein GmbH & Co. KG Gladbecker Str. 148-170 4250 Bottrop Tel. 0 20 41/3 10 61

Tausch! Suche Whg. a. Ostsee (11. 8.–25. 8.), biete 2-Zi.-Whg. Nähe Reit i. W., freie Zeitwahl. Tel. 0 42 41 / 23 89

Reiterferien für Kinder auf einem Bauernhof sind f. d. Oster- u. Sommerferien noch Plätze frei. Tel. 0 42 38 / 2 87.

SCHWARZWALD

Unser Schwarzwald-Preis-Hit



Bad Liebenzell

Laufen Sie mal wieder Schlittschuh Für 2 oder mehr Personen vom 1. 3.–15. 3. 84. Wohnen Sie in einem ruhigen Chalet ohne den üblichen Trubel eines Hotels. Eine Woche HP DM 380,- pro Person inkl. 6 Übernachtungen mit HP, Begrüßungscocktail, Hallenbenutzung, während Ihres Aufenthaltes freier Eintritt im Eislaufstadion Polarion. Oder nur Wohnen DM 210,- pro Person. Reservierung an: **Schwarzwald-Ferienpark** Am Hährenwald 1–3, 7263 Bad Liebenzell, Tel. 0 70 52 / 20 98

Komf. lux. Ferienwohnung Südhanglage im Schauinslandgebiet, Nähe Freiburg i. Br., zu Ostern noch frei! Bitte Hausprospekt anfordern bei B. Ulmer, Heubuck 8, 7801 Horben, Tel. (07 61) 2 92 19.

Südschwarzwald b. Badenweiler verm. 3-Zi.-Ferienhaus, vollst. eingerichtet, Wander-Langlaufgebiet Tel. 07 61 / 3 73 78

Schnupperurl. i. Hochschwarzw., s. sch. Lage, eig. Bauernh. 4 km, kinderfrdl. Fam.-Betr., Pausch.-Ang. 10. 3.–7. 4. u. 1. 5.–8. 6. 84, 1 Wo. 250,–, 2 Wo. 470,–, 3 Wo. 630,– DM, Fe.-Whgn. m. Schwimmb. u. Aufenth.-Räumen, bitte Hauspr.. anf. 0 77 64/61 52

Südschwarzwald Nh. Schluchsee, 2 Ferienwohnungen, 5 und 2 Pers., zu verm. Kühn, 7802 Merzhausen Alte Str. 27, Tel. 07 61/40 38 12

AUSLAND

FRANKREICH

Agence Française

Ihr Spezialist für France

Villen – (auch luxuriöse mit Pool), Appartements, Hotels an allen Küsten einschließlich Korsika.

Agence Française Friedhofstraße 25 7000 Stuttgart 1 T. 0711/251010/251019



Port Grimaud Süd Apt., 2 Zim., kompl., Spitzenlage. Telefon 0 86 41–22 68 oder 0 86 42–15 45

Antibes. Elegante, kompl. eingerichtete 120-m²-Wohnung mit 3 Schlafzimmern und Bädern inkl. Wäsche, perfekt ausgestatteter Küche, herrl. Meersicht, 25-m-Swimmingpool im Park, Tennis i. d. Nähe, Tiefgarage i. Haus, für d. voll. Monat Juli noch frei. Miete DM 4000,-. Tel. (07 11) 24 21 89

Côte d'Azur Gepflegtes Haus mit Schwimmbad, beste Aussichtslage, Garten 5000 m², jeglicher Komfort, Surfbretter vorhanden. Frei: 1. 5.–9. 6. 200 DM/Tag und 22. 6.–26. 7. 300 DM/Tag. Tel. 0 71 21 / 4 03 07

Côte d'Azur 2-Zi.-Komf.-Whg., östl. v. Le Lavandou, am Meer, provenzianischer Stil Tel. 0 40 / 2 19 52 49

KORSIKA '84 FLUGURLAUB

Jeden Samstag von 7 deutschen Flughäfen an die Westküste Korsikas 12.5. bis 29.9.84

Große Auswahl an
- Bungalows und Strandhotels
- Ferienhäuser und Wohnungen
- Clubs und Sportferiendörfer

FLUGREISE 1 Woche ab DM 418,-

Den neuen Flugkatalog senden wir Ihnen kostenlos!

☐ KORSIKA '84 Flugurlaub
☐ FRANKREICH '84 für Autofahrer

bitte ankreuzen

Name

Straße

Ort

Dieses Jahr Urlaub mit **FRANCE REISEN** Ihr Partner für Frankreich Theresienstr. 19 · 8000 München 2 ☎ 0 89-28 82 37

SCHWEIZ

ZERMATT Komf. DG-Whg., Ostern u. Sommer zu verm. Tel. 05 21 / 2 18 51

Lenzerheide 2-Zi.-Fe.-Wo., 4 Pers., Nichtraucher, ab 24. 3. 84 frei. Tel. 0 62 33 / 6 24 54

Gebiet Schweiz/Wallis Grimentz Val d'Anniviers – westl. Nachbartal v. Zermatt. Gemütl. Chalet bis 6 Pers. in einmalig schönem Ski- und Wandergebiet ab 60 sfr pro Tag während folgender Termine noch frei: 1.–14. April, Monat Mai bis Mitte Juli, Mitte September bis 31. Oktober. Tel. 0 40 / 8 32 24 64, abds. 81 51 58

CH-Leukerbad/Albinen Komf. Chalet zu verm. Herrl. Ski- u. Wandergebiet, Thermalbad Tel. 0 72 25 / 51 12, ab 13 Uhr

Vierwaldstätter See Emmetten i. Wandergeb., unweit z. See. Neue Wohnung, Seesicht. Gute Zufahrt, N 2. Fam. Mathis, CH-6376 Emmetten, Tel. 00 41 / 41 / 64 35 35, auch abends

WALLIS Nähe Brig, Bettmer-/Riederalp, gemütliches Chalet für 4–6 Pers. Ruhig gelegen, herrliches Wandergebiet. Ab 55 sfr/Tag Tel. 05 11 / 24 20 24

Luganer See 2½-Zi.-App., 70 m², 4–5 Pers., gr. Schwimmhalle u. Garten, Sauna, sehr ruh., Südhang, Nähe Lugano, ab 28. 4. frei. Tel. 0 51 32 / 74 44 od. 05 11 / 52 57 37

ÖSTERREICH

Kirchberg/Kitzbühel/Tirol Ostern = 14 Tage wohnen 7 Tage bezahlen. Wir haben für Sie gemütl. einger. Ferienwohnungen für 2–6 Pers., mit Sonnenbalkon oder Terrasse. Reserv.: Gaisberghaus A-4600 Wels, Postf. 294 Tel. vormittags 00 43 / 72 42 / 2 18 26

St. Gilgen Wolfgangsee/Salzkammergut gemütl. Wohnung, 73 m², TV, Sauna i. Hs., Bestlage, v. Privat. Telefon 0 95 68 / 24 15

Ferien am Wolfgangsee gemütl. Fewos, kompl., Balkon, Seebad, Tennis, Golf, Wandern. Tel. 0 61 93 / 8 32 62

DÄNEMARK

DanCenter Über 4000 Ferienhäuser in ganz Dänemark! Farbkatalog kostenlos! Vom führenden Dänemark-Spezialisten! Spitalerstr. 16, 2 Hamburg 1, ☎ 040 32 27 81

KYSING / NÄHE AARHUS Priv. Sommerhs. mit 3 Schlafzi. u. a. Komf., ca. 400 m v. Strand. Term., außer Wochen 27/28/29, frei f. DM 100/pro Tag. Tel. v. Deutschl.: 0 04 56 / 99 14 06

Privat-Ferienhäuser überall in Dänemark Katalog bitte bei O.A. Dybvad anfordern. Sønderrig · DK 6960 Ringkøbing Tel. (0045 7) 33 91 38 oder 33 91 35 oder 33 90 94




Westküste Dänemark: Insel Fanø Sonderpreise Frühjahr, Direktverm., kostenl. Groß-Prosp. Bitte Personenzahl u. Termin angeben. Fanøspecial, Radbelv 67 DK 8600 Silkeborg. Tel. 00 45 / 6 16 43 95 / 6 81 42 08 17–21 Uhr Wochenende 9–21 Uhr.

SCHWEDEN

Gotland Von Privat Sommerhaus zu vermieten vom 1. 6. – 31. 8., Wohnzi., Kü., Dusche, elektr. Heizung, off. Kamin, Schlafzi. 1 km zum Sandstrand, sehr ruhige Lage. Gemütlich für Paar + 2 Kinder. DM 550,–/Woche. Info: Telefon 00 46 / 8 10 40 14

ITALIEN

ADRIA und TYRRHENISCHES MEER 20 Hotels zw. VENEDIG u. BRINDISI sowie ROM u. REGGIO DI CALABRIA mit Mundwahl (typ. lokale Küche), z. T. direkt am Meer mit Swimmingpool, Tennisplatz, Reiterhof u. abgeschl. Parkplatz, Übernachtungshotels m. Garagen in Norditalien. „GARGANO" VOLLPENSION INKL. STRANDGEBÜHREN AB DM 30,–! HOTELVERMIETUNG SPIES Carl-Ulrich-Str. 32, 6100 DARMSTADT 13, Tel. 0 61 51 / 5 23 71 SAUBERES WASSER · PRIVATSTRÄNDE · KEIN MASSENTOURISMUS

Insel Elba Appartements mit Meeresblick von Privat zu vermieten. Telefon 02 31 / 48 62 75 ab 19 Uhr

Ab DM 285,- 4 Pers./Wo. b. 7. 7. a. d. it. Adria. Gut einger. Ferienw./Häus., dir. a. Meer in Mil. Marittima, Cervia, Cesenatico usw. Gratiskatalog d. Hildeg. Herbst, Tel. 0 40 / 6 31 50 29 + 6 31 06 31

ADRIA Ausgewählte FEWO.BUNGALOWS SPARPREISE da vom Besitzer. FEWO-ZENTRALE ADRIA-ZENITH, 8220 Traunstein, Hofg. 3, ☎ 08 61 / 1 30 83 (ab 18 Uhr ☎-Dienst)

Riviera Ligure Imperia – 2 schöne umgebaute rustikale Ferienhäuser, einem Architekten gehörend; gr. Terrassen/Balkon; Sicht aufs Meer; ruhiger Ort, 1,5–2 km vom Strand. Frei von April bis Oktober, ab 50/70 DM pro Tag. Tuninetti, Str. del Lauro 38/14, 10132 Torino – Italien, Tel. 00 39 / 11 / 87 76 65 (Tel. englischsprachig)

Terra cina 100 km südlich Rom, Haus/Apps. am Meer. Tel. 08 21 / 9 15 36

HOLLAND

HOLLÄNDISCHE NORDSEE Zeeland-Halbinsel Schouwen, Walcheren und Goeree (ohne Fähre) in Südholland
- FERIENHÄUSER
- FERIENWOHNUNGEN

ACHTUNG: schon ab 17. 8. 84 über 30 % billiger als Hauptsaison. Katalog über Frau I. v. Gersdorff, 4700 Hamm 1, Postfach 6031, Tel. 02381/8 14 35 u. vorm bis 12 Uhr auch 02381/8 41 15 Agentur der KAVERO-Vermietung ZEELAND

SPANIEN

Von Vulkanen geprägte Mondlandschaft mit ihren grünen Oasen **LANZAROTE** – die ungewöhnliche Insel Freistehendes Ferienhaus in ruhiger Lage. Tel. 0 21 22 / 33 36 38

Spanien/Denia Costa Blanca Bungalow f. 5 Pers. 200 m z. Strand, Osterf. Mai u. ab 25. 8. frei Tel. 0 25 72 / 59 83

Costa Brava AMPURIABRAVA, Studio-Bungalow, direkt am Meer, extrem aparte Lage(!) (10 m vom Wohnzimmer bereits 3 m Wassertiefe). Telefon 0 46 51 / 4 10 67

Santa Ursula – Teneriffa Lux. Ferienhs. u. Apt. preisg. zu verm. Tel.: 02 11 / 40 60 68

Ampuriabrava/Costa Brava ca. 900 km v. d. deutsch-franz. Grenze, priv. Bungalow m. Bootsliegeplatz, 2 Doppelschlafz., Bad etc., Termine, außer Wochen 27 bis 32, frei f. DM 120,- pro Tag. Tel. v. Deutschl. 00 45-6-99 14 06

MORAIRA Villa mit Pool oder kleiner Bungalow von Privat zu vermieten, Nähe Hafen, Golf + Tennis. Beschreibung anfordern. Telefon 0 77 67 / 61 12

IBIZA Bungalow, Strandlage, Pool + Lux.-Terr.-Whg., Pool, jew. mit PKW, Mo.-Fr. 9–17 h, Tel. 0 30 / 3 02 23 58, sonst, auch Sa. + So. 0 30 / 3 41 38 02

Lanzarote Priv. Bungalow u. App., sehr komft. mit Swimmingpool, für 2–7 Pers. zu vermieten. Fotoprospekt auf Anforderung Tel. 00 34/28 / 81 35 89 oder durch Frau M. Kath Steubenstr. 25, 62 Wiesbaden

Costa Blanca Kleine Villa, am Meer, ab sofort zu vermieten. Tel. 02 21 / 38 38 35

Mallorca Ostküste, einmalige Lage, Haus am Meer, 1000 m² Grund, gr. Schwimmbad, Küche, Wohn- u. Eßraum, Heizung, Kamin, 3 Doppelschlafzimmer, 3 Kachelbäder, nahe Golfplatz. Exklusiveinrichtung, zu vermieten. Anfragen unter XX 9999 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Mallorca/Bungalow für 2–6 Personen frei 17. 3. – 14. 4. und ab 4. 8. Tel. 02 21 / 38 69 94, werktags

★ IBIZA-ALTSTADT ★ Studios mit Panoramablick und Terrasse 75.– DM/Tag. Ronert Obst, San Benito 8, Ibiza, morgens Tel. 00 34 71 / 30 32 85 Frl. Karin

VERSCHIEDENES AUSLAND

FERIENHÄUSER SKANDINAVIEN Der Nachtrag-Katalog '84 ist da! Ferienhäuser in Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Schleswig-Holstein in allen Preislagen für 2 bis 10 Personen. Katalog in Reisebüros oder von NORD-REISEN Bahnhofstraße 21 2370 Rendsburg Tel. (0 43 31) 51 31



MALTA Ferienwohnungen u. Villen mit Flug od. Eigenanreise frOsch ☎ 0 89/53 23 35 Ferienwohnungen und Reisen 8 München 2, Schwanthalerstr. 40

interchalet 2000 Ferienhäuser u. Ferienwohnungen in den schönsten Feriengebieten Frankreich / Griechenland / Italien Jugoslawien / Spanien / Deutschland Holland / Österreich / Schweiz Alle Informationen im kostenlosen 96-seitigen Programm 1984. INTER-CHALET, 7800 Freiburg Bismarckallee 2a ☎ 07 61 - 21 00 77

Algarve/Portugal Ferienappartements, Reihenhäuser u. freisteh. Villen zu verm. Tel. 0 61 31 / 8 54 98 u. 8 51 29

Irland Über 150 Ferienhäuser in den schönsten Landesteilen (ab 195,- DM/Woche), Kabinenboote, Zigeunerw., u. a. F. J. König, Karl-Halle-Str. 91, 58 Hagen. Tel. 0 23 31 / 8 66 82

Dieses Jahr noch umfangreicher! **MAGNET Ferienwohnungs-programm '84** Über 4500 Wohnungen, Häuser und Bungalows in den schönsten Urlaubsorten von der Nordsee bis zum Mittelmeer. Viele Angebote zum Spartarif für die Familie, Gruppe oder Clique Prospekte bei: Ferienwohnungen Silberburgstr. 50 7410 Reutlingen Telefon: 0 71 21/4 10 26/28

Florida – Miami Beach Ferienwohnungen in deutschem Haus, dicht am Strand, 2½ Zi., 70 m², 150,- Dollar/Wo., Auskunft: Frau Müller, Rhönring 22, 61 Darmstadt, Tel. 0 61 51 / 7 92 94

GRIECHENLAND Villen, FerWhgn, App. Festland/Inseln. Fährschiffe, Flüge Immobilien, Tel. 02 28/48 54 07 Johanna Burggraf. Karmeliterstr. 43, 5300 Bonn 3

NEU! **BAHAMAS** NEU! **Apartments** mit deutscher Betreuung, i. Meeresnähe, f. 3–4 Personen, zu vermieten, preisg. Flüge können vermittelt werden. Tel. 04 51 / 50 18 12

FLORIDA Am Golf von Mexico Bungalow bis 6 Pers. in einem Golf- und Tennispark. Woche $ 300,–. Tel. 0 40 / 5 25 12 59

Korfu Ferienhaus, App. u. Zi. zu verm. Man sagt uns immer wieder, wir wären die preiswertesten. Überzeugen Sie sich! Tel. 04 61–2 32 02 a. n. 18 Uhr

Finnland 1984 An der Südküste Ferienhäuser zu vermieten. Personenzahl, Zeitpunkt bitte angeben. Touristikverein Sydväst 10600 Ekenäs, Finnland Telefon 00 35 / 8 11 / 1 42 55

Portugal/Algarve Ferienhaus für 4 Pers. noch zu verm.: 3. 5.–2. 7., 18. 7.–7. 8. + ab 2. 10. (auch längerfristig). Telefon 02 01 / 78 82 71 ab 18.00 Uhr

CASA ALGARVE hat für Sie für 1984 an der ALGARVE an herrlichen Stellen ausgesucht: **Ferienhäuser, Villen, Bungalows** Zu erreichen per Auto oder jetzt auch per Flugzeug in einem Buchungsgang. Ferienhäuser, Appartements, Bungalows, Hotels in ganz PORTUGAL. Angebote erhalten Sie über das PORTUGAL-TEAM von OPTIMO. Lassen Sie sich überraschen. Fordern Sie Prospektunterlagen an. **OPTIMO-Reisebüro GmbH.** Subbelrather Str. 307, 5000 Köln 30, Tel. 02 21 / 55 80 66

Rechnungshof prüft im Fall Kießling

rmc. Bonn

Gegenwärtig prüft der Bundesrechnungshof, welche Kosten der Staatskasse im Zusammenhang mit dem „Fall Kießling" entstanden sind und ob möglicherweise nicht der Bund, sondern ein anderer für sie aufkommen müßte. Nach bislang unbestätigten Meldungen sollen für den Anwalt des inzwischen rehabilitierten Generals Günter Kießling 98 000 Mark aufgelaufen sein. Ebenso unbestätigt ist, daß Kießling von dieser Summe 25 000 Mark im voraus an Professor Redeker gezahlt habe.

Auf Anfrage der WELT bestätigte gestern der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, Rudi Walther, daß das Parlamentsgremium am 22. Februar auf Anregung Walthers beschlossen hatte, den Bundesrechnungshof zur Überprüfung der Kostensituation im Fall Kießling zu bitten. Gleichzeitig sagte der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voß, dem Ausschuß zu, bis zu seiner nächsten Sitzung am 14. März eine genaue Aufstellung über die entstandenen Kosten in dieser Affäre zu geben. Voß hatte in der Sitzung bereits mitgeteilt, daß für den Schweizer Schriftsteller Ziegler, der auf Bitten des Verteidigungsministers Wörner mit einem Begleiter und einem Anwalt nach Bonn gereist war, Reisespesen in Höhe von 6300 Mark angefallen sind. Der Ausschußvorsitzende Walther (SPD) vertrat gegenüber der WELT die „persönliche Ansicht", für sie habe wahrscheinlich Wörner selbst aufzukommen. Nach dem Beamtenrecht, das in diesem Falle analog gelte, habe ein Beamter dem Dienstherrn einen Schaden bei vorsätzlich falscher oder grob fahrlässiger Handlungsweise zu ersetzen. Das zweite sei bei Wörner nach Walthers Worten nicht auszuschließen, da er für Zieglers Anreise aus Zürich die „eigentliche Verantwortung" trage.

Kohl mit Reagan einig: Zeit für Ost-West-Dialog günstig

■ Fortsetzung von Seite 1

Europa sich so weit verschärfen könnten, daß die EG sich genötigt sehen könnte, Restriktionen gegenüber amerikanischen Agrarprodukten zu erheben. Er äußerte aber seine Hoffnung, daß es dazu nicht kommen werde.

Der Kanzler nahm die Gelegenheit wahr, nochmals vor der Presse hervorzuheben, daß er ausdrücklich ein Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem neuen sowjetischen Partei- und Regierungschef Tschernenko empfohlen habe. Solch ein Gipfel müsse natürlich gut vorbereitet sein und dürfe nicht ein „Mittel der Propaganda" werden. Kohl betonte, daß Präsident Reagan auch durch seine Rede vom 16. Januar angedeutet habe, das Werk des Friedens mit einem solchen Gipfel durchaus fortsetzen zu können.

Auch der amerikanische Präsident selber stimmte damit überein, daß ein gut vorbereiteter Gipfel von Vorteil für die internationalen Beziehungen sein könnte; dabei fügte Reagan allerdings als weitere Bedingung hinzu, daß ein solches Spitzengespräch mit der sowjetischen Seite auch die Aussicht auf Resultate haben müsse. Reagan, der in den Fragen der sicherheitspolitischen Analyse mit seinem deutschen Gast weitgehend übereinstimmte, machte beim Abschied allerdings deutlich, daß sowjetische Intransigenz in Abrüstungsgesprächen – hierbei meinte er vor allem die INF- und START-Verhandlungen – nur dazu führen könne, daß der Westen seine Modernisierungs- und Aufrüstungsbemühungen fortsetzen müsse.

Zu den INF- und START-Verhandlungen selber hat der deutsche Kanzler hier in Washington keine neuen Positionen empfohlen. Vielmehr ist Kohl der Ansicht, daß der Westen zuletzt weitgehende Vorschläge gemacht habe, die die Sowjets ihrerseits abgelehnt hätten und die auf sowjetischer Seite zum Abbruch der Verhandlungen schließlich führten. Beide Seiten – Deutsche und Amerikaner – sind sich einig, daß man keinen Gewinn dadurch erzielt, indem man auf diesen Verhandlungsgebieten neue Konzessionen macht, um die Sowjets damit an den Verhandlungstisch zurückzubekommen. Eher gelte die Analyse, daß mit weiteren Konzessionen die Aussichten auf erfolgreiche Gespräche im INF- und START-Bereich sich verschlechterten.

Bereits am Sonntag hatten sich die beabsichtigten deutschen Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien als einer der kritischsten Punkte der Kohl-Visite herausgestellt. Der Kanzler ging auf das Thema in dem Fernsehinterview ein. Er verwahrte sich gegen „manchmal auch bewußt falsche Darstellungen" in der amerikanischen Öffentlichkeit und versicherte, daß keine Kampfpanzer Leopard 2 an die Saudis geliefert würden. Die Verantwortung gegenüber Israel werde in der Bundesrepublik Deutschland durchaus anerkannt, stehe aber der traditionellen Freundschaft mit der arabischen Welt gegenüber. Jeder, der sich mit der Geschichte beschäftige, wisse, daß Saudi-Arabien Israel nie angreifen werde, meinte Kohl.

In einem Inserat in der „New York Times" hatten sich zum Auftakt der Kanzler-Visite amerikanische Künstler, Schauspieler und Schriftsteller gegen deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gewandt und an die Judenvernichtung in der Nazizeit erinnert. Mit großformatigen Anzeigen in der „New York Times" und der „Washington Post" meldete sich auch die sogenannte Anti-Diffamierungs-Liga der jüdischen Organisation B'nai B'rith zu Wort. In der „Washington Post" hieß es unter der Überschrift „Wird das Töten von Juden wieder deutsches ‚Geschäft'?":

„Der deutsche Kanzler Kohl sagt, die Waffen sind defensiv. Und die Saudis haben sowieso kein Interesse, gegen Israel zu kämpfen. Falsch. Tatsache ist, wenn Deutschland ihnen höchstentwickelte Waffen im Wert von fünf Milliarden Dollar verkauft – Panzer, Kampfhubschrauber, Flugzeugabwehr-Raketen –, könnte Saudi-Arabien mehr als versucht sein, sie gegen Israel zu nutzen.

König Fahd hat es reichlich klargemacht, daß der Krieg zwischen Israel und seinem Land ein Dschihad oder Heiliger Krieg ist. In anderen Worten, ein Krieg gegen Juden. Sein Land war bisher in jedes arabisch-israelische Scharmützel verwickelt. Sein Land gewährt Milliarden Dollar an Syrien, Jordanien und die PLO, um Waffen zu kaufen. Selbst, wenn er am Krieg nicht teilnimmt, finanziert er ihn oft.

Deswegen sollte Kanzler Kohl die Furcht im Herzen so vieler Israelis wahrnehmen. Und wenn er sie bittet zu glauben, daß sein Land ihnen keinen Schaden zufügen will, sollte er nicht überrascht sein, wenn ihre Erinnerungen an deutsche Waffen noch zu frisch sind, als daß sie plötzlich glauben könnten."

In der "New York Times" heißt es unter der Überschrift: „Kanzler Kohl: Wollen Sie deutsche Waffen es wieder versuchen lassen?":

„Wieder einmal würden deutsche Waffen Zerstörungsmittel gegen in Israel lebende Juden werden. Und unter ihnen viele Überlebende von Hitlers ‚Endlösung' … Zerstören Sie nicht die Ehre einer neugeborenen Nation, eines neuen Volkes mit Verantwortung und Gewissen, einer neuen Geschichte, die dem berüchtigten Dritten Reich nachfolgte."

„Deutsche Frage ist eine Kernfrage in Europa"

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Als „europäische Kernfrage" definierte der Historiker Professor Michael Stürmer (Erlangen) die deutsche Frage. Stürmer, einer der Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, sprach auf einer Veranstaltung der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in der Berliner Industrie- und Handelskammer. Nach seiner Auffassung haben „Friedensbewegung", die Auseinandersetzungen über die NATO-Nachrüstung und die Haltung der SPD zum Atlantischen Bündnis im Westen die Besorgnis über die Frage ausgelöst, wer in Zukunft Mitteleuropa beherrschen werde.

Stürmer referierte über das Thema „Ist die deutsche Frage wieder da?" und machte deutlich, daß sich in der Angst des Westens vor einem deutschen Neutralismus die Sorge um die zukünftige Entwicklung Deutschlands widerspiegele. Von dieser Sorge seien auch, vor allem im Hinblick auf die Haltung der deutschen Sozialdemokraten in der Bündnisfrage, die jüngsten Überlegungen Henry Kissingers zur Neugestaltung des transatlantischen Bündnisses geprägt.

Vertragstreue bestätigen

Die Bundesrepublik Deutschland werde deshalb ihre Identität im europäischen Gefüge und im transatlantischen Verbund neu zu definieren haben. Zur Klärung ihrer nationalen Identität werde sie ferner klar zum Ausdruck bringen müssen, was Wiedervereinigung bedeute und was sie nicht bedeuten könne.

Der Niedergang der Entspannungspolitik durch die Besetzung Afghanistans, die Aufstellung der sowjetischen SS-20-Raketen, die Entwicklung in Polen und durch militärische Veränderung in Libanon und andernorts habe unmißverständlich deutlich gemacht, daß Europa ohne die Bundesrepublik nicht verteidigt werden könne. Ein eigenständiges europäisches Sicherheitssystem könne aber kein Ersatz, sondern nur eine Ergänzung des transatlantischen Bündnisses sein. Das Festhalten an diesem Bündnis und die Bestätigung der Vertragstreue ist daher nach Ansicht Stürmers für die Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar.

„Gefährliche Illusion"

Zur europäischen Problematik der deutschen Frage erklärte der Historiker, die Bundesrepublik werde entweder „frei und westlich" oder überhaupt nicht sein. Alles andere zu glauben sei „kindisch". Er warnte vor der „gefährlichen Illusion", daß eine aus dem europäischen Rahmen gelöste Wiedervereinigungspolitik von den westlichen Verbündeten akzeptiert werden könne. Die deutsche Frage sei stets die Frage gewesen „Wem wird Europa gehören?" Daher könnten die Deutschen diese Frage nicht selbst entscheiden. Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik könne aus diesem Grunde auch nur in dem Maße erfolgreich sein, als sie vom Westen mitgetragen werde. „Bonn kann in die Waagschale des Ostens nie mehr Gewicht werfen, als es in der des Westens hat", erklärte Stürmer.

Die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen sei daher auch nicht der Kern des deutschen Problems. Stürmer sprach sich hier für ein pragmatisches Vorgehen aus, machte aber zugleich auf eines aufmerksam: Hinsichtlich der deutschen Identität bestehe nach wie vor ein fundamentaler, unaufhebbarer Antagonismus gegenüber der Sowjetunion.

Mischnick zwei Stunden bei Honecker

dpa, Berlin

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, hat in Ost-Berlin auf das Interesse der Bundesregierung an einem Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Nach einer knapp zweistündigen Unterredung mit Honecker sagte Mischnick gestern vor Journalisten, er habe den Wunsch von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Ausdruck gebracht, daß die Reise des Staatsratsvorsitzenden zustande komme.

Mischnick bestätigte, daß er persönliche Bemerkungen des Kanzlers überbracht habe, in denen das Interesse an einer Politik der Entspannung und des Miteinanders in wirtschaftspolitischen Fragen sowie im menschlichen Bereich deutlich gemacht worden sei. Kohl sei sehr froh darüber, „daß es trotz Nachrüstung gelungen ist, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten aus einer Verschlechterung des Klimas herauszuhalten" und hier positive Entwicklungen festzustellen seien.

Der FDP-Politiker sagte, bei der Begegnung mit Honecker sei auch das Thema der menschlichen Probleme im geteilten Deutschland angesprochen worden. Er selbst sei immer der Meinung gewesen, daß „alles, was in diesem Bereich geschieht, nicht spektakulär" sein sollte, sondern im direkten Gespräch mit jeweils für solche Fragen Zuständigen behandelt werden solle. Dies helfe den Menschen mehr als spektakuläre Dinge.

Ablehnend äußerte sich Mischnick auf eine entsprechende Frage zu dem Vorschlag einer Art Clearingstelle für humanitäre Probleme, wie sie aus der SPD angeregt worden war. Alle vorhandenen Instrumente hätten sich „auch in schwierigen Fällen als ausreichend erwiesen".

„Geldanleger fahren gut, wenn sie den direkten Draht zur Sparkasse nutzen."

Ihr persönlicher Geldberater empfiehlt:

Wer sich für eine lukrative und individuelle Kapitalanlage in Wertpapieren interessiert, braucht einen zuverlässigen Wertpapierspezialisten, der über aktuelle Informationen verfügt. Die Spezialisten der Sparkassen haben dieses Wissen. Egal ob es sich um Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Pfandbriefe oder Sparkassen-Investmentfonds der Deka/Despa handelt. Fragen Sie uns.

Wenn's um Geld geht – Sparkasse

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unnötige Tierversuche

„Tierschützer setzen auf die Forschung"; WELT vom 22. Februar

Die WELT berichtet bisher immer nur von Tierschützern, die sich mit Recht gegen überflüssige Tierversuche z. B. zur Feststellung der tödlichen Dosis vieler Stoffe wendet. Bis jetzt war noch nie die Rede von den noch unnötigeren Versuchen in den vorklinischen Semestern der Medizinstudenten und med.-techn. Assistentinnen.

Tierversuche, die jedes Semester in gleicher Weise durchgeführt werden „damit Studenten lernen, daß Medizin keine Schreibtischwissenschaft ist" (Prof. Hase). Die Versuche könnten genausogut über Video oder Film reproduziert werden, ohne daß immer wieder neue Tiere ihr Leben lassen müssen. In Düsseldorf werden pro Semester für diese Physiologieversuche etwa 60 Hunde und weitere Meerschweinchen und Frösche geopfert.

Med.-tech. Assistentinnen müssen Ratten aufschneiden, um sich Organe für histologische Schnitte zu holen. Der Hinweis, daß doch genügend Organe im anatomischen und pathologischen Institut der gleichen Universität zur Verfügung für Schnitte ständen, wird mit dem Hinweis abgelehnt: „Sie sollen lernen, ihre Scheu vor Tierversuchen zu überwinden. Sie werden nachher stolz sein, wenn Sie es fertig gebracht haben, ihre Abneigung überwunden zu haben."

Das also ist der wahre Kern der Tierdemonstrationen: Abschaltung und Überwindung des Mitleids mit Tieren, Überwindung der Ehrfurcht vor dem Leben. „Tiere sind doch nur niedrige Lebewesen", sagt die Chefassistentin. Auch daß Tiere zur Erlernung des chirurgischen Handwerks geopfert werden müssen, stimmt nicht. Die meisten Chirurgen und operierende Ophthalmologen meiner Generation habe nie an Tieren früher operiert, sondern mußten ihr Handwerk bei der Assistenz ihrer operierenden Oberärzte und Chefs lernen.

Dr. med. G. Höfling
Wülfrath

Gerechte Maut

„Straßengebühren: Zieht Bonn nach?"; WELT vom 28. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Schweizer Stimmbürger haben der Autobahn-Gebühr ihr Votum erteilt. Dieses Wahlergebnis hat man zu respektieren. Es ist unsachlich, von Wegezoll, Europa-Feindlichkeit usw. zu sprechen.

Bei objektiver Betrachtung muß man die Jahresgebühr von 30 Franken, die der Pkw-Besitzer zu entrichten hat, als durchaus gerechtfertigt hinnehmen. Verglichen mit den Autobahngebühren in Italien und in Frankreich oder der Maut in Österreich (Brenner- und Tauern-Autobahn), die nur einmalig je benutzte Strecke gelten, sind die geplanten Schweizer Gebühren ein äußerst geringes Entgelt.

Auf der Fahrt ins Tessin – und wieviel Italien-Auto-Touristen benutzen diese Route! – hat man über 30 km Tunnel (die längsten der Seligberg- und der Gotthard-Tunnel) zu durchfahren, die bereits mit einer Fahrt die Gebühr rechtfertigen würden.

Als früher die Bahnverladung durch den Gotthard erfolgte, zahlte man kommentarlos für eine einfache Fahrt ca. 28 Franken.

Und wer den Gotthard-Autobahn-Bau verfolgen konnte (noch kann man ihn auf der Südrampe bestaunen), weiß, was hier straßenbautechnisch an Meisterleistungen vollbracht wurde.

Dem offiziellen Bonn, den Parteien und den Automobilclubs sei geraten, Zurückhaltung zu üben und nicht darüber nachzudenken, wie man Gegenmaßnahmen ergreifen könnte. Die Schweizer Bürger sollten uns nach wie vor willkommen sein, selbst wenn wir uns manchmal über sie ärgern; denn sie möchten gern auf unseren Autobahnen einmal schneller als 130 km/h fahren. Sei's ihnen gegönnt.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Sauerbrey
Freiburg/Br.

Wort des Tages

„Mit ruhiger Anschauung und tätigem Eingreifen in die gefürchteten Räder des Schicksals kann man sehr viel erreichen, manches Unheil abwehren, manche Gegner zu Freunden machen. In dem 'Ich will!' liegt eine mächtige Zauberkraft, wenn es ernst damit ist und Tatkraft dahinter steht."

Werner von Siemens, dt. Begründer der Elektrotechnik (1816–1892)

Personalien

GEBURTSTAGE

Gestochen scharfe Analysen über die politische Lage im Nahen und Fernen Osten haben **Peter Scholl-Latour** als Korrespondenten berühmt gemacht. Der Journalist, Schriftsteller und heutige „Stern"-Chefredakteur feiert am 9. März seinen 60. Geburtstag. Der Arztsohn aus Bochum, der 1943 in Kassel Abitur machte, hat sich damals mit regimekritischen Äußerungen in eine heikle Lage gebracht: Er wurde von der Gestapo inhaftiert und zum Kriegsende von den Alliierten aus dem Gefängnis geholt. Peter Scholl-Latour schlug zunächst eine „Abenteuer-Karriere" ein: Er verdingte sich bei französischen Fallschirmjägern in Indochina. Aber nicht bei der Fremdenlegion, wie viele später glaubten, sondern bei einer bekannten französischen Einheit, den „Parachutistes Ponchardier". Später studierte er in Paris und Beirut. Er erwarb das Diplom für Politische Wissenschaften und den Doktortitel der Philosophie in Paris. Über ein Volontariat bei der „Saarbrücker Zeitung" gelang ihm der Sprung in den Journalismus. Scholl-Latour trieb es zu vielen politischen Brennpunkten, vor allem nach Indochina und Vietnam. Er war ARD-Korrespondent in Libanon, in Afrika, in Paris. Lebensgefährlich war mancher Auftrag. Zu den „kritischen Augenblicken" in seinem Leben gehörten Reportagen in Kambodscha.



Peter Scholl-Latour
FOTO: HARTUNG

Scholl-Latour: „Als Gefangener bei den Roten Khmer hätte man nicht überlebt." Ein riskanter Auftrag war auch sein Film „Die Rächer Lumumbas", den das Team unter Lebensgefahr bei den aufständischen Kongo-Rebellen drehte. Als Sonderkorrespondent des ZDF geriet Scholl-Latour mit seinem Kamerateam in der Nähe von Saigon 1973 in Vietkong-Gefangenschaft. Nach einer Woche kamen die Deutschen wieder frei. Als Leiter des ZDF-Studios in Paris ist Peter Scholl-Latour einer der anerkanntesten Interpreten deutscher und französischer Politik geworden, auf dessen Wort viele hörten. Scholl-Latour schrieb Besteller. Sein 1979 erschienenes Buch „Der Tod im Reisfeld – Dreißig Jahre Krieg in Indochina" hat in seiner Gesamtauflage die Millionengrenze erreicht. Viel Aufsehen erregte auch sein 1983 publiziertes Buch „Allah ist mit den Standhaften". Mehr als 190 000 Exemplare wurden bisher verkauft. Scholl-Latour zur WELT: „Mir schwebt als nächstes ein aktualisiertes Afrika-Buch und ein grundlegendes Werk über Frankreich vor."

*

Seinen 65. Geburtstag feiert heute der international bekannte Tübinger Toxikologe Professor **Herbert Remmer**. Bekannt wurde er mit seinen Forschungen über die Wirkungsweise von Fremdstoffen, Giften und Pharmaka, die zu Veränderungen im Organismus führen. Der Berliner, der in den USA studierte, wurde 1964 Direktor des Instituts für Toxikologie an der Universität in Tübingen.

Forscher Porsche

al – Was sich bereits seit längerem in Umrissen abzeichnete, tritt nunmehr offenbar in eine akute Phase: Die amerikanischen Porsche-Händler fahren große Kanonen gegen den Zuffenhausener Sportwagenbauer auf. Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß Porsche ab Herbst dieses Jahres in Nordamerika vom bisher praktizierten Franchise-Vertriebssystem abgehen will und auf ein zentrales Vertriebskonzept zusteuert.

Ein New Yorker Autohändler wartet nunmehr mit einer 100-Millionen-Dollar-Klage auf. Darüber hinaus hat sich der überwiegende Teil der Händler-Kollegen zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen, um sich gemeinsam der Porsche-Absichten zu erwehren. Bei aller nach außen hin zur Schau getragenen Selbstsicherheit und Unbekümmertheit, die Porsche und seinem deutsch-amerikanischen Vorstandsvorsitzenden Peter W. Schutz eigen ist, diese heraufziehende Gewitterfront dürfte das Unternehmen dennoch nicht unbeeindruckt lassen. Immerhin handelt es sich beim US-Sportwagen-Markt um das für Porsche mit Abstand wichtigste Absatzgebiet. Jeder zweite Porsche wird nach den USA verkauft.

Die Zuffenhausener erwarten von den konkurrierenden Sportwagen-Firmen ein verschärftes Wettbewerbstempo auf jenem lukrativen Wachstumsmarkt. Da wären überlange Wartezeiten der Kunden, wie sie bisher nicht selten waren, ein gefährliches Handicap. Insofern leuchtet die auf verbesserte Logistik abzielende neue Absatzkonzeption ein. Doch scheint der Weg, auch die überseeischen Händler davon zu überzeugen, noch mit Schlaglöchern übersät zu sein. Fuhr Porsche hier vielleicht zu forsch?

Skandälchen

HH – Die Finanzkontrolleure des Bundestages beraten zur Zeit den Rechnungsprüfungsbericht 1981. Nach drei Jahren muß aber das Interesse erlahmen, selbst wenn es gelingen sollte, dieses oder jenes finanzpolitische Skandälchen aufzuspüren. Der Vorschlag der FDP-Bundestagsabgeordneten Ursula Seiler-Albring, das Prüfverfahren zeitnaher zu gestalten, verdient daher Unterstützung. Als Mitglied im zuständigen Rechnungsprüfungsausschuß ist sie realistisch genug, Veränderungen nicht über Nacht zu erwarten. Aber als „Fernziel" schwebt ihr vor, die Entlastung der Regierung für den Haushalt des letzten Jahres zu verbinden mit der Verabschiedung des Budgets für das nächste Jahr. Die prophylaktische Wirkung wäre sicher nicht gering zu veranschlagen. Der Finanzminister müßte daher die Vorschläge unterstützen, da er davon heilsamen Druck auf das Ausgabengebaren der öffentlichen Hände erwarten kann.

LEIPZIGER MESSE / Niedriger Auftragsbestand im innerdeutschen Handel

Jedes fünfte Unternehmen erwartet höhere Lieferungen in die „DDR"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Eine deutliche Belebung des innerdeutschen Handels erwartet die Mehrzahl der bundesdeutschen Aussteller und Einkäufer von der Leipziger Frühjahrsmesse, die am Sonntag beginnt. Allerdings muß dieses vor dem Hintergrund sinkender Lieferungen in die „DDR" in den vergangenen Monaten und vor einem Auftragsbestand gesehen werden, der erheblich unter dem Vorjahresniveau liegt. Der Warenverkehr dürfte 1984 eher Anstöße von der Bezugsseite erhalten als von den Lieferungen. Längerfristig werden die Aussichten im „DDR"-Geschäft günstiger als auf kurze Sicht eingeschätzt.

Dieses ist das Ergebnis einer Umfrage der „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR" in Berlin bei 1600 Unternehmen, die jetzt vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) veröffentlicht wurde. Begründete Aussichten, in Leipzig zu Verkaufsabschlüssen zu kommen, äußern gut die Hälfte aller Aussteller. Zwei von fünf Einkäufern sehen für die Messe gute Chancen, Aufträge zu plazieren. Gegenüber der Frühjahrsmesse 1983, der nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft ein Geschäftsvolumen von rund zwei Milliarden Mark zugerechnet werden kann, haben sich die Einschätzungen der ständigen Aussteller und Besucher, und dieses ist die Mehrzahl, kaum verändert.

Die Mehrheit der befragten Unternehmen hofft im deutsch-deutschen Handel auch 1984 das Vorjahresergebnis zumindest halten zu können, das für den Umsatz mit 15,2 Milliarden Mark einen neuen Höchststand brachte. Etwa jedes fünfte Unternehmen geht davon aus, die Lieferungen in die „DDR" 1984 noch steigern zu können. Zwei von fünf Lieferfirmen rechnen mit einem gleichbleibenden Geschäft. Jede fünfte Firma meint, Geschäftseinbußen hinnehmen zu müssen. Im Vorjahr war es noch ein Drittel aller Lieferanten.

Dabei handelt es sich in diesem Jahr vor allem um Firmen, die Vorerzeugnisse und Halbwaren für den Produktionsbedarf in die „DDR" liefern. Demgegenüber dürften die Lieferungen von Investitionsgütern den Tiefpunkt überwunden haben. Dies dürfte sich jedoch erst in den nächsten Jahren voll auswirken.

Auf der Einkaufsseite rechnen zwei Drittel aller Firmen – vor einem Jahr gut die Hälfte – mit gleichbleibenden bis steigenden Umsätzen. Die Aufschwungtendenzen in der Bundesrepublik und die steigende Verbrauchernachfrage stimulieren auch die Nachfrage nach „DDR"-Erzeugnissen. Allerdings spielen auch Kostengründe eine Rolle.

Die Klagen bundesdeutscher Bezieher von „DDR"-Waren sind gegenüber den Vorjahren deutlich geringer geworden. Die in der „DDR" stärker betonte Verantwortung der Industrie für „exportfähige Waren" macht sich positiv bemerkbar. Dennoch werden die Absatzmöglichkeiten durch eine enge Warenpalette, zu lange Lieferfristen, unzureichende Qualitäten und schleppende Bearbeitung von Anfragen sowie unrealistische Preis- und Mengenvorstellungen behindert.

Es wird auch kritisiert, daß voreilig von der bundesdeutschen Seite nach dem Instrument der Preisprüfung gerufen wird. Auf der Lieferseite fühlen sich die Industrieunternehmen durch die Dauer des Genehmigungsverfahrens bei embargoverdächtigen Waren beeinträchtigt.

Die Verbesserung des Kreditstandings der „DDR" führte in einigen westlichen Ländern bereits zu einer Lockerung der Kreditpolitik. Die „DDR" stieß bei ihren Kaufwünschen auf wieder größeres finanzielles Entgegenkommen und konnte so auch ihre Einkäufe bei bundesdeutschen Lieferanten kürzen. Die Zahl der befragten Unternehmen ist gestiegen, die eine wachsende Auslandskonkurrenz auf dem „DDR"-Markt spüren. Am häufigsten wurden Mitwettbewerber aus Österreich, Italien, Frankreich und Japan genannt.

Der Verhandlungsdruck auf Gegengeschäfte ist unverändert. Bei gut vier Fünftel der Firmen liegen die vereinbarten Sätze zwischen 50 und 100 Prozent. Der Kreis der Waren, die zur Ablösung angeboten werden, wird enger. Das Angebot wird auf wenige Außenhandelsbetriebe eingegrenzt.

CHEMISCHE INDUSTRIE

Bei Umsatz und Ertrag wieder Tritt gefaßt

INGE ADHAM, Frankfurt

Die deutsche Chemie hat im vergangenen Jahr die Wachstumsscharte der frühen 80er Jahre ausgewetzt. Die Beschäftigungswende ist angebahnt. Zu diesem Fazit kommt der Bundesarbeitgeberverband Chemie bei einem Rückblick auf die Entwicklung im vergangenen Jahr. Denn 1983 haben die deutschen Chemieunternehmen mit einem Produktionsplus von 6,8 Prozent die Einbußen der beiden Vorjahre mit Rückgängen von 3,3 (1981) und 0,3 Prozent (1982) mehr als ausgeglichen. Der Umsatz (nach Betrieben) wuchs dabei um 8,7 Prozent auf knapp 154 Milliarden Mark.

Die Impulse für dieses Wachstum, so schreiben die Chemiearbeitgeber, kamen im Jahresverlauf zunehmend aus dem Ausland, und zwar vor allem aus dem Dollar-Raum. Insgesamt wuchsen die Umsätze mit dem Ausland um 9,6 Prozent, die Inlandsumsätze legten dagegen „nur" gut acht Prozent zu.

Als Ausdruck des anhaltend hohen Wettbewerbsdrucks auf den Chemie-Märkten werten die Chemie-Arbeitgeber den mit 0,2 Prozent nur geringen Anstieg der Erzeugerpreise. „Erstmals seit Jahren" wieder erhöht hat sich im vergangenen Jahr die effektiv geleistete Jahresarbeitszeit je Chemiearbeiter (von 1670 auf 1683 Stunden). Insgesamt sank zwar die Zahl der Beschäftigten noch um 1,8 Prozent auf rund 548 800 Mitarbeiter, aber in einigen Regionen und Bereichen, so betont der Arbeitgeberverband, ist es bereits wieder zu einem Aufbau der Beschäftigung gekommen.

Am deutlichsten zeigt die Entwicklung der Netto-Umsatzrendite, daß es in der Chemie wieder aufwärts geht: Nach einem Rückgang bis auf 1,3 Prozent im Jahr 1982 hat sich die Ertragslage im vergangenen Jahr bei deutlich gestiegener Kapazitätsauslastung (die Produktivität je Beschäftigten wuchs um 8,8 Prozent) deutlich verbessert. Mit rund zwei Prozent liege die Netto-Umsatzrendite der deutschen Chemie im internationalen Vergleich aber immer noch sehr niedrig, betonen die Chemie-Arbeitgeber und verweisen auf die US-Chemie mit sechs Prozent Netto-Umsatzrendite.

Als Konkurrenten auf dem Weltchemie-Markt freilich brauchen die deutschen Anbieter ihre US-Kollegen nicht zu fürchten. Obwohl die USA mit einem Anteil von 25 Prozent am Weltchemie-Umsatz die mit Abstand größte Chemienation sind, bleibt ihre Exportquote angesichts des großen Binnenmarktes (und des teuren Dollar) mit 10,5 Prozent im vergangenen Jahr nur gering; die deutsche Chemie-Industrie exportiert dagegen rund die Hälfte ihrer Produktion. Grundsätzlich jedoch hat auch die Chemieproduktion der USA mit einem Umsatzplus von knapp sieben Prozent auf 199 Milliarden Dollar (knapp 509 Milliarden Mark) im vergangenen Jahr auf Wachstum umgeschaltet.

Schwieriger Kurswechsel

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Mit dem Mut der Verzweiflung ringen die Landwirtschaftsminister der EG in diesen Wochen um Kurskorrekturen in der Agrarpolitik. Es scheint, als säße ihnen die Angst im Nacken, die letzte Gelegenheit zur Rettung des gemeinsamen europäischen Besitzstandes zu verpassen. Den Kritikern der Brüsseler Landwirtschaftspolitik freilich reichen die sich abzeichnenden Reformen bei weitem nicht aus. Erst recht muß vor der Illusion gewarnt werden, daß durch einen Kompromiß mehr Geld für andere europäische Aufgaben freiwerden könnte.

Immerhin sind sich Ignaz Kiechle und seine Kollegen inzwischen im klaren darüber: Die bisherigen unbegrenzten Preis- und Absatzgarantien für Überschußerzeugnisse wie Butter, Getreide und einige andere Produkte sprengen den Rahmen. Vor allem bei den Milcherzeugnissen, die mit durchschnittlich 20 Prozent an der Agrarproduktion, aber mit über 30 Prozent der Mittel des Agrarfonds zu Buche schlagen, muß der Hebel angesetzt werden. Diese Produkte sind auf der anderen Seite jedoch besonders „sensibel", da sie für den Großteil der europäischen Landwirte eine unverzichtbare Einkommensquelle bilden. 77 Prozent der Milchbauern in der EG haben derzeit weniger als 20 Kühe.

Selbst der französische Landwirtschaftsminister Michel Rocard hat mittlerweile erkannt, daß man auf die Dauer nicht Butter und Milchpulver subventionieren kann, für die es keine Käufer gibt. „Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche greifen", sekundiert der Milchbauer Kiechle und verweist darauf, daß die EG den finanziellen Kollaps nur noch durch drastische Produktionsbegrenzungen aufhalten kann.

So sehr sich indes die Einsicht in die Notwendigkeit von Garantieschwellen Bahn gebrochen hat, so kontrovers sind die Meinungen noch über die Modalitäten einer Kontingentregelung. Jeder Agrarminister versucht, die erforderlichen Einkommensopfer nicht den eigenen, sondern den anderen Bauern aufzubürden.

Grundsätzlich besteht im Rat Einvernehmen darüber, daß die Milchproduktion von 103 Millionen Tonnen 1983 auf 97,2 Millionen Tonnen zurückgeführt werden muß. Ohne die Einführung eines Quotensystems würde sich die Erzeugung 1984 auf 105 bis 106 Millionen Tonnen erhöhen. Jede Million kostet den Brüsseler Landwirtschaftsfonds jährlich 600 Millionen Mark. Ohnehin fehlen jedoch im laufenden Etat bereits 2,5 Milliarden Mark.

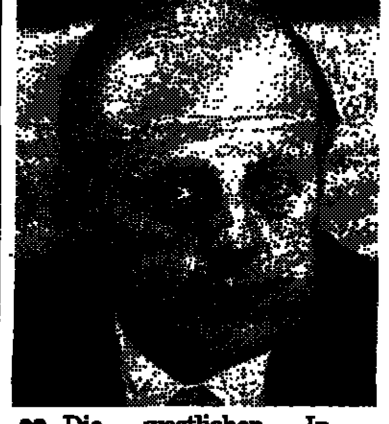
Der Wunsch nach Einsparungen wird sich nur verwirklichen lassen, wenn es gelingt, die Milchquoten überall strikt anzuwenden. Von allen Seiten werden jedoch Ausnahmeforderungen laut. Irland wünscht nicht weniger, sondern mehr Milch produzieren zu dürfen. Die Molkereiwirtschaft ist eine der wenigen entwicklungsträchtigen Sektoren der Grünen Insel, und die Hoffnung auf wachsende Exportmöglichkeiten war einer der wichtigsten Beweggründe für den irischen Beitritt zur EG.

Italien wünscht ebenfalls, von der Quotenregelung ausgenommen zu werden. Es verweist darauf, daß es als Zuschußgebiet für Milcherzeugnisse nicht an der Entstehung der leidigen Überschüsse beteiligt gewesen sei und folglich auch nicht zu Opfern angehalten werden könne.

Besser gestellt werden als die anderen wollen schließlich auch Griechenland und Belgien. Die Griechen machen darauf aufmerksam, daß ihre Milcherzeugung bereits rückläufig sei. Auch die Belgier meinen, sie hätten in den vergangenen Jahren bereits Vorleistungen bei der Beschränkung der Überschüsse gebracht.

Tatsächlich ist die Milchflut besonders in den Ländern angeschwollen, die sich heute am entschiedensten für gemeinsame Anstrengungen zur Drosselung der Produktion einsetzen. So kletterte die Erzeugung in Großbritannien zwischen 1981 und 1983 um 9,5 Prozent, in Holland um 8,5 Prozent und der Bundesrepublik um 8,3 Prozent. Frankreich brachte es dagegen „nur" auf 5, Belgien auf 3,8 Prozent. Die Franzosen wollen sich deshalb das Recht vorbehalten, Ausnahmen für ihre zahlreichen kleinen Erzeuger festzulegen. Wie unter diesen Umständen noch Ersparnisse herauskommen sollen, ist schleierhaft. Voraussichtlich werden die Regierungschefs sogar einen Sonderscheck präsentiert bekommen, der die Zeit bis zur Anhebung der EG-Einnahmen überbrücken soll.

AUF EIN WORT



„Die westlichen Industriestaaten müssen Abschied nehmen von der Wachstumsgläubigkeit und dem Anspruchsdenken. Konsolidierung ist jetzt wichtiger als Expansion. Beim Regierungswechsel wurde sehr viel von einer Wende gesprochen. Tatsächlich vollzieht sich gegenwärtig eine Wende von viel profunderem Charakter, nämlich eine solche der Struktur der Volkswirtschaft."

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der Veba AG, Düsseldorf. FOTO: WOLF P. PRANGE

Gute Schuldner bevorzugt

J.Sch. Paris

Die Mittelaufnahmen an den internationalen Finanzmärkten erreichten im Februar nach provisorischen Angaben der OECD 11,9 Milliarden Dollar. Sie unterschritten damit das Januar-Volumen um 4,9 Milliarden Dollar. Im Februar (Januar) waren die Entwicklungsländer nur noch mit 0,37 (7,35) Milliarden Dollar an den Kapitalaufnahmen beteiligt, während die OECD-Länder 10,58 (8,82) Milliarden Dollar empfingen. Die OECD sieht darin ein Indiz für die Bevorzugung von Qualitätsschuldnern.

INSTITUT FÜR VERMÖGEN UND STEUERN

Laufen Österreichs Banken der Schweiz den Rang ab?

HEINZ HECK, Bonn

Das vielzitierte „Konto in der Schweiz" werde an Attraktivität einbüßen, wenn die Eidgenossen am 20. Mai der Bankeninitiative ihrer Sozialdemokratischen Partei zustimmen sollten. Die Unruhe bei den Schweizer Banken erscheint verständlich, schreibt die in Bonn erscheinende Zeitschrift „Vermögen und Steuern" in ihrer jüngsten Ausgabe.

Kernforderung dieser Initiative sei die Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber in- und ausländischen Steuerbehörden. Die bestehende Auskunftspflicht in Strafsachen soll auf Devisen- und Steuerdelikte ausgedehnt werden. Eine Auskunftspflicht gegenüber fremden Regierungen und ihren Organen aber würde bedeuten, daß in der Schweiz ausländisches Recht Anwendung finden könnte. Damit gerate die Privatsphäre des Schweizer Bankkunden in Gefahr, heißt es in der Zeitschrift des „Instituts für Vermögen und Steuern", das vor allem von Steuerberatungsgesellschaften und Wirtschaftsprüfern getragen wird.

Schweizer Banken befürchten zudem, daß ihnen Österreich den Rang ablaufen könnte. „Tatsächlich kennt man in Österreich das absolut anonyme Sparbuch, das weder in der Bundesrepublik noch in der Schweiz eine Parallele hat", heißt es in der Zeitschrift. „Jedermann kann ohne Legitimation einzahlen und mit einer hinterlegten Unterschrift oder einem Stichwort wieder abheben."

Daneben gebe es für Devisenausländer und Österreicher die Möglichkeit der anonymen Geldanlage in Wertpapieren. Ebensowenig wie in der Schweiz sei allerdings das Nummernkonto in Österreich anonym.

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Exportabhängigkeit der Industrie hat zugenommen

HEINZ STÜWE, Bonn

Von den Industriezweigen, deren Außenhandelsverflechtung gesamtwirtschaftlich einen besonders hohen Beitrag zu Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik leistet, hat seit Mitte der siebziger Jahre allein der deutsche Straßenfahrzeugbau seine internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert. Der Ausfuhrüberschuß der Branche in Relation zum Umsatz (Nettoexportquote) kletterte von 35,7 auf 43,2 Prozent. In dieser Zahl spiegele sich wider, daß die Exportintensität erhöht und Inlandsmarktanteile zurückgewonnen werden konnten, heißt es in einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Bei einem Vergleich der Außenhandelsverflechtung der einzelnen Industriezweige in den Talsohlen der beiden letzten Rezessionen (1975 und 1982) kommen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, daß die meisten der „klassischen Exportbranchen" ihre Auslandsposition halten konnten. Maschinenbau, Stahlbau, Stahlverformung und eisenschaffende Industrie konnten zwar ihre Stellung behaupten, sie hatten jedoch in der vorausgegangenen Fünf-Jahres-Periode ihre Nettoexportquoten noch stark ausbauen können. Daraus folgert IW eine „tendenzielle Wettbewerbsverschlechterung" dieser Industriezweige.

Insgesamt hat die Exportabhängigkeit – wenn auch in relativ starken, vor allem konjunkturbedingten Schwankungen – langfristig zugenommen. Im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau stieg die Ausfuhrquote von 17,3 Prozent 1960 über 22,5 Prozent (1970) auf 35,3 Prozent im Jahr 1982. Im vergangenen Jahr fiel sie leicht auf 34,5 Prozent zurück.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland – 1983 in Mrd DM

Die größten Kunden (Ausfuhr nach:)	Mrd DM
Iran	7.7
Dänemark	8.6
UdSSR	11.3
Schweden	11.3
Österreich	22.1
Schweiz	22.4
Belgien/Lux.	31.8
Italien	32.1
USA	32.9
England	35.4
Niederlande	37.8
Frankreich	55.6

Die größten Lieferanten (Einfuhr aus:)	Mrd DM
Schweden	8.4
Norwegen	10.8
UdSSR	11.9
Österreich	12.6
Schweiz	14.0
Japan	14.8
England	27.1
USA	27.7
Belgien/Lux.	28.1
Italien	31.6
Frankreich	44.6
Niederlande	48.2

Die Bundesrepublik als exportorientiertes Land treibt Handel mit aller Welt. Aber fast drei Viertel der deuschen Ausfuhr und Einfuhr werden mit nur je zwölf Ländern abgewickelt. Unter diesen widerum spielen die Partnerstaaten der EG und die USA die herausragende Rolle. An der Spitze liegt Frankreich, das im vergangenen Jahr Waren im Werte von 55,6 Milliarden Mark in der Bundesrepublik kuafte. Bei den Lieferanten führen die Niederlande, die Produkte im Wert von 48,2 Milliarden Mark auf dem deutschen Markt unterbringen konnten. QUELLE: GLOBUS

Bund senkt Renditen

Frankfurt (dpa/VWD) – Von heute an ermäßigt sich die Rendite für Daueremissionen des Bundes. nach Angaben der deutschen Bundesbank wird der Ausgabekurs der Bundesobligationen (Serie 46 von 1984) mit fünf Jahren Laufzeit auf 100 (bisher 101,20) Prozent zurückgenommen. Dadurch sinkt die Rendite auf 7,50 (7,70) Prozent. Bei den Finanzierungsschätzen des Bundes mit einem Jahr Laufzeit wird der Verkaufszinssatz auf 5,25 (5,40) Prozent zurückgenommen, wodurch sich die Effektivverzinsung auf 5,54 (5,71) Prozent ermäßigt. Bei Titeln mit zweijähriger Laufzeit wird der Verkaufszinssatz von bisher 6,20 auf 6,05 Prozent gesenkt. Die Rendite beträgt dann noch 6,66 (6,84) Prozent.

Fristaufschub beantragt

Bonn (HH) – Der Kölner Steueranwalt Günther Felix hat beim Bundesverfassungsgericht Fristaufschub für die Zahlung der Investitionshilfeabgabe („Zwangsanleihe") beantragt. Dem Antrag zufolge soll die Fälligkeit 30 Tage nach Verkündung der Entscheidung des Gerichts über die Verfassungsmäßigkeit des Investitionshilfegesetzes liegen. Zwar hatte das Bundesfinanzministerium am 21. Februar nach dem Beschluß des Bundesfinanzhofs zur Zwangsanleihe bekanntgegeben, daß die Steuerbehörden eine Überschreitung der am 10. März ablaufenden Meldefrist um zwei Monate (10. Mai) stillschweigend hinnehmen würden. Doch sieht Felix hierin lediglich eine „Kapitulation der Finanzverwaltung vor einem nicht zu vollziehenden Gesetz".

Produktion gestiegen

Brüssel (VWD) – Die Industrieproduktion in der EG ist 1983 gegenüber dem Vorjahr saisonbereinigt um 0,3 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Amt der EG bekanntgab, wurden 1983 um 1,2 Prozent mehr Verbrauchsgüter und ein Prozent mehr Grundstoff- und Produktionsgüter hergestellt als 1982. Dagegen ging die Produktion von Investitionsgütern um 2,6 Prozent zurück. Der Rückgang der Industrieproduktion in Italien um fünf Prozent war den Angaben zufolge für den niedrigen EG-Durchschnitt verantwortlich. In der Bundesrepublik, den Niederlanden, Frankreich, Luxemburg und Griechenland stieg die Industrieproduktion 1983 nur um 0,5 bis 1,5 Prozent.

EG-Inflationsrate stabil

Brüssel (VWD) – In der Bundesrepublik lag die Inflationsrate mit 2,9 Prozent weit unter dem Durchschnittswert in der EG, in der die Verbraucherpreise von Januar 1983 bis Januar 1984 um acht Prozent anstiegen. Wie das Statistische Amt der EG mitteilte, sind die Inflationsraten im Vergleich zum Vorjahr praktisch stabil geblieben. Ähnlich gering wie in der Bundesrepublik ist die Inflationsrate nur in den Niederlanden mit 3,2 Prozent.

Ausfuhrkredite aufgestockt

Washington (Sbt.) – Es vergeht kaum ein Tag, an dem das US-Landwirtschaftsministerium nicht die Subventionspraktiken im Agrarexport der EG attackiert. Aber auch die Vereinigten Staaten sind nicht ohne Fehl. Vor einem Senatsausschuß plauderte Staatssekretär Alan T. Tracy jetzt aus, daß im laufenden Finanzjahr die Mittel für kommerzielle Ausfuhrkreditgarantien um eine auf vier Milliarden Dollar aufgestockt worden sind. Als Schlager bezeichnete er „Mischkredite", die aus zinsfreien Darlehen der Commodity Credit Corp. (CCC) und garantierten Bankkrediten bestehen. Auf diese Weise hätten die USA 1982 Agrarexporte in einem Umfang von mehr als sechs Millionen Tonnen finanziert, erklärte er.

Währungsreserven

Paris (J.Sch.) – Die amtlichen französischen Währungsreserven sind im Januar zum ersten Mal seit der letzten Franc-Abwertung (März 1983) zurückgegangen. Wie erst jetzt bekannt wird, verminderten sie sich um 0,27 auf 429,76 Milliarden Franc. Zwar erhöhten sich die Devisenreserven um 2,71 auf 73,03 Milliarden Franc und die Guthaben beim Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (FECOM) um 0,26 auf 6,72 Milliarden Franc. Jedoch schrumpfte der Bestand an Europäischen Währungseinheiten (ECU) um 3,23 auf 76,89 Milliarden Franc, während die Goldreserven und Guthaben beim Internationalen Währungsfonds (IWF) unverändert blieben.

US-STAHLINDUSTRIE

Verschärfte Anwendung der Handelsgesetze gefordert

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA spitzt sich die Diskussion über einen größeren Schutz für die Stahlindustrie zu. In einem Schreiben an Präsident Reagan hat der Vorstandsvorsitzende der United States Steel Corp. und Präsident des Amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts, David Roderick, noch einmal befristete mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen gefordert. Nur durch einen Kurswechsel der Regierungspolitik könne die Branche „vor einer Liquidation in beschleunigtem Tempo" bewahrt werden; verschärft anzuwenden seien die Handelsgesetze.

Aufgeschreckt hat die US-Stahlindustrie eine Verdoppelung der Importe im Januar. Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen sie auf 1,9 Millionen Tonnen. Wenn sich dies fortsetzt, nimmt der Anteil ausländischen Stahls am US-Verbrauch in diesem Jahr von 20,5 auf 26 Prozent zu. Dabei entfallen auf Japan 6,6, auf die EG 5,6, auf Kanada 3,7 und auf Schwellenländer wie Südkorea, Taiwan, Mexiko, Venezuela, Brasilien und Argentinien 10,1 Prozent.

Laut Roderick haben sich die Lieferungen dieser Ländergruppe in nur vier Jahren mengenmäßig verdoppelt. Der Stahl sei beinahe ausschließlich subventioniert. Roderick erinnerte Reagan daran, daß die US-Stahlindustrie in den vergangenen zwei Jahren sechs Milliarden Dollar verloren habe und mehr als 100 000 Beschäftigte immer noch arbeitslos seien. Der Chef von U. S. Steel verlangte zudem vom Weißen Haus eine Korrektur des gegen Jones & Laughlin und Republic ausgesprochenen Fusionsverbots. Ohne Rationalisierung sei ein Überleben der Branche schwer vorstellbar.

STROMERZEUGUNG / Hohe Zuverlässigkeit der deutschen Atomkraftwerke

Kernenergie weitet Kostenvorteil aus

HEINZ HECK, Bonn

„Seit der Planung der ersten kommerziellen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik konnte die Kernenergie ihren Kostenvorteil in der Grundlast deutlich von damals 0,5 Pfennig auf derzeit drei bis fünf Pfennig je Kilowattstunde ausweiten." Mit diesem Hinweis hat sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in die jetzt erneut entbrannte Diskussion um Strom aus Kohle und Kernenergie eingeschaltet.

Der BDI erinnert daran, daß der Preisvorteil für das Kernkraftwerk Stade bei Bauabschluß 1967 gegenüber fossilen Brennstoffen 0,5 Pfennig/kWh betragen habe. Bis zur Inbetriebnahme 1972 habe sich die Differenz auf 1,2 und bis heute auf vier Pfennig vergrößert.

Eine der Hauptursachen für das günstige Abschneiden sei in der hohen Zuverlässigkeit deutscher Kernkraftwerke im laufenden Betrieb zu sehen: Zum Beispiel sei das Kraftwerk Isar I im vergangenen Jahr 8600 von 8760 möglichen Stunden im Einsatz gewesen. In Grafenrheinfeld waren es knapp 8000 Stunden, und mit fast 10 Milliarden kWh wurde ein neuer Weltrekord in der Jahresstromerzeugung aufgestellt.

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie sehen auch in der Zukunft deutliche Kostenvorteile, zum Teil sogar in der Mittellast. Nach Meinung des BDI hat Grundlaststrom aus Kernkraftwerken in der Vergangenheit „deutlich zur Dämpfung des Strompreisanstiegs beigetragen". Im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit müsse sein Anteil „zügig erhöht werden". Das derzeitige Kapazitätsdefizit in der Grundlast wird auf 8000 bis 10 000 Megawatt (MW) beziffert. Da ein Zubau auf der Basis von Wasserkraft und Braunkohle in der Bundesrepublik nicht mehr möglich sei, könne es nur durch Kernenergie gedeckt werden. 1983 habe der Stromverbrauch um 3,3 Prozent zugenommen. Mit dem Aufschwung sei die Phase stagnierenden Stromverbrauchs beendet und dürfe nicht als Grundlage für Kapazitätsplanungen dienen.

Dem Hinweis auf Schwierigkeiten in den USA beim Ausbau der Kernenergie tritt der BDI mit dem Argument der beträchtlichen Kohlepreisdifferenz zur Bundesrepublik entgegen: Mit durchschnittlich 30 Dollar je Tonne lägen die Förderkosten in den USA bei weniger als 30 Prozent der deutschen. Dennoch sei in bestimmten Regionen der USA das Kernkraftwerk wirtschaftlich überlegen. Immerhin seien in den USA 80 Blöcke mit 64 000 MW in Betrieb und 59 mit 66 000 MW im Bau. Für die Bundesrepublik lauten die entsprechenden Zahlen: 11 500 MW in Betrieb und rund 12 500 MW im Bau.

JUGOSLAWIEN / IWF verlangt neues Devisensystem

Kredit auf Messers Schneide

THOMAS BREY, Belgrad

Die in Belgrad laufenden Gespräche zwischen dem mit über 20 Milliarden Dollar im Westen verschuldeten Jugoslawien und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) um einen neuen 600-Millionen-Dollar-Kredit stehen offenbar auf Messers Schneide. Die Gesprächsrunde sollte eigentlich bereits in der vergangenen Woche abgeschlossen sein, wurde jedoch wegen Meinungsverschiedenheiten beider Seiten über die zukünftige jugoslawische Wirtschaftspolitik um einige Tage verlängert.

Der jugoslawische Vize-Regierungschef Zvone Dragan hatte angesichts dieser Kontroverse am letzten Wochenende wahrscheinlich leichten Druck ausüben wollen: Er wies in einem Interview erneut darauf hin, daß sein Land ohne ausländische Hilfe die Zahlungsverpflichtungen dieses Jahres in Höhe von 5,1 Milliarden Dollar (2,9 Milliarden Tilgung und 2,2 Milliarden Zinsen) nicht erfüllen könne. Das war ein diskreter Hinweis auf eine drohende Zahlungsunfähigkeit.

Nach dem IWF-Überbrückungskredit der Jahre 1980 bis 1983 von insgesamt 1,7 Milliarden Dollar geht es bei den jetzigen Verhandlungen um wesentlich mehr als „nur" die 600 Millionen Dollar des Währungsfonds. Bevor der IWF jedoch durch den Abschluß eines Kreditvertrages „grünes Licht" auch für die anderen Kreditgeber gibt, soll die jugoslawische Regierung wirtschaftspolitische Auflagen akzeptieren. Während sich der IWF mit Belgrad im vordringlichen Kampf gegen die Inflation von fast 60 Prozent einig ist, konnten sich die IWF-Vertreter mit ihrer Forderung nach einer einschneidenden Änderung des Devisensystems nach ersten Informationen nicht durchsetzen.

Ein „realer Kurs" des Dinar gegenüber den konvertiblen Währungen ließe sich noch am einfachsten erfüllen. Denn die jugoslawische Seite hat wiederholt darauf hingewiesen, daß der Dinar bereits im vergangenen Jahr um fast 100 Prozent durch ständiges Floaten abgewertet wurde. Allerdings gibt es im Lande gegen einen weiteren Kursverfall starke Bedenken, da der Import von dringend benötigten Rohstoffen verteuert würde.

Bei der nächsten IWF-Auflage, den allgemeinen Verbrauch noch mehr einzuschränken, sehen Regierung und Partei nach mehreren Jahren realer Lohneinbußen um mehr als 30 Prozent jetzt eine Grenze der Belastbarkeit der Bürger erreicht. Die Haushaltskassen der Bürger sind heute nicht mehr gefüllt als Ende der 60er Jahre. Eine Durchschnittsfamilie müßte über ein Viertel mehr verdienen, um ohne Nebentätigkeiten nur das Allernotwendigste kaufen zu können.

Weiterer Streitpunkt ist nach durchgesickerten Informationen die Forderung nach einer radikalen Änderung der Zins- und Preispolitik. Außerdem weigert sich die jugoslawische Regierung, die Zinsen für Privat- und Geschäftskredite der Banken entsprechend der IWF-Forderung auf das Niveau der derzeitigen Inflationsrate anzuheben. Auch das Ziel des Währungsfonds, die Preisgestaltung den Marktgesetzen zu überlassen, kollidiert bisher mit der jugoslawischen Wirklichkeit: Seit zwei Monaten hat die Belgrader Regierung einen strengen Preisstopp verordnet. dpa/VWD

Anzeige

Abonnieren Sie Realismus

Die WELT will aufzeigen, "was Sache ist". Und sie will in ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren deutlich machen, was die weltweiten Fakten und Tendenzen für uns bedeuten. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen sicheren Beurteilungsmaßstab für verantwortliches Handeln.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Telefon: Datum:
Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

01-533

Unterschrift:

ITALIEN / Industrie will forcierte Anpassung an technologische Umwälzungen

Die Forschung soll Vorrang erhalten

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mehr Innovation von seiten der Industrie, mehr Effizienz des Staates und seiner Organe und Gewerkschaften, die sich dem technologischen Fortschritt nicht verschließen: Das sind für den Präsidenten des Spitzenverbandes der italienischen Industrie, Vittorio Merloni, die Voraussetzungen, damit Italien den Anschluß an die westlichen Industrieländer behält. Die politischen und wirtschaftlichen Szenarien der kommenden zehn Jahre hat dabei eine Untersuchung abgesteckt, die im Mittelpunkt eines von dem Spitzenverband in Mailand unter dem Motto „Horizonte 1990" veranstalteten Kongresses stand. Vollen Erfolg wird die Anpassung an die technologischen Veränderungen in der Welt dem Verband zufolge allerdings nur haben, wenn sie durch eine aufgeschlossene Industriepolitik des Staates unterstützt wird. Dieses „Wenn" steht auch über den Beziehungen zu den Sozialpartnern. Eine der Innovation geöffnete und nicht nur der Erhaltung von Arbeitsplätzen gewidmete Industriepolitik wird in den Augen der Unternehmer nämlich nur dann realisierbar sein, wenn die italienischen Gewerkschaften die korporative Abschottung aufgeben und sich zu einem neuen System partnerschaftlichen Krisenmanagements bekennen. Große Bedeutung wird in dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß der kommenden zehn Jahre auch die Forschung erhalten: Als bedrohlich wird in diesem Zusammenhang die Tatsache angesehen, daß Italien im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nur halb soviel aufwendet wie die übrigen westeuropäischen Länder (0,45 Prozent) und sich dieses Verhältnis in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

Zudem müßten die süditalienischen Entwicklungsgebiete eine schnellere Gangart einlegen, um mit der Wachstumsgeschwindigkeit der nördlichen Regionen Schritt zu halten. Gerade hier sind die Experten des Verbandes aber nicht gerade optimistisch. Ihrer Auffassung nach wird sich der Norden immer mehr mit den anderen westeuropäischen Wirtschaftsregionen integrieren und dabei an Dynamik gewinnen.

Was die Industrieproduktion angeht, erwarten die Verbandsexperten in den nächsten Jahren höhere Wachstumsraten als in den anderen westlichen Industrieländern. Trotzdem werden die Produktivitätsfortschritte laut Prognose unter dem westlichen Durchschnitt bleiben. Während für die EG zwischen 1983 und 1987 jährliche Produktivitätsfortschritte von 1,5 Prozent erwartet werden, rechnet der Spitzenverband für die italienische Industrie nur mit einem Wachstum von 1,3 bzw. 0,7 Prozent.

Ein großer Unsicherheitsfaktor bleibt für den Spitzenverband auch der Staatshaushalt. Dessen Defizit wird in den nächsten Jahren im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt nur dann nicht weiter wachsen, wenn die Ausgaben drastisch beschnitten werden. Im Visier der Spitzenverbands-Untersuchung sind hierbei vor allem die Budgets des Gesundheitsdienstes und der Sozialversicherung, die ohne Eingriffe in den nächsten Jahren um 6 bis 7 Prozentpunkte vom Bruttosozialprodukt zunehmen werden.

GROSSBRITANNIEN / Börse hofft auf Zinssenkung

Steuerumschichtung geplant

WILHELM FURLER, London

Genau eine Woche vor der Vorlage des Budgets durch den britischen Schatzkanzler Nigel Lawson läuft in London die Spekulations-Maschinerie auf Hochtouren. Dabei gibt es einen völlig übereinstimmenden Tenor bei allen Voraussagen: Am 13. März wird der Schatzkanzler ein wirkungsneutrales Budget vorlegen. Einer Anhebung der indirekten Steuern bei gleichzeitiger Begrenzung der Regierungsausgaben dürften Erleichterungen bei der Lohn- und Einkommensteuer gegenüberstehen.

Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Basis-Zinssatz in Großbritannien entweder am „Budget Day" selbst oder aber unmittelbar danach gesenkt wird. Jedenfalls weisen die Geldmarktsätze der Bank von England nach unten. Zuletzt wurde der Basis-Zins von den Geschäftsbanken Anfang Oktober vergangenen Jahres gesenkt, und zwar um ein halbes auf neun Prozent.

Daß Schatzkanzler in seinem Budget tiefgreifende Änderungen vornimmt, wird nicht erwartet. Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand wird er aller Voraussicht nach auf 7,5 Milliarden Pfund (knapp 29 Milliarden Mark) beschränken, womit er selbst seinen Handlungsspielraum stark einengt. Dennoch dürften aufgrund des stark verbesserten konjunkturellen Ausblicks Möglichkeiten verbleiben, für zusätzliche Anreize bei der privaten Kapital-Anlage und im Investitionsbereich zu sorgen.

Grundsätzlich ist die Regierung Thatcher seit ihrem Amtsantritt bemüht, die Steuerlast von der direkten auf die indirekte Besteuerung zu verschieben. Wie es aussieht, wird auch Schatzkanzler Lawson seinen Teil dazu beitragen und sowohl die Steuer-Eintrittsschwelle als auch die Freibeträge bei der Einkommensteuer um mehr als den gegenwärtigen Satz der Inflation von fünf Prozent anheben, möglicherweise um acht Prozent. Des weiteren wird in der City damit gerechnet, daß die Stempelsteuer in Höhe von zwei Prozent auf alle Börsentransaktionen abgeschafft wird.

Finanziert werden diese Erleichterungen durch eine Anhebung der indirekten Steuern, was für die Briten wieder einmal eine Verteuerung von Alkohol, Zigaretten, Benzin und Autosteuer bedeuten wird.

FRANKREICH / Zweifel an Delors Preispolitik

Sinkende Kaufkraft erwartet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Franzosen sind mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik ihrer sozialistischen Regierung sehr unzufrieden. Besonders die seit dem letzten Herbst stark zunehmende Arbeitslosigkeit betrachten viele als das vorrangige Problem Frankreichs. Eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes erwarten 80 Prozent der rund 7 000 vom Nationalinstitut für Statistik (INSEE) repräsentativ befragten Haushalte.

Über ihren Lebensstandard sind die Franzosen durchweg weniger beunruhigt. Zwar wurde generell die Auffassung geäußert, daß in den nächsten Monaten die Kaufkraft weiter schrumpfen würde. Jedoch halten 64 Prozent ihren derzeitigen Lebensstandard für gesichert, während 23 Prozent glauben, daß ihre Realeinkommen schrumpfen werden. Kaufkraftverluste erwarten insbesondere die Landwirte, die freien Berufe und die höheren Angestellten.

Sehr skeptisch eingeschätzt werden die Erfolgsaussichten der Preispolitik Delors, die eine Verminderung der Inflationsrate von 9,6 Prozent 1983 auf fünf Prozent 1984 anstrebt. Mehr als die Hälfte der Befragten meinte, daß in den nächsten Monaten die Preise in dem derzeitigen Tempo (etwa acht Prozent) steigen werden. Sie hoffen aber auf eine entsprechende Aufbesserung ihrer Löhne. Im übrigen will man durchweg den Verbrauch bei geringerer Spartätigkeit hochhalten.

Dies gilt insbesondere für die Anschaffung von Ausrüstungsgütern – beispielsweise elektrische Haushaltsgeräte. Insoweit wollen 64 Prozent der Befragten real ebensoviele Anschaffungen durchführen wie in den letzten zwölf Monaten, während dafür 14 Prozent mehr und 23 Prozent weniger auszugeben planen.

Im übrigen ist wohl abzusehen, daß weiterhin an Lebensmitteln und Bekleidung gespart wird. Bei der Spartätigkeit selbst erwartet das INSEE ein anhaltendes Desinteresse für Immobilien, dem jetzt aber nicht mehr eine so starke Nachfrage nach Wertpapieren gegenüberstehen würde wie im letzten Jahr.

Wieder neue Pläne für Kanaltunnel

fu. London

Fünf führende britische Baufirmen haben ein neues Projekt zur Untertunnelung des Kanals zwischen England und Frankreich vorgelegt. Damit ist das ehrgeizige Thema einer Verbindung zum Kontinent, um das es in den letzten beiden Jahren in Großbritannien sehr still geworden war, um eine interessante und durchaus chancenreiche Variante erweitert worden.

Die Baufirmen Balfour Beatty, Costain, Tarmac, Taylor Woodrow und Wimpey haben sich zur „Channel Tunnel Group" zusammengeschlossen und einen Plan zum Bau eines 50 Kilometer langen Doppel-Röhren-Tunnels zwischen Folkestone und Calais vorgelegt. In den beiden Röhren soll jeweils ein Eisenbahngleis verlaufen. Die Züge würden in fünfminütigen Abständen verkehren. Auf diese Weise könnten pro Stunde 3600 Autos in jeder Richtung „huckepack" befördert werden. Die Zeit für die Tunnel-Passage wird mit etwa 25 Minuten angegeben. Die heute eingesetzten Luftkissen-Fähren (Hovercrafts) benötigen für die Kanal-Überquerung zwischen Dover und Calais etwa 35 Minuten, herkömmliche Fähren rund eineinhalb Stunden.

Den Schätzungen der Channel Tunnel Group zufolge würde für ihr vergleichsweise bescheidenes Projekt ein Anfangsetat in Höhe von 7,3 Milliarden Mark zu Preisen von 1983 benötigt. Die Gesamtkosten würden letztlich aber wohl mindestens das Doppelte, wenn nicht gar bis zu 20 Milliarden Mark erreichen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Nachl. d. Franz Adolf Ruppert, Windelsbach-Nordenberg; **Deggendorf:** Nachl. d. Alfons Siebauer, Plattling; **Emden:** Fritz Schneider; **Frankfurt/Main:** Nachl. d. Theodor August Schmid; Nachl. d. Karel Charva; **Hanau:** Nachl. d. Herbert Willy Adam Kolbe; **Koblenz:** Josef Dillmann GmbH & Co. KG, Holzbauwerk, Rhens; J. Dillmann GmbH, Rhens; **Köln:** Zeweka Bautenschutz GmbH; Oskar Schmitz, Kaufmann, Inh. d. Fa. Oskar Schmitz; **Lippstadt:** Viehhof Lippstadt Bernhard Kamppeter GmbH; Bernhard Kamppeter KG; **Mainz:** Hans Christmann GmbH; **Mönchengladbach:** Wirtz Gerüstbau Josef Wirtz; **Nürnberg:** Nachl. d. Dorothea Lunk geb. Täubel, Schnaittach; **Oldenburg in Holstein:** Baltic Bauregie Reimers & Co., Grömitz; **Pirmasens:** Nachl. d. Ferdinand Stoffel; **Remscheid:** Karin Fichtel; **Rosenheim:** Peter Schauer GmbH; **Schleiden:** Michael Brämisch, Kaufmann, Hellenthal-Losheim.

BUCHMARKT / Brüsseler Entscheidung bestätigt

Preisbindung untersagt

WILHELM HADLER, Brüssel

Richtig gehandelt hat die EG-Kommission, als sie Ende 1981 ein grenzübergreifendes Preisbindungskartell auf dem Buchmarkt verbot. Dies hat der Europäische Gerichtshof bestätigt. Zu den geltenden nationalen Regelungen nahmen die Luxemburger Richter jedoch nicht Stellung.

Die niederländische „Vereinigung zur Förderung der Interessen des Buchhandels", der die überwiegende Mehrzahl der Verleger, Großhändler, Buchhändler und Importeure für Bücher niederländischer Sprache angehören, hatte mit einer analogen Gruppierung in Flandern (Belgien) eine Vereinbarung geschlossen. Diese verpflichtete die Verleger zur Festsetzung eines Ladenpreises und die Wiederverkäufer sowohl auf den Inlandsmärkten wie bei der Einfuhr zu dessen strikter Beachtung. Außerdem untersagte sie den Mitgliedern der beiden Vereinigungen, Bücher über Personen zu verkaufen, die der Vereinigung des jeweils anderen Landes nicht angehören.

Die Kommission hatte in dieser Abrede einen Verstoß gegen das Kartellverbot des Römischen Vertrages gesehen und auch eine Freistellungsmöglichkeit verneint. Nach ihrer Meinung schließt ein solches System jegliche Möglichkeit eines Preiswettbewerbs zwischen Wiederverkäufern eines Buchtitels aus und macht es für die Verleger und Importeure unmöglich, in dem einen oder anderen Land zu frei kalkulierten Preisen zu verkaufen.

Der Gerichtshof hat sich (auf eine Klage der Vereinigungen hin) dieser Argumentation angeschlossen. Interessant ist dabei vor allem, daß er die von den Klägern vorgebrachten Hinweise auf die besonderen Bedingungen des Buchhandels nicht gelten ließ. Der Gerichtshof wies auch das Argument zurück, die Kommission habe bei ihrer Entscheidung berücksichtigen müssen, daß in mehreren EG-Staaten, darunter in der Bundesrepublik, eine Preisbindung für Bücher bestehe.

SCHWEDEN / Auslandsinvestitionen gesteigert

Bessere Handelsbilanz

R. GATERMANN, Stockholm

Mit 6,9 Mrd. Schwedenkronen oder rund 2,3 Mrd. Mark war Schwedens Leistungsbilanz 1983 im Defizit. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung um 5,13 Mrd. DM oder 70 Prozent. Diese günstige Entwicklung geht allein auf das Konto des Außenhandels – ein Fehlbetrag von 1,9 Mrd. in 1982 verwandelte sich im vergangenen Jahr in einen Überschuß von umgerechnet 3,4 Mrd. Mark.

Dem positiven Außenhandel steht eine wachsend negative Transferbilanz (vor allem Schuldzinsen und Entwicklungshilfe) gegenüber. Für 1984 sind 7,4 Mrd. Mark prognostiziert (plus 10 Prozent). Die gute Liquidität in der schwedischen Wirtschaft und die Furcht vor einem weiter steigenden Dollarkurs veranlaßte viele private und kommunale Schuldner vorzeitig mit der Kredittilgung zu beginnen oder Auslandsdarlehen mit schwedischem Kapital zu refinanzieren. Darüber hinaus stiegen die direkten schwedischen Auslandsinvestitionen um 63 Prozent auf 2,48 Mrd. Mark. Der Nettodevisenabfluß fiel 1983 mit 4,5 Mrd. Mark um 1,1 Mrd. niedriger als im Vorjahr aus. Schwedens Auslandsschuld belief sich zum gleichen Zeitpunkt umgerechnet nach den damaligen Wechselkursen auf 41,5 Mrd. Mark.

Während die Prognosen für 1984 zwischen einer leichten Verbesserung und einer geringfügigen Verschlechterung der Leistungsbilanz pendeln, überraschten kürzlich die Svenska Handelsbanken mit einer Voraussage für 1985, die im krassen Gegensatz zu der der Regierung und auch der Skandinaviska Enskilda Banken steht. Die Handelsbanken erwarten eine Verdoppelung des Fehlbetrages auf rund vier Mrd. Mark und halten es für nicht ausgeschlossen, daß Schweden 1986 vor die Entscheidung gestellt wird entweder den Kostenauftrieb drastisch zu stoppen oder erneut abzuwerten.

Um den privaten Kapitalabfluß aus Schweden einzudämmen hat die Nationalbank beschlossen, für Unternehmen und Gemeinden die Mindestlaufzeit für im Ausland aufgenommene Darlehen von bisher fünf auf zwei Jahre zu senken.

MITTELAMERIKA / Trotz strenger Kontrollen ufert der illegale Devisenhandel aus

Schwarzmarkt bestimmt Wechselkurse

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Seit ihrer Machtübernahme bemühen sich die Sandinistas, alle Spuren des Somoza-Regimes auszulöschen. Nur auf einem Gebiet wollen sie es beim alten lassen: der Cordoba, Nicaraguas Währung, wird, wie in Somozas Zeiten, immer noch mit zehn für einen Dollar angegeben. Der Unterschied zu früher ist nur, daß es damals noch genug Dollar in den Wechselstuben gab. Heute kursieren wenige Dollar auf dem schwarzen Markt, wo das Gesetz von Angebot und Nachfrage den wahren Wert des Cordoba feststellt: 130 Cordoba für einen Dollar.

Nicaraguas Exporteure müssen eingenommene Dollar je nach Exportprodukt für zehn, 20 oder 28 Cordoba pro Dollar verkaufen. Importerlaubnisse hängen davon ab, ob die Regierung über Dollar verfügt, was selten der Fall ist. Nur für dringend benötigte Einfuhrgüter kann ein Importeur nach einer meist langen Wartezeit Lizenz und Devisen erhalten, die er der Regierung abkaufen muß.

Die kritische Lage hat einen neuen Beruf entstehen lassen, eine Art Importhausierertum: Kleine Kaufleute dürfen mit 500 Dollar ins Ausland fahren und wichtige Waren einkaufen, die sie dann in Nicaragua an den Mann bringen. Solche Güter sind ungeheuer überteuert.

Der Bürgerkrieg hat auch El Salvadors Währung, den Colon, angeschlagen, obwohl er offiziell wie in den guten, alten Zeiten 2,50 zum Dollar steht. Vor zwei Jahren führte die Regierung Gesetze zur Devisenkontrolle ein, die unter anderem durch einen Parallelkurs (3,75) den Schwarzmarkt einschränkte. Der Dollar fiel denn auch von mehr als fünf auf vier Colon pro Dollar zurück. Obwohl die nordamerikanische Hilfe eine ausreichende Versorgung des Marktes mit Dollar ermöglicht, ist die Devisenkontrolle schwerfällig. Denn die verschiedenen individuellen Situationen müssen erfaßt werden, die einen Dollartransfer ins Ausland notwendig machen oder zumindest rechtfertigen.

Auch Honduras hält an der fiktiven Stabilität seines Lempira fest: Zwei Lempiras kaufen einen Dollar. Wie alle mittelamerikanischen Länder muß die Regierung das Defizit der Zahlungsbilanz – in diesem Fall 300 Millionen Dollar – schließen. Vor die Wahl der Abwertung des Lempira oder harter Sparmaßnahmen gestellt, entschloß die Regierung sich für einen Sparplan. Eine Abwertung würde viele Importartikel des täglichen Bedarfs für die Armen unerschwinglich machen. Wie El Salvador kontrolliert Honduras den Devisenhandel mit Gesetzen, deren Anwendung schwerfällig und langwierig ist. Sie verbieten den freien Devisenhandel. Das System war bisher erfolgreich – 1983 sank das Defizit im Devisenhandel auf 17 Millionen Dollar – aber solche Verbote führen zu einem blühenden Schwarzmarkt.

Guatemala hatte einst die gesündeste Währung: Der Quetzal ist offiziell immer noch einen Dollar wert. Auch Guatemalas Regierung kontrolliert den Devisenhandel mit strengen Gesetzen. Nachdem der Quetzal auf dem Schwarzmarkt bereits auf 1,50 zum Dollar gefallen war, hat er sich wieder erholt und ist auf 1,30 gestiegen. Es wird bei der rigorosen Devisenkontrolle bleiben: Die Regierung Mejia Victores läßt keinen Zweifel daran, daß an eine Abwertung des Quetzal nicht zu denken ist.

Nur Costa Rica paßt die Währung immer wieder dem realen Wert an und bekämpft den schwarzen Markt damit relativ erfolgreich. Panama hält als einziges Land sogar die Parität zum Dollar. (SAD)

Besuchen Sie uns auf der HANNOVER MESSE 4.4.–11.4.1984 Stand 3 Halle 2201

LINTAS 3 425

Weltweit.

Telex – das ist blitzschneller Text-Dialog rund um den Erdball. Mit zur Zeit mehr als 1,4 Millionen Telexteilnehmern in aller Welt. Telex – das heißt auch: Deutliche Kostenersparnis gegenüber der herkömmlichen Korrespondenz. Untersuchungen besagen, daß bereits bei 3 abgehenden Fernschreiben pro Tag Kostenvorteile erreicht werden können.
Moderne Fernschreiber sind so einfach zu bedienen wie Schreibmaschinen. Sie arbeiten genauso leise und sollten zur Beschleunigung der Korrespondenz möglichst nahe beim Arbeitsplatz stehen. Und auch das ist gut zu wissen:

Ihr 1-Minuten-Telex im Selbstwähldienst kostet rechnerisch:

in unserem Netz	
zum Nachttarif von 18–8 Uhr	13,33 Pf
tagsüber von 8–18 Uhr im Zentralvermittlungsstellen-Bereich	40 Pf
im Weitverkehrsbereich	60 Pf
zu den angrenzenden Ländern	80 Pf
zu den übrigen europäischen Ländern und Nordafrika	0,90 bis 1,00 DM
nach USA, Kanada, Australien	3,30 DM
zu den anderen überseeischen Ländern	6,60 und 7,80 DM

Wer am Telexdienst teilnimmt, hat auch Zugang zum neuen Teletexdienst. Über die zusätzlichen Leistungsmerkmale von Telex wie Rundschreiben, Gebührenzuschreiben, Kurzwahl, Direktruf usw. berät Sie gern der Technische Vertriebsberater Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post".

Post – Partner für Telekommunikation

Post

LBS HANNOVER / Marktanteile hinzugewonnen

Zuwachs im Neugeschäft

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Deutlich über dem Branchendurchschnitt liegende Zuwachsraten beim Neuabschluß von Bausparverträgen haben 1983 bei der Landes-Bausparkasse Hannover/Braunschweig (LBS) zu einer Ausweitung des Marktanteils in Niedersachsen geführt. Insgesamt hat die LBS nach Angaben von Dieter Boening, Sprecher der Geschäftsleitung, 101 141 (86 793) Verträge mit einer Bausparsumme von 2,79 (2,38) Mrd. DM abgeschlossen; das entspricht stückzahlmäßig einem Plus von 16,5 Prozent und der Summe nach einem Zuwachs von 17,1 Prozent. Damit halte die LBS in Niedersachsen einen Anteil von 37 Prozent (Bausparsumme) und 41 Prozent (Stückzahl).

Die Zahl von 78 868 zugeteilten Verträgen mit einem um 4,2 Prozent auf 1,74 (1,67) Mrd. DM gesteigerten Zuteilungsvolumen ist Boening zufolge ein Beweis für die stabile Zuteilungssituation: Die Bewertungszahl für die Vertragszuteilung sei seit zwei Jahren stabil und soll auch 1984 auf dem jetzigen Niveau gehalten werden. Die Darlehensbewilligungen erhöhten sich auf 52 793 (47 579) Verträge mit einer Gesamtsumme von 1,7 (1,16) Mrd. DM, der Darlehensbestand um 12,7 Prozent auf 5,35 Mrd. DM. Ende 1983 unterhielt die LBS 996 655 (975 720) Bausparverträge mit einer Summe von 25,93 (25,14) Mrd. DM.

Der Geldeingang erhöhte sich im Berichtsjahr um 1,9 Prozent auf 1,75 (1,72) Mrd. DM. Bei den Bausparverträgen ergab sich ein Anstieg um 1,5 Prozent auf 817 (805) Mil. DM, während die Zins- und Tilgungsleistungen um 11,9 Prozent auf 670 (599) Mill. DM zunahmen.

Positiv beurteilt die LBS die Aussichten für 1984. Die Monate Januar und Februar hätten die ungewöhnlich guten Vorjahresergebnisse noch übertroffen. Auch das Umfeld sei günstig. Wenn der Kapitalmarktzins und die Baupreise stabil blieben, werde das große Interesse an der Schaffung von Wohneigentum anhalten. Als weitere Voraussetzung für eine günstige Entwicklung des Bausparwesens bezeichnete Johannes Runge, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Landesbank, die Beibehaltung der geltenden steuerlichen Behandlung. Die Bausparkassen lehnten den Vorschlag, die eigene Wohnung als „Investitionsgut" zu besteuern, strikt ab, erklärte Runge.

MOBILE DATENERFASSUNG / Handliche Terminals für Förster und Politessen

Neue Anwendungen erschlossen

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die handlichen mobilen Datenerfassungsgeräte, die sich im Handel und in der Industrie sehr schnell Zugang verschafften, sehen aus wie die kleinen Fernbedienungstastaturen für das häusliche Fernsehen. Aber diese Äußerlichkeit täuscht, es sind echte Terminals, die im Verbund mit Computersystemen wichtige betriebswirtschaftliche Funktionen erfüllen.

Allein in der Bundesrepublik dürften inzwischen einige 10 000 dieser Erfassungsgeräte eingesetzt sein, und ihre Zahl wächst in dem gleichen Maße, wie neue Anwendungsbereiche für diese Technik entdeckt werden. Ihre erste Bewährungsprobe haben die mobilen Datenerfassungsterminals zweifellos im Handel bestanden. Warenbestände im Regal konnten so ständig erfaßt und überwacht werden, durch einfaches Eintippen von Artikelnummern und Stückzahlen oder durch Einlesen der strichcodierten Regaletiketten mit Hilfe eines Lesestiftes. Die Auswertung erfolgt dann per Computer.

Die Speicherkapazität dieser elektronischen Winzlinge ist beachtlich, allein bis zu 16 KB für den Programmspeicher und dazu ein Datenspeicher, dessen Umfang zwischen 8 und 64 KB liegt, also 8000 bis 64 000 Zeichen aufnehmen kann. Ihr Einsatz beschränkt sich jedoch längst nicht mehr auf die simple Erfassung von Regaldaten und Lagerbeständen. Ein weites Gebiet ist heute die Bestelldatenerfassung am Regal oder vom Ordersatz, Daten, die dann über das Telefonnetz direkt an den Computer der Zentrale oder der Großhandlung übermittelt werden. Namhafte Markenartikelhersteller im Bundesgebiet sind sogar noch einen Schritt weitergegangen. Sie rüsten ihren Außendienst mit solchen Geräten aus und haben so alle Bestellungen des Vortages am nächsten Morgen vorliegen. Gegenüber konventionellen Abwicklungen bedeutet das immerhin Zeitersparnisse von zwei bis drei Tagen.

Auch technologisch hat sich inzwischen einiges getan. Neue Wege der Datenübermittlung vom mobilen Erfassungsgerät zum zentralen Computer wurden erschlossen. In Skandinavien experimentiert man bereits mit Infrarotübertragungen, auf kurze Entfernungen durchaus möglich. In Deutschland setzt sich für diese Übermittlung auf begrenzter Entfernung dagegen die Funkübertragung durch. Die Anwendungsmöglichkeiten der mobilen Datenerfassung sind damit aber längst noch nicht ausgeschöpft. Produktions-, Vertriebs- und Meßdatenerfassung in der Industrie gehören inzwischen dazu. Einer der jüngsten Einsatzbereiche ist die Forstverwaltung. „Wir haben gar nicht gewußt, daß es einige tausend solcher Verwaltungen gibt", wundert sich heute noch Wolfgang Flakowski, Geschäftsführer der EDV-Kontor GmbH, Düsseldorf, die inzwischen erfolgreich in diesen Markt einstieg. Immer mehr bundesdeutsche Förster registrieren bereits ihren Holzeinschlag per Handterminal.

Noch ein anderer Anwendungsbereich tut sich auf. Auf den Straßen unserer Kommunen haben schon die ersten Politessen ihren Block mit den kleinen Handterminals vertauscht. Sie tippen die Kfz-Nummer, Datum und Art des Vergehens ein, der angeschlossene kleine Drucker druckt die Daten aus, dieser Beleg wird auf die Zahlkarte geklebt, die man hinter den Wischerblättern deponiert. Im Ordnungsamt werden dann die Daten des Terminals in Computerlisten übertragen und der Eingang der Zahlungen überwacht bzw. anhand der Zahlkarten-Aufkleber registriert.

ARBED SAARSTAHL / Auftragsbelebung

Krackow sieht Silberstreifen

VWD, Völklingen

In der derzeitigen Auftragsbelebung und in der Erwartung, daß die EG-Krisenmaßnahmen zu einer Preiserholung führen werden, sieht die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, einen „Silberstreif am Horizont". Zwar brächten, wie es in der Werkszeitschrift weiter heißt, die Verkaufspreise bisher noch nicht die im Anpassungsplan angesetzten Erlöse. Die Erwartungen gingen jedoch dahin, im Laufe des Jahres eine Stabilisierung zu erreichen, so daß im Jahresdurchschnitt die vorgesehenen Mengen und Erlöse erzielt würden.

Im vergangenen Jahr habe Arbed Saarstahl, wie der Vorsitzende der Geschäftsführung, Jürgen Krackow ausführt, mit einer um fast 10 Prozent auf 12 236 Mitarbeiter verringerten Belegschaft und rund 150 Mill. DM geringeren Personalkosten mit 1,955 Mill. t (plus 0,8 Prozent) nahezu die gleiche Tonnage an Walzfertigmaterial erzeugt wie 1982. Beim Umsatz, so Krackow, habe 1983 mit 2,18 Mrd. DM jedoch eine Einbuße von 10 Prozent hingenommen werden müssen. Das ist rund ein Drittel weniger als im Boomjahr 1974.

Krackow wies in einer Belegschaftsversammlung erneut auf den Personalabbau im Unternehmen und die Frühpensionierungsmaßnahmen hin, mit denen unter Aufwendung erheblicher Mittel ein Ausweg gefunden worden sei, Massenentlassungen zu verhindern. Zu der in Kürze gerichtlich zu klärenden Senkung des Sozialplanes von 90 auf 82 Prozent bat Krackow die Beschäftigten, nochmals darüber nachzudenken, ob dies nicht doch ein wenn auch schmerzlicher Weg sei, über die Runden zu kommen. Für Arbed Saarstahl sei es lebenswichtig, den Durchbruch zu schaffen und Kosteneinsparungen nachzuweisen, „damit wir das Ganze nach vorn fahren können".

Porsche bleibt verhandlungsbereit

nl. Stuttgart

Beim beabsichtigten Aufbau einer eigenen Vertriebsorganisation in den USA gibt sich die Porsche AG, Stuttgart, gegenüber ihrer Händlerschaft flexibel und verhandlungsbereit. Dies erklärte Porsche-Vorstandsvorsitzender Peter W. Schutz auf Anfrage im Hinblick auf die zunehmenden Proteste aus den Staaten. Zur Zeit fänden eine Reihe von Einzelgesprächen statt. Gegen Ende dieses Monats werde man klarer sehen. Er, Schutz, sei davon überzeugt, daß es sich um lösbare Probleme handele. Bekanntlich haben sich amerikanische Porsche-Händler in Chicago zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen, um sich gegen die neue Porsche-Vertriebskonzeption „mit allen rechtlichen und administrativen Mitteln" zu wehren.

Porsche will ab September dieses Jahres den Vertrieb in den USA über 40 eigene Niederlassungen abwickeln und die über 300 bisherigen Vertragshändler nur noch als Vermittlungsagenten gegen Provision arbeiten lassen. Bei der 100-Millionen-Dollar-Klage eines New Yorker Händlers handele es sich nach Schutz' Worten um die einer Großhandels-Zwischenstufe, die Teil der VW-Organisation sei und Porsche bisher mitvertrieben habe. Hier glaube Porsche, sich seiner rechtlichen Position sehr sicher sein zu können.

Voll befriedigende Entwicklung

dos, Hannover

Eine insgesamt erfreuliche Geschäftsentwicklung verzeichnete die Kreissparkasse Hannover 1983. Nach ersten Angaben des Vorstands erhöhte sich die Bilanzsumme um 8,3 Prozent auf 4,08 (3,77) Mrd. DM. Im Gegensatz zum Branchendurchschnitt nahm die Sparkapitalbildung einen günstigen Verlauf. Der Anstieg um 200 Mill. DM auf 2,42 Mrd. DM bedeutet ein Plus von 9 Prozent. Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 6,6 Prozent auf 3,27 (3,06) Mrd. DM.

Das Kreditvolumen wuchs zwar nur um 170 Mill. DM oder 6,5 Prozent auf 2,81 Mrd. DM. Dennoch verlief das Kreditgeschäft lebhafter als im Vorjahr. Insgesamt wurden gut 620 (485) Mill. DM mittel- und langfristige Darlehen ausgezahlt; ihnen standen allerdings 420 (270) Mill. DM Tilgungen gegenüber, vor allem im Bereich der Wohnungsbauhypotheken.

Die Ertragslage bezeichnet der Vorstand als „voll befriedigend". Der Bilanzgewinn dürfte leicht über dem Niveau des Vorjahres (10,7 Mill. DM) liegen. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen seien gegenüber 1982 (17,6 Mill. DM) kaum verändert. Der erwartete Jahresüberschuß komme in vollem Umfang der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung zugute. Das Eigenkapital von rund 138 Mill. DM entspreche einem Anteil an der Bilanzsumme von gut 4 Prozent.

HERMA / Inlandsgeschäft im zweiten Halbjahr belebt

Weites Feld für Etiketten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Herma Hermann Heinrich GmbH & Co., Stuttgart, die in Europa zu den führenden Herstellern von Etikettiersystemen, Haftmaterial und weiterverarbeiteten Produkten zählt, registriert derzeit eine geradezu hektische Nachfrage in einigen Marktsegmenten. Für 1984 rechnet das Unternehmen denn auch mit einem deutlichen Umsatzwachstum („aber nicht zweistellig"). Insbesondere in der industriellen Etikettierung und der Bürokommunikation sieht Herma gute Chancen für weitere Wachstumsmöglichkeiten. Es eröffneten sich fortlaufend neue Anwendungsgebiete.

Bei uneinheitlicher Entwicklung an den europäischen Märkten für Haftmaterial-Produkte hat Herma im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983 seinen Umsatz um gut 7 Prozent auf 129,4 Mill. DM ausgebaut. Nach schwachem Start hatte sich das Inlandsgeschäft in der zweiten Jahreshälfte belebt.

Der Auslandsanteil am Umsatz betrug unverändert 25 Prozent. Nachdem sich Preiserhöhungen nicht durchsetzen ließen, belief sich die Mengensteigerung beim Gesamtabsatz sogar auf 11 Prozent. Herma schätzt seinen Haftpapier-Marktanteil (mengenmäßig) für Europa mit 8 bis 9 Prozent und für die Bundesrepublik auf etwa 20 Prozent.

Vom gesamten Umsatz der Firma Herma entfallen unverändert 45 Prozent auf Etikettiersysteme, über 20 Prozent auf Haftpapier und der Rest auf andere Papierwaren (darunter beispielsweise Sammelsysteme für Fotos). Das Ergebnis habe sich aufgrund von Rationalisierungseffekten verbessert. Investiert wurden in den vergangenen drei Jahren ingesamt über 37 Mill. DM.

Die mehrjährige überdurchschnittliche Investitionsphase soll in 1984 mit der Fertigstellung eines weiteren Produktionsgebäudes in Filderstadt-Bonlanden abgeschlossen werden. Herma (Eigenkapitalquote etwa 30 Prozent) beschäftigt rund 950 Mitarbeiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Uniroyal: Guter Abschluß

Aachen (VWD) – Die Uniroyal Englebert Reifen GmbH, Aachen, hat das Geschäftsjahr 1983 nach eigenen Angaben positiv abschließen können. Wie das Unternehmen weiter mitteilte, konnte der Absatz bei Pkw-Reifen in der Bundesrepublik überdurchschnittlich um 12 (Gesamtmarkt: 4,4)Prozent gesteigert werden. Europaweit verkaufte das Unternehmen den Angaben zufolge 10 Mill. Pkw-Reifen (plus 5,7 Prozent), während der Gesamtabsatz nur um 0,9 Prozent (auf 130 Mill.) wuchs.

Viele Langfrist-Kredite

München (VWD) – Das Gesamtkreditvolumen der 88 Bayerischen Volksbanken hat 1983 um 7,3 Prozent auf 11,4 Mrd. DM zugenommen. Der Zuwachs entfällt überwiegend auf den langfristigen Bereich, der überproportional um 13,2 Prozent stieg. Sowohl für Wohnungsbau als auch für Investitionen sei eine stärkere Kreditinanspruchnahme festzustellen gewesen, teilte der bayerische Genossenschaftsverband mit. Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 6,8 Prozent auf 12,7 Mrd. DM. Die Spareinlagen stiegen um 11,9 Prozent auf 7,5 Mrd. DM. Die Bilanzsumme nahm um 6,6 Prozent auf 15,6 Mrd. DM zu. Einschließlich der Genossenschaftlichen Zentralbank ergibt sich ein Bilanzvolumen von 19 Mrd. DM. Die Erträge bewegten sich auf Vorjahreshöhe.

Auftrag für Ems-Tunnel

Hannover (dos) – Den Auftrag zum Bau eines Ems-Tunnels bei Leer hat gestern der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr an eine deutsch-niederländische Bietergemeinschaft vergeben. Mit einer Auftragssumme von 145 Mill. DM ist der Ems-Tunnel die bislang größte Baumaßnahme der niedersächsischen Straßenbauverwaltung, heißt es in einer Mitteilung. Der Tunnel soll 1988/89 fertiggestellt sein.

Höherer Konzerngewinn

Basel (dpa/VWD) – Die Ciba-Geigy AG, Basel, will ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1983 um 3 Franken (3,65 DM) auf 31 Franken je Anteil erhöhen. Schon in den beiden Vorjahren war die Ausschüttung jeweils um drei Franken aufgestockt worden. Wie das größte Chemie-Unternehmen der Schweiz in einem Aktionärsbrief weiter schreibt, stieg der Konzerngewinn (nach Steuern) 1983 um 24,8 Prozent auf 776 (622) Mill. Franken. Der Konzernumsatz erhöhte sich um sieben Prozent auf 14,7 Mrd. Franken.

Neue Fahrzeugfirma

Eislingen (VWD) – Die Ackermann-Frühauf Corp. + Co. OHG, Wuppertal, Hersteller von Nutzfahrzeugaufbauten, hat die in Konkurs geratene Staufen Fahrzeugwerke, Jakober GmbH + Co. Eislingen, Hersteller von Lkw-Aufbauten und -Anhängern, übernommen. Dazu wurde mit Wirkung vom 1. März 1984 eine neue Firma namens Staufen Fahrzeuge GmbH, Eislingen, mit einem Stammkapital von 1,3 Mill. DM gegründet, die das Werk Eislingen-Süd aus dem Konkurs der Staufen Fahrzeugwerke erworben hat.

MECKLENBURGISCHE VERSICHERUNGEN

Technischer Überschuß

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine „rundum zufriedenstellende Entwicklung" verzeichnete im Geschäftsjahr 1983 die Mecklenburgische Versicherungsgruppe, Hannover. Nach Angaben des Vorstands wuchsen die Prämieneinnahmen „marktkonform" um 7,3 Prozent auf 192 Mill. DM. Ursächlich für das gegenüber den Vorjahren deutlich verstärkte Wachstum sei die Belebung des Neugeschäfts in fast allen Sparten sowie die inzwischen abgeschlossene Bestandssanierung gewesen.

Die Prämieneinnahmen der Mutter, der Mecklenburgischen Versicherungs-Gesellschaft a. G., wuchsen im Berichtsjahr um 5,6 Prozent auf 151 Mill. DM. Mit einem Plus von 13 Prozent habe die Hausratversicherung das stärkste Wachstum verzeichnet.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen rechnet der Vorstand auch für 1983 mit einem versicherungstechnischen Überschuß. Rückläufige Erträge in der Kraftfahrzeug-Haftpflicht und Verluste in den Sparten Feuer, Einbruchdiebstahl und Sturm, seien durch bessere Ergebnisse in Hausrat und Kasko sowie niedrigere Verwaltungskosten im wesentlichen ausgeglichen worden. Bei deutlich höheren Erträgen im nichtversicherungstechnischen Bereich sei ein ähnlich gutes Ergebnis wie 1982 zu erwarten.

Die Mecklenburgische Leben hat die Beitragseinnahme 1983 um 16,5 Prozent auf 33,4 Mill. DM gesteigert. Der Versicherungsbestand nahm um 12,4 Prozent auf 801 Mill. DM zu. Für 1984 wurde in Verbindung mit einer Verbesserung der Gewinnbeteiligung die Direktgutschrift eingeführt. Die Dividende soll auf 8 (6) Prozent erhöht werden. Bei der Rechtschutz-Versicherungs-AG sei die Aufbauphase vorerst abgeschlossen. Die Beiträge wuchsen 1983 um 4,6 Prozent auf 7,1 Mill. DM. Für 1983 werde mit einem „kräftigen Bilanzgewinn" gerechnet.

Hanomag: Wieder Produktion

dos, Hannover

Die Restbelegschaft der im Konkurs befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, die nach dem Beschluß des Konkursverwalters, die Löhne um 15 Prozent zu kürzen und weitere 200 Mitarbeiter zu entlassen, am Mittwoch vergangener Woche die Arbeit niedergelegt hatte, hat gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Geschäftsführer Wolfgang Freimuth erklärte, das Land Niedersachsen finanziere die Differenz zwischen den gekürzten und den bis Ende Februar geltenden Lohnzahlungen. Außerdem wurden 70 der entlassenen 200 Hanomag-Beschäftigten wieder eingestellt. Wesentliche Eckpfeiler der Produktion, so Freimuth, hätten nach den Entlassungen gefehlt. Nachdem sich am Wochenende der Konkursverwalter, Egon Kretschmer, in einen 14tägigen Urlaub begeben hatte, liegt die Verantwortung wieder bei Freimuth. Nach seinen Angaben laufen nach wie vor Übernahmeverhandlungen mit einer finanzstarken arabischen Gruppe sowie mit vier mittelständischen Unternehmen.

FRANZÖSISCHER WEIN / Verstärkte Bemühungen um den deutschen Markt

Invasion guter Qualität geplant

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Weinwirtschaft verstärkt ihre Verkaufsanstrengungen auf dem deutschen Markt. Allen voran marschiert das Bordelais. Dieses Weinbaugebiet ist mit 78 000 Hektar in der Klasse Appellation d'Origine Contrôlés (AOC) mit Abstand das größte in Frankreich. Auch im Export steht es an der Spitze. An der gesamten Ausfuhr von AOC-Weinen sind die Bordeaux-Weine mengenmäßig zu einem Viertel und wertmäßig zu einem Drittel beteiligt.

Wichtigster Auslandskunde sind die USA, gefolgt von Belgien, Großbritannien und Holland. Die Bundesrepublik, in der die Leute vom Rotweintrinken sowieso kaum Ahnung haben, steht erst an fünfter Stelle. Ihre Einfuhr von Bordeaux-Weinen erhöhte sich 1983 mengenmäßig um acht und wertmäßig um 14 Prozent. Ihr Anteil an den um 13 und 17 Prozent gestiegenen gesamten Bordeaux-Exporten hat sich damit aber vermindert. Dies führt der Produzentenverband vor allem auf die „Invasion von Weinen schlechter Qualität" zurück.

Gemeint sind damit die billigen Konsumweine, welche die Bundesrepublik in zunehmendem Maße aus dem Mittelmeerraum importiert. Um dieser Konkurrenz besser zu widerstehen, will sich der Bordeaux-Wein auf dem deutschen Markt in der gehobenen Preisklasse von über sieben Mark je Flasche „fest ansiedeln". Zu diesem Zweck hat der Verband eine großangelegte Werbekampagne angekündigt, die durch besondere qualitative und preisliche Anstrengungen untermauert werden soll.

Man bedient sich dabei durchaus origineller Methoden, deren Wirksamkeit zunächst einmal auf dem heimischen Markt erprobt wird. Werbeträger sind dabei nicht mehr oder weniger entkleidete Mädchen, sondern eine Farbe, die im In- und Ausland längst zum Begriff geworden ist, nämlich das Bordeaurot.

Stärker genutzt werden soll aber auch – und dies vor allem in der Bundesrepublik – das Château-Image. Wie die Farbe, so ist dieses eine Besonderheit des Bordeaux-Weines, der in der AOC-Klasse durchweg als Schloßabfüllung etikettiert wird, auch wenn nicht mehr jedes „Château" ein echtes Schloß ist. Von dieser „Demokratisierung" gibt es aber wichtige Ausnahmen, wie zum Beispiel das Château Lafite, dessen Weingärten sich im Besitz der Aristokratenfamilie Rothschild befinden. Ihr Name hat auch in Deutschland einen reichen Klang.

So ließ es sich Baron Eric de Rothschild als Gutsverwalter nicht nehmen, seinen Wein der deutschen Presse persönlich vorzustellen. Aber dies sollte mehr eine Prestigeveranstaltung zur Festigung des internationalen Ansehens aller Bordeaux-Weine sein. Denn diesen „1er Cru Classé" bekommt man nicht gerade geschenkt. Für den normalen Jahrgang 1980 verlangt der deutsche Rothschild-Repräsentant Segnitz in Bremen 85 DM, für den außergewöhnlich guten 75er 270 DM die Flasche.

Wegen seiner überragenden Qualität und wegen der auf 1840 Hektoliter begrenzten Produktion hat Château Lafite gleichwohl keine Absatzsorgen. Die insgesamt 4,1 Millionen Hektoliter der gesamten letztjährigen Bordeaux-Weinernte an den Mann zu bringen, ist erheblich schwieriger, zumal die Vorräte vor der Ernte erstmals 5 Millionen Hektoliter überschritten hatten. So stehen gegenwärtig die Bordeaux-Preise eher unter Druck. Daß sie sich wenigstens parallel zur allgemeinen Inflation entwickeln, ist das wichtigste Anliegen des Produzentenverbandes.



Tausende vorschriftsmäßig befrackter „Oberkellner" verbringen zwischen September und Mai bei Punta Tombo ihre Sommerferien. Sagen Sie unseren Pinguinen doch mal „Guten Tag", wenn Sie in dieser Zeit nach Argentinien müssen. Die Aerolineas Argentinas fliegt Sie hin. Sechsmal pro Woche von Europa nach Buenos Aires. Mit einem Boeing 747 Jumbo-Jet und dem Vorteil, schon an Bord eine Menge Tips für Ihren Argentinien-Aufenthalt bekommen zu können – von unseren argentinischen Stewardessen und Stewards. Wenn Sie auch Land, Leute und unsere Pinguine kennenlernen möchten, dann besorgen Sie sich am besten unseren Air-Pass Argentina. Mit ihm können Sie für 290 US-Dollar 30 Tage lang in ganz Argentinien umherfliegen. Sie bekommen ihn bei allen Reisebüros und natürlich bei Aerolineas Argentinas, Frankfurt/Main, Tel. 0611/2383-1, Hamburg, Tel. 040/33 63 88/89, Stuttgart, Tel. 0711/22 00 28/29, Düsseldorf, Tel. 0211/36 50 83/84, München, Tel. 089/55 76 97/98. AEROLINEAS ARGENTINAS

Aktienmarkt ohne Orientierung

Der Rosenmontag kostete Geschäftsvolumen

DW. – Am Aktienmarkt konnte sich am Rosenmontag keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Darüber herrschte deshalb Enttäuschung, weil die New Yorker Börse am Wochenende zu festen Kursen geschlossen hatte und angenommen worden war, daß dieser Funke auf die deutschen Märkte überspringen würde. Diese erwiesen sich aber durch die Karnevalsfeiern als stark gehemmt. Ausländer blieben den deutschen Börsen in der Annahme fern, Aufträge nicht ausgeführt zu bekommen. Dennoch gab es in einzelnen Papieren steigende Kurse, oftmals angeregt durch Kaufempfehlungen der Banken oder Informationsdienste.

Bei AEG wurden die Meinungskäufe fortgesetzt. Fester schlossen Dresdner Bank, wo das Rätselraten über die für 1983 zu erwartende Dividende anhält. Zahlt die Dresdner Bank mehr als die Commerzbank? Das ist zur Zeit die Preisfrage. Neu aufgenommen wurden die Meinungskäufe bei Contigummi. Hier erwartet man Anregungen von den Zahlen, die demnächst über das Jahr 1983 bekanntgegeben werden sollen. Der Handel in KHD-Aktien wird weiterhin angeregt durch den jüngsten Aktionärsbrief. Bei IWKA gingen die Meinungskäufe weiter. Rückschläge erlitten erneut Daimler und Mercedes.

Düsseldorf: Börse wegen Rosenmontag geschlossen.

Frankfurt: Freundlich bis fest waren Versicherungen. Bei doppelter Plusankündigung wurden Deutsche Conti-Rück-Namensaktien heraufgesetzt. Ebenfalls bei doppelter Plusankündigung stiegen Hindr. Auff. Verbessern konnten sich ebenfalls Stolberger Zink, Flachglas und Hochtief. Nachgebende Tendenz bei Cassella.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 3 DM auf 345 DM ab, Triton gaben auf 136 DM minus 3,80 DM und Reichelt nach anfangs 132 DM auf 130 DM minus 2 DM nach. Versorgungspapiere blieben nahezu unverändert. So HEW bei 100 DM und NWK-Vz. bei 180 DM. Phoenix Gummi gaben leicht auf 147 DM minus 0,80 DM nach.

München: Agrob St. erhöhten sich um 5 DM auf 325 DM, Augsburger Kammgarn stiegen um 1,50 DM auf 116 DM, und Etienne Aigner verbesserten sich um 4 DM auf 292 DM. Hutschenreuther sanken um 3,50 DM, und Zahnräder Renk mußten eine Einbuße von 1,50 DM auf 247 DM hinnehmen.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin büßten 6 DM, DUB-Schultheiss 4 DM und Kempinski 3 DM ein. Berliner Kindl, Bertbold und DeTeWe mußten um je 2 DM zurückgenommen werden. Herlitz Stämme bröckelten um 1,50 DM ab.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 5. 3.: 151,5 (151,8); WELT-Umsatzindex vom 5. 3.: 1460 (2175)

	5. 3.	2. 3.
7,25 Bank Tokyo 83	100	100,1G
7,25 Banque Exterieure 78	99,5G	99,5G
7,75 Banque Indos 83	99,2	98,9G

Ausland

New York

	5. 3.	2. 3.
Alcan Aluminium	33,625	33,635
Allied Chemical	48	49
Alcoa	37,75	37,75
AMR Corp.	31,375	32,125
Am. Cyanamid	46,25	46,125
Amax	27,25	26,625
Am. Express	29,75	30
Am. Motors	5,75	5,75
Am. Tel. & Telegr.	17,625	17,25
Asarco	34	33,75
Atlantic Richfield	43,25	44,125
Avon Products	23,375	23,50
Bally	15,50	15,625
Bk. of America	20,625	20,50
Bethlehem Steel	25,75	25,625
Black & Decker	23,75	24,125
Boeing	41,75	42,625
Brunswick	25,75	26,25
Burroughs	45,625	45,75
Caterpillar	45,125	45,375
Celanese	68,75	68,875
City Investing	34,125	34,75
Chase Manhattan	51,25	51,125
Chrysler	27,50	28,25
Citicorp	36,875	37
Clorox	26,50	27
Coca Cola	53,25	53,625
Colgate	22,75	23
Comm. Edison	23,625	23,75
Comm. Satellite	25,75	27
Continental Group	48,25	49,125
Control Data	36,25	36,75
CPC Int.	36,375	36,375
Curtiss Wright	43	42,75
Deere	34,125	34,25
Delta Airlines	35	35,625
Digital Equipm.	–	86,875
Dow Chemical	28,75	29
Du Pont	46,875	47,875
Eastern Gas-Fuel	21,75	22,125
Eastman Kodak	68,25	67,50
Exxon	38,375	39
Fabergé	30	30,125
Firestone	17,125	17,25
Fluor	20,625	20,875
Ford	39	39,125
Foster Wheeler	14	14
Fruehauf	39	40,25
GAF Corp.	15,75	15,875
General Dynamics	44,75	45,75
General Electric	51,75	52,25
General Foods	48,875	48,875
General Motors	69,375	70,125
Gen. T. & E.	39,25	39,125
Goodyeartire	27	27,50
Goodrich	31,75	31,75
Grace	39,50	39,625
Gulf Oil	70,875	69,25
Halliburton	37,75	38,125
Hewlett Packard	36,25	36,50
Homestake	36,125	34,875
Honeywell	54	54,375
IBM	111	111,875
Int. Harvester	10,875	11,125
Int. Paper	51,375	51
Int. Tel. & Tel.	40,25	41
Int. North. Inc.	38,25	38,25
Jim Walter	33,25	33
J. P. Morgan	71,50	71,50
TV Corp.	16,625	16,75
Litton Industries	60,75	60,875
Lockheed Corp.	34,25	35,375
Loew's Corp.	196	201,25
Lone Star	25,50	25,25
Louisiana Land	32	33,625
Mc Dermott	28,875	29,125
Mc Donnell Doug.	54,25	55,50
Merck & Co.	95	96
Merrill Lynch	27	27,25
Mesa Petroleum	17,875	18,125
MGM (Film)	14	14,125
Minnesota M.	76,75	77,25
Mobil Oil	30,875	31,625
Monsanto	87,25	87,875
National Gypsum	36,125	36,75
Nat. Semiconductor	14	14,25
National Steel	29	29,25
NCR	107,875	110,375
Newmont	54,25	53,75
PanAm World	6,75	7
Pfizer	37,875	38,50
Phibro	29,125	29,50
Phillips Petroleum	40,875	42,875
Philip Morris	69,25	69,75
Pittston	14,25	14,25
Polaroid	28,875	29,25
Prime Computer	18,75	18,75
Procter & Gamble	46,375	46,375
RCA	32	31,75
Revlon	29,625	30,375
Reynolds Ind.	58,625	59,50
Rockwell Int.	26,875	26,25
Rorer Group	28,25	28,375
Schlumberger	47,625	48,375
Sears, Roebuck	34,75	35,25
Shell Oil	57,625	58
Singer	21,875	21,50
Sperry Corp.	41,625	41,625
Stand. Oil Calif.	35,75	35,75
Stand. Oil Indiana	52,875	54,625
Storage Techn.	12,875	12,75
Superior Oil	40,625	40,625
Tandy	31,875	31,50
Teledyne	166,375	165,75
Telex Corp.	21,25	22
Tesoro	16	16
Texaco	44,625	47
Texas Instrum.	129,50	130,375
Tosco	4	4,125
Transamerica	23,25	23,75
Travellers	32,50	32,375
Trans World Corp.	27,125	27,75
UAL	30,375	31,125
Union Carbide	55,125	55,125
Union Oil of Calif.	34,75	38,125
United Technologies	60,625	60,375
US Steel	27,50	27,75
Westinghouse El.	46,75	46,625
Weyerhaeuser	29,625	29,75
Whittaker	20,75	20,75
Wyly	9,25	9,25
Woolworth	32	32
Xerox	40,50	41
Zenith Radio	27,875	27,25
Dow Jones Index	1165,20	1171,48
Stand. & Poors	157,89	159,24

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	5. 3.	2. 3.
Abitibi Price	25,25	–
Alcan Alu.	42,125	41,875
Bk. of Montreal	26,875	26,75
Bk. of Nova Scotia	13,50	13,25
Bell Cdn. Enterpr.	31,875	31,50
Bluesky Oil	4,30	4,20
Bow Valley Ind.	24,875	25
Brenda Mines	15	15,125
Brunswick M. & Sm.	19,375	19,375
Cdn. Imperial Bk.	29,50	30,125
Cdn. Pacific Ltd.	45,50	45,75
Cdn. Pacif. Enterpr.	21,75	22,25
Cominco	55,50	56,25
Conwest Res.	4,05	4,10
Denison Mines	18,125	18,625
Dome Petroleum	4,25	4,25
Domtar	32,875	32,125
Falconbridge Ltd.	65	64,75
Great Lakes Forest	84	–
Gulf Canada	19	18,75
Gulfstream Res.	0,94	0,98
Hiram Walker Res.	25,25	25,375
Hudson Bay Mng.Sp.	14	13,75
Husky Oil	10,75	10,625
Imperial Oil -A-	37,625	37,875
Inland Nat. Gas	15,25	15,125
Inco	17,25	17,25
Inter City Gas Ltd.	10,75	11
Interprov. Pipeline	29	28,875
Kerr Addison	19,25	18,25
Lac Minerals	37	35,625
Massey Ferguson	4,60	4,56
Moore Corp.	47,625	47,75
Noranda Mines	24	23,50
Norcen Energy Res.	17,25	17
Northgate Expl.	6,50	6
Northern Telecom.	44	44,625
Nova -A-	6,875	6,875
Oakwood Petrol	8,25	8,75
Revenue Prop. -A-	1,85	1,85
Rio Algom Mines	18,125	17,50
Royal Bk. of Can.	32,125	32,375
Seagram	44,25	44,25
Shell Canada	25,625	25,625
Sherritt Gordon	10,50	10,50
Stelco -A-	27,50	27,50
TransCdn. PipeLines	16,625	16,75
Westcoast Transm.	14,75	14,625
Index: TSE 300	2433,0	2425,1

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	5. 3.	2. 3.
All. Lyons	153	157
Anglo Am. Corp. $	28	19,25
Anglo Am. Gold $	132,25	128,75
Babcock Int.	172	171
Barclays Bank	519	522
Beecham	325	331
Bowater	249	255
B. A. T. Industries	190	188
Br. Leyland	43	45
British Petroleum	438	443
Burmah Oil	181	184
Cadbury Schweppes	129	129
Charter Cons.	238	228
Cons. Gold. Fields	607	594
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	133	135
De Beers $	9,10	8,87
Distillers	257	256
Driefontein $	41,12	38,62
Dunlop	43	42
Free St. Geduld $	47,75	45,25
General Electric	185	186
Guinness	147	147
Hawker Siddeley	398	398
ICI	588	588
ICL Ltd.	73	72
Imperial Group	141	140
Lloyds Bank	582	549
Lonrho	145	145
Marks & Spencer	234	233
Midland Bank	387	384
Nat. Westminster	694	709
Plessey	217	220
Reckitt & Colman	438	435
Rio Tinto-Zinc	667	662
Rustenburg Plat. $	12,75	12,5
Shell Transp.	655	660
Thorn Emi	651	644
TI Group	248	248
Unilever	945	–
Vickers	161	157
Woolworth	425	418
Financial Times	–	836,00

Mailand

	5. 3.	2. 3.
Bastogi	155	155
Breda	4099	4099
Centrale	1691	1691
Farmitalia C. Erba	10580	10580
Fiat	4520	4520
Fiat Vz.	3340	3340
Finsider A	42,5	–
Generali	38200	38200
Gruppo Lepetit	26050	26050
IFI Vz.	5986	5986
Italcementi	48495	48495
Italgas	942	942
Magneti Marelli	1120	1120
Mediobanca	62000	62000
Mondadori	2100	2100
Montedison	227,5	227,5
Olivetti Vz.	4194	4194
dgl. St.	4330	4330
Pirelli SpA	1754	1754
Rinascente	475	475
RAS	58850	58850
S. A. I.	12800	12800
SIP	2040	2040
Snia Viscosa	1571	1571
STET	2140	2140
Index	222,48	221,95

Amsterdam

	5. 3.	2. 3.
ACF Holding	182	182
Aegon	127	128,6
Akzo	105	104,2
Alg. Bk. Nederl.	389	400
Amev	158	156,8
Amro Bank	72,8	75
Berkel's Patent	39	41
Bijenkorf	37,5	36
Credit Lyonnais Bk. N.	55	54,2
Lucas Bols	99	99
Bredero	198	197
Bührmann	67,8	68,5
Desseaux	72,9	70,2
Fokker	55	54,5
Gist Brocades	144	142,5
Océ-v. d. Grinten	243	243
Hoogovens	48,2	47,5
Heineken Bierbr.	138,5	138
KLM	175,5	173
Kon. Hoogoven	49,8	48,5
Nationale Ned.	219,5	219
Ned. Lloyd Groep	113,5	114,2
van Ommeren	29	29,4
Pakhoed	68	67
Philips	44,4	46,3
Rijn-Schelde	4,11	4,11
Robeco	332	326
Rolinco	315,2	309,5
Royal Dutch	156,1	156,3
Unilever	248	246
Ver. Masch.	100	99
Volker Stevin	36,7	36,5
Westland Utr. Hyp.	94	–
Index: ANP/CBS	132,50	132,00

Wien

	5. 3.	2. 3.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	215	215
Gösser-Brauerei	327	327
Länderbank Vz.	214	214
Österr. Brau AG	297	298
Perlmooser	328	327
Reininghaus	380	380
Schwechater Br.	159	158
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	155	155
Universale Hoch Tief	206	–
Veitscher Magnesit	213	211
Index	55,28	55,25

Tokio

	5. 3.	2. 3.
Alps	2840	2730
Bank of Tokyo	404	366
Banyu Pharma	921	905
Bridgestone Tire	563	540
Canon	1420	1410
Daikin Kogyo	398	381
Daiwa Sec.	477	477
Daiwa House	499	500
Desi	1220	1180
Fuji Bank	810	780
Fuji Photo	2190	2140
Hitachi	865	843
Honda	1040	1020
Ikegai Iron	296	285
Kansai El. P.	1320	1260
Kao Soap	690	695
Kirin Brewery	549	540
Komatsu	485	485
Kubota Iron	324	316
Matsushita El. Ind.	1880	1820
Matsushita El. Wks.	700	675
Mitsubishi El.	400	395
Mitsubishi H. I.	245	241
Nikko Sec.	431	430
Nippon El.	1380	1340
Nippon St.	175	164
Nomura Sec.	718	708
Pioneer	3420	3370
Ricoh	1070	1040
Sankyo	668	669
Sanyo Electric	535	530
Sharp	1270	1280
Sony	3480	3400
Sumitomo Bank	905	895
Sumitomo Marine	295	295
Takeda Chem.	710	709
Teijin	376	366
Tokio Marine	541	555
Tokyo El. Power	1330	1280
Toray	397	394
Toyota Motor	1300	1290
Index	787,41	775,37

Kopenhagen

	5. 3.	2. 3.
Den Danske Bank	280	283
Jyske Bank	578	545
Kopenh. Handelsbk.	247	246
Novo Industri	2690	2625
Privatbanken	278	277
Ostasiat. Komp.	196	195
Dan. Sukkerfabr.	665	665
For. Bryggerier St.	855	850
Kgl. Porc. Fabr.	410	410

Zürich

	5. 3.	2. 3.
Alusuisse	863	865
dgl. NA	288	288
Bank Leu	4340	4320
Brown Boveri	1450	1450
Ciba Geigy Inh.	2260	2260
Ciba Geigy Part.	1760	1788
Elektr. Watt	2710	2710
Fischer Inh.	656	670
Globus Part.	510	525
H. La Roche 1/10	10175	10175
Holderbank	735	735
Jacobs Suchard Inh.	6625	6680
Italo-Suisse	167	167
Jelmoli	1780	1810
Landis Gyr	1400	1400
Mövenpick Inh.	3775	3750
Motor Columbus	765	765
Nestlé Inh.	4790	–
Oerlikon-Bührle	1305	1310
Sandoz NA	2410	2418
Sandoz Inh.	6950	6900
Sandoz Part.	1040	1040
Saurer	181	182
Schw. Bankges.	3540	3520
Schw. Bankverein	347	346
Schw. Kredit	2355	2355
Schw. Rückv. Inh.	7850	7825
Schw. Volksb. Inh.	1495	1495
Sika -B-	2825	2800
Sulzer Partizip	288	289
Swissair	1050	1045
dgl. NA	833	828
Winterthur Inh.	3300	3280
Winterthur Part.	2950	2925
Zür. Vers. Inh.	17850	17550
Ind.: Schw. Kred.	307,80	308,50

Brüssel

	5. 3.	2. 3.
Arbed	1458	1448
Brux. Lambert	2400	2390
Cockerill Ougrée	225	210
Ebes	2545	2525
Gevaert	3000	3000
Kreditbank	–	4900
Pétrofina	7340	7060
Soc. Gén. d. Belg.	1760	1720
Sofina	5620	5570
Solvay	3720	3725
UCB	4595	4560
Index	142,29	140,41

Madrid

	5. 3.	2. 3.
Banco de Bilbao	Geschlossen	285
Banco Central		333
Banco Hisp. Am.		248
Banco Popular		296
Banco de Santander		296
Banco de Urquijo		–
Banco de Vizcaya		377
Cros		31,5
Dragados		147
El Aguila		190
Fenix		385
Fecsa		–
Galerias Prec.		–
Hidroelectr. Esp.		54
Iberduero		58,25
S. E. A. T.		33,5
Sevillana de El.		43,75
Telefonica		80,5
Union Electrica		44,5
Urbis		–
Vallehermoso		53,75
Index		119,62

Hongkong

	5. 3.	2. 3.
China Light + P.	13,00	13,00
Hongkong Land	3,95	3,77
Hongk. + Sh. Bk.	9,00	8,80
Hongk. Teleph.	45,25	45,25
Hutch. Whampoa	17,50	16,90
Jard. Matheson	12,90	12,10
Swire Pac. + A +	17,80	17,70
Wheelock + A +	3,80	3,65

Singapur

	5. 3.	2. 3.
Cycle + Car.	–	4,62
Cold Storage	4,62	4,62
Dev. Bk. of Sing.	10,00	10,10
Fraser + Neave	6,35	6,45
Kl. Kepong	3,00	3,00
Mal. Banking	10,00	9,95
Nat. Iron	5,65	5,60
OCBC	11,10	11,10
Sime Darby	2,46	2,44
Singapur Land	5,85	5,90
Un. Overs. Bank	5,65	5,65

Paris

	5. 3.	2. 3.
Air Liquide	538	539
Alsthom Atlant.	191,8	187,9
Beghin-Say	283	290,9
BSN-Gerv.-Danone	2555	2501
Carrefour	1550	1535
Club Méditerranée	849	841
C. F. P.	225	217
Elf-Aquitaine	225	229,5
Gal. Lafayette	172,5	175
Hachette	1355	1340
Imetal	78	80
Lafarge	327	327
Locafrance	308	307
Machines Bull	32	35
Michelin	900	910
Moët-Hennessy	1458	1453
Moulinex	94	92,5
L'Oréal	2248	2220
Penarroya	59,8	59,3
Pernod-Ricard	705	698
Perrier (Source)	525	515
Peugeot-Citroën	231,5	234
Printemps	140	141
Radio Techn.	371	371
Redoute à Roubaix	1052	1049
Schneider	120	123,5
Sommer Allibert	405	406
Thomson C. S. F	316	322
Usinor	1,11	1,11
Index: INSEE	105,4	104,6

Sydney

	5. 3.	2. 3.
ACI	1,80	1,82
Ampol. Explor.	4,35	4,30
Bk. New S. Wales	3,68	3,62
Bridge Oil	3,20	3,15
Brok. Hill. Prop.	13,20	13,15
Coles	3,72	3,66
CRA	5,48	5,36
CSR (Thelss)	3,72	3,60
Metals Expl.	0,78	0,74
MIM-Holdings	3,45	3,32
Myer Emporium	1,82	1,82
North Broken Hill	2,70	2,65
Oakbridge	0,90	0,86
Peko Wallsend	5,70	5,50
Poseidon	4,95	4,60
Thomas Nat. Tr.	2,00	2,08
Waltons Bond	0,51	0,51
Western Mining	4,12	3,95
Woodside Petr.	0,95	0,95
Index	735,10	726,30

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 5. 3.: 672 Optionen = 33 400 (35 050) Aktien, davon 137 Verkaufsoptionen = 6950 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-75/26, 4-80/21, 4-95/9,8, 4-100/5,6, 7-90/17, 7-100/11, 7-120/5, 10-100/17, 10-110/11, 10-120/6,6, BASF 4-160/10,65, 4-170/5,4, 7-170/13,8, 7-180/7,55, 10-190/9,4, 10-210/4,4, Bayer 4-180/3,5, 4-190/1, 7-170/15,3, 7-180/10, 10-170/20,8, 10-190/13,5, BMW 7-450/13, Bay. Vereinsbank 7-360/15, Commerzbk. 4-170/17, 4-180/4,5, 4-200/2,2, 7-180/18,1, 7-190/12, 7-200/8,5, 7-210/5, 10-190/14,6, 10-230/4, Conti 4-11/23, 4-113,7/19,9, 4-130/8,4, 4-140/1,9, 4-150/1,6, 7-130/13,3, 7-140/8, 7-150/4,6, 10-130/18,4, 10-150/8,8, Daimler 4-640/18,4, Dt. Babcock St. 7-190/7, 10-190/10,4, Dt. Bk. 4-380/14,6, 7-400/19,5, 7-430/7, Dresdner Bk. 4-180/6, 4-190/3,15, 7-180/13,4, 7-190/9, 7-210/3,8, 10-180/15,6, Hoechst 4-180/7, 7-180/13,5, 7-200/5, 7-210/3,4, Hoesch 7-100/24, 7-130/7,8, 10-130/10, 10-140/6,5, Klöckner 4-70/4, 7-60/14, 7-65/9,4, 7-70/7, Mercedes 7-540/17, Mannesmann 4-140/7, 4-150/2,5, 7-140/14, 7-150/8,4, 10-160/10, Preussag 4-280/6, RWE St. 4-170/4, Schering 7-350/15, Kali & Salz 7-200/14, Siemens 4-350/49, 4-420/5,6, 4-430/3,5, 7-420/13,5, 7-430/10, Thyssen 7-90/8, 7-95/6,4, 10-90/11,5, 10-95/9,4, 10-100/6, Veba 4-180/4,2, 7-180/9,8, 7-190/5,5, 10-170/21, 10-180/15,6, 10-200/6,6, VW 4-210/10,6, 4-220/6, 7-220/15, 7-230/11,4, 7-240/6,5, 10-230/21, Chrysler 7-80/5,9, Elf 7-75/7,8, IBM 7-310/23, Philips 4-40/2,6, 7-40/4,6, 7-45/2,85, Royal Dutch 10-140/12,35, Verkaufsoptionen: AEG 4-90/1,65, 4-100/5,5, 7-85/2, 7-90/2,6, 7-95/5, 7-100/8,5, 10-85/2,4, 10-90/4,9, 10-95/6, BASF 7-170/3,5, 10-170/5,4, BBC 7-230/7,5, BMW 4-410/4,5, 4-420/9,9, Commerzbk. 4-180/2, 7-180/3,9, Conti 4-130/1,5, 4-140/8,6, 7-130/3, 10-130/4,5, Daimler 7-580/9,4, Dt. Babcock VZ 4-170/6, Deutsche Bk. 4-380/5, 7-380/9,7, Dresdner Bk. 7-180/6, 10-180/6,5, Hoechst 7-180/5, Hoesch 10-110/2, Klöckner 4-65/2, 4-70/3,75, Mannesmann 4-150/6, 7-150/8,15, Preussag 4-280/9, RWE St. 7-170/6, Siemens 4-380/2,4, 7-400/13, Thyssen 4-95/5,6, Veba 7-170/3, VW 7-200/3,4, 7-210/6,7, 10-190/3, 10-200/5,5, Chrysler 10-70/5,4, Elf 7-75/4,8, IBM 7-290/15, Philips 10-40/3,35, Sperry 4-110/4,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5½–5⅞	3⅛–3⅜
3 Monate	10 –10¼	5⅝–5⅞	3½–3¾
6 Monate	10¼–10½	5¾–6	3¾–4
12 Monate	10¾–11	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1685,00	2012,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1158,00	1456,92
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	649,80
1 £Sovereign alt	242,00	298,68
1 £Sovereign Elizabeth II.	236,00	291,84
20 belgische Franken	185,00	240,54
10 Rubel Tscherwonez	256,00	319,20
2 südafrikanische Rand	237,00	291,84
Krüger Rand, neu	1061,00	1249,44
Maple Leaf	1061,00	1249,44
Platin Noble Man	1091,00	1283,64
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	262,00	326,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	202,00	254,22
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	980,00	1181,04
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	464,00	568,86
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

5. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,5669	2,5749	2,5428	2,53	2,62
London¹)	3,816	3,830	3,782	3,77	3,92
Dublin¹)	3,064	3,078	3,021	2,96	3,11
Montreal³)	2,0515	2,0595	2,0330	2,01	2,10
Amsterd.	88,405	88,715	88,54	87,50	89,50
Zürich	121,100	121,300	121,30	120,00	122,75
Brüssel	4,874	4,894	4,794	4,64	4,84
Paris	32,375	32,535	31,58	31,50	33,25
Kopenh.	27,170	27,290	26,93	26,25	28,25
Oslo	34,500	34,620	33,93	33,50	35,25
Stockh.**)	33,220	33,380	32,90	32,25	34,00
Mailand²) **)	1,599	1,609	1,559	1,57	1,67
Wien	14,156	14,196	14,154	14,09	14,31
Madrid**)	1,729	1,739	1,678	1,68	1,81
Lissabon**)	1,980	2,000	1,875	1,80	2,40
Tokio	1,1460	1,1490	–	1,10	1,18
Helsinki	46,040	46,240	44,82	45,25	47,00
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	–	–	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	–	–	–	2,20	2,50
Johannesbg.*)	–	–	–	1,90	2,20

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der amtliche Mittelkurs für den US-Dollar lag zum Wochenbeginn mit 2,5709 erneut schwächer. Im Interbankenhandel wurde er tiefst mit 2,5850 gehandelt. Der Druck auf den Dollarkurs ging im Wesentlichen auf eine Sonderbewegung des Dollar/Fanken und Dollar/Yen zurück. Dies drückt sich auch in einer kräftigen Erholung dieser beiden Währungen gegenüber der D-Mark aus, dabei notierte der Scheizer Franken um 1,66 DM fester mit 121,20 und der japanische Yen legte 3,85 Pf zu auf 1,1475. Einen neuen absoluten Tiefstkurs verzeichnete die dänische Krone mit 27,23. Die übrigen EWS-Währungen konnten sich dagegen geringfügig befestigen. Das britische Pfund notierte unverändert mit 3,823. US-Dollar in: Amsterdam 2,9005; Brüssel 52,60; Paris 7,9205; Mailand 1602,50; Wien 1822,80; Zürich 2,1212; Ir. Pfund/DM 3,071; Pfund/Dollar 1,4870; Pfund/DM 3,823.

Ostmarkkurs am 5. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei unverändert ruhigem Geschäftsverlauf waren am 5. März nur geringe Abweichungen zu verzeichnen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,04/0,94	2,88/2,73	5,72/5,52
Pfund/Dollar	0,107/0,117	0,41/0,44	1,01/1,05
Pfund/DM	1,90/0,50	3,70/2,30	6,50/5,10
FF/DM	32/16	85/60	160/144

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 3.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 5. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,71, 2 Jahre 6,84. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

Renten gut behauptet

Am Rentenmarkt kam die Kaufwelle der Ausländer zunächst zum Erliegen. Dennoch blieben die Kurse der öffentlichen Anleihen gut behauptet, in Einzelfällen gab es sogar noch Kursbesserungen bis zu 0,30 Prozentpunkte. Die deutschen Anleger hielten sich weiterhin zurück. Sie hoffen schon bald wieder mit höheren Renditen zum Zuge zu kommen. Bei den DM-Auslandsanleihen war das Kursbild nicht ganz einheitlich – zurückzuführen auf die um sich greifende Geschäftslosigkeit. Pfandbriefe lagen überwiegend gut behauptet. Aber auch hier hielt sich der Materialabfluß in engen Grenzen.

Bundesanleihen

			5. 3.	2. 3.
F	4 Abl. 57*	4/84	100,1G	100,15G
	7½ Bund 78 II	4/84	100,1	100,15
	5 dgl. 78	5/84	99,85G	99,85G
	6 dgl. 78 III	9/84	100,05	100,05
	8¼ dgl. 76	9/84	101G	101G
	6 dgl. 78 IV	12/84	100	100
	6¼ dgl. 79	1/85	100	100
	8½ dgl. 73 I	3/85	102,05	102,05
	7 dgl. 79	4/85	100,8	100,8
	7¼ dgl. 79 II	6/85	101	101
	7¾ dgl. 79 I	7/85	101,75	101,75G
	8 dgl. 75 IV	10/85	102,1	102,1
	5½ dgl. 78 II	3/86	98,05	97,75
	5¾ dgl. 78	5/86	97,8	97,8
	7¼ dgl. 76 I	12/86	100,5	100,5
	6½ dgl. 79	1/87	99,1	99,1
	7½ dgl. 78 II	1/87	100,4	100,4
	6¾ dgl. 77	4/87	99,1	99,1
	6½ dgl. 77	7/87	98,3	98,3
	6 dgl. 77	10/87	96,5	96,5
	6 dgl. 78 I	1/88	95,95	95,75bG
	6½ dgl. 78 I	9/88	96,75bG	96,35
	6½ dgl. 78 II	12/88	96,85	96,7
	6¾ dgl. 79	1/89	97,35	97,1bG
	7¼ dgl. 79 I	4/89	98,85	98,7bG
	10 dgl. 81	4/89	108,6	108,6
	7½ dgl. 79 I	6/89	99,6	99,5
	8 dgl. 79 I	7/89	101	100,9
	8 dgl. 79 II	8/89	101	101
	7½ dgl. 79 II	9/89	99,6	99,55
	7¾ dgl. 79 II	11/89	100,45	100,45
	7¾ dgl. 80 I	1/90	100,5	100,4
	10 dgl. 80	4/90	109,5	109,5
	5¾ dgl. 78	5/90	92,1	92
	8¼ dgl. 80 I	7/90	102,35	102,25bG
	8¼ dgl. 80 II	11/90	102,3	102,25bG
	7¾ dgl. 82	11/90	100,2	100,05

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

WAS IKEA MIT DER GÜTERBAHN MACHT, IST EINFACH UNMÖGLICH.

Vor knapp zehn Jahren eröffnete IKEA sein erstes ‚unmögliches Möbelhaus' in Deutschland.

Und die Idee war ebenso neu wie erfolgreich: Möbel, die man nicht fertig, sondern in Einzelteilen kauft. Und sich zu Hause selbst zusammenbaut.

So weit, so gut. Bloß eins war vor dem Verkaufen noch zu klären. Nämlich wie all die handlich verpackten Teile in die



Im Katalog ist alles drin, was mit der Güterbahn zu IKEA kommt.

Bundesrepublik kommen sollten. Denn IKEA produziert nicht in, sondern rund um Deutschland.

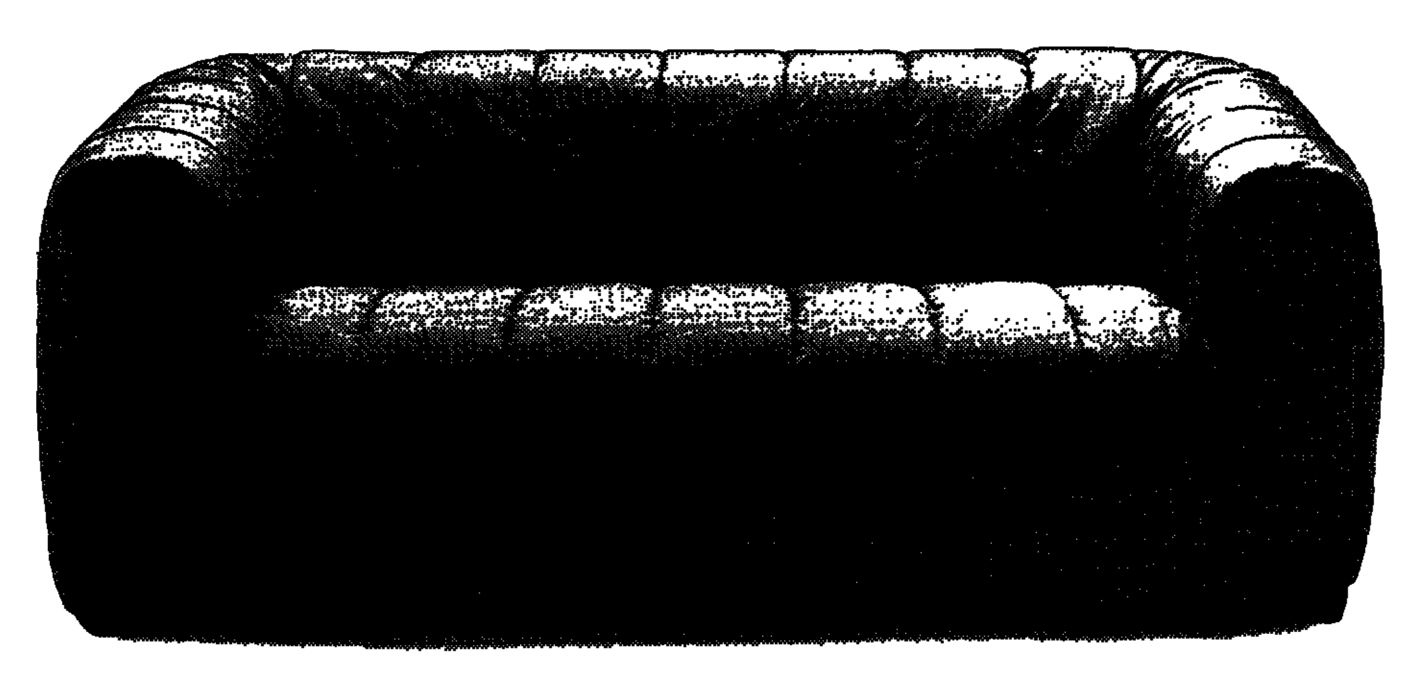
Also machten sich die Schweden gleich auf die Suche nach einem zuverlässigen Partner für ihre Transporte. Besonders wichtig war ihnen dabei, daß dem Partner nicht so bald die Puste ausgehen sollte. Schließlich erwartete IKEA eine stürmische, weil sorgsam geplante Entwicklung. Damals machte die Güterbahn klar das Rennen – und das zahlt sich heute noch aus.

WARUM IKEA IMMER BESSER MIT DER GÜTERBAHN FÄHRT

Mittlerweile gibt es schon 16 IKEA-Möbelhäuser und einen ebenso gut florierenden Direktversand, die jeweils rund 12.000 verschiedene Artikel anbieten. Vom Kleiderschrank zur Kerze und vom Bilderrahmen zum Bett.

Gut, daß die Güterbahn für den gesamten Transport verantwortlich ist. Denn auf der Schiene ist alles pünktlich dort, wo es sein soll. Darauf achtet übrigens die IKEA Lager- und Service GmbH, die alle Transporte und deren Verteilung auf die Verkaufshäuser überwacht.

Keine Frage, daß die Güterbahn direkt zu ihr ins Haus kommt. Beziehungsweise in die Lagerhallen. Und zwar über einen



Sofas mit der Güterbahn sind nicht nur für IKEA eine bequeme Sache.

Für IKEA geht die Güterbahn auch auf die Straße.

Gleisanschluß, an dem Tag für Tag bis zu 50 Güterwagen abgefertigt werden können.

WAS IKEA UND DIE GÜTERBAHN UNTER GUTER ZUSAMMENARBEIT VERSTEHEN

Bei der Planung dieser riesigen Anlage waren die Kunden- und Logistikberater der Güterbahn natürlich gleich mit dabei. Und heute zeigt sich, was IKEA davon hat: eine schnelle und absolut problemlose Abwicklung der ganzen Transporte.

Und das gilt für den Direktversand des Unternehmens genauso. Er ist ebenfalls an das



Der DB-Computer sorgt dafür, daß es zwischen IKEA und der Güterbahn läuft.

Schienennetz der Güterbahn angeschlossen und kann so dafür sorgen, daß bestellte Möbel auf dem schnellsten Weg zum Empfänger kommen. Als Stückgut mit der Güterbahn.

Lars-Eric Ekholm, Geschäftsführer der IKEA Versand GmbH in Löhne, weiß auch genau, warum er sich auf die Güterbahn verlassen kann: „Die steuern doch auch alles per EDV, genau wie wir. Klar, daß das dann perfekt klappt."

DIE GÜTERBAHN FÜHLT SICH AUCH AUF DER STRASSE ZU HAUSE

Nach soviel Lob liegt es nahe, daß sich die Güterbahn auch auf dem Rest der Strecke nicht ausruht. Denn IKEA erwartet natürlich, daß die Möbel pünktlich beim Besteller ankommen. Also werden sie nach Ankunft am Stückgutbahnhof auf dem schnellsten Weg hingebracht. Das macht der jeweilige DB-Stückgutunternehmer per LKW. Sie sehen, die Güterbahn ist vom Produzenten der Möbel bis hin zum Käufer in der Bundesrepublik mit von der Partie. Durch ein Konzept, das nicht nur individuell ist, sondern auch wesentlich mehr leistet als es IKEA kostet.



IKEA-Geschäftsführer Ekholm schickt die Güterbahn auch zu seinen Kunden nach Hause.

Mit diesem Konzept fährt aber nicht nur IKEA gut. Sondern vielleicht auch Ihr Unternehmen. Denn wir werden natürlich versuchen, auch für Sie Unmögliches möglich zu machen. Rufen Sie doch einfach einmal bei der Generalvertretung in Ihrer Nähe an, und sprechen Sie mit dem zuständigen Kundenberater. Sie werden schnell feststellen, daß es sich lohnt.

Beratung, Planung und Transport



B1/84

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee deutlich zulegen konnte, ging Kakao schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 3.	2. 3
März	345,00	340,50
Mai	349,00	342,00
Juli	339,00	333,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	5. 3.	2. 3.
St. Lawrence 1 CW	251,40	249,80
Amber Durum	227,94	236,55

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	132,00	131,50
Mai	136,00	135,10
Juli	138,50	139,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	132,60	132,80
Mai	125,80	126,40
Juli	123,10	124,00

Hafer Chicago (c/bush)	5. 3.	2. 3.
März	177,75	176,00
Mai	176,00	174,75
Juli	176,75	175,00

Mais Chicago (c/bush)		
März	336,25	334,25
Mai	338,50	335,75
Juli	336,75	334,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 3.	2. 3.
März	130,60	130,30
Mai	130,90	131,00
Juli	131,30	131,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	5. 3.	2. 3.
März	151,30	150,25
Mai	148,75	145,90
Juli	140,50	139,75

Kakao New York ($/t)	5. 3.	2. 3.
Terminkontr. März	2512	2540
Mai	24 20	2450
Juli	2405	2431
Umsatz	3856	5273

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	6,93	6,98
Juli	7,39	7,37
Sept.	7,75	7,84
Okt.	7,95	7,88
Jan.	8,50	8,45
Umsatz	6 035	6 998

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5. 3.	2. 3.
	6,35	unerh.

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	5. 3.	2. 3.
März	2185–2188	2172–2173
Mai	1988–1990	1981–1983
Juli	1891–1892	1893–1897
Umsatz	3910	4582

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1695-1700	1716–1719
Mai	1713–1714	1735–1738
Juli	1718–1720	1735–1738
Umsatz	4102	9468

Zucker London (£/t)		
März	–	–
Mai	–	120,80–121,00
Umsatz	–	1114

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 3.	2. 3.
schw. Sarawak spez.	380,00	380,00
weißer Sarawak	652,50	652,50
weißer Muntok	680,00	680,00

Orangensaft New York (c/lb)	5. 3.	2. 3.
März	163,25	163,80
Mai	160,80	163,00
Juli	160,40	161,90
Sept.	160,00	161,20
Okt.	158,50	159,10
Umsatz	1900	900

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	5. 3.	2. 3.
Südstaaten fob Werk	45,75	45,75

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,00	25,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	28,50	27,80
Mai	28,85	28,10
Juli	28,90	27,20
Aug.	28,10	26,30
Sept.	27,30	25,50
Okt.	26,35	25,15
Dez.	25,90	25,15

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	unerhältl.	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,50	28,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,50	20,25

Talg New York (c/lb)		
top white	19,00	19,00
fancy	18,50	18,50
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	46,65	45,45
Juni	53,70	53,00
Juli	54,85	54,25

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	61,35	60,90
Mai	62,80	62,50
Juli	63,95	63,55

Rinder Chicago (c/lb)	5. 3.	2. 3.
Ochsen slch. schwere River Northern	53,00	63,00
Kühe slch. schwere River Northern	57,00	57,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	769,00	759,00
Mai	784,00	776,00
Juli	795,00	787,00
Aug.	788,00	777,50
Sept.	757,00	748,00
Nov.	738,00	732,00
Jan.	751,50	743,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	198,40	201,00
Mai	203,60	206,00
Juli	207,70	210,20
Aug.	208,50	210,50
Sept.	205,50	205,50
Okt.	202,00	203,00
Dez.	204,00	204,30

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	5. 3.	2. 3.
März	358,50	358,50
Mai	382,00	384,00
Juli	389,00	388,50

Kokosöl New York (c/lb)	5. 3.	2. 3.
Westküste fob Werk	50,00	50,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	5. 3.	2. 3.
jegl. Herk. cif	1025,00	1025,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	510,00	490,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	940,00	900,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	200,50	201,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1140,00	1125,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	308,00	302,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	5. 3.	2. 3.
März	78,85	79,20
Mai	79,11	79,15
Juli	79,40	79,85
Okt.	76,21	76,15
Dez.	74,41	74,60
März	75,40	75,30

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1:	58,25	58,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	5. 3.	2. 3.
März	420–430	423–430
Mai	442–448	443–445
Aug.	468–469	471–472
Umsatz	139	112

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	5. 3.	2. 3.
März	unerh.	49,30
Mai	unerh.	49,20
Juli	unerh.	49,50
Okt.	unerh.	49,90
Umsatz	0	0
Tendenz:		stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	5. 3.	2. 3.
März	582,5–585,0	582,0–583,0
Mai	578,0–579,0	576,0–577,0
Juli	586,0–588,0	586,0–588,0
Umsatz	17	61

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	5. 3.	2. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	5. 3.	2. 3.
März	13 900	13 900
April	13 749	13 806

Kautschuk London (p/kg)	5. 3.	2. 3.
Nr. 1 RSS loco	81,50–83,00	81,00–83,00
April	80,50–82,00	80,00–82,00
Mai	81,30–83,50	80,50–82,00
April/Juni	81,20–82,00	80,30–81,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	5. 3.	2. 3.
März	261,00–261,50	261,50–262,50
April	266,75–268,00	268,00–268,50
Nr. 2 RSS März	257,00–258,00	–
Nr. 3 RSS März	252,00–253,00	–
Nr. 4 RSS März	245,00–246,00	–
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	5. 3.	2. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5. 3.	2. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	geschlossen	107,81–108,01
drittfolg. Monat	geschlossen	111,07–111,26
Zink: Basis London		
laufend. Monat	geschlossen	261,97–262,36
drittfolg. Monat	geschlossen	255,42–258,61
Produz.-Preis	geschl.	271,90
Reinzinn 99,9%	3519–3552	3582–3598

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 3.	2. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	–	379,17–381,08
Blei in Kabeln	–	115,50–116,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	5. 3.	2. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	374–379	371–375
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	414–423	411–421
MS 63	413	409–414

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	5. 3.	2. 3.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,16	29,20

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 3.	1. 3.
Leg. 225	452–453	452–458
Leg. 226	454–455	454–460
Leg. 231	484–485	484–490
Leg. 233	494–495	494–500

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 3.	2. 3.
Platin (DM je g)	38,40	38,40
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 950	33 450
Rücknahmepr.	33 200	32 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 020	33 260
Rücknahmepr.	33 480	32 830
verarbeitet	35 700	35 010
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 735	33 095
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	849,50	816,90
Rücknahmepr.	832,30	800,30
verarbeitet	887,20	853,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	5. 3.	2. 3.
London		
10.30	406,85	398,80
15.00	408,85	399,00
Zürich mittags	406,80–407,30	396,30–396,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 800	102 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	679,70	652,65
3 Monate	694,40	666,70
6 Monate	710,00	681,10
12 Monate	741,00	710,55
Platin (£-Feinunze) London	5. 3.	2. 3.
fr. Markt	276,35	273,75
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	109,00	107,15

New Yorker Preise	5. 3.	2. 3.
Gold H & H Ankauf	405,85	399,00
Silber H & H Ankauf	103,50	983,50
Platin fr. Händlerpr.	395,00–399,00	395,00–399,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	162,00–164,00	158,50–158,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1005,00	985,00
April	1013,20	997,20
Mai	1020,00	1000,00
Juli	1037,00	1020,00
Sept.	1059,00	1037,00
Dez.	1085,00	1068,00
Jan.	1093,30	1078,80
Umsatz	27 000	35 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	5. 3.	2. 3.
März	65,80	66,40
April	67,15	66,65
Mai	67,70	67,35
Juli	68,95	68,80
Sept.	70,35	69,80
Dez.	72,25	72,05
Jan.	72,90	72,60
Umsatz	8 500	13 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	5. 3.	2. 3.
Kasse	996,50–997,50	981,50–982,50
3 Monate	1020,5–1021,0	1005,0–1006,0
Blei (£/t) Kasse	295,50–296,00	284,50–285,00
3 Monate	303,50–304,00	293,00–293,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	993,00–993,50	977,00–978,00
3 Monate	1013,5–1014,0	997,00–997,50
abends Kasse	993,50–994,00	984,50–985,00
3 Monate	1014,0–1014,5	1004,0–1004,5
(Kupfer-Standard) Kasse	982,00–982,50	973,00–974,00
3 Monate	1002,0–1003,0	994,00–995,00
Zink (£/t) Kasse	678,00–680,00	682,00–683,00
3 Monate	658,00–657,00	667,00–668,00
Zinn (£/t) Kasse	8490–8495	8445–8450
3 Monate	8597–8598	8574–8578
Quecksilber ($/Fl.)	300–350	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	78–78	76–79

Zwangsversteigerung

eines Appartementhauses in 2252 St. Peter-Ording/Nordsee

– 6 K 117/83 – Am Mittwoch, 9. Mai 1984, 9.30 Uhr, versteigert das Amtsgericht Husum im Amtsgerichtsgebäude, Theodor-Storm-Straße 5, Saal 1, das im Grundbuch von St. Peter Blatt 2408 eingetragene 2106 m² große Hausgrundstück. Beschreibung: Appartementhaus mit 14 Appartements möbliert, Baujahr 1977, voll unterkellert. Kellergeschoß: Schwimmbad, Sauna, Solarium, Tischtennis-, Fitness- und Trimmräume. Die Appartements befinden sich im Erd- und Dachgeschoß. Isolierverglaste Fenster. Ölheizung mit 10 000-l-Erdtank. Eigentümer: Harald Klöckner, Hamburg; Lage: Theodor-Mommsen-Weg 6, 2252 St. Peter-Ording (Haus Vogelhub); Verkehrswert einschl. Inventar (Zubehör): 1 844 980,- DM. Auf die Veröffentlichung in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen wird hingewiesen. Bietungsinteressenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß u. U. Sicherheit zu leisten ist. Nähere Auskünfte erteilt das Gericht. Die Schätzungsunterlagen können bei Gericht eingesehen werden.

Amtsgericht Husum — Ost, Rechtspfleger



Der Uhu braucht unsere Hilfe

Infomappe für 3,50 DM (Briefmarken) anfordern! Aktion zur Wiedereinbürgerung des Uhus Hertzweg 13 5650 Solingen



Höflichkeit, Liebenswürdigkeit
im Umgang miteinander
im Bus, im Wartezimmer, im Theater,
in den Restaurants ist unmodern.

Man gibt sich cool und distanziert,
fordert aber eine humanere
Gesellschaft. Die brauchen wir wirklich.
Gehen wir aufeinander zu,
so oft es möglich ist.

Nur gemeinsam werden wir
die Zukunft gewinnen.



Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2 und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen" senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.
Aktion Gemeinsinn e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1



Der Große Panda braucht Ihre Hilfe

Ohne Sie und Ihre Hilfe haben der Große Panda und über 1700 weitere stark gefährdete Tierarten kaum eine Überlebenschance. Diesen Tieren und vielen Pflanzen doch noch eine Zukunft in freier Wildbahn zu geben, ist das Ziel des WWF (World Wildlife Fund). Doch Naturschutz kostet Geld. Viel Geld. Deshalb bitten wir Sie: Unterstützen Sie unsere Naturschutzprojekte, werden auch Sie förderndes Mitglied des WWF.

☐ Auch ich will den Panda-Bären vor der Ausrottung schützen. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationen über den WWF.
☐ Ich möchte Förderer für den Naturschutz werden. Mein jährlicher Beitrag für den WWF:

DM ____________

Name ____________

Straße ____________

PLZ/Ort ____________

WWF 1/82 e - Wam5

Umweltstiftung WWF-Deutschland, Sophienstraße 44, 6000 Frankfurt am Main 90 WWF

Das große farbige Spezialheft über die Olympischen Spiele

...mit dramatischen Farbreportagen, mit allen Ergebnissen, mit brisanten Hintergrundberichten. Eine bleibende Erinnerung an die Super-Schnee-Show von Sarajevo.

Holen Sie sich das neue Ski-Magazin bei Ihrem Zeitschriften-Händler für DM 5,-

Außerdem lesen Sie im März-Heft:
neue Mode, neue Ski, neue Stiefel, neue Bindungen von der Sportartikelmesse in München … Richtig Skifahren von Anfang an: Ski-Kurse mal ganz anders … Reisetips: sechs Ski-Orte, wo es sich noch gut urlauben läßt … und noch vieles mehr.



Wirtschaftspartner UNGARN

ist das Thema einer Sonderveröffentlichung am

30. März 1984

Informationen über Anzeigen erhalten Sie bei:

DIE WELT
Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1
2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 3 47 41 28 oder 3 47 44 40



HÖRZU
Gut gewählt!

Es macht Spaß zu helfen …



Frau Brigitte B., 46, Hausfrau, schrieb kürzlich: »Seit einem halben Jahr ist auch unsere Jüngste aus dem Haus. Es war plötzlich so leer … Ich hatte soviel Zeit. Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, bedrängte mich immer mehr … Aber dann, beinahe zufällig, erzählte mir eine Bekannte von ihrer Tätigkeit im Altenclub. Sie sei dort ‚ehrenamtlich' stundenweise an einigen Wochentagen oder am Wochenende. Und bald darauf arbeitete ich auch ‚ehrenamtlich' in einer Begegnungsstätte mit. Aber von wegen ‚Ehre'. Doch ich merkte: die älteren Menschen brauchen mich. Übrigens: ich profitiere auch davon. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Aber vor allem: es macht auch Spaß zu helfen.«

Übrigens: Wenn Sie uns schreiben, helfen wir Ihnen gerne, erste Kontakte zu finden.

Deutscher Evangelischer Verband für Altenhilfe im Diakonischen Werk der EKD, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Freier als Regisseur

P.Jo. – Peter Stein mag nicht mehr. Seit 1970 leitet er die Berliner „Schaubühne am Halleschen Ufer". An Lorbeeren für seine Arbeit hat es nicht gefehlt. Sozusagen als Lohn der guten Tat hat ihm der Berliner Senat den Mendelsohn-Bau am Kurfürstendamm in ein aufwendiges Theater umgebaut. Aber demnächst muß das „Theater am Lehniner Platz" nun ohne Peter Stein auskommen. „Ich bin am Boden angelangt", erklärte er. Zu seinem Entschluß sei er gekommen, weil es ihm nicht möglich sei, „das Gesicht dieses Theaters nach außen zu prägen und zu gestalten."

Der Fall ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Zum einen steht er für ein allgemeines Symptom der Theaterarbeit. Auch hier nimmt die Bürokratie ständig zu, nicht zuletzt wegen der immer stärker den künstlerischen Betrieb einengenden Arbeitszeitregelungen. Der Intendant hat deshalb eher ein Manager des Zeitbudgets als der Ideen zu sein. Deshalb ist Noelte z.B. nicht bereit, eine Theaterleitung zu übernehmen. Und daß sich derzeit das Intendantenkarussel zwischen Frankfurt, Köln, Wien und mehreren Provinzbühnen im Leerlauf dreht, weil die guten Regisseure die Intendantenstühle flüchten, hängt damit zusammen, daß Administratoren, nicht Anreger gefragt sind.

Die Mitbestimmungsmodelle für das Theater sind gescheitert. Sie haben immer nur funktioniert, solange sich ein starker eigenwilliger Theaterleiter durchzusetzen vermochte. Das war einst so, als Fassbinder ein Theater leitete, und das funktionierte ähnlich autoritär an der Schaubühne. Fassbinder und Stein ließen ihre Ensemblemitglieder reden und „mitbestimmen", setzten dann aber einen Punkt und sagten, was zu tun sei. Diese Methode erfordert viel Zeit und ein geduldiges Temperament. Und sie geht auf Kosten der künstlerischen Arbeit. Diesen hohen Tribut mag Peter Stein offenbar nicht mehr zahlen. Er setzt auf die Kunst. Und die läßt sich nur als Solist verwirklichen.

Christoph von Dohnanÿis Abschiedspremiere an der Hamburgischen Staatsoper: „Die Meistersinger", inszeniert von Wernicke

Wenn Wagners Festwiese zum Schuhkarton wird

Alles ist von Richard Wagner klug und klar vorgeschrieben. Mit den „Meistersingern von Nürnberg", dieser tönenden Stadttotale, jeder Bürger mit Herz und Zunge am rechten Fleck, hat es keine Schwierigkeiten. Man muß sie sich schon selbst machen.

Das gelang der Hamburgischen Staatsoper beinahe vollkommen – durch den inszenatorischen Ratschluß eines einzigen Mannes. Da mochten die singenden, klingenden Hundertschaften von Orchester, Chor und Solisten aufführen, was sie wollten: Der fünfeinhalbstündige Marsch in die wachsende Unlust war vorgeplant.

Als Pfadfinder ins Mißbehagen fungierte Herbert Wernicke. Ihm galt lautstark das feinste hanseatische Buh, hervorgestoßen selbst von Abendkleiddamen und Smokingherren, denen man ihre sonst guten Manieren schon auf große Entfernung ansieht. Sie ließen sie nun mit der gleichen Entschlossenheit fallen wie Wernicke Wagner. Was der inszeniert hatte, hieß: „Die Meistersinger". Nürnberg war gestrichen. Wohl weil Hans Sachs Schuhmacher ist, spielte sich die Handlung wie im Schuhkarton ab.

Als Einheitsbühnenbild eine Schachtel. In ihre Wände sind Türen und Fenster geschnitten, derart diskret übrigens, daß Stolzing und Sachs einmal in der eigenen Schusterstube den Ausgang nicht finden. Trotz splitternder Fingernägel bekommt der Junker die vermaledeite Tür nicht auf. Da jubiliert plötzlich momentweise waschechte komische Oper.

Unfreiwillig tragisch wird sie, wenn man gegen Ende des dritten Aktes spürt, daß Hans Sotin, der sonst ausgezeichnete Sachs, mit einer Indisposition zu kämpfen beginnt, die ihm offenbar schwer zu schaffen macht. Buchstäblich mit letzter Kraft bringt er seine Schlußansprache zu Ende, aber viel Ehre für die deutschen Meister legt er damit nicht ein.

Die „Meistersinger", wenn auch nicht von Nürnberg, so doch von Wernicke, spielen nicht in ihrer von Wagner genau gezeichneten historischen Umwelt, sondern in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts, wo sie in Wahrheit nichts zu suchen haben. Immerhin – in der Konfrontation von Sachs und Beckmesser am Ende der Singschule ließ Wernicke einige unterschwellige Bedrohungen aufkommen, hervorbrechend aus der Situation wie der unterschiedlichen Charaktere. Doch leider entwickelte sich daraus später nichts. Die Personenführung versandete kläglich.

Schon im zweiten Akt ist Wernicke vollauf damit beschäftigt, die Schwierigkeiten seines Frustrationsbühnenbildes zu überspielen. Dabei wird er immer unsicherer. Er läßt Beckmesser vor den Augen des edlen Hans Sachs vom Vierschrot-David an der Rampe bestialisch verprügeln. Im Versuch, den Stadtschreiber nicht zu denunzieren, sondern als eher tragische Figur herauszustellen, übersieht freilich Dieter Weller, daß man in der Oper nun einmal einen Charakter ersingen muß. Wellers Singen bleibt viel zu blaß, der Figur Autorität zu verleihen.

Im Prügelfugato läßt Wernicke alle Fenster aufspringen, aus ihnen Wasser auf die Streithähne im Nachthemd gießen. Derweil verwandelt ein einziger das turbulente Nachtstück in stillen Sieg: Matthias Hölle. Er zeigt als Nachtwächter an, welche Stunde geschlagen hat: nämlich die seine. Matthias Hölle singt sich mit der Nachtwächter-Miniatur in der deutschen Bassistenriege vor an die Spitze, ebenbürtig inzwischen Kurt Moll, der hier ebenfalls eine feine Leistung als Pogner bietet.

Die Festwiese findet, wie befürchtet, im Saale statt, auf Kunstrasen, vollgerammelt wie in jener Slapstick-Komödie, in der man in ein winziges Eisenbahnabteil drei Dutzend Menschen mit riesiger Bagage würgt, zu guterletzt auch noch einen Dicken mit einer Pauke vor dem Bauch. Wernicke nudelt die Szene derart mit Leibern, daß man um die Sauerstoffzufuhr zu fürchten beginnt, und vielleicht lag sogar Sotins Versagen am Ende in einem Anfall von inszenatorischer Klaustrophobie.

René Kollo indessen ließ sich's nicht verdrießen. Er sang im cremefarbenen Seidensakko seinen Junker, als habe der nie am stillen Herd zur Winterszeit ausgerechnet Walther von der Vogelweide studiert, sondern sei statt dessen in südlichen Gewässern gesegelt. Er ersang sich Ovationen für die markante Leichtigkeit seines Vortrags, seine leicht ironisch gefärbte Präsenz inmitten der kunstsinnigen Vereinsmeierei um sich her, die sich freilich mit den Stimmen von Peter Haage und Franz Grundheber sehr charaktervoll artikulierte.

Heinz Kruse als David wurde für seine Leistung noch auf der Bühne mit Recht zum Gesellen geschlagen. Zmum Meistersinger freilich fehlt seinem Tenor noch ein gutes Stück (in der Höhe). Marjana Lipovšek gab eine kernige Magdalene mit anmutigem Alt. Als Eva wies Beatrice Niehoff wieder einmal nach, daß es ausgerechnet für die deutschesten Rollen an deutschen Sopranstimmen erster Kategorie mangelt. So schön sie das Quintett anstimmte, so stark forcierte sie oft.

Die Stärke der Aufführung war das glänzende Orchesterspiel der Philharmoniker unter Christoph von Dohnanÿi. Dieser hatte die Aufführung stets überzeugend im Griff, zwischen Pathos und Dezenz fein balancierend. Nicht, daß er nun aus der Johannisnacht gleich einen Sommernachtstraum gemacht hätte. Aber er ging doch mit viel Delikatesse ans Werk, ohne ihm seine rhetorischen Entladungen vorzuenthalten. Heraus sprang eine vernünftige Lesart der Partitur, die keinen Zuhörer indoktronierte.

Aber da steckt vielleicht auch der Mangel. Alle „Meistersinger"-Aufführungen, die nicht (auf welche Art auch immer) das Publikum zu indoktrinieren versuchen, überhören wissentlich oder unwissentlich den faszinierenden Unterton des Werks: die Wagnersche Weltanschauungsmusik der großdeutschen Herrlichkeit.

KLAUS GEITEL



Tragische Figur ohne Autorität: Dieter Weller als Beckmesser neben Beatrice Niehoff als Eva in der Aufführung der Hamburgischen Staatsoper FOTO: PETER PEITSCH

JOURNAL

Hofberichterstatter sind gefragt

J. G. G. Köln

Nach Angaben der polnischen Regierung zählt der neue polnische Journalistenverband 5600 Mitglieder. In den Westen ausgereiste Journalisten meinen jedoch, daß nur 3000 Mitglieder des 8000 Mitglieder zählenden alten und aufgelösten Verbandes der neuen Organisation angehören, in der nur Hofberichterstatter Chancen haben. Ein Großteil der neuen Mitglieder sind Redaktionssekretärinnen, Mitarbeiter der Anzeigenverwaltung und Verlagsangestellte sowie auch Kioskverkäufer. Von den 5000 Mitgliedern des alten Verbandes schlägt sich ein Teil als Taxifahrer, Arbeiter, Kellner und Portier durch, ein anderer Teil wird mit den Familien von der Kirche „über Wasser" gehalten. In Warschau sind 112 Journalisten völlig mittellos, 130 verrichten Hilfsarbeiten. Die Polnische Presseagentur PAP hat jetzt den Status eines Regierungsorgans erhalten. Damit verbunden ist das ausschließliche Recht, Meldungen und Nachrichten über den Westen zu verbreiten.

David Schneuers Plakate im Israel-Museum

I. Br. Jerusalem

„Ausnahmsweise nichts verboten!" steht auf einem Schild, das ein Plakat von David Schneuer ziert. Es wurde 1931 für das Faschingsfest der Kammerspiele des Deutschen Theaters in München entworfen. Doch zu sehen ist es in einer Ausstellung des inzwischen 79jährigen Künstlers, der seit 1933 in Israel lebt. Schneuer, in Polen geboren, in München ausgebildet, wirkte 1927 bis 1932 zuerst als Plakatmaler, dann als Bühnenbildner und Kostümbildner an den Münchner Kammerspielen. Nach der Emigration wechselte er zur Gebrauchsgraphik. Die Ausstellung ist bis Ende März zu sehen.

Wieder Orgel-Akademie in Saint-Dié

v.K. Saint-Dié

Die Orgel-Akademie von Saint-Dié in den Vogesen, die älteste Frankreichs, veranstaltet auch in diesem Jahr wieder ihren Sommerkurs für angehende Orgelvirtuosen. Er findet vom 9. bis zum 22. Juli statt. Teilnehmergebühr: 2200 Franc (700 DM). Neben Unterweisungen von 10 Lehrern in Theorie und Praxis gehören ergänzende Exkursionen zu historischen Orgeln der Nachbarschaft zum Programm. Kontaktadresse: Marc Goertz, Académie de l'Orgue de Saint-Dié, 16 rue Maréchal Foch, 88100 Saint-Dié.

Vademekum für das politische Paris

v. K. Paris

Wer sich mit Frankreichs öffentlichem Leben vertraut machen will, sollte zum „Trombinoscope" greifen, das soeben in seiner zweiten Auflage (1984/1) in der Pariser Druckerei Jean Marcille, 5, Rue des Gardins 92600 Asnières, erschienen ist (198 F). Schon in der III. Republik erschien dieses traditionsreiche, rasch vergriffene Nachschlagewerk mit dem despektierlichen Titel („Trombine" ist im Jargon das Gesicht eines Menschen), weil es nicht nur die Namen, sondern auch die Fotos jedes Ministers, Abgeordneten, Senators, Generalrats, Journalisten und Kabinettsmitarbeiters bis hinunter zum Pressechef veröffentlicht.

Wochen der Alten Musik beim Flandern-Festival

DW. Brügge

Beim diesjährigen Flandern-Festival wird für zwei Wochen wieder die Alte Musik im Vordergrund stehen, und zwar vom 28. Juli bis 12. August. Es finden neben den Konzerten auch Wettbewerbe, Interpretationskurse, Vorträge und Ausstellungen statt. Die Konzerte stehen unter dem Thema „Panorama der lateinischen Welt" und bieten u. a. Aufführungen von Monteverdis „Orfeo" mit dem „Taverner Consort" und der Marienvesper. Ein Konzert des Huelgas-Ensembles gedenkt der Gründung der burgundischen Hofkapelle vor 600 Jahren.

Eine Ausstellung über Buchrestaurierung

MvZ. Mailand

Fermo, eine kleine Stadt mit großer Vergangenheit in der Region Marche, besitzt in seiner 388 000 Bände reichen Bibliothek neben 128 Manuskripten, 514 Inkunabeln (Erstdrucke des 15. Jahrhunderts) und 15 000 Büchern des 16. Jahrhunderts, die der Leibarzt von Königin Christina von Schweden seiner Vatertstadt schenkte, die vermutlich reichste Sammlung alter medizinischer Texte in Europa. Eine Ausstellung über Buchrestaurierung mit dramatischen Beispielen von oft durch falsche Methoden verdorbenen Bänden soll jetzt die Einrichtung des ersten regionalen Laboratoriums für die Rettung alter Bücher in Italien vorbereiten.

Ein Weltstar legt sich quer – Maximilian Schells Dokumentarfilm „Marlene"

„Das geht Sie einen Schmarrn an"

Maximilian Schells Bemühungen, die aufrechte, starre, abweisende, herrliche alte Dame in einem ganzen Film zum Sprechen zu bringen, mißlingt. Ein Standbild redet nicht. Der Star, Marlene, verweigert die Antwort.

Sie hat sich (aus welchen Gründen auch immer) für diese sonderbare Unternehmung hergegeben. Aber sie spielt nicht mit. Dadurch gewinnt die hochtrabend leerlaufende Unternehmung geradezu komisch-kabbelnde Züge. Marlene läßt ihren Interviewpartner immer wieder hoffnungslos ins Abseits laufen. Sie macht bei dem Versuch, ihre Person dokumentarisch auszubeuten, grundsätzlich nicht mit. Man wohnt einem Hornberger Schießen auf Tonband bei. So etwas hat es noch nicht gegeben.

Fotografieren wollte sie sich in ihrem heutigen Zustand auch nicht lassen. Die große Dame ist immerhin 83 Jahre alt. Das wollte sie sich und uns ersparen. Optisch hält sie sich, wie man neudeutsch sagt, „bedeckt". Wer wollte es ihr verdenken!

Sie ließ es auch nicht zu, daß in ihrer schönen Alterswohnung in Paris gefilmt werde. Maximilian Schell war groteskerweise gezwungen, sozusagen nach dem Gedächtnis, ihre Behausung in einem leeren Atelier von A bis Z nachzubauen. Darin läßt er, aus Mangel an optischer Original-Beute, die arme Kamera herumschweifen. Das Interview findet im Bilde nicht statt.

Frau Dietrich hat also wenigstens erlaubt, ein Tonband laufen zu lassen, aber sie ist auch darüber noch höchst ungnädig. Sie will sich nicht „ausbeuten" lassen. Sie ist herrlich unsentimental. Sie sagt (genauer: man hört ihre störrische Stimme sagen), daß sie ihre eigene Vergangenheit bestenfalls „einen Dreck" anginge.

Ihr gewaltiger Starruhm von vorvorgestern und gestern interessiert sie heute einen alten Schmarrn. „Ich war eine Schauspielerin. Ich habe meine Filme gemacht. Basta!" Um ihren Nachruhm sollen sich, wenn sie schon durchaus wollen, andere kümmern. Sie selber sei nur an der Gegenwart interessiert. Schell ist wieder abgeblitzt. Er kann den Film, wie er ihn vorhatte, eigentlich gar nicht machen. Er muß darangehen, einen dokumentarischen „Türken" zu bauen.

Das tut er denn auch, immer mit leicht komisch wirkendem Eifer. Frau Dietrich versorgt ihn nicht nur mit keinen persönlichen Informationen; sie führt ihn oft auch noch vorsätzlich in die Irre. Sie flunkert ihm etwas vor, daß die Schwarte kracht. Sie behauptet, in ihrer Offiziersfamilie das einzige Kind gewesen zu sein. Aber sie hatte, nebbich, wie auf alten Familienfotos zu sehen ist, eine Schwester. Filmhistoriker werden viel geradezubiegen haben nach diesem Film.

Marlene leugnet ab, überhaupt Filme schon vor dem sagenhaften „Blauen Engel" gedreht zu haben. Aber auch da ist sie leicht zu widerlegen: Sie hatte immerhin zwei Dutzend Filme bis zu diesem Datum gedreht, darunter sogar ein paar sehr bemerkenswerte.

Ihre eigenen großen, späteren Filme will sie gar nicht wieder gesehen haben. Das sei alles Schnee von gestern. Die interessierten sie nicht mehr. Marlene, stellt sich bei diesem Kabbelspiel der offenen Verweigerung immer deutlicher heraus, ist der ganz falsche Gesprächspartner, wenn man schon dem Glanz, dem Glamour oder wenigstens der Besonderheit des großen Marlene-Bildes auf die Spur kommen möchte. Ein Standbild redet nicht. Es schweigt, sich verweigernd, beharrlich.

Also muß der arme Schell lauter optische Faxen machen. Wir sehen ihn am Schneidetisch kummervoll ihre kargen Antworten kommentieren. Er muß mit seinen zahllosen Mitarbeitern, die alle im Bilde anstelle des sich inbrünstig verweigernden Interview-Objektes herumwimmeln, über ihren großen Nachruhm diskutieren. Schnipsel aus ihren alten Filmen werden eingeblendet, vom großen Welterfolg des „Blauen Engel" bis zu jenem ziemlich schrecklichen „Armen Gigolo", ihrem letzten, einigermaßen deprimierenden Filmauftritt vor nunmehr auch schon anderthalb Jahrzehnten.

Schell befragt Marlene nach ihren großen Freunden und nach den Liebhabern ihres Lebens, nach Hemingway, nach Remarque, nach Jean Gabin. Da blitzt er nun vollends ab. Marlene schlägt die Tür vor jeder Nachfrage ärgerlich zu. Das alles seien nur Freundschaften gewesen, bestenfalls. Sie läßt den Frager krass wissen, daß das ihn und andere nur wieder „einen Dreck" anginge.

Einmal immerhin sagt sie auf Band etwas erschreckend Rührendes. Sie sagt: „Man hat mich doch ein Leben lang zu Tode fotografiert", sie wolle nie mehr fotografiert werden. Da endlich sagt sie gibt sie eine Wahrheit preis, gibt sie sich eine schmerzliche Blöße. Da schlägt ihr altes, kluges Herz, und man versteht plötzlich ihre ständige, bärbeißig bittere und totale Verweigerung.

Ein Star gewesen zu sein, ist wahrhaftig nicht nur Zuckerschlecken. Es ist meistens auch ganz ungenierte öffentliche Ausbeutung. Es ist auf eine langwierige Weise quälend. Es ist eine lange Mühsal. Dies läßt uns Marlene wissen.

Maximilian Schells verquälter, unerhört ambitiöser „Dokumentarfilm" aber, der nach dem bitteren Willen seines Objektes keiner werden konnte, ist ein satter Schlag ins Wasser. In ihren Filmen und in den mehr als fünfzig Büchern über Marlene Dietrich, auf die sie sich heute selber immer wieder gelangweilt und ärgerlich bezieht, ist diese Kultfigur doch sehr viel besser aufgehoben als in ihrem eigenen Munde. Marlene ist der öffentlichen Marlene längst überdrüssig geworden. Dabei hätte man es gnädig belassen sollen!

FRIEDRICH LUFT



Stimme aus dem Off: Marlene Dietrich in den vierziger Jahren, fotografiert von Cecil Beaton FOTO: FUTURA FILM

Dramaturgenpoesie: „Blume von Nagasaki" am Frankfurter Schauspielhaus

Hoch das Bein, die Bombe kommt!

Nett, ungeheuer nett diese „Blume von Nagasaki"! Zwei Frankfurter Dramaturgen und ein Musiker haben sich ein Atom-Musical ausgedacht. Rahmen: Der Ansager begrüßt das Publikum, das im sicheren Atombunker Platz gefunden hat, und gedenkt der vielen, die draußen bleiben mußten. Er stellt nervenstärkende Unterhaltung in Aussicht.

Und dann treffen diverseste Nummern auf unsere Nerven. Eine Dame singt süß: „Es waren zwei Königskinder", unterbrochen von Ballett-Damen. Ein Soldat, umgeben von Engeln, schmettert schluchzend: „Es steht ein Soldat am Wolgastrand". Eine andere Dame bittet gesanglich: „Parlez moi d'amour".

Vorgelesen wird heroisch eine Passage aus Jüngers „Stahlgewittern". Vier Offiziere vor Stalingrad halten im Schneegestöber Kriegsrat und fallen erfroren um, drum herum zartes Ballett und ernste Kampfpantomimen.

Dazwischen schmettert ein Damenterzett Songs, ein flott tapsendes Comicstrip-Monster symbolisiert die USA, ein Militärpfarrer predigt, von Abraham sei viel Schlimmeres verlangt worden, nämlich seinen Sohn eigenhändig zu schlachten. Beim Anfing von Raketen frühstückt eine typische alberne Familie unter dummem Geschwätz, und nach Zerstörung der Natur draußen siecht die Familie euphorisch unter ebenso dummem Geschwätz dahin.

Aber nicht nur Süßes und Grausiges, auch Todernstes: Zwischen Ballettchen und Liedchen taucht immer häufiger der Lebensekel des Predigers Salomon auf. Da wir ja doch alle zu Staub werden, wollen wir genüßlich ausschweifend das Leben genießen. Man hört die Erkenntnis heraus, eine schöne saubere Bombe wäre da noch das schmerzloseste Ende.

Aber das ist noch lange nicht alles an Unterhaltung. Am Ende taucht sogar die Titelfigur auf, die Blume von Nagasaki. Das ist ein schwarzgekleidetes Mädchen, dazu werden noch ein knappes Dutzend andere Blumen von da und dort vorgestellt, und nun geht es ins Schlußballett. Der Ansager verkündet, das „Ungemach" sei vom Radarschirm verschwunden, wir seien noch einmal davongekommen.

Und auch wir machen, daß wir schleunigst davonkommen, nicht ohne daß einige der jungen Zuschauer einige kräftige Buhs hinterlassen. Immerhin!

Die dichtenden Dramaturgen Ingo Waszerka und Frank Moritz plus Musikus Hansgeorg Koch wollten den Krieg durch Lächerlichkeit töten. Zu ihrem Unglück haben sie mit ihrem dilettantischen Tolpatsch-Werk sich selbst lächerlich gemacht. Ihre Frankfurter Theaterblume wurde zur eindeutigen Selbstverstümmelung. Und ganz nebenbei haben sie dem scheidenden Intendanten Adolf Dresen bestätigt, daß er sich mit Recht davon macht.

Dem Ansager sei verraten, daß die vielen, die draußen bleiben mußten, nurzu beneiden waren. Aber da wir gerade dabei sind: Wie wär's denn, wenn die Dramaturgen endlich begreifen würden, daß sie eine völlig überflüssige, ja, für die Bühne sogar gefährliche Erfindung sind? Macht in Gottes Namen eure Programmhefte, aber laßt die Finger vom Dichten!

RUDOLF KRÄMER-BADONI

War der Urmensch ein Aasfresser? – Gespräch mit Prof. Helmut Hemmer

Der Säbelzahntiger als Konkurrent

Zu den gefährlichsten Feinden unserer Vorfahren im Eiszeitalter vor zwei Millionen bis 10 000 Jahren zählten die großen Raubkatzen. Über das besondere Verhältnis zwischen den Urmenschen und den Großkatzen befragte die WELT den Mainzer Zoologen und Katzenspezialisten Prof. Helmut Hemmer.

WELT: Können unsere Vorfahren zeitweise Aasfresser gewesen sein?

Hemmer: „Aasfresser" klingt natürlich sehr brutal. Aber Primaten sind Nahrungsopportunisten, die alle naheliegenden Wege zum Nahrungserwerb ausschöpfen. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß dies auch unsere frühen Vorfahren vor dem Übergang zur Großwildjagd taten, indem sie beispielsweise Raubtiere von ihrer Beute vertrieben, um sie sich selbst anzueignen. Dies ist allerdings weniger „Aasessen", als vielmehr andere für sich arbeiten lassen – was ja auch heute noch beim Menschen üblich ist.

WELT: Bestand eine Nahrungskonkurrenz zwischen Großkatzen und Menschen?

Hemmer: Mutmaßlich ziemlich direkt mit den Säbelzahnkatzen, was das Fleisch toter Großsäugetiere angeht. Natürlich müssen wir auch eine Konkurrenz der Jagd mit anderen Großraubtieren des Eiszeitalters einkalkulieren. Schließlich sehen Jäger noch heute, wo es in den Industrieländern nicht mehr um Jagd als Existenznotwendigkeit geht, die wenigen verbliebenen Fleischfresser als Rivalen um Hasen und Fasanen an. Im Eiszeitalter Europas waren sicherlich Löwe, Leopard und Gepard, Hyänen, Wölfe und Bären ernsthafte Konkurrenten, mit denen der frühe Mensch seinen Lebensraum zu teilen hatte und die ihm auch unmittelbar für Leib und Leben gefährlich werden konnten.

Dies führte sicherlich zu einem ganz anderen Verhältnis zum Tier als Beute oder als Konkurrent oder als Gegner, als wir es heute haben. Das Verhältnis des europäischen Eiszeitmenschen zu seiner belebten Umwelt dürfte am ehesten auf die Mentalität der nordamerikanischen Indianer vor ihrem kulturellen Niedergang zu beziehen sein, wie sich wohl überhaupt die besten Parallelen zu den europäischen Eiszeitvölkern bei den indianischen Jägerstämmen finden. Die Eiszeitmenschen waren sozusagen die europäischen Indianer.

WELT: Gab es Konkurrenz in Höhlen zwischen Löwen und Urmenschen?

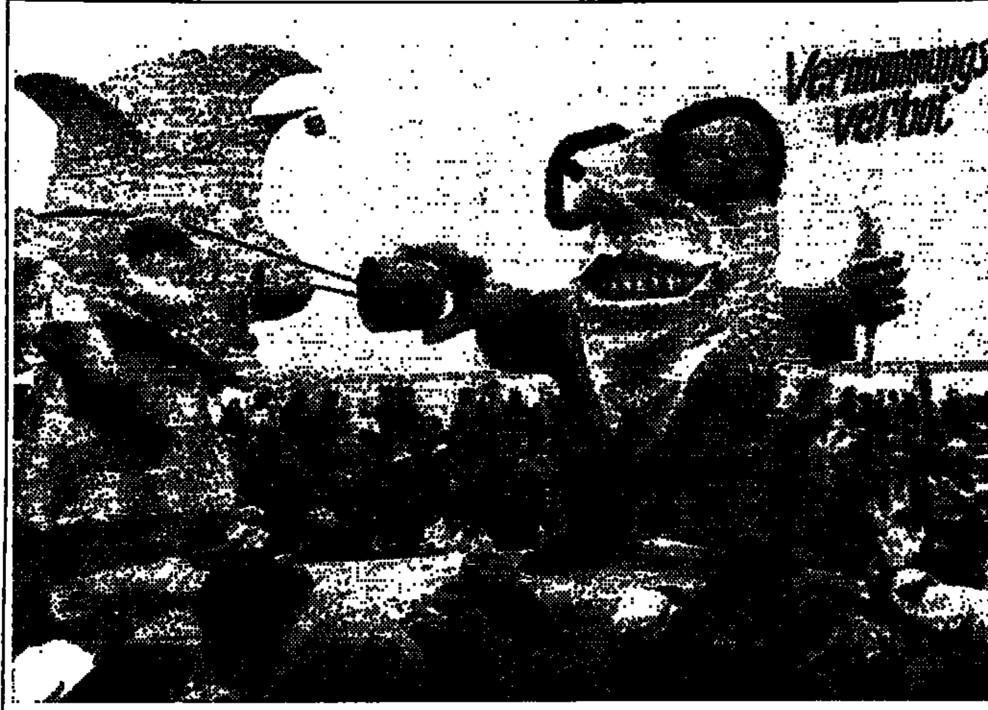
Hemmer: Eine Frage, die wir mit Sicherheit wohl kaum jemals beantworten können. Weder der Mensch noch der große Löwe der europäischen Eiszeiten waren ausgesprochene Höhlenbewohner. Der Mensch hauste während klimatisch ungünstiger Zeiten ab und zu in Höhlen-Eingangsbereichen – abgelegene Galerien dienten wohl nur als Kultstätten, in denen Jagdzauber ausgeübt wurde. Ansonsten errichtete er Zelte und Hütten. Der Löwe zog sich wohl auch nur zum Ruhen in Höhlen zurück, wenn die Situation draußen zu unwirtlich wurde. Auch hier kommt eigentlich nur der Eingangsbereich in Frage, in dem noch schwaches Licht herrschte. Natürlich mögen sich Mensch und Löwe dabei da und dort begegnet sein – was in der Regel eher für den Menschen fatale Folgen gehabt haben dürfte.

WELT: Wie konnten sich Australopithecinen bzw. Homo erectus gegenüber Raubkatzen wehren?

Hemmer: Wohl genauso, wie es bis vor nicht allzu langer Zeit die Buschleute taten – mit heftigem Gestikulieren, einschüchterndem Geschrei und Steinewerfen. Gegen eine zum Angriff auf den Menschen entschlossene Großkatze sind dies natürlich keine sicheren Methoden, aber in der Regel ist menschliches Imponiergehabe auch gegenüber heutigen Großkatzen ganz nützlich, wenn es sich nicht um spezialisierte Menschenfresser handelt.

Natürlich hätten sich die kleinen Australopithecinen auch auf die Bäume retten können. Wie wir aus dem Studium des Armskelettes wissen, müssen sie durchaus noch sehr viel bessere Kletterer gewesen sein als der heutige Mensch – menschenähnliche Wesen, die sich wohl gleich gut stemmgreifkletternd in den Bäumen bewegen konnten wie aufrecht gehend auf dem Boden.

ERNST PROBST







Wie jedes Jahr zu Rosenmontag geriet in der Politik einiges „ins Rollen". Dabei bauten die Narren in den Hochburgen des Karnevals (Düsseldorf, Mainz, Köln v. l. n. r.) mehr oder weniger feinsinnig nach, was in Bonn in Bewegung gesetzt wurde. FOTOS: AP

Trotz eisiger Kälte fand der Rosenmontag im Freien statt

dpa, Düsseldorf/Köln/Mainz

„Unsere These: alles Käse." Mit diesem Motte des „Bonner Schmierentheaters" für 1984 und vielen anderen flotten Sprüchen erreichte der Frohsinn gestern landesweit seinen Höhepunkt: Etwa acht bis zehn Millionen Menschen waren am Rosenmontag unterwegs, um die großen und kleinen Umzüge zu erleben. In den Hochburgen am Rhein und auf vielen närrischen Inseln zwischen Münster und München blieben die Kontore geschlossen. Rund 50 Sonderzüge der Bundesbahn brachten aus dem „Hinterland" Verstärkung nach Köln, Düsseldorf und Mainz. Karneval, Fastnacht und Fasching fanden trotz empfindlicher Kälte zu großen Teilen im Freien statt. Köln rechnete mit rund einer Million, Düsseldorf 700 000 und Mainz 500 000 Zuschauern von nah und fern.

Wende und Aufschwung waren neben lokalen Steinen des Anstoßes Zentralthemen der Rosenmontagszüge. Bei politischem Ulk bewiesen die Gestalter, eine „Kohlmeise" zu haben, der das Ausbrüten von „Straußeneiern" schwerfiel. Unter den Hammer geriet auch die Bonner „Flick-Schusterei". Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff empfahl sich als Erfinder eines neuen Fahrrads, das zwar mit Flickwerk, aber nicht mit Rücktritt ausgestattet war.

Daß mit Musik alles besser geht, unterstrichen die Kölner durch ihr Zugmotto „Hits us Kölle un us aller Welt". Amerikas Präsident Ronald Reagan mit Gitarre und sein russischer Widerpart mit Balalaika frozzelten im Duett „Da, da, da – Du liebst mich nicht". Die vollbusige Mutter Colonia nährte gleichzeitig die schwarzlockige CDU und die rotfuchsige SPD. Dem plärrenden FDP-Baby sang sie aufmunternd zu: „Drink doch eene met", ohne indes zu verraten, wie dies anatomisch zu bewältigen ist.

Erstmals waren auch die Funkgewaltigen im Schatten des Doms mit eigenem Wagen dabei: Der WDR schickte gleich zwei Friedrichs, den Großen und den Intendanten von Sell, ins närrische Feld. 58 Fest- und 42 Bagagewagen umrahmten das Dreigestirn aus Prinz Jupp VI, Bauer Claus und (männlicher) Jungfrau Theodora. Tonnenweise rieselten Kamelle (Bonbons) auf das jubelnde Volk nieder.

Für die Düsseldorfer mit 65 Wagen und 54 Kapellen war „Alles Theater, Theater". Bundeskanzler Helmut Kohl ächzte, gedrückt von Vize Hans-Dietrich Genscher, auf einem der Wagen zum Aufschwung am Reck, auf dessen Stange allerdings schon längst der Vogel Strauß hockte. „Ruhe, Kanzler arbeitet" hieß es zu einem Liegestuhl, den eine Krake mit den Armen Pleite, Stahl und Arbeitslosigkeit fest umschlungen hielt.

Makaber wurde von einem Wagen voller Tannenbäume herab „frohes Waldsterben" gewünscht, zumal sauer lustig mache. Zum Abtragen der EWiGen Berge in Brüssel schaltete man Düsseldorfs Fettkünstler Professor Joseph Beuys ein.

Im Bonner Zug erschien der Kanzler wegen seines Lehrstellenversprechens als ein mit Schlafmütze dekorierter Märchenerzähler. Den Aufschwung symbolisierte nach Baron von Münchhausen eine abgeschossene Kugel, auf der Kohl zum Höhenflug startete. Auf einem der Wagen hielt sich DDR-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker an einem mit einer Milliarde Mark gefüllten Straußenei fest, während der CSU-Vogel Strauß den Kopf schamhaft in den Sand steckte.



Weniger auf Wagen rollend, dafür auf großem Fuß kam die „Fasnet" im Süden, wie hier in Rottweil, daher. FOTO: AP

Das Motto für den Zug der Mainzer Fastnacht blieb optimistisch: „Es kommt viel auf uns zu – lachen wir es an". Das galt auch für den Wagen mit einer verschlossenen Tür und der Aufschrift „Nicht stören, hier wird regiert". Dahinter übte sich der Kanzler im Würfelspiel mit drei Möglichkeiten: Ja, Nein und Jein. Auf einem EG-„Zipfeltreffen" waren Vertreter von zehn Mitgliedsländern zu sehen, die ihre leeren Hosentaschen nach außen „zipfelten". Zur „Hessen-Rallye" schob ein grünes Männchen ein Autowrack mit Ministerpräsident Holger Börner am Steuer ins Rennen. „Ver-flickt noch mal" stöhnte ein Manager mit zwei Geldtaschen, dem der Bundesadler im Nacken saß.

Münster registrierte eine ausländische Rekordbeteiligung: Niederländische Grenzorte stellten mit grotesken Pappfiguren und fantasiereichen Wagen unter dem Leitwort „Polynesische Träume" ein Drittel des Rosenmontagzugs, der mit insgesamt 53 Wagen, 15 Fuß- und Radgruppen sowie 14 Musikkapellen rund 100 000 Menschen begeisterte.

Zur erprobten „Närrischen Kur in Bad Aachen" gaben sich Zehntausende Jecken des Dreiländerecks ein Stelldichein. 42 Karnelvalsvereine und Korps schlängelten sich mit ihren herausgeputzten Garden und Elferräten auf 60 großen Wagen und mit 23 Musikkapellen vier Stunden lang durch die Grenzstadt. Auf große Figurenwagen mit zeitkritischen Anspielungen wurde wegen fehlender städtischer Zuschüsse in Aachen wie seit Jahren verzichtet.

Mit mancher Besonderheit war die trotz sinkender Bevölkerungszahl wachsende Narrenschar im Ruhrgebiet mit von der Partie. So bestätigten Abordnungen aus elf Ländern: „Wem die Narrenkappe paßt – Duisburg hat die Welt zu Gast". Die Honoratioren des größten europäischen Binnenhafens postierten sich als Zuschauer diesmal auf der Treppe des Stadthauses, da Tribünen dem Rotstift (16 Prozent Arbeitslosigkeit) zum Opfer gefallen waren.

Bei den Dortmundern stand es in dicken Buchstaben auf dem Prunkwagen: „Ging der Prinz auch über Bord, wir Narren feiern munter fort". Ihre Lieblichkeit Bärbel I. mußte sich allein durchschlagen, weil der Prinz vier Wochen vor der hohen Zeit wegen gewisser Kommerz-Verstrikkungen zurücktrat.

Raumstation: USA bieten Bonn Mitarbeit an

AP, Bonn

Die USA wollen der Bundesrepublik Deutschland sowie anderen europäischen Staaten und Japan offiziell die Mitwirkung am Bau einer permanent im All stationierten bemannten Raumstation anbieten. Wie ein Sprecher der US-Botschaft gestern erklärte, wird der Chef der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa, James Beggs, im Auftrag von Präsident Ronald Reagan heute in Bonn Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber das Angebot unterbreiten und das Konzept der Raumstation sowie ihre Möglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit und die kommerzielle Nutzung erläutern. Das gleiche Angebot unterbreitet Beggs auch in London, Rom, Paris und Tokio.

Riesenhuber ist erklärter Befürworter einer europäischen Beteiligung an der permanenten Raumstation. In Frage käme eine Weiterentwicklung des im Dezember mit großem Erfolg getesteten europäischen Weltraumlabors Spacelab zu einem Baustein einer solchen Station, deren einzelne Teile mit der amerikanischen Raumfähre in eine Umlaufbahn transportiert und dort zusammengesetzt würden.

Fünf Tote bei Absturz

dpa, Lübeck

Fünf Menschen sind am Sonntag beim Absturz eines einmotorigen Sportflugzeugs am Stadtrand von Lübeck ums Leben gekommen. In dem Flugzeug vom Typ Cessna starben ein 53 Jahre alter Berufspilot aus Lübeck sowie eine Familie mit zwei Kindern. Die Maschine war zu einem Rundflug gestartet und eine Stunde später beim Landeanflug plötzlich abgestürzt.

„Hacker" im System?

AFP, San José

Eine Telefonrechnung in Höhe von 90 000 Mark statt der üblichen 125 Mark erhielt ein amerikanisches Ehepaar in Kalifornien. Die Abrechnung umfaßte 186 Seiten. Nach dem Protest des Ehepaars gab die Telefongesellschaft zu, daß ein Computerfreak, „Hacker" genannt, sich in das System geschlichen haben könnte.

Jahrhundert-Pflaumen

AP, Wye

Britische Wissenschaftler wollen versuchen, Pflaumenbäume aus Pflaumenkernen keimen zu lassen, die an Bord der „Mary Rose", des vor fast 440 Jahren gesunkenen Flaggschiffs von Heinrich VIII., gefunden worden sind. In dem 1545 gesunkenen Schiff waren auch 100 Pflaumenkerne.

Rauchersteuer

dpa, Belgrad

Die Raucher in Jugoslawien müssen in Zukunft eine „Gesundheitssteuer" zahlen. Diese Abgabe wird auf den Zigarettenpreis aufgeschlagen, berichtete gestern die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug. Da das Rauchen als Hauptursache von Lungenkrebs gelte, solle die Sondersteuer zur Erforschung und Behandlung der Krankheit beitragen.

Hochzeitsgeschenk

AFP, Peking

Ein leitender Beamter der chinesischen Eisenbahn in Nordchina hat wegen eines ungewöhnlichen Hochzeitsgeschenks seinen Posten verloren. Wie die Pekinger „Volkszeitung" meldete, wollte der Mann seine zukünftige Schwiegertochter mit einem Sonderzug abholen. Sein Pech war, daß es dabei zu Verspätungen kam, die seinen Vorgesetzten auffielen.

Gletscher rutscht

AFP, Moskau

Nach einer Reihe von kleineren Erdbeben ist im Osten der Sowjetunion ein Gletscher ins Rutschen gekommen. Laut Tass hat die 15 Meter hohe und 120 Meter breite Eismasse im Tal von Muksu (Sowjetrepublik Tatschikistan) bereits einen Fluß gestaut. Die Kosmonauten an Bord der Raumstation „Saljut-7" hätten die Bewegungen des Gletschers als erste bemerkt und fotografiert, hieß es.

600 000 Mark Beute

dpa, Oldenburg

Bei einem Überfall auf einen Geldtransporter haben zwei unbekannte Männer gestern auf dem Gelände eines Großmarktes in Oldenburg-Wechloy (Niedersachsen) rund 600 000 Mark sowie Schecks erbeutet.

Massenpsychose

dpa, München

Skifahren ist nach Ansicht eines Münchner Amtsrichters eher eine Massenpsychose als eine Sportart. Wer nach einem Unfall seinen geplanten Wintesporturlaub nicht antreten könne und wegen entgangener Urlaubsfreuden entschädigt werden wolle, dürfe daher vor Gericht nur mit einem bescheidenen Schmerzensgeld rechnen. Außerdem sei ein Kläger infolge des Unfalls wahrscheinlichen Knochenbrüchen oder Lawinen entgangen, was sich auf die Höhe des Schmerzensgeldes auswirke (AZ: 27 aC 2305/82).

Ariane auf dem Weg zu neuen Aufgaben

Achter Start schließt Erprobungsphase der Euro-Rakete ab

dpa, Kourou

Die Europarakete Ariane hat in der Nacht zum Montag mit einem Präzisionsstart ihre Bewährungsprobe bestanden und ihre Zuverlässigkeit für die künftige kommerzielle Nutzung bestätigt. Die Rakete hob pünktlich um 1.50 Uhr MEZ vom europäischen Raumfahrtbahnhof in Kourou (Französisch Guayana) ab und setzte wenige Minuten später den internationalen Kommunikationssatelliten „Intelsat V" nahezu exakt in seine vorgesehene Position.

„Intelsat V", mit einem Gewicht von fast zwei Tonnen einer der größten im Weltraum stationierten zivilen Satelliten, ging zunächst auf eine elliptische Umlaufbahn zwischen 186,5 und 36 045 Kilometern Höhe. Sie unterscheidet sich nur um 1,6 und 56 Kilometer von der errechneten Idealposition.

Morgen soll der mit einem ferngesteuerten Eigenantrieb ausgestattete Satellit voraussichtlich in seine vorgesehene feste Position in rund 36 000 Kilometer Höhe gebracht werden. Dort kann er von Mai an bis zu 12 000 Telefongespräche gleichzeitig übermitteln und bietet außerdem zwei Fernseh-Übertragungskanäle sowie einen Seefunk-Kanal.

Mit diesem achten Flug hat die Europarakete knapp viereinhalb Jahre nach ihrem ersten Start ihre Erprobungs- und Demonstrationsphase erfolgreich abgeschlossen. Anfang Mai wird sie zum Auftakt ihrer kommerziellen Karriere das erste Mal auf Rechnung der privatwirtschaftlichen europäischen Gesellschaft „Arianespace" starten.

Vertreter der bisher für Ariane verantwortlichen Europäischen Raumfahrtagentur ESA und des federführenden französischen Raumfahrtzentrums CNES äußerten sich zufrieden über den neuen Zuverlässigkeitsbeweis der Europarakete. Auch bei Ariane waren in der Probezeit zwei Starts mißlungen. Im Mai 1980 und im September 1982 stürzte sie bei ihrem zweiten und fünften Flug aufgrund von Konstruktionsfehlern ab.

Das künftig für den Bau und die Vermarktung der Rakete verantwortliche europäische Konsortium „Arianespace", an der deutsche Banken und Firmen nach Frankreich mit einem Anteil von knapp einem Fünftel zweitgrößter Teilhaber sind, hat bereits Aufträge im Wert von über 6,1 Milliarden Franc (rund zwei Milliarden Mark) für den Transport von 27 Satelliten gesammelt.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Nach kurzem Zwischenhocheinfluß erfassen schwache Tiefausläufer vor allem den Norden und Osten des Bundesgebietes.

Vorhersage für Dienstag:

Südwesten und Westen: Nach Auflösung von Frühdunst heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Nachts von Norden her Bewölkungsaufzug und nachfolgend strichweise Regen. Höchsttemperaturen 4 bis 7 Grad.

Norden und Osten: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen, in höheren Lagen Schnee. Tagestemperaturen nahe 6 Grad, nächtliche Tiefstwerte kaum unter 2 Grad.

Weitere Aussichten:

Anfangs noch Schauer, allmählich auflockernde Bewölkung. Temperaturrückgang.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	21°
Bonn	2°	Kopenh.	6°
Dresden	1°	Las Palmas	22°
Essen	2°	London	9°
Frankfurt	2°	Madrid	5°
Hamburg	4°	Mailand	9°
List/Sylt	5°	Mallorca	13°
München	–1°	Moskau	–1°
Stuttgart	3°	Nizza	15°
Algier	13°	Oslo	1°
Amsterdam	6°	Paris	4°
Athen	15°	Prag	1°
Barcelona	10°	Rom	11°
Brüssel	5°	Stockholm	4°
Budapest	5°	Tel Aviv	–°
Bukarest	5°	Tunis	14°
Helsinki	–1°	Wien	3°
Istanbul	16°	Zürich	1°

* Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.54 Uhr, Untergang: 18.13 Uhr, Mondaufgang: 8.46 Uhr, Untergang: 23.21 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Müll-Probleme

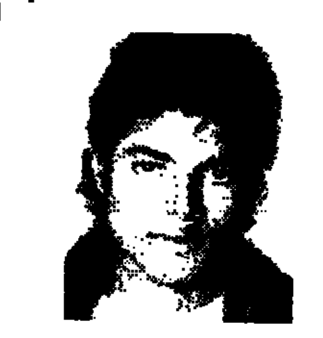
Joan Collins vom „Denver Clan" ärgerte sich immer wieder über „Müll-Fetischisten" unter ihren Fans: Die kramten bei jeder Gelegenheit in der Mülltonne vor Joan Collins Haus in Beverly Hills, um etwas „Sammelbares", ein „Souvenir", vielleicht etwas Handschriftliches zu finden. Dem machte Joan Collins jetzt ein Ende: Sie beauftragte eine private Firma, ihren Müll direkt im Hause abzuholen.

Amtssprache

Englisch ist von September an auch im US-Bundesstaat Indiana alleinige Amtssprache. Ein entsprechendes Gesetz wurde vor kurzem von Gouverneur **Robert Orr** unterzeichnet. Es geht auf eine Initiative des Landessenators **Joseph Corcoran** zurück, den nach einem Besuch in Kanada die Sorge bewegte, daß Zweisprachigkeit ein Volk und eine Kultur teilen könnte. Er gibt zwar zu, daß Indiana kein derartiges Problem mit mehreren Sprachen hat, will diese Möglichkeit aber auf jeden Fall ausgeschlossen wissen.

Super-Vertrag

Der amerikanische Sänger **Michael Jackson** hat mit einem Hotel in Las Vegas einen Super-Vertrag unterzeichnet: Für ein einwöchiges Gastspiel kassiert er 400 000 Dollar. Seine



Platte „Thriller", so schreibt das US-Wochenblatt „National Enquirer", ist „der größte Hit eines Solo-Künstlers in der Musik-Geschichte": Mehr als 25 Millionen Exemplare seien bereits verkauft worden.

Pferd contra Rad

Das Rennpferd „Lanson", einen der weltbesten Traber, hat der italienische Radrennfahrer **Francesco Moser** in einem Duell auf der Pferderennbahn San Siro in Mailand bezwungen. Der Zweikampf ging über die Distanz von einem Kilometer mit fliegendem Start. Moser siegte trotz der ungünstigeren Außenbahn mit fünf Metern Vorsprung. „Lanson" ist Inhaber des Rekords über die Distanz von 2100 Meter. Im Sulky saß der italienische Stardriver **Sergio Brighenti**.

In Zukunft kocht der Computer mit

Neues Programm soll für einen gesunden Speisezettel sorgen

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Der Computer kocht mit – auch in deutschen Küchen. „Kontrolle der Ausgewogenheit der Nährwerte im Küchenzettel durch EDV", ist die etwas umständlich formulierte Grundidee eines Programms der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), das den Home-Computer zum obligaten Küchenutensil neben Herd und Geschirrspüler machen will. Die Hausfrau tippt die Zutaten für eine Mahlzeit in den Rechner ein, und das EDV-System spuckt in Sekundenbruchteilen milligrammgenau den Gehalt des verarbeiteten Warendepots an den zehn wichtigsten Nährstoffen aus.

Die notwendige „Software" liefert die DGE. Als allgemein verbindliche Normgrundlage der elektronischen Nährwertberechnungen dient der von der DGE erarbeitete „Deutsche Lebensmittel-Schlüssel" (Basis: das Standardwerk „Zusammensetzung der Lebensmittel" von Souci-Fachmann-Kraut) – das erste verläßliche Nährwert-Meßwerk Deutschlands.

Ein Gremium von Ernährungsberatern, Lebensmittelchemikern, Ernährungsphysiologen, EDV-Fachleuten, Lebensmittelherstellern und Experten für Großverpflegung ist unter Federführung der DGE derzeit dabei, das technische Konzept des bisher größten Projekts in Sachen „gesunder Ernährung" zu entwickeln. Die Leitung hat Professor Helmut Rottka vom Bundesgesundheitsamt in Berlin, DGE-Präsidiumsmitglied.

Tips vom „großen Bruder"

Ziel des Projektes „Ernährungsausgewogenheit per Computer": Wer immer sich nicht nur gesund, sondern auch schmackhaft verpflegen will, kann sich im Fachhandel die DGE-Software besorgen, seinen Computer damit füttern und dann die Ernährung der Familie vertrauensvoll in die Hand des „großen Bruders" legen. Der Rechner (für die Bedürfnisse eines Normalhaushaltes genügt ein üblicher Heim-Computer, der heute schon in Hunderttausenden von Wohnungen steht) listet, nachdem er die vorgesehenen Zutaten eines Speiseplanes geschluckt hat, nicht nur die enthaltenen Nährwerte auf. Er teilt der Hausfrau auch mit, welcher Nährstoff in der Gesamtplanung eine Unterschleife aufweist (und im Interesse der Gesundheit einer Aufbesserung bedarf), wo der Pegel über den empfohlenen Richtwert hinaus geht (und durch Variation der Zutaten abgebaut werden sollte), ob es im Küchenzettel an Vitaminen oder Spurenelementen fehlt.

Das Software-Programm für Haushalte wird auf die zehn wichtigsten Nährstoffe abgestellt. In den Computer Programmen für die Großverpflegung (Großküchen, Werkskantinen und so weiter) sollen weit mehr Nahrungsstoffe berücksichtigt werden. Im „Deutschen Lebensmittel-Schlüssel" sind knapp 200 verschiedene Inhaltsstoffe erfaßt. Da sich zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland täglich rund 6,5 Millionen Menschen in Kantinen und Großküchen verpflegen, ist dort die Ausgewogenheit der Versorgung mit Vitaminen und Spurenelementen besonders wichtig. Volker Peinelt, DGE-Referent für den Beratungsdienst Großverpflegung: „Den Küchenchefs der Gemeinschaftsverpflegung muß deshalb Software an die Hand gegeben werden, die weit hinausgeht über die zehn Nährstoffe der Computerprogramme für Hausfrauen."

Ideale Menüplanungen

Wo es heute im Speiseplan der Großküchen allgemein hapert, weiß man bei der DGE. Kantinengäste nehmen im Schnitt zuviel Fett zu sich (täglich 120 Gramm statt der empfohlenen 70 Gramm), haben einen Eiweiß-Überschuß (wegen des zu hohen Fleischanteils, der bis zu 75 Prozent der Kosten verschlingt) und ein Vitamindefizit.

Durch differenzierte Computerprogramme, zugeschnitten auf die unterschiedlichen Nährstoffbedürfnisse je nach beruflicher Tätigkeit (Bürojobs oder körperliche Arbeit) soll der Küchenchef die Möglichkeit erhalten, seine Menüplanungen ernährungsphysiologisch ideal abzustimmen. Peinelt: „Da wird beispielsweise berücksichtigt sein, daß Frauen oft einen höheren Eisenbedarf haben als Männer. Da werden sich Details verfassen und berücksichtigen lassen, die im seitherigen groben Raster untergingen.

Voraussetzung ist ein geeigneter Computer. Peinelt von der DGE: „Eine Einheit für unter 10 000 Mark genügt!" Zum Vergleich: Spülanlagen für Großküchen kosten oft mehr als 100 000 Mark.

Aber auch für Küchenkunst gibt das DGE-Computerprogramm noch genügend Raum. Peinelt: „Die Alternativempfehlungen des Rechners gewähren dem Koch ein hohes Maß an Freiheit." Für die Zukunft ist daran gedacht, auch ernährungsphysiologische Problemgruppen (Diabetiker, Nierenkranke und so weiter) in den Computer-Service der DGE aufzunehmen – entsprechende Software ist in Vorbereitung.

„Iljuschins" sorgen für Parade-Wetter

dpa, Moskau

Die Einwohner der Acht-Millionen-Metropole Moskau erleben an manchen Tagen ihr wahres Wunder mit dem Wetter. Wenn die Meteorologen bewölkten Himmel, Schneefall und starken Wind voraussagen, kann es plötzlich ganz anders kommen: strahlender Sonnenschein. Des Rätsels Lösung verriet gestern die Zeitung „Sowjetskaja Rossija". Nach ihren Angaben sind es die Besatzungen von Flugzeugen des Typs „Iljuschin 14", die bei Bedarf vor dem Anrücken von Schlechtwetterfronten in den Himmel aufsteigen, um diese ins Visier zu nehmen.

Kohlensäure „gesät"

Laut „Sowjetskaja Rossija" wird bei den Einsätzen gefrorene Kohlensäure in die Wolken „gesät". Dieses Trockeneis lasse die Feuchtigkeit zu Kristallen erstarren. Das Ergebnis sei ein künstlich ausgelöster Schneefall rund 100 bis 150 Kilometer vor Moskau. Wie es in der Zeitung hieß, fallen über der sowjetischen Hauptstadt im Jahresdurchschnitt bis zu 30 Prozent mehr Niederschlag als in ihrer Umgebung. Das Räumen einer acht Zentimeter hohen Schneedecke in den Straßen der Stadt koste Moskau „mehrere Millionen" Rubel.

„Aber ohne Schneefall ist es auch schlecht", hieß es in dem Artikel. Ärzte hätten festgestellt, daß in Moskau im Januar 1983 wegen zuwenig Schnees die Zahl von Allergieerkrankungen zugenommen habe. An zwei Vormittagen sei daraufhin über Moskau künstlich Schneefall herbeigeführt worden.

Die Wissenschaft hilft

Die „Schönwetter"-Flugzeuge würden seit Oktober 1981 über Moskau eingesetzt, schrieb die Zeitung. Die Flüge werden in Zusammenarbeit und nach Absprache mit einem wissenschaftlichen Laboratorium der sowjetischen Hauptstadt gestartet. Mit Hilfe der „Iljuschins" sei es möglich, gute Wetterbedingungen an Feiertagen, bei Militärparaden und Volksaufmärschen zu schaffen. Im August letzten Jahres hätten sie mit Erfolg eine Regenfront von Moskau ferngehalten und so verhindert, daß eine Luftfahrtschau ins Wasser fiel. Und auch bei der Eröffnung der „Spartakiade der Völker der UdSSR" in Moskau im vorigen Sommer hätten sechs „Iljuschin"-Besatzungen „das Wetter gemacht".

ZU GUTER LETZT

„Die Mitgliedschaft endet durch Austrittserklärung, Ausschluß, Tod, Vermögensverfall oder Auflösung des Mitglieds." Aus der Satzung des Fördervereins „Rettet den Leuchtturm Roter Sand e. V."